



Sicher. Und morgen?

Risikolandschaft Österreich
2022

Direktion Verteidigungspolitik und
internationale Beziehungen

Institut für Friedenssicherung und
Konfliktmanagement

Sicher. Und Morgen?

Risikolandschaft Österreich 2022

Wien 2022

Die Inhalte der einzelnen Beiträge geben persönliche Einschätzungen der Expertinnen und Experten wieder und entsprechen nicht notwendigerweise den Positionen des Bundesministeriums für Landesverteidigung oder der Institutionen, für die sie tätig sind.

Die Mehrzahl der Beiträge gibt die jeweilige Situation zwischen Ende November 2021 und Ende Jänner 2022 wieder. Entwicklungen, die sich nach diesem Zeitraum ergeben haben, konnten aufgrund des Redaktionsschlusses nicht mehr in allen Analysen berücksichtigt werden.

Impressum

Amtliche Publikation der Republik Österreich
Bundesministerin für Landesverteidigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
Republik Österreich, Bundesministerin für Landesverteidigung
BMLV, Roßbauer Lände 1, 1090 Wien

Projektkoordination:
Werner Pack,
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement, Landesverteidigungsakademie

Redaktion und Lektorat:
Raphael Spötta BA MA und Kevin Lechner BA,
Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie

Kartengestaltung:
Mag. Andreas Stummvoll, Institut für Militärisches Geowesen

Gestaltung:
Axel Scala, Heeresdruckzentrum

Druck: Heeresdruckzentrum, 1030 Wien 22-00433

Erscheinungsjahr: 2022

ISBN: 978-3-903359-37-6

Inhalt

01 Österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Risikobild Österreich 2022	8
<i>(Johann Frank)</i>	
Verteidigungspolitische Konklusionen – Europas Sicherheitsordnung im Umbruch	43
<i>(Arnold Kammel)</i>	
Risikobewertungen im europäischen Vergleich.....	59
<i>(Daniel Fiott)</i>	

02 Globale Rahmenbedingungen europäischer Sicherheit

Geopolitische Entwicklungstrends.....	66
<i>(Herfried Münkler)</i>	
Die Scheinnormalität der US-Politik.....	71
<i>(Reinhard Heinisch)</i>	
Russlands Beziehungen mit der Europäischen Union	77
<i>(Gerhard Mangott)</i>	
Der Faktor China im Spiegel europäischer Risikoszenarien	82
<i>(Doris Vogl)</i>	
Die Bedeutung des indopazifischen Raumes für die Europäische Union.....	87
<i>(Werner Fasslabend)</i>	
Die NATO und ihre Beziehungen zur EU	93
<i>(Elisabeth Kornfeind)</i>	
Die EU, die OSZE und Europa	98
<i>(Thomas Greminger)</i>	

03 Strategische und institutionelle Weiterentwicklung der EU

Die „geopolitische“ Europäische Union 2022	106
<i>(Michael Karnitschnig)</i>	
Europäische Verteidigungskooperation: Mehr Maßnahmen erforderlich.....	110
<i>(Jiří Šedivý)</i>	

Der Strategische Kompass der EU	116
<i>(Stefan Alois Huber)</i>	
Herausforderungen für die französische EU-Ratspräsidentschaft.....	121
<i>(Alice Guitton)</i>	
Aufgaben und Prioritäten des Vorsitzenden des EU-Militärausschusses.....	126
<i>(Robert Brieger)</i>	

04 Regionale Brennpunkte und Herausforderungen europäischer Sicherheit

Umbrüche in Ostafrika	134
<i>(Gerald Hainzl)</i>	
Fragile Staatlichkeit in Westafrika.....	139
<i>(Melissa Mujanayi)</i>	
Weiterbestehende Fragilität am Westbalkan.....	144
<i>(Predrag Jureković)</i>	
Konflikte im postsowjetischen Raum	149
<i>(Christoph Bilban)</i>	
Iran vor neuen Herausforderungen	155
<i>(Walter Posch)</i>	
Anhaltende Instabilität in Syrien und im Irak	160
<i>(Guido Steinberg)</i>	
Aktuelle Herausforderungen in Libyen.....	165
<i>(Mary Fitzgerald)</i>	
Afghanistan – Der Fall Kabuls und die Machtverschiebungen in der Region.....	171
<i>(Markus Kaim)</i>	
Entwicklungen im Nahen Osten und in Nordafrika.....	176
<i>(Stephan Reiner)</i>	
Regionale Konflikte im europäischen Umfeld – Herausforderung für die Kohäsion der EU	180
<i>(Günther Barnet)</i>	

05 Herausforderungen für Österreichs Sicherheit

Hybride Konflikte – Mit unsichtbaren Mitteln	188
<i>(Camillo Nemeč)</i>	
Emergente und Disruptive Technologien als Machtfaktor	193
<i>(Daniel Wurm)</i>	
Terrorismus und Radikalisierung in Europa.....	198
<i>(Daniela PISOIU)</i>	
Herausforderungen im und aus dem Cyberraum.....	203
<i>(Mathias Humenberger)</i>	
Potenzielle Systemkrise Blackout – Der unterschätzte Lieferkettenkollaps.....	208
<i>(Herbert Saurugg)</i>	
Drohnen – Neue Gefahren für die Sicherheit?	213
<i>(Christian Hütterer)</i>	
Wie friedlich und sicher ist der Weltraum noch?	218
<i>(Wolfgang Manzl)</i>	
Mehr Geopolitik in Wirtschaftsfragen – Die Wahrung der Interessen Österreichs ist zentral	224
<i>(Gunter Deuber, Stefan Lienhart)</i>	
Migration und Sicherheit	230
<i>(Paul Collier)</i>	
Klimawandel – Zeitalter der Resilienz und Anpassung.....	235
<i>(Eva Widhalm)</i>	
Natur- und technische Katastrophen.....	240
<i>(Erwin Richter)</i>	
Militärmedizinische Konklusionen aus der Pandemie.....	246
<i>(Sylvia-Carolina Sperandio)</i>	
Lehren und mögliche Ableitungen aus der COVID-19-Pandemie	251
<i>(Niki Popper, Štefan Emrich)</i>	

06 Zur Zukunft der europäischen Streitkräfte und des ÖBH

Zur Zukunft der europäischen Streitkräfte und des Österreichischen Bundesheeres	258
<i>(Philipp Eder)</i>	
Lehren aus dem Konflikt um Berg-Karabach	263
<i>(Franz-Stefan Gady)</i>	
Militärstrategische Perspektiven	268
<i>(Rudolf Striedinger, Bruno Günter Hofbauer)</i>	
Kooperation als Grundprinzip der Verteidigungspolitik.....	273
<i>(Peter Vorhofer, Matthias Resch)</i>	
Umfassende Landesverteidigung und Umfassende Sicherheitsvorsorge – Ungelöstes sicherheitspolitisches Spannungsfeld	279
<i>(Wolfgang Baumann)</i>	
Zur Zukunft der Verteidigungsforschung in Österreich	285
<i>(Christian Resch, Florentin Schlager)</i>	
Sicherheitspolitisches Lagebild der österreichischen Bevölkerung	290
<i>(Stefan Rakowsky)</i>	
Entwicklungstendenzen im internationalen Krisenmanagement	296
<i>(Ronald Vartok)</i>	
Autorinnen und Autoren.....	302

01

Österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik



Risikobild Österreich 2022

Autor:
Johann Frank

Zweck dieser Publikation

Der Zweck der Publikation „Risikolandschaft Österreich 2022“ ist eine möglichst objektive, experten- und faktenbasierte Darstellung der für Österreich und Europa in den kommenden 12 bis 18 Monaten erwartbaren sicherheitspolitischen Entwicklungen. Die vorgelegten Analysen sollen einen Beitrag für vorausschauendes sicherheitspolitisches Handeln leisten, um das Eintreten negativer Entwicklungen bestmöglich zu verhindern bzw. Chancen zur proaktiven Gestaltung des Umfelds zu nutzen.

Diese Publikation möchte zu einer strategischen Debatte über die Zukunft der österreichischen Sicherheit beitragen. Denn unabhängig von den konkret beschriebenen Risiken sind adäquates Verständnis der Komplexität sicherheitspolitischer Zusammenhänge sowie vorausschauendes strategisches Denken und Handeln bleibende Herausforderungen für die Sicherheit Österreichs.

Rückschau auf das Jahr 2021

Die Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2021 stand einerseits im Zeichen der Pandemie und der Prognose, dass sich diese von einer Gesundheitskrise zu einer umfassenderen Systemkrise weiterentwickeln und auch andere Teilbereiche der Sicherheitspolitik umfassen werde. Andererseits war die Grundannahme, dass sich wegen COVID-19 die geopolitischen Risiken nicht verringern, sondern sich vielmehr sowohl auf globalstrategischer als auch regionaler Ebene weiter verschärfen werden. Während die Pandemie das alles dominierende öffentliche und politische Thema im vergangenen Jahr war, fanden andere internationale krisenhafte Entwicklungen ungeachtet ihrer Bedeutung für die österreichische und europäische Sicherheit oft wenig Aufmerksamkeit.

Von den neun¹ im Risikobild 2021 als für Österreich bereits „*manifest*“ eingestuften Risiken sind alle wie prognostiziert im Laufe des Jahres aktuell geblieben und haben sich teilweise sogar weiter verschärft.

Von acht als „*sehr wahrscheinlich*“ eingestuften Risiken sind sechs² auch tatsächlich eingetreten. Verschont geblieben ist Österreich von weiteren Terroranschlägen und Neutralitätsverletzungen.

Aus der Gruppe der zehn als „*wahrscheinlich*“ beurteilten Risiken haben sich sieben³ tatsächlich manifestiert, wobei das in diese Kategorie fallende Blackout-Szenario mehrfach beinahe eingetreten wäre. Aus der Gruppe der lediglich als „*möglich*“ und damit am ungewisesten eingestuften Risiken sind insbesondere die „Gesellschaftliche Polarisierung“ und die „Eskalation der Krise um die Ukraine“ eingetreten.

1 COVID-19, Systemkonflikt USA-China, Hybride Einflussnahmen, Russland in Konfrontation zu Europa, Ethno-religiöse Konflikte im Nahen Osten, Offensive Regionalpolitik der Türkei, Islamistische Subversion, Blockade Österreichs in der NATO Partnerschaft für den Frieden, Geostrategische Rivalität im pazifischen Raum.

2 Cyberangriffe, Afghanistan-Konflikt, Desintegration des Libanon, Polarisierung in der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina, Geostrategische Rivalität im Südkaukasus (Armenien–Aserbaidschan), Eskalation des Westsahara-Konflikts.

3 Großschadensereignisse (insb. Naturkatastrophen), anhaltende Migrationsströme nach Österreich, Konfliktverschärfung in der Golfregion, erneute Eskalation in Libyen, Destabilisierung Westafrikas, Eskalation des Bürgerkriegs in Äthiopien, Destabilisierung Algeriens.

Das Risikobild 2022 stellt über weite Strecken eine evolutionäre Weiterentwicklung der bisherigen Einschätzungen dar, sofern die aktuelle Konfrontation zwischen Russland und dem Westen in keine Veränderung der strategischen Gesamtlage mündet.

Die strategische Großwetterlage

Das Risikobild 2022 ist eingebettet in drei langfristig anhaltende Metatrends: die Renaissance der Geopolitik, den fortschreitenden Klimawandel und die zunehmenden globalen sozio-ökonomischen Ungleichgewichte.

Auf globaler Ebene setzt sich der Übergang zu einem konfrontativen multipolaren System ohne zentralen Ordnungshüter und ohne allgemein verbindliche Ordnungsprinzipien fort. Nicht die Lösung globaler Herausforderungen, sondern Machtdominanz steht im Vordergrund des Handelns der Großmächte. Dabei bilden sich zunehmend regionale Einflusszonen heraus, die insbesondere an den jeweiligen Peripherien und in den Überlappungszonen Konfliktpotenzial aufweisen. Der Systemkonflikt zwischen den USA und China bestimmt die globalstrategische Lage und zwingt die anderen Akteure, Position zu beziehen. Angesichts geopolitischer Eskalationsrisiken wird selbst ein zwischenstaatlicher militärischer Großkonflikt immer wahrscheinlicher. Vielmehr könnte ein solcher nur eine strategische Fehlkalkulation weit entfernt sein.

Diesbezüglich sind die Ukraine, der Iran und Taiwan als Hotspots zu nennen. Globalisierungsbedingte wechselseitige Abhängigkeiten und Interdependenzen werden im „Age of Unpeace“ (Mark Leonard) vermehrt und immer gezielter als Mittel für hybride Einflussnahme und strategische Interessensdurchsetzung genutzt. Konfrontationen im Graubereich zwischen Krieg und Frieden dominieren das für Europa relevante Risikobild und verunmöglichen in der Praxis zunehmend klare Unterscheidungen zwischen innerer und äußerer Sicherheit und eine eindeutige Zurechenbarkeit konfliktiver Handlungen zu staatlichen oder nichtstaatlichen Akteuren. Somit stellen Hybridität,

Unvorhersehbarkeit und hohe Eskalationsdynamiken prägende Charakteristika der internationalen Sicherheitslage dar.

Vor dem Hintergrund dieser globalstrategischen Entwicklungen steht die Europäische Union vor der doppelten Herausforderung, sich einerseits auf internationaler Ebene gegenüber anderen Großmächten als eigenständiger Akteur zu behaupten. Gleichzeitig ist die EU gefordert, den inneren Zusammenhalt zu wahren, der durch China in Form finanzieller und wirtschaftlicher Abhängigkeiten und vonseiten Russlands mit militärischen Drohungen und Cyberattacken (Herfried Münkler) auf die Probe gestellt wird. Damit die EU anderen machtpolitisch agierenden Staaten nicht ungeschützt gegenübersteht und gleichzeitig mehr Verantwortung für die Stabilisierung des sie umgebenden Krisenrings von Westafrika über den Nahen Osten und den Westbalkan bis nach Osteuropa übernehmen kann, muss sie ihre strategische Handlungsmacht signifikant ausbauen und die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik substanziell voranbringen. Das Jahr 2021 hat gezeigt, dass sich an diesem Erfordernis auch nach erfolgter Amtsübernahme durch US-Präsident Joe Biden wenig geändert hat, da die Sicherheitsinteressen und Prioritäten der USA und Europas nicht immer deckungsgleich sind.

Die COVID-19-Pandemie hat die Sicherheitslage nicht grundlegend verändert, wirkt aber in vielen Bereichen krisenverschärfend und wird insbesondere langfristig negativ wirkende soziale und wirtschaftliche Folgen zeitigen. So wurden im Jahr 2021 weitere 160 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze gedrängt. Wie in der Jahresvorschau 2021 prognostiziert, hat sich die Pandemie von einer Gesundheitskrise zu einer weitergehenden Systemkrise entwickelt und vor allem auch gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Teilsysteme erfasst. Im besten Fall wird sich die Pandemie im Laufe des Jahres 2022 zu einer Endemie – ähnlich einer saisonalen Grippewelle – entwickeln. Im Worst-Case ist nicht auszuschließen, dass noch gefährlichere Mutationen auftreten. Diesbezügliche Prognosen sind kaum möglich. Jedenfalls wird die Pandemie mit ihren vielfältigen Auswirkungen auch 2022 ein prägender Faktor der Sicherheitslage bleiben und die Bewältigung der langfristigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Folgen eine anhaltende Herausforderung darstellen. Generell wird dabei das Thema der Versorgungssicherheit noch stärker als bisher in den Vordergrund rücken. Von grundlegender Bedeutung für den weiteren Verlauf der Pandemie wird die Frage der vorausschauenden gesamtstaatlichen Vorbereitungen und des präventiven Pandemie-Krisenmanagements für den Herbst und Winter 2022 sein. Zur Vermeidung überzogener Erwartungshaltungen und Enttäuschungen im Falle weiterer Mutationen mit all den damit einhergehenden Wut und Frustration evozierenden Effekten, die pandemische Zyklen in post-modernen Gesellschaften in sich bergen, sollte man sich in den Worten des Philosophen Peter Sloterdijks mit einer „guten Dosis Alltagspessimismus“ ausrüsten.

Gleichzeitig und parallel zu den geopolitischen Herausforderungen bleibt das Risiko resilienzgefährdender Ereignisse wie Cyberattacken, Natur- oder technische Katastrophen, Versorgungssicherheit oder eines Blackouts unvermindert hoch. Und angesichts anhaltender struktureller Ursachen ist auch weiterhin mit illegaler Migration zu rechnen. Jihadistische und zunehmend auch politisch motivierte Terroranschläge sind ohne Vorwarnzeiten möglich.

Die Intensität der Krisen im Umfeld der EU bleibt anhaltend hoch und insbesondere die Entwicklungen in Westafrika bereiten Anlass zur Sorge. Gleichzeitig ist in Bezug auf das internationale Krisenmanagement nicht zuletzt aufgrund der negativen Erfahrungen in Afghanistan mit einer Reduzierung des Ambitionsniveaus zu rechnen. Das bedeutet tendenziell ein Abgehen vom politischen Anspruch einer Konflikttransformation hin zu einer stärkeren Orientierung an der Eindämmung von Krisen und zur Reduzierung allfälliger negativer Rückwirkungen auf Europa.

Worauf müssen wir uns 2022 einstellen?

Ausgehend von der Risikomatrix 2022 lassen sich für Österreich für die nächsten 12 bis 18 Monate fünf zentrale sicherheitspolitische Herausforderungen ableiten:

1. Die **COVID-Pandemie** und ihre längerfristigen negativen strategischen, gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Auswirkungen,
2. der Versuch Russlands zur unilateralen **Umgestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur** – auch mit militärischen Mitteln,
3. die sich verschärfenden **Krisen im unmittelbaren Umfeld der EU** mit besonderem Fokus auf die Entwicklungen in Osteuropa, Westafrika und dem Westbalkan,
4. die erwartbare weitere Verdichtung **hybrider Einflussnahmen** insbesondere durch Cyberattacken und Desinformation und
5. das Auftreten neuer **resilienzgefährdender Extremereignisse** insbesondere Blackout, Versorgungsunsicherheit und komplexer klimaassoziierter Katastrophen.

Risiken der **Versorgungs- und Energieunsicherheit** und Phänomene der **gesellschaftlichen Polarisierung** gewinnen an Bedeutung.

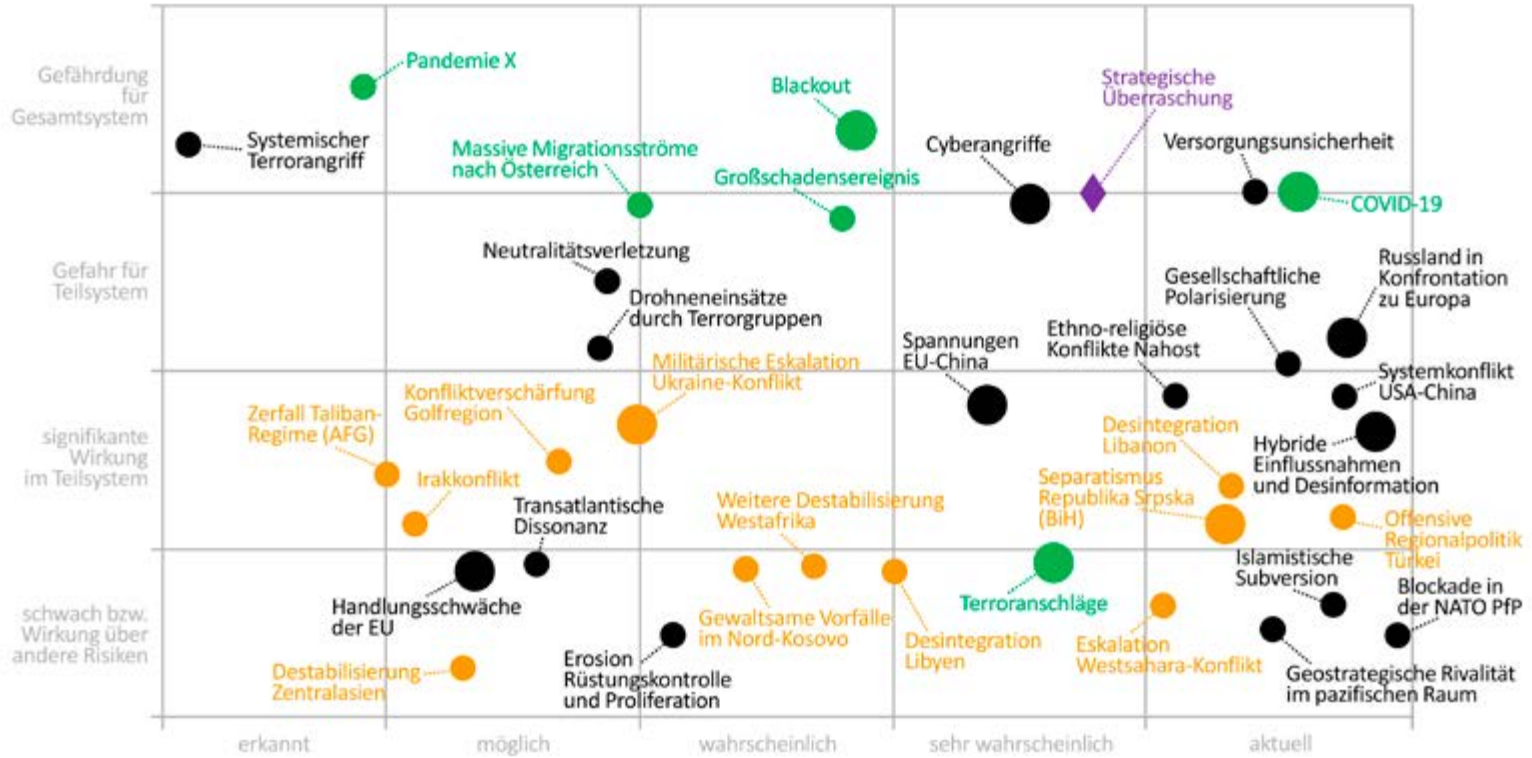
Kurzbeschreibung der Risikoszenarien 2022

Nachfolgend werden die in der Grafik dargestellten einzelnen Risiken durch das Autorinnen- und Autorenteam des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie unter Einbindung externer Expertinnen und Experten beschrieben. Dies geschieht unter besonderer Berücksichtigung ihrer Erscheinungsformen, ihrer im Falle des tatsächlichen Eintretens möglichen Auswirkungen auf die Sicherheit Österreichs und ihrer Vernetzungen mit anderen Risikokategorien.

Von zentraler Bedeutung für das Verständnis der Risikomatrix ist, dass das Risikobild kein statisches System darstellt, sondern infolge der inneren Dynamiken der einzelnen Risiken und aufgrund der vielfachen Wechselbeziehungen als ein sich laufend veränderndes System zu verstehen ist. Die einzelnen Themen werden in der vorliegenden Publikation von Fachexpertinnen bzw. -experten in gesonderten Beiträgen ausführlicher behandelt.⁴

⁴ Diese Beiträge geben die jeweilige Situation zwischen Ende November 2021 und Ende Jänner 2022, dem Zeitpunkt des Redaktionsschlusses, wieder.

Auswirkungen auf die österreichische Sicherheit 1 – 3 Jahre



Erläuterung der Grafik:

Auf der X-Achse wird die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Risikos dargestellt, auf der Y-Achse die Auswirkung auf die Sicherheit Österreichs. Die Größe des Kreissymbols drückt die aktuelle Gesamtrelevanz aus.

Die Auswirkungen sind wie folgt unterteilt:

- Schwach bzw. Wirkung über andere Risiken (die negativen Auswirkungen einzelner Risiken sind deutlich erkennbar, die Schäden sind noch gering, aber das Eskalationspotenzial ist hoch – auch durch den Zusammenhang mit anderen Risiken)
- Signifikante Wirkung in Teilsystem (innerhalb eines oder mehrerer Teilsysteme kommt es zu Ereignissen, die zwar schwere Schäden verursachen, aber die Resilienz des Teilsystems noch nicht gefährden)
- Gefahr für Teilsystem Österreichs (zumindest ein Teilsystem ist gestört oder dysfunktional, aber die Resilienz des Gesamtsystems ist noch gewährleistet)
- Gefährdung für Gesamtsystem (die Resilienz Österreichs ist aufgrund der Dysfunktionalität eines oder mehrerer Teilsysteme massiv gefährdet)

Die Risikokategorien sind farblich wie folgt zugeordnet:

- **Grün – Extremereignisse:** Damit sind vor allem Natur- und technische Katastrophen sowie Ereignisse erfasst, die zu einer Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit führen, welche die Überforderung der zivilen Organisationen und einen Assistenzeinsatz des ÖBH zur Folge haben können.
- **Orange – regionale Konflikte:** Diese Risiken resultieren aus Entwicklungen im Umfeld Österreichs oder der EU, die von prioritärem strategischen Interesse für Österreich sind und in denen sich auch das internationale Engagement Österreichs fokussiert.
- **Schwarz – generelle Risiken:** Dies sind Risiken genereller Natur, die auf vielfältige Weise eine Wirkung im System der Risiken haben und auf andere Risiken für Österreich wirken.

Russland in Konfrontation zu Europa

Das Risiko „Russland in Konfrontation zu Europa“ bleibt weiterhin manifest und kann signifikante Auswirkungen auf die Wirtschaft zeitigen und zu einer Gefahr für die äußere Sicherheit Österreichs werden. Anfang des Jahres 2022 ist noch nicht absehbar wie eine strategische Neuordnung der Beziehungen zu Russland aussehen könnte. Jedenfalls ist das Verhältnis zu Russland zu einem systembestimmenden Faktor aufgestiegen, der viele andere Aspekte der Risikolage beeinflusst.

Die Beziehungen zwischen Russland und Europa sind an einem vorläufigen Tiefpunkt angelangt. Russland hat den Dialog mit der EU de facto aufgegeben. Mit Moskau ist zwar noch ein Dialog auf bilateraler Ebene möglich, in den wichtigen Fragen der europäischen Sicherheit sind aber nur noch die USA ein relevanter Ansprechpartner. Das aktuelle Risiko besteht in einer Ausweitung einer exklusiven russischen Einflussosphäre in Osteuropa und dem Südkaukasus zu Lasten bisheriger Grundprinzipien der Friedensordnung nach dem Ende des Kalten Krieges. Damit nimmt auch der Raum für gemeinsame Vorgangsweisen bei der Lösung globaler Herausforderungen weiter ab. Russland wird in der Konfrontation mit dem Westen weiterhin insbesondere auf hybride (Begleit-)Maßnahmen wie beispielsweise Desinformation und Verstärkung gesellschaftlicher Spannungen und auf militärische Mittel zur Machtausübung setzen. Andauernde hybride und bewusst ambivalent bleibende Vorgangsweisen im Graubereich zwischen Krieg und Frieden könnten den langfristigen strategischen Zielen der Schwächung des Westens, der Marginalisierung der EU und letztlich der Revision der „Post-Kalten-Kriegsordnung“ dienlicher sein als eine offene militärische Konfrontation. Wenngleich zum Zeitpunkt der Redaktionslegung eine solche möglich bleibt.

Für Österreich hat dieses systemrelevante Risiko zunächst vor allem negative Auswirkungen im Bereich der Wirtschaft, insbesondere im Fall einer Erweiterung der Sanktionen gegen Russland. Sollten sich die Beziehungen massiv verschlechtern, besteht angesichts einer Energieabhängigkeit ein strategisches Versorgungsrisiko. Für Öster-

reich bedeutet eine Zunahme der Spannungen in Europa eine deutliche Verschlechterung der Sicherheitslage durch die latente Gefahr einer militärischen Konfrontation und impliziert politische Herausforderungen in Bezug auf die eigene Positionierung in der EU.

Neben den unmittelbaren Auswirkungen auf den Ukraine-Konflikt beeinflusst die Konfrontation mit Russland die Risiken „Hybride Einflussnahme und Desinformation“, „Versorgungsunsicherheit“ etwa durch das Ausbleiben von Energielieferungen, aber auch regionale Risiken. Hierzu gehören „Separatismus der Republika Srpska“ sowie die „Erosion der Rüstungskontrolle“ und die Eskalation regionaler Konflikte. Im Falle der Uneinigkeit der EU-Mitgliedsstaaten in Bezug auf die Festlegung einer gemeinsamen Russlandpolitik kämen erschwerend die „Handlungsschwäche der EU“ und „Transatlantische Dissonanzen“ zum Tragen.

Militärische Eskalation im Ukraine-Konflikt

Das Risiko einer militärischen Eskalation in der Ukraine ist als Teil der größeren Auseinandersetzung zwischen Russland und dem Westen zu verstehen. Unabhängig vom Ausgang der aktuellen, hoch dynamischen und volatilen Entwicklungen zeigt die Krise um die Ukraine die Schwachstellen auf Seiten der europäischen und transatlantischen Sicherheit auf. Angesichts des aktuellen russischen Truppenaufmarsches entlang der ukrainischen Grenze sind derzeit mehrere Szenarien möglich. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses sind sowohl mehrere abgestufte Eskalationsszenarien als auch Chancen für diplomatische Ansätze möglich. Eine Lösung der zu Grunde liegenden strukturellen Konfliktursachen ist hingegen nur langfristig denkbar und bedarf neuer sicherheitspolitischer Ansätze.

Für Österreich würde der Eintritt dieses Risikos Schäden im Wirtschaftsbereich durch Sanktionen und Gegensanktionen sowie ein signifikantes Versorgungsrisiko auf dem Energiesektor bedeuten. Eine Herausforderung könnte auch für die Neutralität Österreichs vor allem im Falle einer militärischen Involvierung von NATO-Staaten ein-

treten, wenn Überflugs- oder Transitfragen gestellt werden. Dabei ist nicht auszuschließen, dass Österreich auch zum Ziel von Cyberangriffen oder hybriden Maßnahmen werden könnte.

Eine militärische Eskalation würde die bestehenden Risiken „Hybride Einflussnahme und Desinformation“ und „Versorgungsunsicherheit“ verstärken. Außerdem könnte der Eintritt der Risiken „Neutralitätsverletzung“, „Blackout“ und „Cyberangriffe“ wahrscheinlicher werden.

Spannungen zwischen der EU und China

Die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos „Spannungen EU-China“ wird als sehr wahrscheinlich beurteilt. Es hat das Potenzial für signifikante negative Auswirkungen auf Österreichs Wirtschaft.

Dieses Querschnittsrisiko tritt im Risikobild erstmalig in Erscheinung, zumal die Europäische Union 2021 eine Reihe offensiver Maßnahmen gesetzt hat, die im bilateralen Verhältnis mit China zu Spannungen mit erheblicher Folgewirkung geführt haben. EU-Sanktionen wurden seitens Beijings mit Gegensanktionen beantwortet. Europäische Produzenten und Handelstreibende sind angesichts neuer, restriktiver Gesetzgebung in China mit verstärkter staatlicher Kontrolle konfrontiert.

Obwohl sich die bilateralen Spannungen mit China auf demokratiepolitische Teilbereiche konzentrieren, manifestieren sich die Auswirkungen vorrangig im Investitions- und Handelsbereich. Auch im Finanzbereich sind europäische Banken in China durch das Anti-Sanktionsgesetz (Anti Foreign Sanctions Law) nunmehr in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeschränkt. Da in einigen EU-Mitgliedsländern für einzelne Industriezweige wie beispielsweise in der Autoproduktion und der chemischen Industrie eine starke Abhängigkeit vom chinesischen Markt besteht, ist im ökonomischen Bereich kein robustes Resilienzniveau gegeben. Österreich ist im Spannungsverhältnis zwischen der EU und China an die in Brüssel getroffenen Entscheidungen gebunden, entsprechend begrenzt erscheint daher der Handlungsspielraum auf nationaler Ebene.

Die Dissonanzen der Europäischen Union mit China stehen in engem Zusammenhang mit der Risikokategorie „Systemkonflikt USA-China“, lassen sich jedoch nicht schlichtweg als direkte Ableitung aus den transatlantischen Beziehungen verstehen. Die direkten Auswirkungen dieses Risikos betreffen in erster Linie die Teilbereiche Wirtschafts- und Finanzwesen.

Systemkonflikt zwischen den USA und China

Der „Systemkonflikt USA-China“ findet bereits seit Längerem statt und ist der globalstrategisch am stärksten wirkende Faktor. Die Auswirkungen auf Österreich sind vor allem im Bereich der Wirtschaft zu erwarten.

Die Großmachtrivalität zwischen den USA und China wird während der Präsidentschaft Joe Bidens zwar vorrangig unter dem Banner der Systemrivalität („Alliance of Democracies“) geführt, als sicherheitspolitisch ausschlaggebender Faktor steht jedoch letztlich die Rivalität um Führungspositionen im Hochtechnologie- und Innovationsbereich im Raum. Der „Kalte Technologie- und Informationskrieg“ nimmt an Intensität zu und zeigt direkte Auswirkung auf Europa in den Teilbereichen Wissenschaft und Forschung, bei der Entwicklung technischer Standards, der Neuorientierung technologischer Kooperationen sowie beim Ausbau und der Umrüstung kritischer Infrastruktur. Die technologische Rivalität zwischen den USA und China hat auch ein verstärktes Wettrüsten bewirkt, das seinen deutlichen Niederschlag im Pazifik findet. Im Bereich der „Hard Power“ kommt es daher zu einem Zusammenwirken der beiden Risikokategorien „Systemkonflikt USA-China“ sowie „Geostrategische Rivalität im Pazifischen Raum“. Beide Risiken beinhalten das Potenzial an Aktualität zu gewinnen. Deren Auswirkungen sind vor allem im ökonomischen Teilbereich angesiedelt. Der Spannungsbogen rund um die Taiwan-Frage ist angestiegen, daher ist eine Eskalation um Taiwan im Sinne eines „Wild Card Szenario“ längerfristig nicht auszuschließen.

Geostrategische Rivalität im pazifischen Raum

Die „geostrategische Rivalität im pazifischen Raum“ ist bereits manifest. Auswirkungen auf Österreich ergeben sich indirekt über die Risiken „Spannungen EU-China“ und „Systemkonflikt USA-China“.

„Geostrategische Rivalität“ im Pazifik betrifft nicht nur potenzielle Konflikte hinsichtlich maritimer Hoheitsansprüche, sondern auch die Dynamik multilateraler und bilateraler Bündnispolitik in einem geografischen Raum mit nahezu semi-globaler Reichweite. China steht zweifelsfrei im sicherheitspolitischen Fokus neuer Kooperationsformen wie Quad⁵ oder AUKUS⁶. Auch ASEAN⁷ agiert zunehmend im Wirkungssog geostrategischer Rivalität.

Die Europäische Union ist in keiner der oben genannten Kooperationen präsent. Das Risiko für Brüssel besteht somit darin, aufgrund einer Position als Schlusslicht im pazifischen Raum kurzfristig wirtschaftliche Chancen zu versäumen. Das Forcieren bilateraler Handelsabkommen, unter anderem mit Südkorea, Singapur und Vietnam verdeutlicht, dass die EU dynamische externe Märkte in der Region anvisiert. Die EU hat sich mit der Indo-Pazifik-Strategie für Kooperation („Strategy for Cooperation in the Indo Pacific“) vom September 2021 ambitionierte Zielsetzungen gesetzt. Dennoch besteht das Risiko, dass die EU als Handelspartner für China, Indien und auch die ASEAN in naher Zukunft an Gewicht verliert.

Neutralitätsverletzung

Je militärisch konfrontativer die geopolitische Lage, desto höher wird potenziell auch das Risiko einer Neutralitätsverletzung. Dabei wäre zwischen politischen und militärischen Herausforderungen zu unterscheiden, wobei zunächst wohl die politischen Fragestellungen im Vordergrund stünden, in weiterer Folge aber auch militärische Impli-

5 Quadrilateraler Sicherheitsdialog zwischen USA, Australien, Indien und Japan.

6 Sicherheitszusammenschluss zwischen USA, Großbritannien und Australien.

7 Verband Südostasiatischer Nationen bestehend aus 10 Nationen

kationen nicht auszuschließen sind. So könnte beispielsweise Österreichs Neutralität im Falle einer militärischen Eskalation der Iran- oder der Ukraine-Krise gefordert werden. Besondere Herausforderungen stellen darüber hinaus moderne Szenarien wie Cyberattacken dar. In diesem Zusammenhang ist beispielsweise eine Cyberattacke denkbar, die von einem von Dritten gekaperten österreichischen Server ausgeht. Der Worst-Case einer Neutralitätsverletzung durch Einbeziehung von Österreichs Staatsgebiet in Kampfhandlungen bleibt hingegen unwahrscheinlich.

Das Risiko einer Neutralitätsverletzung ist vor allem mit den Risiken regionaler Konflikte verknüpft. Hier wären die Risiken „Konfliktverschärfung Golfregion“ und „Militärische Eskalation im Ukraine Konflikt“ beispielhaft zu nennen. Als Phänomene einer Neutralitätsverletzung könnten Risiken wie „Cyberangriffe“ oder „Hybride Einflussnahmen und Desinformation“ auftreten. Mittelbar könnten sich auch Herausforderungen für die Kohärenz und damit die „Handlungsfähigkeit der EU“ ergeben.

Weitere Destabilisierung Westafrikas

Die als wahrscheinlich beurteilte „weitere Destabilisierung Westafrikas“ hat das Potenzial, die äußere Sicherheit Österreichs insbesondere im Wege der Auslandseinsätze und der Migration negativ zu beeinflussen.

In einigen westafrikanischen Staaten hat sich die Lage im Jahr 2021 merklich verschlechtert. Erfolgreiche und gescheiterte Putschversuche verdeutlichen dies. Terroristische Gruppierungen, insbesondere in Mali, Niger und Burkina Faso werden auch 2022 für eine prekäre Sicherheitslage sorgen. Eine weitere Ausbreitung terroristischer Aktivitäten in Richtung der südlichen Nachbarstaaten ist wahrscheinlich. Europäische Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen werden durch andere internationale Akteure, insbesondere Russland und China zunehmend herausgefordert. Diese Entwicklungen stellen besondere

Anforderungen an den Durchhaltewillen der von Frankreich geführten militärisch engagierten EU-Staaten.

Die Bedrohungslage für die in Mali eingesetzten Soldatinnen und Soldaten bleibt auf dem Niveau von 2021, wird allerdings in Österreich aufgrund des größeren Bundesheer-Engagements möglicherweise verstärkt wahrgenommen werden.

Westafrikanische Staaten sind sowohl Ausgangs- als auch Transitstaaten für Migration. Die Anzahl der Migrantinnen und Migranten aus dieser Region wird etwa jener von 2021 entsprechen. Daher ist auch eine Verknüpfung mit dem Risiko „Massive Migrationsströme nach Österreich“ gegeben.

Eskalation des Westsaharakonflikts

Das Risiko einer „Eskalation des Westsaharakonflikts“ hat sich aktualisiert und könnte Auswirkungen auf die äußere Sicherheit Österreichs haben.

Der seit Jahrzehnten schwelende Konflikt zwischen Marokko und der Frente Polisario, für dessen Lösung sich auch österreichische Politikerinnen und Politiker immer wieder engagieren, flammte 2021 wieder auf. Die Gefahr einer weiteren Eskalation und einer direkten militärischen Konfrontation zwischen Marokko auf der einen und der Polisario und ihrem Unterstützer Algerien auf der anderen Seite ist damit wieder gestiegen.

Mit einem weiteren Aufflammen des Konflikts erhöht sich das Migrationspotenzial aus der Region.

Separatismus der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina

Das Phänomen des „Separatismus der Republika Srpska (RS)“ in Bosnien und Herzegowina (BiH) manifestiert sich bereits seit längerem

und wird daher als aktuell eingestuft. Er besitzt das Potenzial, sich in Bezug auf die Teilsysteme Wirtschaft sowie die innere und vor allem äußere Sicherheit negativ auf Österreich auszuwirken.

Die Fortsetzung der 2021 begonnenen rechtlichen Akte in der Entität RS zur Delegitimierung der gesamtstaatlichen Institutionen – einschließlich der gemeinsamen Streitkräfte – könnte BiH als Gesamtstaat 2022 in einen Zustand der faktischen Unregierbarkeit bringen. Schwerwiegende politische und ökonomische Beeinträchtigungen sowie eine gefährliche Vertiefung der politischen Polarisierung in BiH wären die Konsequenz davon. Kleinere gewaltsame Zwischenfälle könnten in einem solchen negativen Szenario Auslöser für eine Sicherheitskrise in BiH werden, auf die die EU-Friedenstruppe reagieren müsste.

Rechtliche Unsicherheit und unklare politische Verhältnisse in BiH würden sich insbesondere auf österreichische Investitionen in BiH negativ auswirken. Mit einem Investitionsvolumen von ca. 1,4 Mrd. Euro und einem Anteil von 18 Prozent führen österreichische Unternehmen die Liste der ausländischen Direktinvestitionen an. Negative Auswirkungen hätte ein separatistisches Szenario auch auf die Migrationsproblematik. Das ohnehin nicht belastbare BiH-Krisenmanagement in Bezug auf irreguläre Migration könnte sich dadurch weiter verschlechtern. Wahrscheinlich würden mehr Migrantinnen und Migranten auf irregulärem Weg in die EU und damit auch nach Österreich gelangen. Hypothetisch und mit einer geringen Wahrscheinlichkeit könnte eine Verschärfung des Konflikts in BiH auch zu Konflikten innerhalb der ex-jugoslawischen Community (ca. 500.000) in Österreich führen. Die mögliche Transformation des politischen Konflikts in BiH in eine Sicherheitskrise würde vor allem den österreichischen EUFOR-Kommandanten und das österreichische EUFOR-Truppenkontingent vor große Herausforderungen stellen. Beispielsweise wäre damit zu rechnen, dass sich der Waffenschmuggel in BiH und am gesamten Westbalkan wieder verstärken würde. Im Lichte der Schwächung der gesamtstaatlichen Institutionen von BiH wären Unterstützungsprojekte des Österreichischen Bundesheeres für

die gemeinsamen bosnisch-herzegowinischen Streitkräfte infrage gestellt.

Der Separatismus in der Republika Srpska ist insbesondere mit den Risikofaktoren „Handlungsschwäche der EU“ aufgrund des schwachen EU-Krisenmanagements in BiH und „Russland in Konfrontation zu Europa“ durch die Unterstützung des RS-Separatismus vernetzt. Weitere Verknüpfungen bestehen in Bezug auf „Hybride Einflussnahmen und Desinformation“, „Transatlantische Dissonanz“ – ein gemeinsames westliches Vorgehen in dieser Krise ist essenziell – sowie die „offensive Regionalpolitik der Türkei“.

Gewaltsame Vorfälle im Nord-Kosovo

Das Eintreten des Risikos „Gewaltsame Vorfälle im Nord-Kosovo“ wird wegen des bestehenden großen Konfliktpotenzials zwischen Belgrad und Prishtina/Priština als wahrscheinlich beurteilt. Damit wären schwache direkte Auswirkungen auf Österreichs äußere Sicherheit verbunden.

Einsätze der kosovarischen Spezialpolizei ROSU im Norden des Kosovo mit serbischer Bevölkerungsmehrheit könnten – wie bereits im Jahr 2021 – zu gewaltsamen Vorfällen mit der lokalen serbischen Bevölkerung und zu Machtdemonstrationen der Armee Serbiens an der Grenze zum Kosovo führen.

Eine Verschlechterung der Sicherheitslage im Nord-Kosovo würde die internationale Friedenstruppe KFOR, an der sich Österreich mit einem Kontingent beteiligt, vor Herausforderungen stellen.

Das wahrscheinlich eintretende Phänomen gewaltsamer Vorfälle im Norden des Kosovo wäre insbesondere mit den Risikofaktoren „Handlungsschwäche der EU“ und „Russland in Konfrontation zu Europa“ vernetzt. Dies ist durch das Fehlen nennenswerter Fortschritte im Dialog zwischen Belgrad und Prishtina einerseits und die Unterstützung der serbischen Kosovo-Position durch Moskau andererseits bedingt. Analog zum Risiko des Separatismus der RS sind auch hier

Anknüpfungspunkte zu „Hybriden Einflussnahmen und Desinformation“, „Transatlantische Dissonanz“ und die „offensive Regionalpolitik der Türkei“ gegeben.

Konfliktverschärfung in der Golfregion

Die Lage in der Golfregion ist sehr volatil. Daher wird das Risiko einer „Konfliktverschärfung Golfregion“ als möglich beurteilt.

Die Einhegung des iranisch-saudischen Gegensatzes wirkt sich jedoch dämpfend auf die Wahrscheinlichkeit eines Ausbruchs eines militärischen Großkonflikts am Golf aus. Es ist sehr wahrscheinlich, dass aufgrund der beiderseitigen Überdehnung der Kräfte das Verhältnis des Iran zu seinen Nachbarstaaten im Beobachtungszeitraum auf dem bisherigen Niveau verharrt.

Der Ausgang der Nuklearverhandlungen in Wien wird die weitere Entwicklung erheblich beeinflussen. Ein westlicher Waffengang gegen Teheran wäre nur im Sinne einer „strategischen Überraschung“ denkbar.

Eine Verknüpfung mit anderen Risikofeldern ist vor allem hinsichtlich einer Destabilisierung des Irak („Irakkonflikt“) möglich.

Ethno-religiöse Konflikte im Nahen Osten

Der Risikofaktor „ethno-religiöse Konflikte Nahost“ manifestiert sich bereits. Er hat das Potenzial sich signifikant auf die innere Sicherheit Österreichs auszuwirken.

Die Kurdenfrage ist der wichtigste ethno-religiöse Konflikt mit Auswirkungen auf Europa und Österreich. Sie betrifft vor allem das türkisch-kurdische Verhältnis und dadurch auch das bilaterale Verhältnis Ankaras zu den Nachbarstaaten Syrien und Irak und in geringerem Ausmaß zu Europa und den USA. Aufgrund der politischen Situation

und der Wirtschaftslage in der Türkei bleibt dem türkischen Präsidenten das Anfachen dieses Konflikts als einer der wenigen Auswege, mit dem er sich sowohl der Unterstützung der Diaspora in Europa versichern als auch die Opposition im Land spalten kann.

Für die EU und Österreich würde dies eine Zunahme an Spannungen innerhalb der türkeistämmigen migrantischen Community bedeuten, die sich vordergründig als politische, also linke gegen rechte Migrantinnen und Migranten entladen, hinter denen sich aber ethnische und konfessionelle Gegensätze verbergen – Kurdinnen und Kurden gegen Türcinnen und Türcen, Alevitinnen und Aleviten gegen Sunnitinnen und Sunniten.

Eine Vernetzung mit anderen Risikofaktoren ergibt sich daraus, dass die Auswirkungen der Kurdenfrage zur Verschärfung der „Gesellschaftlichen Polarisierung“ beitragen und hybride Aktivitäten von staatlicher und nichtstaatlicher Seite hervorrufen könnte („Hybride Einflussnahme und Desinformation“). Aufgrund der aktuell „Offensiven Regionalpolitik der Türkei“ würde ein möglicher Einmarsch Ankaras in die kurdische Entität „Rojava“ im Norden Syriens Flüchtlingsströme nach Europa zur Folge haben.

Irakkonflikt

Eine Aktualisierung des Risikos „Irakkonflikt“ ist möglich und könnte signifikante Auswirkungen auf Österreichs Außenbeziehungen zeitigen.

Die Situation im Irak ist unverändert von mehreren politischen und militärischen Patts, einer katastrophalen Wirtschaftslage, Spannungen zwischen der PKK und der Türkei sowie Versuchen des IS zur Wiedererstarkung gekennzeichnet. Aus US-amerikanischer Sicht stellen die schiitischen Milizen, die als verlängerter Arm des Iran betrachtet werden, die größere Gefahr dar. Durch eine von der NATO durchgeführte Sicherheitssektorreform sollen Teile des irakischen Sicherheitsapparats gestärkt werden.

Eine Vernetzung mit anderen Risiken ergibt sich unmittelbar im Hinblick auf den Faktor „Migrationsströme nach Österreich“. Eine Zunahme der Flüchtlingsströme würde ebenso eine Zunahme der Schlepperei und der damit verbundenen Kriminalität zur Folge haben. Rückführungen würden zudem verunmöglicht. Mittelbar würde sich eine Verschlechterung der Sicherheitslage im Irak wahrscheinlich auf die regionale Sicherheit auswirken und die Sicherheitsperzeptionen regionaler und überregionaler Akteure beeinflussen und wahrscheinlich zur „Konfliktverschärfung in der Golfregion“ beitragen oder „Ethno-religiöse Konflikte in Nahost“ weiter befeuern.

Offensive Regionalpolitik der Türkei

Der Faktor „Offensive Regionalpolitik der Türkei“ ist bereits seit längerem feststellbar. Er hat das Potenzial, sich signifikant auf Österreichs Außenbeziehungen auszuwirken.

Die ehrgeizige Außenpolitik der Türkei, beispielsweise auf dem afrikanischen Kontinent oder im östlichen Mittelmeer hat ihren Zenit überschritten. Die Türkei wird ihre Positionen 2022 entsprechend der weiteren Entwicklung der US-amerikanisch-russischen Beziehungen adaptieren – je nachdem ob sich diese konfliktbeladen oder partnerschaftlich entwickeln. Eine Aufgabe der NATO zugunsten Moskaus war nie eine Option für Ankara. Aktuell hat die Türkei trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten ihre Position in Libyen bzw. generell in Afrika insbesondere zuungunsten Frankreichs stabilisiert. Ein jüngst unterzeichneter französisch-griechischer Beistandspakt irritierte Ankara, wirkt sich aktuell jedoch weder auf die türkische Zypernpolitik noch auf die politisierten Erdgasexplorationen im östlichen Mittelmeer aus. Erfolgreich war Ankara im Kampf gegen die PKK, deren Kapazitäten so stark reduziert wurden, dass militärische Konfrontationen vorrangig außerhalb der türkischen Grenzen stattfinden. Ankara ist sichtlich darum bemüht, seine selbstverschuldete Isolation zu überwinden. Die Türkei bleibt für Europa und Österreich auf dem Balkan und in der Flüchtlingsfrage ein unverzichtbarer Partner.

Eine Verknüpfung mit anderen Risikofeldern ergibt sich bei allen regionalen Konflikten, in denen die Türkei aktiv ist. Außerdem ist es möglich, dass Ankara aufgrund innenpolitischer Sachzwänge versucht sein könnte, ethnisch-konfessionelle Konflikte im Rahmen der Diasporapolitik anzuzünden oder hybrid auf einzelne EU-Staaten Einfluss zu nehmen. Das hätte Effekte auf die Risikofaktoren „Ethno-religiöse Konflikte Nahost“ bzw. „Hybride Einflussnahme und Desinformation“.

Desintegration Libyens

Der Risikofaktor „Desintegration Libyens“ wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit manifestieren. Dessen Eintritt würde für Österreich insbesondere im Bereich der Wirtschaft schwache direkte Auswirkungen nach sich ziehen und sich mittelbar über andere Risiken wie Migration auf die innere Sicherheit auswirken.

In Libyen bildeten sich nach Beginn des Bürgerkrieges im Jahr 2011 drei Einflusszonen heraus, die von verschiedenen ausländischen Mächten unterstützt werden. Der Osten, unter Kontrolle des Militärmachthabers Khalifa Haftar, befindet sich weiterhin in bewaffneter Opposition zur eingesetzten und international anerkannten Übergangsregierung unter Hamid Dbeiba in der westlich gelegenen Hauptstadt Tripolis. Der Süden wird von Beduinen und Tubu besiedelt. Die Zentralverwaltung hat in diesen Siedlungsräumen überwiegend keine Präsenz und übt daher keine permanente Kontrolle aus. Die Vielzahl an diplomatischen Initiativen führten bislang zu keiner nachhaltigen Friedenslösung.

Libyen ist ein relevanter wirtschaftlicher Partnerstaat für die petrochemische Industrie in Österreich, deren Investitionsschwerpunkte im Zentralraum und im Westen des Landes in den bedeutenden Ölfeldern liegen. Darüber hinaus ist das Land geografisch einer der relevantesten Ausgangspunkte der Migration auf der zentralen Mittelmeerroute.

In Migrationsfragen, aber auch in Fragen des transnationalen Terrorismus und im nordafrikanischen Schmuggelwesen ist ein stabiler

les Libyen für eine nachhaltige Bekämpfung dieser Phänomene eine zentrale Voraussetzung. Im Falle der Desintegration Libyens würde sich dies negativ auf eine nachhaltige und stabile sozioökonomische Entwicklung des Mittelmeerraumes auswirken.

Desintegration des Libanon

Die „Desintegration des Libanon“ findet statt. Die zu erwartende signifikante Wirkung betrifft vor allem das Engagement Österreichs im Rahmen seiner regionalen außenpolitischen Zielsetzungen.

Der Libanon ist durch innenpolitische Krisen ebenso wie durch massive wirtschaftliche Probleme gekennzeichnet, die jeweils durch außenpolitische Konflikte verschärft werden. Staatliche Strukturen und Institutionen werden fragmentiert. Die allgemeine Verarmung führt zu bewaffneten Auseinandersetzungen entlang konfessioneller und innenpolitischer Grenzen. Der Libanon ist im Vergleich zu seiner Einwohnerzahl der Staat mit der weltweit höchsten zu versorgenden Flüchtlingszahl auf seinem Staatsgebiet.

Österreich engagiert sich mit einem militärischen Kontingent seit 2011 bei der UN-Mission UNIFIL, die seit 1978 zur Überwachung der libanesisch-israelischen Grenze eingesetzt ist. Eine nachhaltige Destabilisierung des Landes mit einem Wiederaufflammen des Bürgerkrieges wäre ein herber Rückschlag für die europäische und damit auch österreichische Regionalpolitik. Österreichs Partner in der Region, also insbesondere Israel und Jordanien wären ebenso wie die Palästinensischen Autonomiegebiete von einem Kollaps des Staates massiv betroffen, dessen Desintegration bereits manifest ist.

Destabilisierung Zentralasiens

Eine Destabilisierung Zentralasiens ist möglich, würde sich jedoch nur mittelbar im Wege anderer Risiken wie Migration auf Österreichs innere Sicherheit auswirken.

Die Staaten der Region Zentralasien sehen sich in den kommenden Monaten und Jahren mit mehreren negativen Entwicklungen konfrontiert. Zum einen verstärkt die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan die Gefahr der Ausbreitung radikal-islamistischer Kräfte. Darüber hinaus sind die Nachbarländer Afghanistans auch mögliche Zwischenziele für Fluchtbewegungen aus Afghanistan nach Europa. Zusätzlich wird die Stabilität der autoritären Regime angesichts zunehmender sozioökonomischer Ungleichheiten, fortbestehender ethnischer Spannungen und allgemein wachsender Unzufriedenheit mit den Eliten weiter geschwächt. Auch die Folgen des Klimawandels werden in der Region immer stärker spürbar und sorgen für potenzielle Konflikte.

Mögliche Auswirkungen auf Österreich zeigen sich im Bereich von Querschnittsrisiken, insbesondere potenziell massiver Migrationsströme. Die geopolitisch relevante Lage der Region lässt aber auch Auswirkungen auf die Risiken „Russland in Konfrontation zu Europa“ und „Systemkonflikt EU-China“ sowie „USA-China“ erwarten.

Zerfall des Taliban-Regimes

Der Eintritt des Risikos „Zerfall Taliban-Regime“ ist zwar möglich aber in den nächsten 12 bis 18 Monaten nicht wahrscheinlich.

Anfang 2022 verfügen die Taliban über eine weitgehende politisch-militärische Kontrolle über Afghanistan. Vorerst haben sich die Taliban als zentrale Macht im Land etabliert und befinden sich in einer Konsolidierungsphase, in der sie mit allen Mitteln versuchen, staatliche Strukturen aufzubauen und andere Milizen einzubinden. Gleichzeitig werden die Taliban zunehmend durch militante oppositionelle Kräfte herausgefordert. Es ist keineswegs sicher, dass die Taliban es schaffen, andere Terrororganisationen in ihrem Einflussgebiet wirksam zu bekämpfen.

Für Österreich gehen von Afghanistan weiterhin unterschiedliche Risiken aus. Beeinflusst werden insbesondere die Risikokategorien „Migrationsströme nach Österreich“, „Terroranschläge“, „Ethno-religiöse Konflikte“ und „Islamistische Subversion“.

COVID-19

Die COVID-19-Pandemie bleibt auch 2022 der bestimmende Faktor der gesellschaftlichen und politischen Lage in Österreich.

Die konkreten Auswirkungen sind stark abhängig vom weiteren Verlauf der Pandemie, potenziellen Mutationen und dem Immunisierungsstatus der Bevölkerung. Im Falle hochansteckender Mutationen besteht das Risiko des Ausfalls systemrelevanter Infrastruktur. Sicherheitspolitisch relevant ist die Pandemie in Kombination mit anderen Risikofaktoren wie „gesellschaftliche Polarisierung“, „regionalen Konfliktentwicklungen“ und Fragen der „Versorgungssicherheit“. Wahrung des Vertrauens in staatliche Institutionen und ein vorausschauendes gesamtstaatliches Krisenmanagement für den Herbst 2022 werden für den weiteren mittelfristigen Verlauf der Pandemie von wesentlicher Bedeutung sein.

Pandemie X

Das Risiko einer neuen Pandemie X ist erkannt. Die möglichen Auswirkungen auf Österreich wären jedenfalls als gravierend einzustufen.

Mit der Spanischen Grippe liegen etwa 100 Jahre zwischen der letzten massiven und der aktuellen Pandemie. Nicht zu vernachlässigen sind jedoch die HIV-Pandemie, anfangs mit nahezu 100 Prozent Letalität, sowie regelmäßige Influenza-Pandemien mit schwankender, aber relativ niedriger Letalität bei adäquater medizinischer Versorgung. Für einen Rückgang der Zahl an Pandemien sprechen verbesserte hygienische Zustände in einem Großteil der Welt. Für eine Verkürzung der Abstände hingegen spricht der deutlich zugenommene Vernetzungsgrad der globalisierten Welt, der demografische Wandel, der Klimawandel, sowie die zunehmende Vereinnahmung der Umwelt durch die Menschen, wodurch Wirtswechsel begünstigt werden können.

Die Auswirkungen einer Pandemie mit unbekanntem Erreger können praktisch nicht abgeschätzt werden, da hierfür die konkreten Merkmale der potenziellen Krankheit entscheidend sind. Dies betrifft Inkubationszeit, Reproduktionszahl, Generationszeit, serielles Intervall, Letalität und Mutationsgeschwindigkeit. Dementsprechend reicht das Spektrum von „eher harmlos“ wie ein hoch ansteckender Schnupfen bis „katastrophal“ – die Kombination einer Ebola-ähnlichen Letalität mit der Reproduktionszahl von Masern und der Mutationsrate von Influenza. Die Auswirkungen reichen dann von einer nur schwachen Wirkung bis hin zum Systemkollaps infolge eines Zusammenbruchs des Gesundheitssystems und notwendiger strikter Quarantäne. Die konkrete Vernetzung mit anderen Risikofaktoren ist abhängig vom Ausmaß der jeweiligen Pandemie.

Hybride Einflussnahmen und Desinformation

„Hybride Einflussnahmen und Desinformation“ finden laufend statt. Die Auswirkungen auf Österreich sind vielfältig und aktuell insbesondere in der Beeinflussung des öffentlichen Meinungsbildes festzustellen.

Hybride Einflussnahmen stellen generell eine wachsende Herausforderung für die Sicherheit und die Stabilität von Staaten und Institutionen dar und unterminieren gemeinsame Werte, Grundsätze und demokratische wie ökonomische Grundlagen. Unterschiedliche verschleierte Akteurskonstellationen wie staatliche bzw. nichtstaatliche Protagonisten mit perfiden Taktiken, etwa Propaganda und Verbreitung von Falschinformationen sowie gezielter wirtschaftlicher Steuerung und Zielsetzungen erschweren die Identifizierung der Urheber hybrider Aktionen. Hauptherausforderung ist es daher, diese zu erkennen.

Hybride Einflussnahmen sind sowohl für die EU als auch für Österreich eine akute Herausforderung. Einflüsse durch Propaganda und inszenierte Desinformation auf allen medialen Plattformen stehen auf der Tagesordnung und haben auch Auswirkungen auf die österreichische Sicherheit. Der Verlust der Steuerung strategischer Netzwer-

ke wie beispielsweise Kommunikationsnetze von Sicherheitsakturen oder Cyberangriffe auf IT-Systeme staatlicher Institutionen sowie eine Fragmentierung der Gesellschaft durch die Instrumentalisierung politischer Gruppierungen könnten eintreten.

Der Risikofaktor „Hybride Einflussnahme“ ist insbesondere mit der kritischen Infrastruktur wie beispielsweise dem Teilsystem Gesundheit und hier vor allem durch die COVID-19-Krise verknüpft. „Cyberangriffe“ und „Versorgungsunsicherheit“ sind wesentliche Elemente hybrider Risiken.

Cyberangriffe

Auch Europa und Österreich sind von der weltweiten Zunahme an schwerwiegenden Cyberattacken nicht ausgenommen. Angriffe auf wesentliche strategische Systeme Österreichs sind wahrscheinlich. Ziele könnten neuralgische vitale Funktionen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, der Wirtschaft – hier insbesondere die Energieversorgung – und der Gesundheit sein.

Mit der zunehmenden Digitalisierung sämtlicher (Lebens-)Bereiche sind Cyberangriffe zu einem probaten Mittel von privaten bzw. kriminellen Akteurinnen und Akteuren als auch politisch oder militärisch motivierten Staaten und Gruppierungen geworden, eigene Interessen durchzusetzen. Dabei können neben virtuellen Effekten wie beispielsweise Erpressung, Spionage, Sabotage und Desinformation auch physische Effekte erzielt werden. Dies betrifft etwa den Ausfall kritischer Infrastruktur oder auch die Gefährdung staatlicher und militärischer Systeme.

Niederschwellige Cyberangriffe wie beispielsweise Ransomware und Cyberspionage stellen bereits eine Bedrohung für einzelne Unternehmen und staatliche Einrichtungen dar. Die Sicherheitslage Österreichs würde aber erst bei größer angelegten oder mehreren gleichzeitig auftretenden Cyberangriffen gefährdet sein. Cyberangriffe werden als militärisches Risiko relevant, wenn sie Souveränitätsverluste in Öster-

reich auslösen, die durch Exekutive oder Justiz nicht mehr beherrschbar sind. In diesem Fall könnten sie als Gefährdung des Gesamtsystems bloß noch mit militärischen Mitteln im Rechtsrahmen der militärischen Landesverteidigung (Cyberverteidigung) gelöst werden.

Folgende Risiken können wiederum durch Cyberangriffe gegen Österreich und die EU ausgelöst oder verstärkt werden: „Blackout“, „Versorgungsunsicherheit“, „Neutralitätsverletzung“, also ein Angriff auf einen Drittstaat, der von österreichischem Territorium ausgeht. Damit würde möglicherweise eine Verletzung der Due-Diligence-Pflicht einhergehen. Die „Erosion der Rüstungskontrolle“ birgt auch das Risiko einer Zunahme an Cyberangriffen. Die Rüstungskontrolle durch die Schaffung internationaler Normen und Regulierungen stehen im Cyberraum erst am Anfang.

Versorgungsunsicherheit

Das Risiko der „Versorgungsunsicherheit“ ist bereits deutlich wahrnehmbar und stellt eine existenzielle Bedrohung für Österreich dar.

Versorgungsunsicherheit beschreibt Störungen, Lücken oder Engpässe in der Verfügbarkeit von Gütern, Rohstoffen, Information und Kapital oder im freien Personenverkehr, die die Sicherung der Grundbedürfnisse von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat beeinträchtigen.

Versorgungsunsicherheit kann Österreichs Sicherheit befristet oder dauerhaft, in einzelnen Sektoren oder in umfassendem Sinne gefährden. Ein integrales Verständnis von Sicherheits- und Wirtschaftspolitik ist wichtig, um Ursachen vorzubeugen und sie zu bewältigen.

Versorgungsunsicherheit kann aus Pandemien, oder aus den Risiken „Blackout“ oder „Cyberangriffen“ resultieren. Ebenso ist die Versorgungsunsicherheit aufgrund von „Spannungen zwischen der EU und China“ bzw. des „Systemkonfliktes zwischen den USA und China“ möglich. Diese können beispielsweise aus Sanktionen und Export-

bzw. Importbeschränkungen resultieren und so die Versorgungssicherheit gefährden.

Drohneneinsätze durch Terrorgruppen

„Drohneneinsätze durch Terrorgruppen“ sind zukünftig möglich und stellen eine reale Gefahr für die innere Sicherheit dar.

Die laufenden Einsätze von bewaffneten militärischen Drohnen in den aktuellen Konflikträumen zeigen, welche Leistungskapazitäten teil-autonome Systeme bereits haben. Diese Entwicklungen deuten klar darauf hin, dass Drohnen mittlerweile zum Mittel erster Wahl zählen. Eingesetzt werden sie sowohl von staatlichen als auch nichtstaatlichen Akteuren, darunter vor allem Terrorgruppen. Kleine und kostengünstige Drohnen eignen sich für nichtstaatliche Akteure bzw. Terrorgruppen in hohem Maße als Waffenträger, sei es durch das Mitführen von Luft-Boden-Waffen oder durch eine Beladung mit Sprengstoff. Drohnen könnten aber auch für den Einsatz von chemischen oder biologischen Waffen verwendet werden.

Drohnen sind ein billiges und effizientes Mittel und können bei richtigem Einsatz strategische Wirkung erzielen. Sie machen es möglich, dass Terrororganisationen über große Entfernung zuschlagen können. Diese könnten beispielsweise mit entsprechenden Vorbereitungen durch den Einsatz von Drohnen in einem Umspannwerk ein überregionales Blackout auslösen, oder eine öffentliche Veranstaltung angreifen.

Blackout

Der Risikofaktor „Blackout“ wird auch weiterhin als wahrscheinlich beurteilt. Ein Eintritt des Risikos würde Österreich sowohl wirtschaftlich nachhaltig schädigen als auch zumindest kurzfristig die innere Sicherheit massiv bedrohen.

Das europäische Stromversorgungssystem wird seit Jahren durch eine Vielzahl unterschiedlicher Faktoren fragiler und damit anfälliger für Großstörungen. Zentrale Faktoren sind dabei der Stromhandel, ein unkoordinierter bzw. überhasteter Systemumbau im Rahmen der Energiewende sowie steigende Komplexität. Ein überregionaler Stromausfall würde unmittelbar zum Ausfall der Logistik- und Versorgungsketten und somit zum Ausfall der meisten lebenswichtigen Versorgungsleistungen führen. Die Wiederherstellung der gewohnten Versorgung mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen kann Wochen, Monate und zum Teil auch länger dauern. Die damit ausgelösten Folgen würden die Sicherheitskräfte massiv überfordern.

Der Risikofaktor „Blackout“ hängt mit anderen Risiken eng zusammen. Zu nennen wären hier etwa Extremereignisse („Großschadensereignis“), „Drohneinsätze durch Terrorgruppen“, „Cyberangriffe“, „Versorgungsunsicherheit“ und „Russland in Konfrontation zu Europa“.

Migrationsströme nach Österreich

Der Migrationsdruck in Richtung Europa und damit auch nach Österreich wird infolge struktureller Ursachen für Flucht und Vertreibung sowie der ökonomischen Benachteiligung des globalen Südens anhalten. Der Migrationsstrom nach Europa wurde in Folge der COVID-19-Pandemie zunächst erheblich gebremst. Die Zahl der Menschen, die global vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, war allerdings noch nie so hoch wie heute. Sie beträgt mehr als 84 Mio. Menschen, was einem Prozent der Weltbevölkerung entspricht.

60 % dieser Geflüchteten kommen aus Afrika oder Zentralasien, darunter Syrien, Afghanistan, Somalia und Sudan. 40 % davon sind bereits in Nachbarländer geflüchtet und haben den Wunsch nach Europa zu gelangen. 80 % der Flüchtlinge leben in Entwicklungsländern, in denen akute Ernährungsunsicherheit herrscht und deren Kapazitäten schon vor der Pandemie am Limit waren. 42 % der Flüchtlinge sind unter 18 Jahren und daher hochmobil. 1,47 Mio. Flüchtlinge gelten laut UNHCR in ihrem Erstaufnahmeland als besonders gefähr-

det. Daher ist für 2022 mit einem Anstieg an Asylanträgen in Österreich zu rechnen. 2021 sind die Anträge gegenüber 2020 bereits um 160 % gestiegen und sie lagen mit etwa 40.000 Personen nur bei etwas weniger als der Hälfte der Zahlen des Jahres 2015.

Wesentliche Risikofaktoren, die in einem direkten Zusammenhang mit der Eintrittswahrscheinlichkeit einer Massenmigration nach Europa und somit auch nach Österreich stehen, sind die Konfliktsituationen in der Sahelzone und Zentralasien sowie die humanitäre Situation Geflüchteter in den derzeitigen Erstaufnahmeländern.

Gesellschaftliche Polarisierung

Das Phänomen „Gesellschaftliche Polarisierung“ ist bereits manifest. Die zu erwartenden Auswirkungen stellen eine Herausforderung für die innere Sicherheit dar. Wenngleich im Beurteilungszeitraum die Pandemie-Politik im Fokus steht, so haben längerfristig auch andere kontroversielle Themen wie die Klima- und Sozialpolitik das Potenzial für polarisierende Instrumentalisierung.

Die Auswirkungen auf die Sicherheitslage Österreichs sind vielschichtig und umfassen die Auslastung von Sicherheitskräften oder beispielsweise das Erfordernis der Einrichtung von Schutzzonen für kritische Infrastrukturen. Je stärker diesen Bewegungen von politischen Akteuren Legitimität verliehen wird, desto größer wird das Potenzial einer Aushöhlung des bisher geltenden Gesellschaftsvertrags und der Legitimität des politischen Systems. Ein zusätzlicher erschwerender Aspekt wäre das weitere Eindringen dieses Phänomens in den Bereich der Sicherheitskräfte.

„Gesellschaftliche Polarisierung“ steht im Zusammenhang mit einer Reihe von Risiken, insbesondere „Terroranschlägen“, die derzeitige politische „Konfrontation Europas mit Russland“ und „COVID-19“.

Islamistische Subversion

Das Phänomen „Islamistischer Subversion“ findet bereits statt und hat das Potenzial, sich vor allem über verknüpfte Risiken auf den sozialen Frieden und auf die innere Sicherheit Österreichs auszuwirken. „Islamistische Subversion“ bedeutet die Unterwanderung der Gesellschaft durch Anhängerinnen und Anhänger des sogenannten „politischen Islam“. Dabei bleibt bis auf Weiteres der lose und unorganisierte Charakter erhalten, der in der Regel über kulturalistische Opferdiskurse und weniger über konkreten Netzwerkaufbau funktioniert. Ausländische Finanzierungen von unter anderem Moscheen oder Vereinen zielen nicht auf die Gesamtheit der in Österreich lebenden Muslime ab, sondern sind nach wie vor zielgruppengerichtet. Anders als in westlichen EU-Staaten, wo das Verhältnis zu arabischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern eine zentrale Rolle spielt, ist in Österreich der große Komplex der türkischstämmigen Menschen von zentraler Bedeutung.

Dieses Risiko wirkt in hohem Maße auf die „Gesellschaftliche Polarisierung“ und hat das Potenzial sich auf den sozialen Frieden und die innere Sicherheit auszuwirken.

Terroranschläge und strategischer Terrorismus

Die Gefahr von jihadistisch bzw. politisch-extremistisch motivierten Anschlägen in Europa bleibt kurz- bis mittelfristig nicht nur gegeben, sondern wird darüber hinaus nach einem Abflauen der COVID-19-Pandemie erneut zunehmen.

Dies hat mehrere Gründe: Der Kampf um die „Herzen und Einstellungen“ muslimischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in den EU-Mitgliedsstaaten ist unverändert im Gange. Einschlägige Aktivitäten finden insbesondere in Gebetszentren und Vereinen statt. Die nordafrikanische aber auch die levantinische sowie die zentralasiatische Diaspora stellen weiterhin wichtige Zielgruppen für jihadistische Propaganda jeder islamischen Glaubensrichtung und Rechtsschule dar.

Vor allem jugendliche Angehörige werden über Internetaktivitäten aber auch über Vereinsaktivitäten adressiert. Ebenso ist die Tendenz erkennbar, dass sich jihadistische Gruppen erneut mit politischen Aktivistinnen und Aktivisten verbinden.

Damit ist das Risiko für vereinzelte Terroranschläge in Österreich abstrakt hoch, während großflächige und mit Massenvernichtungswaffen durchgeführte systemische Terrorangriffe im Beurteilungszeitraum rein hypothetischer Natur bleiben.

Erosion der Rüstungskontrolle und Proliferation

Eine teilweise „Erosion der Rüstungskontrolle“ ist eine der Konsequenzen der globalstrategischen Spannungen. Sie hat nur schwache direkte Auswirkungen auf Österreich, wirkt sich jedoch durch andere Risiken aus.

Die Aufkündigung und das Auslaufen von Rüstungskontrollabkommen sowie vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen haben in den letzten Jahren bereits die globale Unsicherheit verstärkt. Schwierige Verhandlungen über neue, substanzielle Abkommen und Maßnahmen sowie die gegenwärtige Aufrüstung und Modernisierung von Streitkräften weltweit erhöhen angesichts der geopolitischen Spannungen das Risiko militärischer Gewaltanwendung. Dies betrifft vor allem konventionelle Waffensysteme, aber auch den Bereich der Nuklearwaffen und hier nicht zuletzt auch die Herabsetzung der Einsatzschwelle in aktuellen Doktrinen. Die Entwicklung von neuen Mittel- und Langstreckenraketen systemen zur Umgehung bestehender antibalistischer Raketenabwehrsysteme unterstreicht diese Entwicklung. Durch die wachsende Zahl der Staaten, die über Anti-Satelliten-Waffen (ASAT-Waffen) verfügen bzw. diese entwickeln, braucht es jedenfalls funktionierende Kontrollregime, um die zivile Nutzung des Weltraums nicht zu gefährden.

Österreich selbst ist unmittelbar nur schwach betroffen. Neben Auswirkungen im Wirtschaftsbereich, verursacht beispielsweise

durch den Ausfall von Satelliten infolge von ASAT-Waffentests, steigt durch Rüstungswettläufe sowohl die globale geostrategische Konkurrenz als auch die Gefahr für lokale Konflikte.

Die Erosion der Rüstungskontrolle ist eng mit den Risiken „Russland in Konfrontation zu Europa“ und dem „Systemkonflikt USA-China“ verknüpft. Die Proliferation von neuen Technologien verstärkt zudem die Risiken „Drohneinsätze durch Terrorgruppen“ und „Systemischer Terrorangriff“.

Schlüsselunsicherheiten und besondere Sicherheitshinweise

Schlüsselunsicherheiten in der Risikobeurteilung sind jene Entwicklungen, deren Ausgang hochgradig unsicher ist und die mit ähnlichen Wahrscheinlichkeitsannahmen in unterschiedliche Richtungen gehen können. Für das Jahr 2022 konnten insbesondere folgende Schlüsselunsicherheiten identifiziert werden: der weitere Pandemie-Verlauf, der Ausgang der Sicherheitsgespräche mit Russland, die Entwicklung einer europäischen sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit und internationale finanzpolitische Entwicklungen.

Besondere Sicherheitshinweise gelten darüber hinaus für die Bedrohung durch Drohnen, die Versorgungssicherheit sowie Cyberrisiken und das zunehmende Phänomen der gesellschaftlichen Polarisierung.

Resümee

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass sich die Sicherheitslage Österreichs 2022 nicht verbessern, sondern vielmehr durch eine breite Palette an Risiken herausgefordert bleiben wird. Auf die Krisenjahre 2020 und 2021 folgt damit eine weitere Phase der Unsicherheit. Eine Entspannung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: der Trend, dass bisher eher als möglich einzustufende Entwicklungen real eintreten, wird sich fortsetzen. Damit ist die Sicherheit Österreichs nicht bloß

abstrakt, sondern ganz konkret gefährdet. Österreichs Sicherheit ist und bleibt gleichzeitig mit Krisen im internationalen Umfeld und resilienzgefährdenden Szenarien im Inland konfrontiert.

Neu ist, dass essenzielle Grundvoraussetzungen staatlicher Sicherheitspolitik, nämlich die innere Kohäsion und das Vertrauen in die politische Handlungsfähigkeit abnehmen. Die Vielzahl an gleichzeitig zu bewältigenden Aufgaben bedingt zudem, dass die Sicherheitskräfte einer hohen Belastung ausgesetzt sind. Die Rolle des Österreichischen Bundesheeres als strategische Handlungsreserve gewinnt damit weiter an Bedeutung.

Hinsichtlich ihrer Auswirkungen haben die einzelnen Risiken bislang primär negative Auswirkungen auf bestimmte Teilsysteme von Staat und Gesellschaft gezeitigt. Zukünftig kann jedoch eine weitere Eskalation der Gefährdungslage infolge eines Zusammentreffens mehrerer Risiken beispielsweise eines Blackouts, einer Versorgungskrise und einer neuen Migrationswelle nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Damit würde jedenfalls die Schwelle zu einer strategischen Systemkrise überschritten werden. Solche Systemkrisen können entweder aus einer eskalierenden Vernetzung von Einzelereignissen entstehen oder durch politische Akteure gezielt herbeigeführt werden. Bis zu einem gewissen Grad ist auch neu, dass die Sicherheitsrisiken nicht zu einem Schulterschluss in der Gesellschaft führen, sondern infolge unterschiedlicher Bedrohungsperzeptionen oftmals bereits vorhandene Fragmentierungsprozesse weiter verstärken.

Damit entfaltet sich eine neue Qualität strategischer Sicherheitsbedrohungen, die die Vorstellung dessen, was zukünftig sicherheitspolitisch denkbar, möglich oder wahrscheinlich ist, verändert hat. Eine ausschließliche Orientierung sicherheitspolitischer Planung an Wahrscheinlichkeiten ist unzureichend. Vielmehr muss sich sicherheitspolitisches Denken und Handeln wieder verstärkt am möglichen Schadensausmaß orientieren.

Die österreichische Sicherheitspolitik ist im Jahr 2022 mehrfach gefordert: Erstens, das Pandemie-Krisenmanagement laufend an

den letzten Wissensstand anzupassen und besser als bisher vorausschauend zu planen und zu handeln. Zweitens wäre die Resilienz und Krisenfestigkeit von Staat und Gesellschaft gegenüber erwartbaren Risikoszenarien wesentlich zu erhöhen. Drittens wäre die europäische Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit substanziell auszubauen und die gemeinsame europäische Handlungsfähigkeit signifikant zu verbessern.

Dafür müssten die erforderlichen konzeptionellen Grundlagen geschaffen werden, wozu die Erarbeitung einer neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie und die aktive Mitwirkung am „Strategischen Kompass“ der EU zählen. Weiters wäre das nationale Sicherheitsmanagement auf die neuen und komplexeren Szenarien hin auszurichten und zu reformieren. Die militärischen und zivilen Fähigkeiten wären signifikant auszubauen sowie die individuellen Sicherheitsvorsorgen zu intensivieren.

Wenn dies gelingt, dann bleibt zwar auf individueller Ebene im kommenden Jahr durchaus Zweckpessimismus angebracht, was die unmittelbaren Lebensumstände in Zeiten einer Pandemie betrifft. Auf staatlich-gemeinschaftlicher Ebene ist der Schutz von Freiheit und Sicherheit aber weiterhin möglich und eine zu Recht von den Bürgerinnen und Bürgern eingeforderte Staatsgrundaufgabe.

Sollte der derzeit aktuelle machtpolitische Ansatz der unilateralen Umgestaltung der europäischen Sicherheitsordnung erfolgreich sein, würde dies die strategische Lage der EU dramatisch verändern. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren müsste das österreichische Risikobild dann nicht nur punktuell verändert, sondern über weite Strecken völlig neu geschrieben werden.



Bild: EtiAmnos/Shutterstock.com

Verteidigungspolitische Konklusionen

Europas Sicherheitsordnung im Umbruch

Die österreichische und auch europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird gem. den vorliegenden Einschätzungen auch in den kommenden 12 Monaten vor enormen Herausforderungen stehen. Neben der COVID-19-Pandemie, die sich nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer und globaler Ebene manifestiert hat, lassen sich verschärfende Krisen im Umfeld der EU erkennen. Mit dem Krieg in der Ukraine findet eine Zäsur in der europäischen Sicherheitsarchitektur statt, die neben den Entwicklungen in Westafrika, aber auch auf dem Westbalkan unsere besondere Aufmerksamkeit erfordern.

Autor:
Arnold H. Kammel

Das zuvor dargestellte Risikobild wie auch eine Vielzahl der vorliegenden Beiträge zur Jahresvorschau beschreiben neuerlich eine sich fortsetzende Verschlechterung der Sicherheitslage für Europa und Österreich. Der Wettbewerb der Großmächte wird konfrontativer und stärker durch politische Interessen geleitet. Den Menschenrechten und humanitären Interessen geschuldete Interventionen erscheinen mit dem Ende des westlichen Engagements in Afghanistan der Vergangenheit anzugehören. Eine zunehmende Zahl von Akteuren stellt außerdem den etablierten Multilateralismus und damit auch das Völkerrecht infrage.

Die Auswirkungen dieser Vorgänge schlagen sich im Sinne von Wirkungsketten auch auf wirtschaftliche oder gesellschaftspolitische Bereiche nieder. Die daraus erwachsenden Handlungserfordernisse und der Druck auf politische Entscheidungsträger bleiben damit enorm.

Am Beispiel der COVID-19-Pandemie hat sich gezeigt, dass funktionierende gesamtstaatliche Zusammenarbeit die einzige Lösung bei komplexen Krisenlagen ist und dass längst keine strikte Trennung zwischen zivilen und militärischen Sicherheitsaufgaben mehr gezogen werden kann. Im Krisen- und Sicherheitsmanagement des Landes ist vielmehr das solidarische Zusammenwirken aller Kräfte erforderlich. Die Grundversorgung der Bevölkerung, der Schutz von Lebensgrundlagen und kritischen Infrastrukturen sowie die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit sind staatliche Gemeinschaftsaufgaben – und dabei kann kein Staat auf die professionellen Ressourcen seiner Streitkräfte verzichten.

Ob der Komplexität und zunehmenden Geschwindigkeit von sicherheitsrelevanten Entwicklungen ist es heute realistischerweise nahezu unmöglich vorherzusagen, was unmittelbar konkret von uns gefordert sein wird. Politik und Verwaltung werden auch nicht immer umfassende Antworten auf diese Bedrohungen haben, jedoch kann mit einer vorausschauenden Risikobetrachtung und einem funktionierenden gesamtstaatlichen Ansatz zur Krisenbewältigung eine bedeutende und aktive Vorleistung erbracht werden.

Risikobild 2022

Eine herausfordernde strategische Großwetterlage mit einem sich fortsetzenden Übergang zu einem konfrontativen multipolaren System führt uns ins Jahr 2022. Eine zentrale Ordnungsmacht ist de facto nicht mehr uneingeschränkt anerkannt – Machterweiterung und Machtprojektion bestimmen den harschen Ton im internationalen Diskurs. Klimawandel, emergente und disruptive Technologien, hybride Einflussnahmen sowie Gesundheitsrisiken wirken auf das Gesamtgefüge und verschärfen die bestehenden Bedrohungen. In Kombination mit dem verstärkten Auftreten von Extremereignissen ergibt sich daraus ein facettenreiches Risikobild für Österreich und folglich auch große Herausforderungen für das Österreichische Bundesheer. Als die zentralsten Herausforderungen werden die folgenden prognostiziert:

- die COVID-19-Pandemie und ihre längerfristigen negativen strategischen, gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Auswirkungen,
- der Versuch Russlands einer unilateralen Umgestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur,
- die sich verschärfenden Krisen im Umfeld der EU mit besonderem Fokus auf die Entwicklungen in Westafrika und auf dem Westbalkan,
- die erwartbare weitere Verdichtung hybrider Einflussnahmen insbesondere durch Cyberattacken und Desinformation einschließlich Migration sowie
- das Auftreten neuer resilienzgefährdender Extremereignisse wie Blackout, Versorgungsunsicherheit und komplexe, klimaassoziierte Katastrophen.

Jede einzelne dieser Herausforderungen geht weit über Grenzen und Politikbereiche hinaus, ist komplex, schwer kalkulierbar und erfordert ein hohes Maß an Flexibilität und Kooperation, um die Resilienz der europäischen Gesellschaften zu steigern. Zudem zeitigen diese Herausforderungen potenziell Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit supranationaler oder internationaler Organisationen. Insgesamt

ergibt sich daher auch für das Jahr 2022 eine für die Sicherheitslage in Österreich eher ungünstige Prognose. Es erwartet uns eine breite Palette an Risiken, denen möglichst vorausschauend zu begegnen ist. Welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für die europäische und die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und inwieweit ist in diesem Kontext auch die militärische Landesverteidigung relevant?

Unilaterale russische Umgestaltungsversuche – eine Zäsur in der europäischen Sicherheitsordnung

Der Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine markiert eine Zäsur in der europäischen Geschichte und insbesondere für die europäische Sicherheitsordnung. Das Unvorstellbare, ein Krieg auf dem europäischen Kontinent, ist eingetreten. Dies bedingt eine Überarbeitung der bisherigen Konzeptionen europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die vertiefende Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, um die notwendige strategische Autonomie der EU zu erreichen. Dies erscheint nunmehr vordringlicher denn je. Eine weitere Analyse der Situation kann daher an dieser Stelle entfallen, denn bei Veröffentlichung dieser Publikation wäre diese längst überholt.

Aus völkerrechtlicher Sicht ist Russland aufzufordern, sich an die Schlussakte von Helsinki 1975 zu halten, auf der die europäische Sicherheitsordnung fußt. Die darin verankerten Artikel bestimmen die souveräne Gleichheit der Staaten und deren territoriale Integrität. Dies gilt auch für die Ukraine. Die Europäische Union und alle involvierten Akteure müssen weiter unablässig auf eine Lösung auf diplomatischem Weg drängen. Zudem muss klar sein und wurde auch bereits zum Ausdruck gebracht, dass weitere Aggressionen massive ökonomische und politische Konsequenzen für Russland haben werden. Dies bedeutet neben einem umfassenden Sanktionenpaket auch die Nichtinbetriebnahme von North Stream II.

Die völkerrechtliche Neutralität Österreichs ist klar determiniert, das bedeutet jedoch keine politische Neutralität im Falle einer massiven Völkerrechtsverletzung. Der russische Angriff auf die Ukraine ist ein klarer Verstoß gegen das Gewaltverbot in der Charta der Vereinten Nationen und demnach zu verurteilen.

Ungeachtet dessen muss es das Ziel sein, gemeinsam mit Moskau nachhaltige Sicherheit in Europa zu gewährleisten. Dafür braucht es unter anderem ein ehrliches Aufeinander-Zugehen hinsichtlich der beiderseitigen Sicherheitsorgen und Forderungen. Weite Teile der russischen Forderungen wie der Ausschluss des NATO-Beitritts der Ukraine sind dabei freilich unerfüllbar. Kein Drittstaat kann über die Zusammensetzung von im Einvernehmen geschlossenen multilateralen Bündnissen bestimmen. Ebenso braucht es Einigungen über Waffenbeschränkungen auf beiden Seiten, sowie einen direkten Draht zwischen den militärischen Apparaten, um allfällige menschliche Fehlreaktionen und daraus resultierende Eskalationen auszuschließen.

Aufgrund der jahrzehntelangen Tradition Österreichs als Verfechter eines funktionierenden Multilateralismus wären grundsätzlich Initiativen beispielsweise innerhalb der OSZE, in der auch die EU eine starke Position hat, zu unterstützen. Dabei könnten weniger kontroverielle Themen zum Vertrauensaufbau eingesetzt werden, wie etwa der Kampf gegen die sicherheitsrelevanten Auswirkungen des Klimawandels. Auch eine Wiederbelebung von existierenden vertrauensbildenden Maßnahmen in der OSZE wie beispielsweise Transparenz bei Militärübungen in Grenznähe sowie Rüstungskontrolle wäre zu forcieren.

Insgesamt könnte Österreich zukünftig durchaus vermehrt mit der Notwendigkeit konfrontiert werden, sich in sicherheitspolitischen Fragen eindeutig positionieren zu müssen. Es gilt, diese komplexe Sicherheitslage und Zäsur zu nutzen, um einen Diskurs über die künftige Ausrichtung der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik anzustoßen, basierend auf den parallel dazu stattfindenden Weiterentwicklungsprozessen im Bereich der GASP/GSVP. Österreich

hat sich bereits bisher proaktiv in diesen Prozess eingebracht, es gilt hier, den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu nutzen und hier den Prozess der Weiterentwicklung solidarisch mitzugestalten. Zudem wird Österreich vor dem Hintergrund ergriffener Maßnahmen anderer EU-Partner für den Sicherheits- und Verteidigungsbereich nicht umhinkommen, eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets zu diskutieren.

Die Pandemie und ihre längerfristigen negativen Auswirkungen

Die bereits seit zwei Jahren weltweit grassierende Pandemie wird auch Österreich im Jahr 2022 weiter herausfordern. Mit den ersten aufgetretenen Fällen zu Beginn des Jahres 2020 war rasch das hohe Gefährdungspotenzial für viele Menschen absehbar und auch, dass die COVID-19-Pandemie zu einer langfristigen Herausforderung werden würde. Mangelnde Resilienz und Schwachstellen in Teilen des Gesundheits- und Wirtschaftssektors wurden offengelegt. In dieser Krise hat sich das Österreichische Bundesheer (ÖBH) als strategische Handlungsreserve der Republik bewährt.

Das ÖBH übernahm nicht nur Assistenzaufgaben zur Entlastung der zivilen Sicherheitskräfte, sondern erbrachte auch verschiedenste Leistungen zur Unterstützung der Gesundheitsbehörden. Wie sich die Lage ohne die Hilfe des ÖBH entwickelt hätte, ist schwer zu beurteilen. Klar ist, dass die militärische Unterstützung ziviler Einrichtungen im Anlassfall unerlässlich ist und jedenfalls auch bei fortdauerndem Unterstützungsbedarf aufrechterhalten werden muss. In einem auf Effizienz ausgerichteten gesamtstaatlichen Krisenmanagement kann kein Staat auf die Ressourcen der Streitkräfte verzichten. Hier ist naturgemäß die entsprechende Zuordnung budgetärer Mittel an die mit nationaler Sicherheit betrauten Organisationen vorzusehen.

Ob die Pandemie im Jahr 2022 möglicherweise in eine endemische Phase gelangt oder mit weiteren, potenziell gefährlichen Mutationen gerechnet werden muss – es werden jedenfalls die politischen,

wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen der Pandemie weiterhin spürbar bleiben. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird Österreich ohne Einschränkungen über den nächsten Winter kommen, wenn 90 Prozent der Bevölkerung geschützt sind.

Für die strategische Vorausschau des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) sind mögliche künftige Auswirkungen der Pandemie besonders relevant. Beispielsweise muss in der sicherheitspolitischen Debatte besondere Aufmerksamkeit auf bereits seit geraumer Zeit anhaltende Lieferketten und damit auf Versorgungsprobleme gelegt werden. Chipmangel in der Technologiebranche ist etwa ebenso problematisch wie Materialknappheit im Baugewerbe. Diese Mangellagen resultieren auch aus einem steigenden Wettbewerbsverhalten, das von der globalen auf die regionale bzw. nationale Ebene reflektiert wird. Dadurch ausgelöste Teuerungen sind bereits eingetreten und werden wahrscheinlich anhalten. Dies könnte sich aufgrund zunehmender finanzieller Belastungen der Bevölkerung negativ auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt innerhalb Europas und Österreichs bemerkbar machen.

Auch weiteres Potenzial zur Spaltung in den europäischen Bevölkerungen muss vorausschauend erkannt werden: Geimpfte gegen Ungeimpfte, Menschen mit Migrationshintergrund gegen jene ohne Migrationshintergrund, Menschen, die den Klimawandel ernst nehmen gegen Menschen, die den Klimawandel für weniger wichtig halten. Die Wahrnehmung derartiger Bruchlinien ist existent, steigt mit dem Alter der Befragten an und wird im ländlichen Bereich stärker gespürt als im städtischen. Strategische Vorausschau und gesamtstaatliche Lagebeurteilung müssen auch hierbei eine noch strukturiertere bereichsübergreifende Vernetzung bewirken. Es geht insgesamt darum, eine Erhöhung der Reaktionsfähigkeit in potenziellen Krisenlagen zu erreichen.

Es werden also weiterhin etwa Unterstützungsleistungen und Assistenzen durch das ÖBH, politische Maßnahmen zur Eindämmung gesellschaftlicher Polarisierungsprozesse sowie Hilfestellungen für diverse Wirtschaftssektoren erforderlich sein. „Resilienz“ darf dabei

nicht nur eine in modernen Texten verwendete Floskel bleiben, sondern muss aktiv unter Einbindung unterschiedlicher Ebenen und Akteure verbessert werden. Auch die Weiterentwicklung vorhandener Fähigkeiten muss analysiert, priorisiert und nachhaltig vorangetrieben werden. Dazu sind nicht nur finanzielle Mittel, sondern auch verstärkte Zusammenarbeit mit europäischen und internationalen Partnern erforderlich.

Die militärische Unterstützung ziviler Einrichtungen – etwa im Objektschutz, in der Kontrolle von Massenmigration, bei technischen und Naturkatastrophen oder zur Abwehr hybrider Bedrohungen und bei Cyberangriffen – ist unerlässlich und schließt auch die Bereitschaft zu enger zivil-militärischer Kooperation in allen relevanten Bereichen der staatlichen Verwaltung ein. Dies sollte sowohl gesellschaftspolitisch als auch heeresintern bewusstgemacht werden und die Basis für einen parteiübergreifenden, sicherheitspolitischen Grundkonsens bilden.

Die sich verschärfenden Krisen im Umfeld der EU mit besonderem Fokus auf die Entwicklungen in Westafrika und auf dem Westbalkan

Der afrikanische Kontinent ist aufgrund zahlreicher bewaffneter Konflikte, politischer und wirtschaftlicher Krisen sowie humanitärer und Naturkatastrophen Ziel von internationalem, unter anderem auch sicherheitspolitischem Engagement. Auch Österreich beteiligt sich solidarisch mit Beiträgen der Entwicklungszusammenarbeit und des internationalen Krisenmanagements.

Die Ursachen der Krisen vor Ort sind vielfältig, etwa fehlende Rechtsstaatlichkeit, ökonomische Schwäche, Abhängigkeit von externen Faktoren, demografischer Druck, Klimawandel, soziokulturelle Rivalitäten, eine zunehmende Islamisierung und Radikalisierung sowie Terrorismus und dessen Vermengung mit organisierter Kriminalität. Zu diesen Einflussfaktoren kommen die Interessen unterschiedlichster Akteure, die oftmals gezielt Lösungsvorschläge konterkarieren. Für

Österreich sind die Regionen Nordafrika, Westafrika und der Sahel nicht zuletzt aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung bzw. vor dem Hintergrund ihrer Rolle für terroristische Aktivitäten, Migration und Fluchtbewegungen von besonderer Bedeutung.

Die politische Lage hat sich zuletzt vor allem im Sahel erheblich verschlechtert. Verstärkte politische Einflussnahme der EU und weitere Unterstützung vor Ort sind notwendig, um etwa Regierungen dazu zu bewegen, fragwürdige politische Weichenstellungen zu revidieren und Reformschritte zu setzen. Bei allfälligen Sanktionen ist generell darauf zu achten, dass sich diese in erster Linie nicht negativ auf die Bevölkerung und die wirtschaftlich verwobenen Anrainerstaaten sowie die Zusammenarbeit zwischen den internationalen Missionen und den Regierungen der Gastländer auswirken.

Aufgrund der Volatilität der Situation insbesondere im Sahel gilt es, jede neue Entwicklung mit den internationalen Partnern zu bewerten und über die künftige Präsenz in der Region gemeinsam zu beraten. Der Punkt zur Beurteilung der weiteren Vorgehensweise der europäischen Union und der internationalen Gemeinschaft ist zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Beitrags noch nicht erreicht. Insgesamt wird es seitens der EU darum gehen, mehr Gewicht auf die politische Dimension ihres Handelns im Sahel zu legen und im Interesse eines raschen Wirksamwerdens sämtliche Mittel im Instrumentenkasten zu nutzen, etwa die europäische Friedensfazilität, sowie generell die Koordinierung der einzelnen Instrumente und Maßnahmen für die Gesamtregion Sahel zu beurteilen und zu verbessern. Dabei gilt es auch jedenfalls zu bedenken, was passieren würde, wenn Europa und die EU hier ein Vakuum hinterlassen würden und welche Akteure dieses Vakuum füllen würden.

Die Stabilität des Westbalkans ist entscheidend für die europäische Sicherheit, für die österreichische unmittelbar sogar noch wichtiger. Aufgrund der geografischen Nähe sowie der kulturellen, religiösen und geschichtlichen Verflechtungen kommt unserer Nachbarregion eine besondere Bedeutung zu. Die vorrangigsten Aufgabenstellungen vor Ort sind weiterhin politische und öko-

nomische Transformationen. Die jüngsten Entwicklungen vor allem in Bosnien und Herzegowina geben jedoch Anlass zur Sorge und verlangen von Österreich und der EU verstärkte Aufmerksamkeit.

Das Fehlen einer abgestimmten EU-Politik in der Region hat zuletzt lokale Politiker zu einer spaltenden, nationalistischen Politik ermutigt. Die nach wie vor ungelöste Flüchtlings- und Migrationsfrage und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie ermöglichen es zudem externen Akteuren, zunehmenden Einfluss in der Region zu gewinnen. Teilweise ungelöste ethnische Minderheitenfragen, offene Grenzangelegenheiten, religiös motivierte Radikalisierung, historisch schwer überwindbare Spannungen sowie starker Ethnonationalismus in der Region tragen weiterhin Spannungs- und Eskalationspotenzial in sich. Dies vor dem Hintergrund teilweise fehlender rechtsstaatlicher Strukturen, endemisch verbreiteter Korruption, katastrophaler sozio-ökonomischer Rahmenbedingungen und Perspektivenlosigkeit in Bezug auf einen raschen EU-Beitritt. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die derzeitige politische Gemengelage für ein mehr als volatiles Gefüge in Region sorgt, die ein hohes Potenzial politischer Konfrontationen zwischen den einzelnen Akteuren in sich birgt.

Für Österreich wird weiterhin ein substanzieller Beitrag bei den friedensunterstützenden Operationen beizubringen sein, solange es sicherheitspolitisch erforderlich erscheint. Zusätzlich ist jedoch eine Forcierung von verteidigungspolitischen Kooperationen im Rahmen der „Regionalen Initiative Westbalkan II“ vorgesehen. Es muss darum gehen, den verteidigungspolitischen Diskurs in der Region auszubauen und die Staaten in alle Maßnahmen der regionalen Sicherheit mit eigenen Beiträgen einzubinden.

Letztlich soll hier in aller Kürze das Verhältnis zwischen den USA und der Volksrepublik China angesprochen werden, das auch die Beziehungen zwischen der EU und China erheblich belastet. Chinas kürzlich vorgenommene Legislativmaßnahmen im Wirtschaftsbereich erschweren es europäischen Unternehmen, in China zu investieren und sich im chinesischen Wirtschaftsraum zu etablieren. In Europa wiederum führen diese Änderungen zu zusätzlichen Problemen in

den Versorgungsketten. Die sich insbesondere in Hinblick auf Taiwan verschärfende geopolitische Situation im indopazifischen Raum wird sich auch auf die Europäische Union auswirken und vor allem weitere Lieferkettenausfälle zur Folge haben.

Die sich wirtschaftlich verschlechternde Situation – dies wird sich auch durch den Krieg in der Ukraine noch verschlimmern – hat auch Potenzial, sich auf die Fliehkräfte innerhalb der EU auszuwirken. Dies erschwert jedoch die gemeinsame Entscheidungsfindung insgesamt und trägt somit auch zur Erosion der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) bei. Diese wiederum erschwert es der Union, als Akteur auf der internationalen Bühne aufzutreten und zeitnah Entscheidungen zu treffen. Dies ist wiederum von besonderer Bedeutung, vor allem angesichts der bis vor Kurzem angespannten transatlantischen Beziehungen. Zu nennen wäre hier insbesondere das australisch-britisch-US-amerikanische Verteidigungsbündnis „AUKUS“.

Österreich sollte also weiterhin eine möglichst aktive und konstruktive Rolle in der GSVP spielen, sich entsprechend seiner Wirtschaftsleistung in Missionen und Operationen einbringen und auch den Strategischen Kompass der Union dazu nutzen, die Gemeinsamkeiten einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu sichern.

Die erwartbare weitere Verdichtung hybrider Einflussnahmen insbesondere durch Cyberattacken und Desinformation

Neben den bereits diskutierten Herausforderungen und damit einhergehender Auswirkungen stehen Österreich und Europa insbesondere vermehrt hybriden Bedrohungen gegenüber. Diese zeichnet aus, dass der völkerrechtlich klar definierte Zustand von Krieg nicht zweifelsfrei ersichtlich ist und vielmehr durch breit gefächerte, oft unvorhersehbare Formen der Einflussnahme und Gewaltanwendung ersetzt wird. Dabei geht es um den Einsatz militärischer und nicht-militärischer Mittel, die in Kombination gezielt auf die Destabilisierung von

Staaten abzielen. Hierzu werden in aktuellen Konfliktszenarien etwa wirtschaftlicher Druck wie Sanktionen oder Ausnutzen der Abhängigkeit von Rohstoffen eingesetzt, Cyberangriffe durchgeführt, oder die öffentlichen Meinung durch Desinformationskampagnen in Medien und sozialen Netzwerken manipuliert.

Derartige Szenarien haben in den vergangenen Jahren an Zahl und Intensität kontinuierlich zugenommen. Desinformationskampagnen etwa sind weit verbreitet und stellen insbesondere vor Wahlen auch für etablierte demokratische Strukturen mittlerweile ein signifikantes Problem dar. Es ist unerlässlich, derartige Einflussnahmen zu erkennen und diesen mit rascher strategischer Kommunikation gesamtstaatlichen entschieden entgegenzutreten.

Doch nicht nur in Zusammenhang mit Desinformationskampagnen sind Cyberbedrohungen relevant. Schwerwiegende Cyberangriffe richten sich oftmals gegen Unternehmen der kritischen Infrastruktur oder staatliche Institutionen. Um die Auswirkungen derartiger Cyberangriffe minimieren zu können, ist es notwendig, die Österreichische Strategie für Cybersicherheit weiter umzusetzen und mit zielgerichteten Maßnahmen zu operationalisieren. Alle staatlichen Akteure sind mit entsprechenden personellen und technischen Mitteln adäquat auszustatten und weiterzuentwickeln. Zudem ist ein ständiger Austausch auf nationaler, aber auch europäischer und internationaler Ebene unumgänglich.

Neue resilienzgefährdende Extremereignisse: Blackout, Versorgungsunsicherheit und komplexe klimaassoziierte Katastrophen

Als Blackout wird allgemein ein länger wählender Strom-, oder Versorgungsausfall bezeichnet, wo plötzlich nichts mehr funktioniert. Im Jahr 2021 ist Österreich einem solchen zwei Mal nur knapp entgangen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Blackouts in den kommenden fünf Jahren ist Expertinnen und Experten zufolge hoch. Verteidigungspolitisch wurden deshalb bereits erste Schritte gesetzt,

etwa in Richtung der Autarkie von Kasernen. Im Fall eines schwerwiegenden und länger andauernden Blackouts sollen der Sicherheitsapparat geschützt und die kritische Infrastruktur Österreichs jedenfalls funktionsfähig sein.

Aufgaben des Verteidigungsministeriums sind hierbei vor allem:

- die strategische Vorausschau, also das Erkennen von möglichen Anlassfällen im Zuge des kontinuierlichen Risikobildprozesses,
- die Leistung eines Beitrags zur Sicherheitsvorsorge, und hierbei vor allem die wehrpolitische Bewusstseinsbildung hinsichtlich des Eintritts eines derartigen Szenarios sowie der notwendigen Eigenversorgung und
- die Führungsfähigkeit der Republik unterstützen.

Dabei ist eine enge Zusammenarbeit mit allen anderen relevanten staatlichen Stellen und den Blaulichtorganisationen erforderlich. Ziel muss es sein, die Resilienz Österreichs insgesamt zu verbessern.

Die Querschnittsmaterie Klimawandel ist eine der bedeutendsten sicherheitspolitischen Bedrohungen unserer Zeit mit gravierenden Auswirkungen auf Menschen, Natur, Gesellschaft und Wirtschaft sowie insgesamt auf das tägliche Leben. Die Auswirkungen sind auch für den gesamten Verteidigungssektor enorm und verlangen einen gesamtheitlichen Zugang zum Thema Sicherheit.

Einerseits ist der Verteidigungssektor als massiver CO₂-Emittent und Verbraucher fossiler Brennstoffe als Mitverursacher an den globalen Folgen des Klimawandels beteiligt. Andererseits werden veränderte Umweltbedingungen in den militärischen Missionen und Operationen die Einsatzfähigkeit und Gesundheit der Soldatinnen und Soldaten an den unterschiedlichen Einsatzorten enorm belasten.

Aufgrund der Zunahme von extremen Klima- und Wetterereignissen im In- und Ausland und den damit einhergehenden sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels werden die Streitkräfte zukünftig vermehrt als integraler Bestandteil des Consequence Managements zur Bewäl-

tigung der Folgen des Klimawandels herangezogen. Es ist daher mit einer Zunahme der Häufigkeit und Intensität von Unterstützungs- und Assistenzleistungen im Inland, der grenzüberschreitenden Einsätze für die Katastrophenhilfe innerhalb Europas sowie der Einsätze im internationalen Krisenmanagement aufgrund der Destabilisierung von Staaten im eurostrategischen Umfeld zu rechnen. Gesamtstaatlich hat sich Österreich das ambitionierte Ziel gesetzt, Klimavorreiter und bis 2040 klimaneutral zu sein. Das BMLV ist ein Teil dieser gesamtstaatlichen Zielsetzung.

Die Zeit zu handeln ist begrenzt und es ist unumgänglich, resilienter, autarker und energieeffizienter zu werden und entsprechende Anpassungsmaßnahmen vorzunehmen. Es werden intern diesbezüglich auch massive Anstrengungen unternommen und in Form von kurz-, mittel- und langfristigen Zielen sowie Handlungsempfehlungen für das BMLV/ÖBH formuliert. Diese dienen wiederum als Basis für weitere militärstrategische und rüstungspolitische Ableitungen im Rahmen der Streitkräfteentwicklung und für eine Beteiligung des Ressorts an einem gesamtstaatlichen Ansatz zum Thema Klima und Sicherheit (whole-of-government approach).

Auch die Migrationsströme nach Europa und Österreich werden sich nach Einschätzung des Risikobildes im Jahr 2022 fortsetzen. Sollten sich hierbei größere Migrationsbewegungen ergeben, können diese auch wiederum eine Gefahr für Stabilität und innere Sicherheit in der EU und ihren Mitgliedsstaaten darstellen. Maßnahmen zur Verhinderung irregulärer Migration und damit verbundene notwendige Rückführungen fordern zudem die bereits belasteten Sicherheitsstrukturen.

Mittelfristig hat die Migrationsthematik auch Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der EU und Österreichs. Daher wird seitens Österreich weiterhin konsistent für umfassende europäische Lösungen in der Migrationspolitik und die rasche Setzung von konkreten Maßnahmen in allen relevanten Politikbereichen auf EU-Ebene eingetreten. Auf nationaler Ebene wäre zudem eine beschleunigte Umsetzung der relevanten Punkte des Regierungsprogramms wie der gesamtstaatlichen Migrationsstrategie einschließlich der Erarbeitung

einer strategischen gesamtstaatlichen Kommunikationsstrategie im Gegenstand notwendig.

Für das BMLV wird weiterhin die strategische Vorausschau als Mittel zur Früherkennung von Migrationspotenzial eingesetzt sowie mit anhaltenden Unterstützungsbedarfen des Bundesministeriums für Inneres (BMI) im Rahmen von Assistenz- und Unterstützungsleistungen zu rechnen sein, deren Beistellung auch zu erbringen sein wird.

Fazit

Österreich und Europa erleben im Jahr 2022 eine Zäsur in der europäischen Sicherheitsordnung. Wir stehen vor einer enormen Vielfalt an Risiken und Herausforderungen. Österreich, eingebettet in den europäischen Kontext, ist dabei auf Partner angewiesen. Gleichzeitig ist die Republik und auch das Österreichische Bundesheer gefordert, einen Beitrag zur Überwindung dieser Herausforderungen zu leisten. Das Bundesheer hat in der Vergangenheit bereits etliche Male seine Fähigkeiten in herausfordernden Situationen unter Beweis gestellt und wird dies auch in Zukunft tun. Um dies effektiv bewerkstelligen zu können, ist ein ständiger Analyse-, Erkennungs-, und Vorbereitungsprozess erforderlich, der der Umsetzung von Maßnahmen vorausgeht und auch folgt. Ziel muss hierbei sein, die Handlungsfähigkeit des ÖBH nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auch zu verbessern.

Risiken, die sich auf die Europäische Union auswirken, haben gleichermaßen Auswirkungen auf die Sicherheit Österreichs. Eine klare Abgrenzung zwischen exklusiv nationalen und exklusiv europäischen Problemen ist aufgrund ständig bestehender Wechselwirkungen kaum möglich. Aufgrund dieser Tatsachen ist es erforderlich, auch nationale Bedrohungen in einem europäischen Kontext zu denken und bestenfalls zu lösen. Ein Beispiel hierfür ist etwa die COVID-19-Pandemie, die sowohl national als auch im europäischen Verbund eine koordinierte Antwort erforderte.

Gerade der Ukraine-Konflikt zeigt deutlich, wie notwendig es ist, die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik voranzutreiben. Hier gilt es für Österreich, diesen Prozess aktiv mitzugestalten und sich hier als verlässlicher Partner zu positionieren. Umso bedeutender ist, dass sich Österreich proaktiv in die GSVP und in GSVP-Missionen bzw. -Operationen einbringt. Insbesondere der während der französischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2022 zu verabschiedende Strategische Kompass vermag einen bedeutenden Schritt vorwärts darzustellen. Dieser Prozess sollte von Österreich aktiv unterstützt werden. Zudem wird Österreich nicht umhinkommen, angesichts der Reaktionen europäischer Partner auf den militärischen Konflikt in der Ukraine, ebenfalls eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets zu diskutieren.

Kernaussagen

- Global verlaufende Prozesse führen zu übergreifenden Wirkungsketten mit schwer prognostizierbaren Risiken.
- Aufgrund der Beschaffenheit und Komplexität von sicherheitsrelevanten Entwicklungen ist es heute nahezu unmöglich, eine fehlerfreie Risikoeinschätzung zu bewerkstelligen.
- Die Entwicklungen in Osteuropa zwingen Europa und damit Österreich, sich mit Fragen einer neuen europäischen Sicherheitsordnung auseinanderzusetzen.
- Strategische Vorausschau, kontinuierliche Risikobetrachtung und ein sich ständig verbessernder, funktionierender, gesamtstaatlicher Ansatz zur Krisenbewältigung stellen eine bedeutende und proaktive Vorleistung dar.
- Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird weiterhin die entscheidende Rolle für Österreich spielen. Der Prozess zur Verabschiedung des Strategischen Kompass sollte von Österreich weiterhin aktiv unterstützt werden.



Bild: ninefotostudio/Shutterstock.com

Risikobewertungen im europäischen Vergleich

Zusammenfassung

Was wird im Jahr 2022 auf uns zukommen? In Wahrheit ist es unmöglich, eine Vorhersage zu treffen, obwohl die Warnsignale in Richtung weiterer Störungen in der Weltpolitik und der europäischen Nachbarschaft hindeuten. Europa gewöhnt sich an den anhaltenden Druck resultierend aus einer Reihe miteinander zusammenhängender Bedrohungen, Risiken und Herausforderungen und diese Situation wird sich in absehbarer Zeit nicht ändern. Die Union mag nicht immer alle Antworten auf diese Bedrohungen haben, jedoch kann mit dem in Kürze zu verabschiedenden Strategischen Kompass ein kohärenterer und wirksamerer Ansatz für Krisenantizipation und nachrichtendienstliche Aufklärung festgelegt werden. Bis zum Jahr 2030 müssen diese Fähigkeiten sowie eine strategische Kultur hinsichtlich Sicherheit und Verteidigung entwickelt werden.

Autor:
Daniel Fiott

Strategische Überraschungen

Rückblickend auf das Jahr 2021 kam es zu einigen unvorhergesehenen Ereignissen. So setzte Russland beispielsweise eine Anti-Satelliten-Waffe im Weltall ein, die „AUKUS“-Affäre resultierte in einem angespannten transatlantischen Verhältnis und das Schiff „Ever Given“ lief im Suezkanal auf Grund und unterbrach so globale Versorgungsketten. Andere Herausforderungen waren leichter vorherzusehen. Man bedenke etwa die anhaltenden Konflikte in Syrien, Libyen oder dem Jemen, bzw. die nach wie vor bestehenden Herausforderungen durch die COVID-19-Pandemie. Der überstürzte Rückzug aus Afghanistan und das unverhohlene Vorgehen durch Belarus an der Grenze zu Polen und Litauen kamen ebenfalls nicht unerwartet. Es lässt sich sogar sagen, dass Chinas aggressivere „Wolf-Warrior“-Diplomatie und seine kämpferischen Äußerungen in Bezug auf Taiwan ebenfalls zu erwarten gewesen waren.

Zwischen den verschiedenen „Known Knowns“ und den „Unknown Unknowns“ ist die Union auch mit verschiedenen Krisen konfrontiert, die maßgeschneiderte Antworten verlangen. Einerseits kann die EU bereits bekannte Bedrohungen, wie beispielsweise Bürgerkrieg und Instabilitäten in ihrer erweiterten Nachbarschaft nicht ignorieren. So gab es im Jahr 2021 beispielsweise Putsche oder Putschversuche in Guinea, Mali, Niger und dem Sudan. Zudem kam es zu krisenhaften Entwicklungen in Äthiopien und Mosambik. Andererseits gibt es Herausforderungen für die Globalisierung und die Interdependenz der Weltwirtschaft – man bedenke etwa die Engpässe bei der weltweiten Versorgung mit Halbleitern oder die momentane Energiekrise.

In Richtung einer strategischen Kultur der Krisenreaktion?

Das Einzige, das jeder Analyst bzw. jede Analystin mit Sicherheit sagen kann, ist, dass diese Ereignisse 2022 ihre Fortsetzungen finden und dass neue und unerwartete Krisen aufkommen werden. Politische Antworten in Bezug auf derartige Ereignisse werden nicht immer ein-

fach zu finden sein. Es kann keinen vorgefertigten „Schlachtplan“ für die Bewältigung von Bedrohungen, Risiken und Herausforderungen geben. Was helfen kann, ist die Entwicklung einer strategischen Kultur, in der politische Vertreterinnen und Vertreter wissen, welche Krisenreaktionselemente der EU zur Verfügung stehen, Risikoanalysen vermehrt durchgeführt werden und ein höheres Maß strategischer Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten existiert.

Glücklicherweise ist die Idee der EU, Risikobilder zu entwickeln, nicht neu, wenngleich sich die Bezeichnung geändert hat. Der Strategische Kompass der EU basiert beispielsweise auf einer solchen Bedrohungsanalyse. Auch wenn sich der Kompass auf den Zeitraum 2025 bis 2030 bezieht, wurde diese Analyse bereits im November 2020 von den Nachrichtendiensten der Mitgliedsstaaten erstellt und vorgelegt. Sie verdeutlicht, dass die Union aufgrund globalen und regionalen Drucks sowie durch staatliche und nichtstaatliche Akteure mit einem sich verschlechternden sicherheitspolitischen Umfeld konfrontiert sein wird.

Es ist das Ziel des Strategischen Kompasses, strategische Leitlinien aufzustellen, die Handlungsfähigkeit und Investitionen der EU im Bereich der Sicherheit und Verteidigung verbessern, ihre Resilienz stärken und ihre Partnerschaften vertiefen sollen. Gleichzeitig ist es wesentlich, dass die Bedrohungsanalyse nicht außer Acht gelassen wird. Diese wird wahrscheinlich nicht nur im Jahr 2025 wiederholt werden, um den aktuellen Zustand des strategischen Umfelds der EU zu bilanzieren, sie kann auch dazu beitragen, eine strategische Kultur der Mitgliedsstaaten zu schaffen. So ist beispielsweise die Taktik der Instrumentalisierung von Migrantinnen und Migranten, die gerade an der Ostgrenze Europas beobachtet werden kann, südeuropäischen Staaten bereits bestens bekannt. In diesem Sinne sollte die Geografie kein Hindernis für die Erarbeitung EU-weiter politischer Antworten sein.

Obwohl die Bedrohungsanalyse der EU ein klassifiziertes nachrichtendienstliches Dokument ist, ist es dennoch möglich, Risiken, Bedrohungen und Herausforderungen zu erkennen, die die einzelnen Mitgliedsstaaten beschäftigen. Als der Autor beispielsweise die nationalen

Sicherheits- und Verteidigungsstrategien der EU-Mitgliedsstaaten miteinander verglichen, konnte festgestellt werden, dass die Mehrheit der Mitglieder der Union dieselben Themen als Bedrohung der Union betrachtet. Diese sind Terrorismus, Unterbrechung der Lieferketten, organisierte Kriminalität, hybride Bedrohungen, Cyberangriffe, Klimawandel und eine Erosion des Multilateralismus. Weiters gibt es einen breiten Konsens in Bezug auf Herausforderungen, die sich aus der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, gewaltsamen Konflikten und Spionage ergeben.

Bedrohungsanalysen ernst nehmen

Auch, wenn sich die EU-Mitgliedsstaaten über Bedrohungen der Union einig sind, sind sie sich jedoch nicht immer über die notwendigen politischen Antworten einig. In manchen Fällen kann es sogar sein, dass sie kein Interesse daran haben, dass die EU eine Rolle in der Krisenbewältigung spielt. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn es sich um Bedrohungen durch bewaffnete Konflikte handelt. In diesem Zusammenhang ist die Herausforderung, dass auch weiterhin die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten an einer gemeinsamen Bedrohungswahrnehmung und einer flexiblen Reaktion auf Krisen sichergestellt wird. Auch hier beginnt die EU zum Glück nicht von Neuem.

Ratsgremien wie etwa der Krisenreaktionsmechanismus des Rates (IPCR – Integrated Political Crisis Response), die als politischer Krisenkoordinator zwischen den Mitgliedsstaaten fungieren, haben etwa bereits häufiger szenarienbasierte Übungen organisiert. Auch die Europäische Kommission hat derartige Übungen im Hinblick auf hybride Bedrohungen, zum Schutz kritischer Infrastruktur, Gesundheitskrisen und mehr abgehalten. Es gibt nun sogar auch einen Vizepräsidenten der Kommission, der für die strategische Vorausschau zuständig ist. Im Bereich der Sicherheit und Verteidigung hat der Europäische Auswärtige Dienst (EEAS – European External Action Service) szenarienbasierte Diskussionen auf Ebene des politischen und sicherheitspolitischen Komitees (PSK) hinsichtlich der Beistandsklausel der Union (Art. 42, Abs. 7 des Vertrags über Europäische Union) organisiert. Hier sollten

die teilnehmenden Botschafterinnen und Botschafter auf ein facettenreiches, hybrides Szenario reagieren.

Die Notwendigkeit des Vorausschauens und Handelns

Die EU hat also eine größere Fähigkeit des Verstehens von Bedrohungen und Risiken entwickelt. Zusammen mit der Entwicklung von Antwortkapazitäten ist dies ein zentrales Merkmal strategischer Autonomie. Diese veränderte Denkweise hin zu mehr Vorausschau ist lange überfällig und wird durch eine Vielzahl an sicherheitspolitischen Herausforderungen angetrieben, denen die EU gegenübersteht. Es besteht natürlich das Risiko, dass Übungen und Antizipation als Substitution für reales Handeln gesehen werden. Dies sollte tunlichst vermieden werden. Die Bewertung von Risiken als Basis für politische Handlungsweisen sollte im Jahr 2022 zur Norm werden.

Kernaussagen

- Die EU ist mit einer Vielzahl von miteinander zusammenhängenden Krisen konfrontiert. Diese umfassen auch Konflikte in der Nachbarschaft und Instabilitäten.
- Die Union tritt in eine Ära ein, die durch strategischen Wettbewerb und unkonventionelle Bedrohungen gekennzeichnet ist.
- Ein wesentlicher Aspekt weltweiter Handlungsfähigkeit der EU ist die Antizipation und Frühwarnung.
- Neben dem dringenden Bedarf an Fähigkeiten spielen bei der strategischen Autonomie auch Denkweisen und strategische Kultur eine zentrale Rolle.
- Die EU ist gut aufgestellt, um Instrumente der Vorausschau zu entwickeln. Die EU hat nicht nur durch Übungen und szenarienbasierte politische Diskussionen einen guten Weg beschritten, sie überlegt auch, wie ihre Instrumente zur Krisenantizipation bestmöglich vereinheitlicht werden können.

02

Globale Rahmenbedingungen europäischer Sicherheit



Brian A. Jackson/Shutterstock.com

Geopolitische Entwicklungstrends

Autor:
Herfried Münkler

Zusammenfassung

Die seit Beginn der Dekade zu beobachtenden Entwicklungen werden sich im Jahr 2022 unvermindert fortsetzen: Mit dem fortschreitenden Rückzug der USA aus der globalen Verantwortung ist eine Zuspitzung regionaler Konflikte verbunden, die das Potenzial zur offenen Austragung von Kriegen enthält. Währenddessen konzentrieren sich die USA auf eine ihre geopolitische Aufmerksamkeit absorbierende Auseinandersetzung mit China, die jedoch im Wesentlichen handelspolitisch ausgetragen wird. Nur in der Taiwan-Frage hat sie das Potenzial zu einer auch militärischen Konfrontation. China baut unterdessen seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluss in Asien, Afrika sowie den Randgebieten Europas weiter aus. Russland forciert seine Versuche, im Westen und Süden seines Staatsgebiets Territorien, die einst der Sowjetunion zugehörten, unter seine Kontrolle

zu bringen. Im Nahen und Mittleren Osten besteht der Hegemonialkonflikt zwischen dem Iran, Saudi-Arabien und der Türkei fort. Das im Gefolge der Pandemiebekämpfung gewachsene Prestige Chinas dürfte sich 2022 als geopolitische Gewichtsverschiebung zum Nachteil des Westens (USA und EU) bemerkbar machen.

Der Konflikt USA-China

Die dominierende geopolitische Konfliktlinie wird auf nicht absehbare Zeit jene zwischen den USA und China sein. Es handelt sich bei diesem Konflikt inzwischen um eine strukturelle Dominante, die unabhängig vom jeweiligen politischen Spitzenpersonal die US-amerikanische Politik bestimmt. Während China seine Einflussgebiete weiter ausbaut und dabei darauf bedacht ist, seine wirtschaftliche Verwundbarkeit durch Handelsblockaden zu vermindern, verstärken die USA ihre Anstrengungen beim Aufbau einer ost- und südostasiatischen Containment-Koalition, die de facto gegen China gerichtet ist. Die politische Führung Chinas unter Xi Jinping hat inzwischen die auf lautlose Machterweiterung ausgerichtete „Katzenpfotenpolitik“ Deng Xiaopings aufgegeben und für die Jahrhundertmitte als Ziel ausgegeben, zur führenden Weltmacht aufzusteigen. Diese Position wird von ihr freilich nicht, wie von den USA, als globale Ordnungsmacht verstanden, sondern im Sinne eines wirtschaftlich wie politisch die Konstellationen beherrschenden Akteurs, der wesentlich seine eigenen Interessen verfolgt. Währenddessen kann der Rückzug der USA aus der Rolle des globalen Ordnungshüters als Beendigung einer globalen Überdehnung, die insbesondere auf das Engagement in der islamischen Welt zurückzuführen ist, und als Konzentration auf China als den wichtigsten und gefährlichsten Herausforderer der US-Führungsposition verstanden werden. Hier entwickelt sich eine neue Bipolarität, bei der die beiden großen Akteure zurzeit damit beschäftigt sind, möglichst viele Staaten als Verbündete auf ihre Seite zu bringen. Vorerst dürfte der Konflikt mit handelspolitischen Mitteln ausgetragen werden. Er enthält aber, etwa durch die chinesische Drohung, Taiwan in den eigenen Herrschaftsbereich einzugliedern, erhebliche militärische Eskalationsrisiken.

Russland und Naher Osten

Eine gegenteilige Entwicklung zeichnet sich in Osteuropa sowie im Nahen und Mittleren Osten ab, wo weniger mit handelspolitischen Auseinandersetzungen als mit einer militärischen Konfliktaustragung zu rechnen ist. So könnte Russland die gegenwärtige Schwäche des Westens – die Irritationen in den US-amerikanisch-europäischen Beziehungen, die Aufmerksamkeitsabsorption durch die Pandemie und die sicherheitspolitischen Folgen des Brexit – dazu nutzen, seinen Einfluss im Baltikum wie am Schwarzen Meer auszudehnen, indem es in einer Kombination von systematischen Fehlinformationen, Angriffen auf die digitale Infrastruktur der fraglichen Länder, dem Einsatz irregulärer Kampfgruppen und dem Aufbau von militärischen Drohkulissen prowestliche Regierungen stürzt oder destabilisiert, um zu testen, wie bzw. ob die NATO und die Europäische Union überhaupt darauf reagieren.

Währenddessen dauert der im Gefolge des US-amerikanischen Rückzugs entstandene Hegemonialkonflikt im Nahen und Mittleren Osten zwischen dem Iran, Saudi-Arabien und einer neoosmanische Politik betreibenden Türkei fort. Zwar hat der Raum durch die relativ sinkende weltwirtschaftliche Relevanz des Erdöls an geopolitischer Bedeutung verloren, aber das wird durch das Risiko eines nuklearen Wettrüstens der drei Hegemonialaspiranten mehr als wettgemacht. Die Palästina-Frage dürfte unterdessen weiter an politischer Bedeutung für das politische Geschehen im Nahen Osten verlieren. Dabei ist zu beachten, dass die Vormachtansprüche der Türkei nicht nur den Nahen Osten, sondern auch den Kaukasus (Aserbaidshjan vs. Armenien) und den südosteuropäischen Festlandssockel (Erdgasbohrungen in umstrittenen Gebieten im östlichen Mittelmeer) betreffen, was das Risiko regionaler militärischer Konflikte erhöht.

Sahelzone und Ostafrika

Abseits der allgemeinen Aufmerksamkeit haben sich die Sahelzone und Ostafrika zwischen dem Sudan und Mosambik zu regionalen Konflikt- und Kriegsgebieten mit geopolitischer Relevanz entwickelt. Es sind zumeist konfessionelle und ethnische Gegensätze, die zu einer Schwächung der zentralstaatlichen Macht, zu Staatszerfall, Separationskriegen und einer Abfolge von Militärputschen in einzelnen Ländern geführt haben, die sich zu lange währenden Kriegen verdichten können bzw. dies bereits haben. Geopolitische Relevanz erlangen diese zunächst räumlich begrenzten Kriege durch die von ihnen ausgelösten Flüchtlingsströme, die, lange bevor sie Europa erreichen, den gesamten Raum bis zur nordafrikanischen Küste politisch und sozial destabilisieren.

Ein Wandel der Weltordnung

Die Ära eines menschenrechtlich begründeten humanitären Interventionismus ist mit dem Rückzug der westlichen Streitkräfte aus Afghanistan definitiv zu Ende gegangen. Zukünftige Interventionen dürften sehr viel stärker durch die politischen Interessen der Interventen geprägt sein. Von einer Responsibility to Protect, wie sie über kurze Zeit zum Inbegriff einer „neuen Weltordnung“ geworden ist, ist inzwischen keine Rede mehr. Stattdessen wird es um Einflusszonen der großen Mächte bzw. Mächtigkeitsgruppen und die zwischen ihnen liegenden Überlappungs- oder Zwischenräume gehen. Auch die instabilen Peripherien der großen Mächte werden deren Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Die Kriege der Zukunft dürften im Wesentlichen als hybride oder asymmetrische Kriege geführt werden.

Kernaussagen

- Der Konflikt zwischen China und den USA wird auf nicht absehbare Zeit die geopolitische Lage bestimmen.
- Von einem „Neuen Kalten Krieg“ kann dennoch nicht die Rede sein.
- Der innere Zusammenhalt der EU wird durch Russland und China zunehmend auf die Probe gestellt.
- Die EU wird weiterhin durch die Instabilitäten an der gegenüberliegenden Mittelmeerküste sowie in der Sahelzone mit Ostafrika herausgefordert.



Die Scheinnormalität der US-Politik

Zusammenfassung

Die außenpolitische Stoßrichtung der Vereinigten Staaten unter US-Präsident Joe Biden bleibt politisch vage. Aufgrund der Lücke zwischen Anspruch und politischer Umsetzung leidet die neue US-Außenpolitik unter einem Glaubwürdigkeitsproblem. Im Mittelpunkt ihres Fokus steht nach wie vor China. Insgesamt wird der Handlungsspielraum des US-Präsidenten in den kommenden Jahren eher schrumpfen. Vor diesem Hintergrund wäre eine stärkere Unabhängigkeit der europäischen Sicherheitspolitik anzustreben.

Autor:
Reinhard Heinisch

Die politische Lage in den USA

Die Zustimmungswerte für US-Präsident Biden sinken weiter und liegen derzeit bei 43 %. Darüber hinaus sind 63 % der Amerikaner davon überzeugt, dass sich das Land auf dem falschen Weg befindet, wobei die potenziellen Auswirkungen der Inflation und der Einwanderung noch nicht berücksichtigt sind. Hier unterstützen sogar nur 35 % Bidens Politik. Die Debatten über „Wokeness“ und die Kritische Rassentheorie (CRT), wie bei den Gouverneurswahlen in Virginia zu beobachten, treiben viele Wählerinnen und Wähler der weißen Mittelschicht zu den Republikanern.

Vor diesem Hintergrund ist es als eher wahrscheinlich anzusehen, dass die Kongresswahlen 2022 für die Demokraten verloren gehen. Mit 87 % Zustimmung unter den Republikanern ist der ehemalige US-Präsident Donald Trump nach wie vor der mit Abstand beliebteste Politiker, und es bestehen kaum Zweifel daran, dass er eine neuerliche Nominierung der Republikanischen Partei für die Präsidentschaftswahlen 2024 gewinnen würde. Bei einer allfälligen Rückkehr Trumps ins Weiße Haus würden die demokratischen Normen in den USA wie nie zuvor infrage gestellt werden. Präsident Biden hofft, dass seine umfangreichen Ausgaben in Höhe von 550 Mrd. US-Dollar für die Infrastruktur, ein starker Aufschwung nach der COVID-19-Pandemie und die Eindämmung der Omikron-Variante das Blatt noch vor den Kongresswahlen wenden werden.

Sollte der Senat bei den Zwischenwahlen für die Demokraten verloren gehen, würde dieser zum Vetospieler in der Außenpolitik des Präsidenten. Das würde etwaige Abkommen wie etwa jenes mit dem Iran mangels Ratifizierung lediglich auf die Dauer von Bidens Amtszeit beschränken. Die wahrscheinliche Kandidatur Trumps würde ihre außenpolitischen Schatten in der zweiten Hälfte der Amtszeit Bidens vorauswerfen, da sich verschiedene innen- und außenpolitische Akteure entsprechend positionieren würden.

Insgesamt würde der Status als „Lame Duck“ die Außenpolitik des US-Präsidenten massiv schwächen und die Glaubwürdigkeit von Zusa-

gen der USA gegenüber Verbündeten und Gegnern in Frage stellen. Dennoch bemüht sich die Biden-Administration, den Anschein zu vermitteln, zur traditionellen Rolle als westliche Führungsmacht zurückgekehrt zu sein („America is back“). Allerdings zeigen der überstürzte Rückzug aus Kabul sowie das geplatzte U-Boot-Geschäft zwischen Frankreich und Australien und die damit in Kauf genommene Brückierung eines traditionellen Verbündeten und der EU, dass dem nicht so ist. Die USA erleben eine „geborgte“ Zeit vor einer möglichen Rückkehr Trumps als Präsident im Jahr 2024.

Der strategische Rivale China

Die drei wichtigsten internationalen Ereignisse der US-Außenpolitik im Jahr 2021 standen direkt oder indirekt mit China in Verbindung. Der Abzug aus Afghanistan sollte es den USA endlich ermöglichen, den „War on Terror“ hinter sich zu lassen und die Streitkräfte so aufzustellen, dass sie für einen Konflikt mit einem modernen und militärisch hochentwickelten Gegner besser gerüstet sind. Das U-Boot-Geschäft mit Australien muss im Sinne einer antichinesischen Allianz interpretiert werden, die auch in einem neuen trilateralen Sicherheitspakt „AUKUS“ mit Australien und dem Vereinigten Königreich seinen Ausdruck findet. Auch die telefonische Warnung des US-Oberbefehlshabers General Mark Milley gegenüber seinem chinesischen Amtskollegen, dass Trump im Falle einer Wahlniederlage einen Krieg beginnen könnte, belegt einmal mehr die ungewöhnliche innenpolitische Lage der USA wie auch die Fragilität der Beziehungen zwischen Washington und Beijing.

Die China-Strategie der Biden-Administration ist sichtlich bemüht, den vierseitigen Sicherheitsdialog zwischen Australien, Indien, Japan und den Vereinigten Staaten voranzutreiben. Der Zugang zu den asiatischen Volkswirtschaften bleibt ein wesentliches nationales Interesse der USA. Gleichzeitig versucht man Beijings Drohgebärden und nationalistischem Revanchismus entgegenzutreten, ohne jedoch einen militärischen Konflikt zu provozieren, für den die USA derzeit schlecht vorbereitet wären. Dennoch bleibt insgesamt gesehen die

Allianz mit Japan samt nuklearer Garantie der Schlüssel der amerikanischen Ostasienpolitik.

Weiterhin gilt auch, dass wenn China die Hegemonialmacht in Ostasien wäre, die USA die hegemoniale Seemacht bleiben und ihre maritime Vormachtstellung aufrechterhalten müssen. Das würde die Fähigkeiten und Kapazitäten erfordern, China in einem Hochseekonflikt besiegen zu können, auch wenn sich das Operationsfeld dank neuer chinesischer Waffensysteme deutlich weiter vom chinesischen Festland entfernt hat. Eine harte Haltung gegenüber China ist einer jener Bereiche, wo sich Demokraten und Republikaner zu gemeinsamen Positionen zusammenfinden und im Sinne des Systemwettbewerbes auch innenpolitische Projekte weiterbringen, wie beispielsweise Infrastrukturmaßnahmen.

Die Nationale Verteidigungsstrategie (NDS)

Die NDS legt die militärischen Prioritäten der USA fest und wird alle vier Jahre durch eine neue Regierung angepasst. Fokussierte die NDS unter Trump auf Nordkorea, den Iran und Terrorismus, dürfte die nächsten NDS breiter und unschärfer ausfallen. Die derzeit vorliegende Interim-Strategie (INSSG) geht von folgenden Annahmen aus: Erstens müssen die USA bei der Lösung globaler Probleme eine zentrale Rolle spielen, zweitens sei eine geschlossene globale Front der Demokratien unerlässlich, drittens verliere eine Unterscheidung zwischen Innen- und Außenpolitik an Bedeutung und viertens sollten die USA versuchen, China im direkten Systemwettbewerb auszustechen.

Zwar ist das Bedürfnis, dem Unilateralismus Trumps einen vorausschauenden und visionären außenpolitischen Rahmen entgegenzustellen („global commons“) verständlich, doch sind konkrete und insgesamt kohärente politische Inhalte noch nicht offenkundig. Wie sollte konkret einem aggressiven China, einem revanchistischen Russland, einem nuklear orientierten Nordkorea oder einem von Hardlinern regierten Iran begegnet werden? Die außenpolitischen Herausforderungen überlagern sich zudem mit komplexen globalen Problemen

wie Klimakrise und Pandemie, die ihrerseits innpolitisch polarisierend wirken. Somit ergibt sich, dass der Wandel des Mottos von „America First“ zu aktuell „Putting Domestic Renewal First“ zwar Ton und Symbolik, jedoch wenig an der Substanz für Amerikas Verbündete ändern dürfte.

Konsequenzen für die EU und Österreich

Die Konfliktmüdigkeit und die Überschneidung verschiedener Probleme haben den Handlungsspielraum der Regierung Biden stark eingeschränkt, der sich in den nächsten zwei Jahren wahrscheinlich noch weiter verringern wird. Dies wirft die Frage nach der Kluft zwischen den Zielen und Möglichkeiten der US-Politik auf. Die neuen strategischen Prioritäten der USA – China bzw. Ostasien und die Stärkung der nationalen Verteidigungskapazitäten etwa im Bereich der Cyber- und Infrastruktursicherheit – in Verbindung mit einer veränderten Bedrohungswahrnehmung (vgl. die Rolle Russlands für die USA und Europa) würden Washingtons Reaktion auch unter Biden eher begrenzt und kalkulierbar machen. Das betrifft beispielsweise die Stationierung zusätzlicher Truppenkontingente an den NATO-Außengrenzen, die weitere Verhängung von Sanktionen oder Ähnliches.

Längerfristig stünden während einer möglichen zweiten Amtszeit Trumps alle Bündnissysteme zur Disposition, insbesondere die NATO in ihrer jetzigen Konfiguration. Deutschland und Westeuropa sowie die EU würden von Washington wieder stärker als Konkurrenten und politische Gegenspieler der US-Politik wahrgenommen werden – im Gegensatz zu etwa dem Vereinigten Königreich und verschiedenen osteuropäischen Staaten. Vor diesem Hintergrund wäre eine stärkere Abkopplung der europäischen Sicherheitspolitik von der aktuellen US-Politik weiterhin zu empfehlen.

Kernaussagen

- Die innenpolitische Lage der USA bleibt durch politische und gesellschaftliche Polarisierung fragil.
- Die nationale Sicherheitsstrategie wird breiter und unschärfer ausfallen, wobei der Fokus nach wie vor auf China und den Heimatschutz gelegt werden wird.
- Der Handlungsspielraum von US-Präsident Biden dürfte durch innenpolitische Rückschläge geringer werden, wobei aus der Lücke zwischen Anspruch und politischer Umsetzung ein Glaubwürdigkeitsproblem resultiert.
- Eine stärkere Unabhängigkeit der europäischen Sicherheitspolitik von der US-amerikanischen wäre anzustreben.



Bild: Flag 3D Art/Shutterstock.com

Russlands Beziehungen mit der Europäischen Union

Der nachfolgende Beitrag gibt die Einschätzung des Autors Anfang Dezember 2021 wieder.

Zusammenfassung

Der gegenwärtige Zustand der „kalten Partnerschaft“ zwischen der EU und Russland wird auch im Jahr 2022 fortbestehen. Russland ist derzeit an einem Dialog mit den EU-Institutionen nicht interessiert, da die EU derzeit nicht als relevanter außenpolitischer Akteur gesehen wird. Innerhalb der EU gibt es ebenfalls lautstarke Gegnerinnen und Gegner eines Dialogs mit Russland. Selektive Zusammenarbeit in ausgewählten Politikbereichen wird trotz der bestehenden Differenzen möglich sein.

Autor:
Gerhard Mangott

Aktueller Befund

Der Außenminister der Russischen Föderation, Sergei Lavrov, hat bei seinem Besuch in Beijing im März 2021 erklärt, es gebe keine Beziehungen mehr zwischen Russland und den Institutionen der EU. Sachlich ist das durch die Sanktionsbeschlüsse des Europäischen Rates vom 6. März 2014 und die Ablehnung des deutsch-französischen Vorschlages zur Wiederaufnahme von Treffen auf höchster Ebene durch zahlreiche Mitgliedsstaaten der EU im Juni 2021 weitgehend richtig. Die Erklärung Lavrovs ist aber vor allem politisch ein bemerkenswertes Signal, das das Desinteresse Russlands an einem Dialog mit der EU verdeutlicht. Dessen müssen sich auch diejenigen gewahr sein, die mantraartig vortragen, dass die Aufrechterhaltung des Dialogs mit Russland unabdingbar sei. Dialoge erfordern zwei daran interessierte Partner.

Russlands langjährige Priorität ist hingegen der Dialog mit den wichtigen Mitgliedsstaaten der EU – mit Frankreich, Deutschland und Italien. Russland betreibt also eine Bilateralisierung seiner Europapolitik. Die wesentlichen Konfliktpunkte zwischen Brüssel und Moskau sind die repressive Herrschaft und die Verletzung der Menschenrechte in Russland, die aggressive und gewaltbereite Außenpolitik Russlands, etwa gegenüber Georgien, der Ukraine und anderen sowie die zukünftige Rolle Russlands als Gas- und Ölversorger der EU.

Die Haltung gegenüber Russland wird unter den Mitgliedsstaaten der EU kontrovers diskutiert. Allen voran die baltischen Staaten, Polen und Rumänien befürworten eine härtere strategische Linie der EU gegenüber Russland, während Frankreich, Deutschland, Österreich und andere für die Aufrechterhaltung des Dialogs eintreten. Neben den fünf weiterhin geltenden „Guiding Principles“ aus dem Jahr 2016 lässt sich der derzeitige gemeinsame Nenner der EU-Mitgliedsstaaten durch die Begriffe „push back“, „constrainment“ und „selective engagement“ beschreiben. „Push back“ meint, dass die EU hart gegen inakzeptables Verhalten Russlands auftreten und Gegendruck aufbauen soll. „Constrainment“ meint, dass die EU nicht zuletzt über Sanktionen die Fähigkeit Russlands zu einer aggressiven Außen-

politik mindern muss. „Selective engagement“ wiederum bedeutet, dass die EU mit Russland trotz der Kontroversen in anderen Bereichen bei gemeinsamen Interessen zusammenarbeiten soll, etwa bei Klimawandel, Pandemien, organisierter Kriminalität, Migration, nuklearer Non-Proliferation und anderen.

Die Dialogverweigerung mit den EU-Institutionen wird in Russland auch damit begründet, dass die EU kein eigenständiger außenpolitischer Akteur sei. Die Außenpolitik der Union sei vielmehr eine Funktion der Außenpolitik der USA. Auch die immer engere Zusammenarbeit der EU mit der NATO wirkt sich negativ auf ihre Perzeption in Russland aus. Daher sollte nach russischer Ansicht die EU übergangen und gleich der Dialog mit den USA gesucht werden. Zudem wird die EU als absteigende Macht gesehen.

Erwartungen für 2022

Die Beziehung zwischen der EU und Russland wird weiterhin eine „kalte Partnerschaft“ und von tiefem Misstrauen geprägt bleiben. Die Strategie des „push back“, „constrainment“ und „selective engagement“ wird auch im Jahr 2022 gelten. Während der französischen Ratspräsidentschaft sind auch keine substanziellen Initiativen zur Verbesserung der Beziehungen zu erwarten. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron ist über die Reaktionen aus Russland auf seine Gesprächsinitiativen verärgert. Andererseits wird es einige Eskalationsrisiken geben: eine neuerliche militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine, weitere repressive Maßnahmen der russischen Führung gegen NGOs, Journalistinnen, Journalisten und unabhängige Medien sowie gemeinsame aggressive Schritte von Belarus und Russland gegenüber der EU. Dies könnte zu neuen Sanktionen führen, die in diesem Fall jedoch mit den USA synchronisiert wären. Ein Konsens innerhalb der EU über weitere Sanktionen gegen Russland wäre bei den oben genannten Szenarien möglich, aber nicht zwingend.

Die EU wird versuchen, die Kontakte zur russischen Zivilgesellschaft weiter zu intensivieren. Das wird von Russland weiterhin als Einmischung in seine inneren Angelegenheiten bezeichnet werden, die Beziehungen weiter belasten und könnte kontraproduktiv für den Fortbestand russischer NGOs sein. In diesem Zusammenhang ist insbesondere das Gesetz über „ausländische Agenten“ zu nennen.

Die neue deutsche Regierung wird die Rolle Deutschlands als „Scharnier“ zwischen EU und Russland noch weiter zurückbauen. Die „Ampel-Koalition“ will dezidiert eine gemeinsame Russlandpolitik der EU und bekennt sich dazu, die Sicherheitsinteressen der osteuropäischen EU-Mitglieder stärker zu berücksichtigen. Zudem ist der Zertifizierungsprozess der Gasleitung Nord Stream 2 ausgesetzt, in den sowohl die Bundesnetzagentur als auch die Europäische Kommission eingebunden sind. Eine Nicht-Zertifizierung von Nord Stream 2 würde das bilaterale Verhältnis zwischen Deutschland und Russland schwer belasten. Wahrscheinlich wird sich dieses Verfahren mindestens bis zum späten Frühjahr 2022 erstrecken. Sollte es zu einer militärischen Invasion Russlands in der Ukraine kommen, wird es zumindest ein Moratorium für Nord Stream 2 geben, wenn nicht sogar die Entscheidung zur dauerhaften Nicht-Inbetriebnahme.

Sollten sich jene Mitgliedsstaaten der EU durchsetzen, die eine stärkere östliche Partnerschaft mit der Ukraine, Georgien und Moldau wollen, wäre das eine zusätzliche Irritation für die beiderseitigen Beziehungen. Die Junktimierung der vollständigen Umsetzung des Abkommens von Minsk aus dem Jahr 2015 mit der Aufhebung der Sanktionen der EU gegen Russland wird weiterhin keine Verhaltensänderung Russlands erreichen. Die Aufnahme von Verhandlungen über eine Visaliberalisierung ist auch 2022 unwahrscheinlich.

Kernaussagen

- Der Zustand der „kalten Partnerschaft“ zwischen EU und Russland wird auch im Jahr 2022 bestehen bleiben.
- Der Dialog zwischen den EU-Institutionen und Russland wird weiterhin ausbleiben.
- „Push back“, „constraintment“ und „selective engagement“ werden die Richtschnur für die Haltung der EU zu Russland bleiben.
- Innerhalb der EU wird es 2022 kaum relevante Akteure geben, die eine Wiederannäherung zwischen EU und Russland unterstützen.



Bild: Flag 3D Art/Shutterstock.com

Der Faktor China im Spiegel europäischer Risikoszenarien

Autorin:
Doris Vogl

Zusammenfassung

Der Blick auf China als geopolitischer Akteur lässt eine Reihe vielschichtiger, kurzfristig erwartbarer, sicherheitspolitischer Entwicklungen für die Europäische Union und in weiterer Folge für Österreich erkennen. Diese Vielschichtigkeit manifestiert sich im Zusammenhang zwischen multilateraler Sicherheits- und Bündnispolitik mit bilateralen Handelsbeziehungen. Ebenso zeigen die globalen Interkonktivitätsprogramme der EU („Global Gateway“) und Chinas („Belt and Road Initiative“) auf bilateraler Ebene direkte Auswirkungen auf Investitionsklima und Marktzugang. In Hinblick auf die Abwehr hybrider Bedrohungen forciert Europa im Technologie- und Innovationsbereich den Ausbau autarker kritischer Infrastruktur und innovativer Produktionssektoren, wobei chinesische Zulieferelemente ersetzt oder minimiert werden sollen.

Rückblick auf 2021

Die strategische Wahrnehmung Chinas in Brüssel als potenzieller Partner, Konkurrent oder systemischer Rivale hat im Jahr 2021 richtungsweisende realpolitische Ausformungen erfahren. Diese werden auch in Zukunft das bilaterale Verhältnis zwischen der EU und China prägen. Rückblickend lässt sich feststellen, dass die unmittelbaren Folgewirkungen europäischer China-Politik im bilateralen Diplomatie- und Wirtschaftsgeschehen zu beobachten waren, jedoch mehr denn je sicherheitspolitische Agenden betreffen.

Abgesehen von neuen Dialogmechanismen in den Bereichen „Umwelt und Klima“ sowie „digitale Transformation“ zeigten sich auf dem EU-China-Gipfel am 22. Juni 2021 unvereinbare Positionen in den wesentlichen Verhandlungsbereichen. Die bilaterale Dialogplattform für Menschenrechte, deren letzte Sitzung 2018 stattgefunden hatte, konnte nicht reaktiviert werden.

Verfestigung des EU-China Dissens

Beijing wird auch in naher Zukunft keine diplomatische Beweglichkeit in Bezug auf Taiwan, Hongkong oder Xinjiang zeigen. Folglich wird es auf EU-Seite auch keine Fortsetzung im Ratifizierungsverfahren für das bilaterale Investitionsabkommen (CAI) geben. Zusätzlich zum diplomatischen Dissens zwischen der EU und China sind auch inner-europäische Unstimmigkeiten zu beobachten. Zum einen beklagt die Europäische Handelskammer in China massive betriebliche wie auch handelspolitische Schwierigkeiten angesichts des neuen „Anti-Foreign-Sanction“-Gesetzes in der Volksrepublik und ist mit entsprechend pragmatischen Zielsetzungen an das Europäische Parlament herangetreten. Zum anderen scheren einzelne EU-Mitgliedsstaaten mitunter aus der 2019 formulierten europäischen China-Strategie aus. Sollte diesem Phänomen eines mangelnden, innereuropäischen Konsenses in Hinblick auf China nicht resolut entgegengesteuert werden, sind bereits kurzfristig negative Auswirkungen auf einige sicherheitspolitische Szenarien zu erwarten.

Eindeutiges Risiko-Schwergewicht stellt hier der Wirtschaftsbereich dar. Brüssel bekennt sich offiziell zur „Ein-China-Politik“. EU-Mitgliedsstaaten, die wie Litauen von dieser Linie abweichen, könnten infolge unverhältnismäßiger chinesischer Gegenreaktionen erhebliche ökonomische Turbulenzen auch auf gesamteuropäischer Ebene auslösen. Auch im militärischen Bereich würde der Alleingang eines EU-Landes mit maritimen Kapazitäten an neuralgischen Punkten des südchinesischen Meeres ebenso eine massive Rückwirkung auf europäischer Ebene hervorrufen. Allerdings gilt es hier, die Indo-Pazifik-Strategie sowie den Strategischen Kompass der EU mit dem für Juli 2022 erwarteten neuen NATO-Strategiekonzept abzustimmen.

Die Indo-Pazifik-Strategie der EU

In der Indo-Pazifik-Strategie der Europäischen Union vom September 2021 wird die Bereitschaft zur Kooperation auch mit der Volksrepublik China in den Vordergrund gestellt. Zugleich findet die Durchsetzung europäischer Interessen und Werte auf globaler Ebene eine neue ambitionierte Akzentuierung. In diesem Strategiedokument wird ebenso eine verstärkte Präsenz europäischer Kriegsmarine entlang strategischer maritimer Handelsrouten im Pazifik angekündigt. Als deutliche Antwort von chinesischer Seite ist in diesem Kontext die Verweigerung eines Hafenbesuchs für die deutsche Fregatte „Bayern“ in der geplanten Zwischenstation Shanghai auf der Seeroute von Vietnam nach Südkorea zu sehen. Diese konfrontative Haltung Beijings wird in naher Zukunft seine Fortsetzung finden.

Regionales Zusammenrücken im Pazifik

Während die Gründung des Bündnisses zwischen Australien, Großbritannien und den USA (AUKUS) vielfach kommentiert wird, fand der „ASEAN-China Special Summit“ vom 22. November 2021 kaum Beachtung. In der Abschlusserklärung wird die Relevanz des Verbands Südostasiatischer Staaten (ASEAN) für die regionale Sicherheitsarchitektur im Pazifik betont. Zugleich wird die Stärkung von

ASEAN-geleitete Gremien, wie ASEAN+3 (APT), East Asia Summit (EAS), ASEAN Regional Forum (ARF) und Treffen von ASEAN-Verteidigungsministerinnen und -ministern+ (ADMM-Plus) befürwortet. Mit Ausnahme von ASEAN+3 sind in sämtlichen Gremien sowohl Australien als auch die USA integriert.

Die asiatische Staatengemeinschaft ist keineswegs gewillt, das Steuerrad regionaler Sicherheitspolitik an AUKUS abzugeben. In diesem Sinne ist auch die gemeinsame Gipfel-Erklärung zu deuten, in der sich China dazu verpflichtet, Bemühungen der ASEAN zu unterstützen, Südostasien „[...] von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen freizuhalten“. Beijing hat es verstanden, eine momentane Verstimmung der ASEAN zu nutzen.

Trotz wachsender Spannungen mit China hat Australien den regionalen Freihandelsvertrag „RCEP“¹ im November 2021 ratifiziert. RCEP trat am 1. Jänner 2022 in Kraft und legt gemeinsame Regeln für den Freihandel mit Waren und Dienstleistungen, geistigem Eigentum und elektronischem Handel für zehn ASEAN-Mitglieder, China, Japan, Südkorea, Neuseeland und Australien fest. Dieser Schritt Australiens unterstreicht den aktuellen Trend, dass der wirtschaftliche Integrationsprozess im Pazifik nicht durch Sicherheitsbündnisse blockiert wird.

Chinas EU-freundliches Narrativ

Trotz vermehrter Dissonanzen mit Brüssel ist das chinesische Außenministerium mit bemerkenswerter Beharrlichkeit bis Jahresende 2021 nicht von der offiziellen Position abgerückt, die Europäische Union und China seien keineswegs Rivalen, sondern vorrangig Partner und es gebe in vielerlei Hinsicht mehr Konsens als Unstimmigkeit. Diese Position sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die chinesische Aufforderung an EU-Gremien zu mehr geopolitischer stra-

1 Regional Comprehensive Economic Partnership.

tegischer Autonomie an die Erwartung geknüpft ist, dass Brüssel in den kommenden Monaten keine weitere sicherheitspolitische Annäherung an Washington in die Wege leiten wird. Angesichts dieses neuralgischen Punktes könnte Chinas EU-freundliches Narrativ sehr rasch kippen.

Kernaussagen

- Der diplomatische Dissens zwischen der Europäischen Union und China im normativen Bereich wird weiterhin ohne Verhandlungsbasis stagnieren.
- Mangelnder innereuropäischer Konsens in Hinblick auf die China-Politik wird bereits kurzfristig negative Auswirkung auf sicherheitspolitische Risikofaktoren zeigen.
- Die konfrontative Haltung Beijings gegenüber verstärkter Präsenz europäischer Marine im Pazifik wird sich nicht nur fortsetzen, sondern verhärten.
- Die Gründung von AUKUS hat die ASEAN-Staaten bewogen, kurzfristig Kooperationsbereitschaft gegenüber China zu signalisieren. China wird diese Option auf regionaler Ebene zu nutzen wissen.
- Das gegenwärtige EU-freundliche Narrativ Chinas setzt voraus, dass es kurzfristig zu keiner weiteren sicherheitspolitischen Annäherung Brüssels an Washington kommt.



Bild: Mariusz Bugno/Shutterstock.com

Die Bedeutung des indopazifischen Raumes für die Europäische Union

Zusammenfassung

Mit dem Aufstieg Chinas zur Weltmacht, dem enormen Bevölkerungswachstum rund um den Indischen Ozean, der wirtschaftlichen Dynamik Ost- und Südasiens und der hohen Finanzkraft der arabischen Golfstaaten hat der Indo-Pazifik den Atlantik im 21. Jahrhundert als globales Gravitationszentrum abgelöst. Diese Schwergewichtsverlagerung hat gravierende Auswirkungen auf die Position Europas. Zum ersten Mal liegt Europa geostrategisch außerhalb des globalen, maritimen Zentralraums und kann die Entwicklung nur noch peripher beeinflussen. Der in weiterer Folge verwendete Begriff „indopazifischer Raum“ umfasst die Anrainerstaaten des Indischen Ozeans sowie Ost- und Südasiens, einschließlich Ozeanien.

Autor:
Werner Fasslabend

Grundlagen der indopazifischen Entwicklung

Die längerfristig wichtigste Basis für den Bedeutungsanstieg des indopazifischen Raumes ist die demografische Entwicklung und die darauf aufbauende Wirtschaftsdynamik. Der Großraum zählt derzeit bereits knapp fünf Milliarden Menschen und wird bis 2050 um eine weitere Milliarde wachsen. Das hohe Bevölkerungswachstum erzeugt gemeinsam mit steigenden Einkommen insbesondere in Ost- und Südostasien eine nachhaltige Veränderung der globalen Investitions- und Nachfragestruktur. Neben den sogenannten „BRICS“-Staaten Indien, China und Südafrika befindet sich auch die überwiegende Anzahl der sogenannten „Next 11“ im indopazifischen Großraum: Ägypten, Bangladesch, Indonesien, der Iran, Pakistan, die Philippinen, Südkorea, die Türkei und Vietnam.

Für die Europäische Union wird die aktive Teilnahme an der indopazifischen Entwicklung zur essenziellen Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des eigenen hohen wirtschaftlichen und technologischen Standards.

Bereits jetzt erfolgen die Hälfte der weltweiten Containertransporte und 70 Prozent der globalen Ölverschiffungen im Indischen Ozean. Die kommenden Jahrzehnte lassen eine weitere, massive West-Ost-Verschiebung erwarten. Neben dem bisherigen Wachstums- und Entwicklungszentrum Ostasien verzeichnen Südost- und Südasien einen erheblichen Entwicklungsschub. China wird sein Bruttonationaleinkommen (BNE) bis 2050 voraussichtlich verdoppeln, Indien von einer wesentlich geringeren Ausgangsbasis vervierfachen.

Während die europäische Wirtschaft bereits stark auf China ausgerichtet ist, fehlt eine entsprechende Fokussierung auf Indien. Es bedarf nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU einer massiven Neuorientierung auch auf Südasien.

Ostasien ist für die EU nicht nur als Exportmarkt, sondern auch als Rohstoffmarkt von hoher Bedeutung: China verfügt gerade bei den für moderne Schlüsseltechnologien kritischen Rohstoffen wie Selte-

nen Erden beinahe über ein Monopol. Die technologische Führungsrolle Chinas, unter anderem im 5G-Bereich, in der Quantenmechanik und bei Hyperschallwaffen, muss Ansatzpunkt für einen verstärkten wissenschaftlichen Austausch in Richtung Ost nach West sein. Die im Zuge der COVID-19-Pandemie sichtbar gewordenen Abhängigkeiten der EU bei zahlreichen strategischen Gütern erfordern neue Abgrenzungsstrategien.

Veränderte politische Rahmenbedingungen

Die Verschiebung der ökonomischen Kräfteverhältnisse bringt auch eine Veränderung der politischen Gewichte mit sich. Die derzeitigen globalen Ordnungsstrukturen (UNO, WTO, Weltbank, IWF, internationale Gerichtshöfe) entspringen westlichen Wertvorstellungen und Ordnungsmodellen. Diese werden vor allem von China zunehmend infrage gestellt und durch Gegenkonzepte wie die Asiatische Infrastruktur-Investmentbank (AIIB) oder die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) ersetzt. Die EU hat ein eminentes Interesse an einer internationalen Ordnung auf Grundlage westlicher Werte. Ob dessen Umsetzung gelingt, wird jedoch im Indo-Pazifik entschieden. Besondere Bedeutung haben dabei Indien als größte Demokratie der Welt und der Verband Südostasiatischer Staaten (ASEAN) als regelbasiertes Kooperationsmodell.

Der Respekt gegenüber der EU im globalen Gravitationszentrum ist Voraussetzung dafür, dass Europa in Zukunft überhaupt als globaler Akteur wahrgenommen wird. Akzeptanz wird die Union allerdings nur dann erhalten, wenn sie nicht als selbstgerechter Lehrmeister, sondern als pragmatischer politisch-wirtschaftlicher Machtfaktor auftritt.

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen werden vor allem durch folgende Ausgangssituation definiert:

- Der Indo-Pazifik beherbergt die beiden größten globalen Hotspots, nämlich den Nahen Osten und Taiwan bzw. das Südchinesische Meer.
- Der Großraum ist Hauptaustragungsort des chinesisch-amerikanischen Wettbewerbs um die globale Führung.

- Der freie Welthandel ist vom ungehinderten Zugang zu Rohstoff- und Absatzmärkten abhängig. Dieser Zugang, insbesondere durch die Meerenge Bab al-Mandab, die Straße von Hormus und die Straße von Malakka, erscheint aufgrund steigender Transportvolumina und erhöhter Krisenwahrscheinlichkeiten als zunehmend gefährdet.
- Die weltweite Informations- und Cybersicherheit wird durch technologische Entwicklungen und verstärkte Kontrollmöglichkeiten des globalen Kabelsystems immer stärker infrage gestellt.
- Der Anteil des indopazifischen Raumes an den weltweiten Kohlendioxid-Emissionen ist von 37 Prozent im Jahr 2000 auf 57 Prozent angestiegen. Die Erreichung der weltweiten Klimaziele ist ohne den indopazifischen Raum unmöglich.

Im Rahmen der Rivalität zwischen China und den USA stoßen die nationalen Sicherheitsinteressen dieser beiden Akteure unmittelbar aufeinander. Die USA haben, nicht zuletzt auf Grundlage ihrer Erfahrungen mit Pearl Harbor, nach dem Zweiten Weltkrieg eine „Counter Rim Strategy“ etabliert. Diese hat in Europa zur Gründung der NATO und im Pazifik zur strategischen Kontrolle des asiatischen Gürtels aus Inseln und Halbinseln von Japan über Südkorea und Taiwan bis zu den Philippinen geführt. China, durch Jahrhunderte fast ausschließlich terrestrische Großmacht, hat ein legitimes Interesse zur Sicherung seiner maritimen Lebenslinie, die durch die Straße von Taiwan, das Südchinesische Meer und die Straße von Malakka in den indischen Ozean und damit zu den Rohstoffmärkten Afrikas und Australiens sowie zu den Absatzmärkten Europas führt. Seine Ansprüche auf mehr als 80 Prozent des Südchinesischen Meeres stehen jedoch im Gegensatz zum Völkerrecht.

Die Aufrechterhaltung von „Free Navigation“ zählt zu den ureigenen Interessen der EU als größte Handelsmacht. Aufgrund geringer maritimer Kapazitäten kommt den EU-Mitgliedsstaaten allerdings bloß eine deklaratorische Funktion zu. In die beiden neuen Pfeiler der US-Sicherheitsarchitektur für den Indo-Pazifik – die Quad-Gruppe, bestehend aus den USA, Australien, Indien und Japan sowie AUKUS, bestehend aus den USA, Großbritannien und Australien – wurde kein

EU-Mitglied aufgenommen. Von fundamentaler Bedeutung für die EU ist die Situation im Osten des Indo-Pazifiks. Der maritime Zugang vom Mittelmeer zum Indischen Ozean besitzt höchste Priorität für die maritime Lebenslinie Europas. Das langfristige Schutzbedürfnis Europas kann allerdings mit den derzeit vorhandenen Instrumenten nicht ausreichend gewährleistet werden.

Die Rüstungsanstrengungen in Asien weisen unmissverständlich darauf hin, dass einer bloßen Soft-Power-Strategie der EU in der Region keine Erfolgchancen beigemessen werden: Ein „Comprehensive Approach“ ist erforderlich.

Ein Kraft-Raum-Zeit-Kalkül zur europäischen Einflussnahme zeigt eindringlich auf, dass die Mitgliedsstaaten der EU und die EU selbst insgesamt mehr als nur dringenden Handlungsbedarf zum Aufbau eines sicherheitspolitisch-militärischen Kräftepotentials zur Wahrung europäischer Sicherheitsinteressen im neuen globalen Zentralraum haben.

Erwartete Entwicklung für 2022

Die systemische Rivalität zwischen dem Westen und China und ihre Auswirkungen auf die Kooperation wird zum permanenten Hauptthema in Europa. Die Sicherheitslage um Taiwan und das Südchinesische Meer wird weiter eskalieren, mit einer Häufung direkter Konfrontationsfälle in der Luft und zur See, jedoch ohne Ausbruch eines militärischen Konflikts.

Kernaussagen

- Mit dem Aufstieg Chinas zur zweiten Weltmacht, dem enormen Bevölkerungswachstum rund um den Indischen Ozean und der wirtschaftlichen Dynamik Ost- und Südostasiens hat der Indo-Pazifik den Atlantik im 21. Jahrhundert als globales Gravitationszentrum abgelöst.
- Der indopazifische Raum besitzt hohe Zukunftsbedeutung für Europas Exporte, Rohstoffversorgung und Technologieentwicklung.
- Die bestehende, auf westliche Werte und Modelle aufgebaute, globale Ordnung wird insbesondere durch China zunehmend herausgefordert.
- Der Indo-Pazifik beherbergt die beiden größten globalen Hotspots, den Nahen Osten und Taiwan bzw. das Südchinesische Meer.
- Ein „Comprehensive Approach“ der EU ist erforderlich.



Bild: Drop of Light/Shutterstock.com

Die NATO und ihre Beziehungen zur EU

Zusammenfassung

Der Prozess zur Erarbeitung des nächsten strategischen Konzepts der NATO (Next Strategic Concept – NSC) wird im Juni 2022 abgeschlossen. Dieses auf dem Nordatlantikvertrag basierende Konzept ist das wichtigste Instrument für die Ausrichtung der NATO in den kommenden Jahren. Im Zentrum stehen weiterhin die drei Kernaufgaben kollektive Verteidigung, Krisenmanagement und kooperative Sicherheit. Leitlinien sind der Schutz der Werte der NATO, die Stärkung der militärischen Fähigkeiten sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft.

Autorin:
Elisabeth Kornfeind

Die Zusammenarbeit mit der EU, dem „unique and essential partner“, soll unter Bedachtnahme auf unterschiedliche Entscheidungsfindung, Organisation und gegenseitigen Respekt verstärkt werden. Hierbei soll auf den Strategischen Kompass und die künftigen strategischen Prioritäten der EU Bezug genommen werden. In absehbarer Zeit bleibt die militärisch-operationelle Sicherheit in der NATO verortet, auch wenn die Entwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur vorangetrieben wird. Ein Fokus der Anstrengungen der NATO bleibt weiterhin die Sicherstellung der militärischen Interoperabilität. In diesem Zusammenhang bietet die Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden (PfP) für Österreich weiterhin die Grundlage, um nationale Kapazitäten und Fähigkeiten zu stärken und um zur Sicherheit und Stabilität in und für Europa beizutragen.

Sicherheitsherausforderungen des transatlantischen Raumes

Im Jahr 2019 wurde NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg von den Staats- und Regierungschefs der damals 29 Alliierten beauftragt, Überlegungen zur Zukunft der NATO anzustellen. Diese breit aufgestellte Konsultations- und Nachdenkphase, die ihren Abschluss im NATO-Gipfelkommuniqué der Staats- und Regierungschefs vom 14. Juni 2021 fand, dient als Grundlage des NSC. Dieses soll und wird das strategische Konzept aus dem Jahr 2010 aktualisieren bzw. erweitern.

Der NATO-2030-Prozess erfolgt vor dem Hintergrund verschiedenster Herausforderungen. Zu nennen sind hier insbesondere bestehende Bruchlinien innerhalb der Organisation, eine stärkere Orientierung der USA hin zum indopazifischen Raum und der technologische, wirtschaftliche und strategisch-politische Wettlauf Europas und Nordamerikas mit einem zunehmend aggressiv auftretenden China. Hinzu kommen neue, ernst zu nehmende Drohgebärden Russlands, die einen Ruf nach stärkerer Rückbesinnung auf die kollektive Verteidigung auslösen, Sicherheitsherausforde-

rungen durch nicht-staatliche Akteure sowie das globale Phänomen des Klimawandels. Die 2019/2020 aufgetretene, bis heute nicht überwundene COVID-19-Pandemie wirft zusätzlich Fragen der Krisenbewältigung im transatlantischen Raum auf. Dies führt dazu, dass der Resilienz westlicher Gesellschaften noch stärkeres Augenmerk zu widmen sein wird.

In diesem Zusammenhang offenbarte die von den USA ausgegangene Entscheidung, die „Resolute Support Mission“ in Afghanistan zu beenden, Schwachstellen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der NATO-Staaten. Gleichzeitig wird deutlich, dass es Unterschiede zwischen NATO-Mitgliedern gibt, die auch EU-Mitgliedsstaaten sind und jenen, die das nicht sind. Darüber hinaus werden Überlegungen aufgeworfen, wie die Zielsetzungen des Krisenmanagements besser definiert werden können. Für die Bewältigung der neuen globalen Herausforderungen benötigt auch die NATO unterstützende Beziehungen und Partnerschaften. Diese werden durch den Abschluss von individuell zugeschnittenen Partnerschaftsprogrammen (Individually Tailored Partnership Programmes – ITPP) geregelt. Ein einzurichtender multinationaler Innovationsfonds soll der NATO helfen, ihren technologischen Vorsprung zu bewahren, indem er die Entwicklung von Dual-Use-Technologien unterstützt und die Zusammenarbeit mit Unternehmen in der Hochtechnologie forciert, die ohne finanzielle Unterstützung nicht möglich wäre.

Zusammenarbeit zwischen EU und NATO

Im Zentrum der Kooperation zwischen EU und NATO stehen die vollständige Umsetzung der 74 Themen gemeinsamer Anstrengungen wie militärische Mobilität, parallele und koordinierte Übungen sowie die weitere Stärkung von Kapazitäten und Fähigkeiten. Der Ausbau des politischen Dialogs, der strategischen Kommunikation, Resilienz, Bekämpfung hybrider und Cyberbedrohungen, neue und disruptive Technologien und sicherheitspolitische Herausforderungen des Klimawandels sollen künftig ebenfalls erfasst werden. Da die EU auf bestehende NATO-Normen und -Standards zurückgreift,

soll auch in diesem Bereich eine gegenseitige Einbindung frühzeitig erfolgen. Eine enge Zusammenarbeit entwickelte sich in der Pandemiebekämpfung in den Bereichen der Logistik sowie des zivilen Krisenmanagements, koordiniert durch das Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre.

Individuelle Partnerschaft für den Frieden

Mit der Entscheidung, der EU beizutreten und sich der NATO-PfP anzuschließen, hat Österreich seine Verantwortung für Europa institutionell abgesteckt, auch wenn die Neutralität Schranken eines militärischen Engagements aufzeigt. Als EU-Mitglied trägt Österreich die Ambition mit, Sicherheit und Verteidigung innerhalb der EU auszubauen, die strategische Eigenständigkeit Europas zu forcieren und so Verantwortung für die europäische Sicherheit und Stabilität zu übernehmen. Von der Teilnahme an der PfP und dem Abschluss des neuen ITPP werden auch die aktuellen Kooperations-themen wie unter anderem Resilienz, politischer Dialog oder Klimawandel abgedeckt. Weiterhin stehen die nötige militärische Interoperabilität und die Teilnahme an internationalen Missionen und Operationen an oberster Stelle.

Kernaussagen

- Mit dem nächsten strategischen Konzept der NATO und dem Strategischen Kompass der EU definieren beide Organisationen ihren politisch-strategischen Rahmen für die kommenden Jahre.
- Für eine erfolgreiche Bewältigung der sicherheitspolitischen Herausforderungen in Europa ist eine enge, ernstzunehmende Kooperation zwischen EU und NATO unumgänglich.
- Im Vordergrund der Beziehungen zwischen EU und NATO stehen Aufgabenteilung und die Übernahme gemeinsamer Verantwortung. Die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie hat die Notwendigkeit zur Kooperation verstärkt aufgezeigt. Militärisch wird die NATO in absehbarer Zeit ihren Vorsprung gegenüber der EU beibehalten.
- Als EU-Mitglied trägt Österreich die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen EU und NATO mit. Neben dem Fokus auf militärische Interoperabilität bildet das neue ITPP auch die Grundlage für die erweiterte Kooperation zwischen Österreich und der NATO in neuen Bereichen wie Resilienz, Klimawandel oder politischem Dialog.



ARLUG/Shutterstock.com

Die EU, die OSZE und Europa

Autor:
Thomas Greminger

Der Begriff „Europa“ wird oft mit der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten gleichgesetzt. Der Eurovision Song Contest oder die UEFA-Fußball-Ligen zeigen jedoch, dass Europa ein weitaus größerer geografischer Raum ist. Diese Region wird durch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) abgedeckt, die damit eine paneuropäische Komponente aufweist. Daraus folgt, dass sich ein Raum ergibt, in dem die EU mit dem Rest Europas ebenso wie mit nordamerikanischen Staaten mit sicherheitspolitischen Interessen in Europa interagieren kann. Im Jahr 2022 bietet sich die Gelegenheit der Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und der OSZE, wobei die Rolle des Strategischen Kompasses berücksichtigt und die Möglichkeiten der OSZE als Raum für Gespräche zwischen Russland und dem Westen genutzt werden sollten.

Neue Relevanz der OSZE

Bis vor wenigen Jahren sah man die OSZE als Organisation in den Hintergrund geraten. Dies änderte sich 2014, als man sich über die Etablierung einer Special Monitoring Mission (SMM) in der Ukraine einig war. Im Verlauf der letzten sieben Jahre waren diese Mission und die Beteiligung von mehr als 800 zivilen Beobachterinnen und Beobachtern für die internationale Gemeinschaft hinsichtlich der Situation im Osten des Landes ein unverzichtbares Element. Die OSZE konnte ihren Wert auch durch den Aufbau von Vertrauen und Stabilität in Moldau und die Adressierung transnationaler Gefahren beweisen. Weiters ist sie faktisch der letzte Ort für einen formellen Dialog zwischen Russland und dem Westen.

Darüber hinaus weist die OSZE – im Gegensatz zu Organisationen wie der NATO und der EU – einen inklusiveren sicherheitspolitischen Ansatz auf, und sie kann mehr als offenes Netzwerk und weniger als geschlossen nach außen auftretender Klub gesehen werden. Gerade aufgrund unterschiedlicher Denkweisen der einzelnen Mitgliedsstaaten der OSZE bedarf es eines solchen Raumes für offene Kommunikation, Reduktion von Spannungen und ein Wiederaufbauen von Vertrauen. Alyson Bailes beschrieb dies im OSZE-Jahrbuch 2007 wie folgt: *„The EU is more inclined to actively transform the environment with only one choice of model (its own), while the OSCE acquires leaves wriggle-room for evolution and diversity“*.

Das heißt aber auch, dass das Konsensprinzip innerhalb der OSZE im Fall von Meinungsverschiedenheiten dazu führen kann, dass die Handlungsfähigkeit der Organisation gehemmt wird. Gleichzeitig unterstrich der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, die Bedeutung der OSZE. Im Rahmen eines Ministerinnen- bzw. Ministertreffens 2019 in der Hohen Tatra in der Slowakei meinte er, sollte die OSZE verschwinden, würde sich innerhalb von 48 Stunden eine ähnliche Organisation herausbilden (müssen). Borrell fügte die Frage an, warum die vorhandene Organisation nicht effektiver genutzt werden sollte.

Strategischer Kompass der EU – zeigt er nach Osten?

Für das erste Halbjahr 2022 wird erwartet, dass die Europäische Union den Strategischen Kompass verabschiedet. Dieser soll dazu führen, dass der EU als sicherheits- und verteidigungspolitischem Akteur eine Orientierungshilfe zur Verfügung steht und gemeinsame Prioritäten identifiziert werden können.

Im bisherigen Konsultationsprozess kam die OSZE nur selten zur Sprache. Jedoch weisen die meisten Themen eine Beziehung zu Bedrohungen und Herausforderungen innerhalb des OSZE-Raumes auf, wobei es sich um Konflikte in der direkten EU-Nachbarschaft, Herausforderungen durch staatliche und nichtstaatliche Akteure sowie hybride Bedrohungen handelt. Der Strategische Kompass zeigt direkt in Richtung der Themenagenda der OSZE, auch wenn dies bisher nicht so deutlich wahrgenommen wurde. Es gibt beispielsweise ein akutes strategisches Interesse der EU an der Stabilität Belarus', der Ukraine oder Moldaus. Auch Sicherheit, Freiheit und Demokratie am Westbalkan sowie das Engagement im Südkaukasus sind zentrale Elemente des Kompasses. Darüber hinaus besteht ein Eigeninteresse an der Stärkung von Sicherheit und Zusammenarbeit in Zentralasien, speziell hinsichtlich der Auswirkungen der unsicheren Situation in Afghanistan. Viele dieser Vorhaben können durch eine Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE besser als auf zwischenstaatlicher Ebene erreicht werden.

Die OSZE ist einer der wenigen verbliebenen Rahmen, in dem die EU und Russland ihre Differenzen besprechen können. Die EU sollte ein starkes Interesse daran haben, dass hier ein strukturierter Dialog stattfindet, der zu Deeskalation und vertrauensbildenden Maßnahmen führt sowie die Rüstungskontrolle voranbringt. Der normative Rahmen der OSZE sollte als Grundlage einer paneuropäischen Sicherheitsordnung betrachtet werden, die auf gemeinsam vereinbarten Prinzipien für die Beziehungen zwischen Staaten beruht.

Die EU kann mit Hilfe der OSZE auch ihre Resilienz steigern, ein wichtiges Ziel des Strategischen Kompasses. Dies lässt sich aus dem breiten Aufgabenfeld der OSZE ableiten, das die Stärkung von Menschenrechten, Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit abdeckt. Die Struktur der OSZE zielt darauf ab, dass Institutionen demokratischer, inklusiver und effektiver werden, wobei die Medienfreiheit und der Schutz von Minderheiten gewährleistet bleiben sollen.

Die OSZE zeichnet sich auch durch ihre Frühwarnfunktion aus. Zuletzt wurde dies mit der SMM unter Beweis gestellt, wobei die Wirksamkeit in allen Phasen des Konflikts erkennbar war: Präventionsmaßnahmen, Krisenmanagement und Peacebuilding. Darüber hinaus ist sie speziell darum bemüht, gute Beziehungen zwischen der Union und ihren Mitgliedsstaaten einerseits und der der Eurasischen Wirtschaftsunion andererseits zu etablieren. Sie hat auch ein wachsames Auge auf China und seine „Belt and Road“-Initiative. Die Mitgliedschaft in der OSZE bietet zudem die Möglichkeit für das Ansprechen verschiedenster Bedrohungen, die auch die EU betreffen: hybride Gefahren, disruptive Technologien, Desinformation, Terrorismus oder organisiertes Verbrechen.

Eine zukunftsorientierte, kooperative Agenda

Falls es um Sicherheit und Kooperation im weiteren Europa und nicht ausschließlich im Raum der Union geht, muss auch die OSZE eine strategischere Perspektive entwickeln. Das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Astana im Dezember 2010 ist über zehn Jahre her, und es fanden seither zahlreiche Veränderungen statt. Ist die Vision einer gemeinsamen euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft, die damals angesprochen wurden, nach wie vor aktuell? Falls ja, wie könnte die weitere Integration aussehen? Falls nein, worin liegt die geteilte Vision für die Zukunft?

Der finnische Präsident Sauli Niinistö sprach sich für ein Gipfeltreffen im Rahmen des 50jährigen Jubiläums der Helsinki-Schlussakte im Jahr 2025 aus. Dort könnte man das Konzept einer koope-

rativen Sicherheitsvorsorge neu beleben. Die Aussichten auf Erfolg eines solchen Gipfeltreffens würden durch eine sorgsame Vorbereitung und Prüfung von Ideen, durch die Konsensbildung und Identifizierung gemeinsamer Interessen sowie durch das Evaluieren neuer Ziele erheblich steigen.

Das Geneva Centre for Security Policy (GCSP) hat bereits Unterstützung bei der Entwicklung einer solchen kooperativen Sicherheitsagenda, beginnend mit einer „Track-1.5-Initiative“, signalisiert. Falls sich 2022 die Gelegenheit ergeben sollte, kann ein solcher Prozess eine Inspiration für einen multilateralen Dialog innerhalb der OSZE darstellen und als Beschleuniger für den Strategic Stability Dialogue (Strategischer Stabilitätsdialog) dienen, der von den Präsidenten Joe Biden und Wladimir Putin im Jahr 2021 in Genf initiiert wurde.

1972, vor 50 Jahren, starteten in Helsinki und Genf Gespräche über eine Vertiefung in den Bereichen Sicherheit und Kooperation. Das Resultat findet sich bis heute in der Helsinki-Schlussakte aus dem Jahr 1975. Auch wenn die aktuelle europäische Sicherheitslage mehrheitlich als eher fragil beurteilt wird, zeigt sich, dass wir an einem Punkt stehen, an dem eine Entscheidung über die Revitalisierung des Konzeptes der kooperativen Sicherheit getroffen werden muss – nicht aus Prinzip, sondern aus Notwendigkeit.

Kernaussagen

- Der Strategische Kompass der Europäischen Union wird einen Fokus auf die Beziehungen zum Osten legen müssen.
- Der von Russland und den Vereinigten Staaten eingerichtete Strategic Stability Dialogue muss vorangetrieben werden.
- Die Möglichkeiten der OSZE können dazu genutzt werden, um gegebenenfalls einen Rahmen für den Dialog zwischen Russland und dem Westen aufzuspannen.
- Eine kooperative Sicherheitsagenda könnte den Weg für einen europäischen Sicherheitsgipfel im Jahr 2025 ebnen.

03

The image features a large European Union flag with twelve yellow stars on a blue field, flying from a tall white pole. The flag is set against a bright blue sky with scattered white clouds. In the background, a modern building with a curved facade and a grid of windows is visible. The overall scene is bright and clear.

Strategische und institutionelle Weiterentwicklung der EU



Bild: Zenza Flarini/Shutterstock.com

Die „geopolitische“ Europäische Union 2022

Autor:
**Michael
Karnitschnig**

Zusammenfassung

Die globale Großwetterlage hat sich für die Europäische Union im letzten Jahr weiter eingetrübt. Vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie und wachsender grenzüberschreitender Herausforderungen stehen Sicherheit, Stabilität und Wohlstand Europas auf dem internationalen Prüfstand. Eine „geopolitisch“ denkende und geeint agierende Union ist daher wichtiger denn je. Was müssen die EU und ihre Mitgliedsstaaten konkret tun, um in diesem komplexen Umfeld ihre Interessen und Werte zu verteidigen? Für 2022 sind drei besondere Aktionsfelder für die EU zu identifizieren. Die Union muss ihre Nachbarschaft noch aktiver als bisher stabilisieren, robusten Multilateralismus leben, Europas Widerstandsfähigkeit stärken und eine echte europäische Verteidigungspolitik vorantreiben.

Die Nachbarschaft stabilisieren

Die EU als „westliche Halbinsel“ Eurasiens hat keine andere Wahl, als den aus ihrer Nachbarschaft kommenden Bedrohungen entschlossener entgegenzutreten. Dies betrifft nicht zuletzt instrumentalisierte Migration und andere hybride Angriffe. Zu einer langfristig orientierten EU-Nachbarschaftspolitik, die sich den Wurzeln der Instabilität in Staaten des europäischen Umfelds widmet, gehört deutlich aktiveres Krisenmanagement. Das wird anhand der aktuellen Krise in Belarus deutlich. Die Kombination aus EU-Instrumenten, also der Unterstützung demokratischer Kräfte, gezielten Sanktionen, humanitärer Hilfe, Grenzschutz, finanziellen Anreizen und Druck auf Drittstaaten (auch zur Rückführung von Migrantinnen und Migranten), zeigt erste Wirkung. Um in der östlichen Nachbarschaft aber effektiv stabilisieren zu können, muss die Union vor allem ihr Verhältnis zu Russland neu beurteilen, vor allem im Lichte des aktuellen Konflikts in der Ukraine..

Zum „Export“ von Stabilität in das unmittelbare geopolitische Umfeld Europas gehört auch, das EU-Beitrittsversprechen gegenüber den sechs Staaten des Westbalkans schrittweise umzusetzen. Die aktuelle Pattsituation im EU-Ministerrat zu den Verhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien ist Gift für die Glaubwürdigkeit der Union – was weit über Südosteuropa hinaus wirkt.

Robuster Multilateralismus und europäische Resilienz

Eine zweite Herausforderung für die EU im Jahr 2022 wird es sein, das multilaterale System „wetterfest“ zu machen. Es reicht nicht, gegenüber aggressiv auftretenden Akteuren auf die Einhaltung bestehender „Spielregeln“ zu pochen, während diese längst ihr eigenes Regelwerk schaffen und dieses anderen aufzwingen. Europa muss vielmehr mit seinen Partnern, insbesondere den USA, für einen offenen, effektiven und vor allem robusten Multilateralismus eintreten.

Dabei darf es nicht in die Naivitätsfalle tappen und glauben, dass die Globalisierung eine Einbahnstraße der halbautomatischen „Verwestlichung“ sei. Das gilt für die internationale Gesundheitspolitik, die Pandemiebekämpfung und für die Stärkung des freien Welthandels sowie die Reform der WTO als Gegenmittel zum schleichenden Staatskapitalismus. Dies gilt ebenso für die internationale Regulierung des Internets und zugehöriger Technologien, die zunehmend zum geopolitischen Instrument werden. Der letzte Punkt ist allerdings für den Erhalt der offenen westlichen Gesellschaften besonders wichtig.

Die innenpolitische Kehrseite dieses neuen Multilateralismus: Europas Verwundbarkeiten müssen angegangen werden. Die Union muss widerstandsfähiger gegen externe Schocks werden, auch im wirtschaftlichen Bereich. Gerade die COVID-19-Pandemie hat dies gezeigt. Das soll allerdings kein Plädoyer für Protektionismus oder gegen globale Arbeitsteilung sein, sondern ein Aufruf, internationale Ressourcen-, Handels- und Wertschöpfungsketten wenn nötig zu diversifizieren und ausländische Investitionen und Subventionen in der EU strenger zu prüfen.

Die Europäische Verteidigungspolitik vorantreiben

Europa muss zudem seine „Verteidigungsunion“ Realität werden lassen. Nicht durch das Verfolgen hehrer Träume wie einer „europäischen Armee“, sondern durch den schrittweisen pragmatischen Aufbau gemeinsamer Kapazitäten. Der geplante EU-Verteidigungsgipfel unter französischem Ratsvorsitz im März 2022 kann hierzu wichtige Dynamik liefern. In Vorbereitung dieses Gipfels wird die Kommission eine Strategie vorstellen, die konkrete Vorschläge unter anderem zum weiteren Einsatz des EU-Verteidigungsfonds, zur militärischen Mobilität, zu Synergien zwischen zivilen und militärischen Technologien und der EU-Weltraumpolitik beinhaltet. Darüber hinaus wird es um Antworten in Bezug auf die wachsenden hybriden und Cyberbedrohungen gehen.

Dieser Ausbau der strategischen Autonomie Europas steht nicht im Widerspruch zur Stärkung der transatlantischen Partnerschaft. Im Gegenteil: Eine EU, die mehr Verantwortung übernimmt und sich die dafür nötigen Mittel gibt, trägt zur besseren Arbeitsteilung mit Washington bei. Die EU-Verteidigungsunion und eine stärkere NATO gehen Hand in Hand. In diesem Sinne wird eine neue gemeinsame Erklärung der EU und der NATO ein Bestandteil des EU-Verteidigungspakets im Jahr 2022 sein.

Kurzum: Weder „Business as usual“ noch als „Pragmatismus“ getarnte Realitätsverweigerung sind 2022 gangbare Optionen für Europa. Die EU muss sich wesentlichen Herausforderungen stellen, um geopolitisch relevant zu bleiben, sei es in ihrer Nachbarschaft, auf multilateraler Ebene oder im Verteidigungsbereich. Das europäische Projekt muss als Stabilisator und Schutzschild endlich „weltpolitikfähig“ werden, um seinen historischen Auftrag gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern weiter erfüllen zu können.

Kernaussagen

- Die EU muss die eigene Nachbarschaft effektiver stabilisieren können, auch durch robusteres Krisenmanagement.
- Es ist erforderlich, dass sich die Union im multilateralen Wettbewerb neu aufstellt, anstatt die Globalisierung als Selbstläufer zu betrachten.
- Die Union muss neue, pragmatische Bausteine für die gemeinsame Verteidigungspolitik liefern.
- Die EU muss sich wesentlichen Herausforderungen in der eigenen Nachbarschaft, auf multilateraler Ebene und im Verteidigungsbereich stellen, um geopolitisch relevant zu bleiben.



Bild: Iurii Motov/Shutterstock.com

Europäische Verteidigungskooperation: Mehr Maßnahmen erforderlich

Autor:
Jiří Šedivý

Zusammenfassung

Die europäische Verteidigung steht wie bereits mehrmals zuvor vor einem entscheidenden Jahr. Die für März geplante Annahme des Strategischen Kompasses der EU wird sehr wahrscheinlich den Höhepunkt des Jahres 2022 bilden, da der Kompass die strategische Marschrichtung der EU in Sachen Sicherheits- und Verteidigungsmaßnahmen vorgeben soll. Diese fokussierte bisher hauptsächlich auf der Schaffung praktischer Kooperationsinstrumente. Ohne strategische Ausrichtung können diese Instrumente ihr Optimum allerdings nicht erreichen.

Es ist zu hoffen, dass die EU-Mitgliedsstaaten den Kompass dazu nutzen werden, ihr militärisches Ambitionsniveau zu präzisieren und dessen Bedeutung für die Fähigkeitenentwicklung zu definieren. Um dieses Ziel zu erreichen muss spezifiziert werden, wozu die EU fähig sein sollte und vor allem, was hierfür benötigt wird. Die Beziehung zwischen EU und NATO muss ebenfalls berücksichtigt werden. Es besteht Grund zur Zuversicht, dass der Kompass erfolgreich sein und einen strategischen Impuls erzeugen wird. Allerdings ist der Kompass kein sprichwörtlicher Zauberstab – Im Endeffekt werden bloß die Entscheidungen der Mitgliedsstaaten festlegen, ob Europa bereit ist, seine eigene Sicherheits- und Verteidigungsverantwortung wahrzunehmen oder nicht.

Gute und schlechte Trends

Noch wichtiger für die Zukunft der europäischen Verteidigung werden auch im Jahr 2022 die Kooperationsbemühungen der Mitgliedsstaaten vor Ort sein. Hier bestehen kleinere Bedenken. Betrachtet man die Verteidigungszusammenarbeit der EU am Ende des Jahres 2021, muss man anmerken, dass es zwei sehr verschiedene und fast widersprüchliche Entwicklungen gibt – eine positive und ermutigende, aber auch eine eher beunruhigende. Zunächst die guten Nachrichten: Die gemeinsame Verteidigungspolitik wurde, nachdem sie zu lange ignoriert und vernachlässigt wurde, zu einem der wichtigsten Punkte auf der Agenda der EU. Das Tempo und die Hingabe bei der Entwicklung fehlender Bausteine einer strukturierten und kohärenten Verteidigungszusammenarbeit sind beeindruckend.

Ebenso beeindruckend und solide ist der Werkzeugkasten für die Verteidigungskooperation der EU, mit dem Koordinierten Jahresbericht zur Verteidigung (CARD), der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) und dem Europäischen Verteidigungsfonds (EDF). Jedes dieser Werkzeuge ist voll funktionsfähig, spielt die ihm zugewiesene Rolle und, was am wichtigsten ist, liefert Resultate. Der EDF hat bereits erste Aufforderungen für die Einreichung von Projektvorschlägen veröffentlicht und bereitet sich auf die Kofinanzierung

erster Projekte im Jahr 2022 vor. Die im Jahr 2017 durch 25 teilnehmende Mitgliedsstaaten ins Leben gerufene PESCO hat bereits die vierte Projektwelle eingeleitet und dabei insgesamt 60 Projekte hinsichtlich der gemeinsamen Entwicklung von Verteidigungsfähigkeiten ins Rollen gebracht.

Schließlich wäre noch CARD zu nennen, das wahrscheinlich signifikanteste neue Instrument, das einer kohärenteren und kooperativeren europäischen Verteidigungskooperation den Weg ebnen soll. Es ist bereits ein Jahr vergangen, seit die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) die Ergebnisse und Empfehlungen der ersten durchgeführten CARD-Überprüfung präsentiert hat. Auch heute noch wirken deren Ergebnisse nach – als Weckruf. Die Ergebnisse waren in der Tat alarmierend, zeigte sich doch eine „stark fragmentierte“ Verteidigungslandschaft, der es „an Kohärenz mangelt[e]“. Der Hauptgrund hierfür war, dass die Streitkräfte der Mitgliedsstaaten zu viele verschiedene Ausrüstungsarten, Fähigkeiten, logistische Systeme und Versorgungsketten einsetzen.

Hinzu kommt, dass der Einsatz für Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU als „sehr gering“ eingeschätzt wurde. Diese weisen zudem starke Disparitäten zwischen den teilnehmenden Staaten auf, vor allem in Bezug auf Engagement und operative Anstrengungen. Der erste CARD-Bericht identifizierte als fundamentales Problem, dass „nur wenige Verteidigungsministerien die Entwicklung multinationaler Fähigkeiten als essenziellen Teil ihrer nationalen Verteidigungsplanung betrachten“. Diese Tatsache war wahrscheinlich schon davor bekannt, aber vor CARD hatten noch nie solch überzeugende Beweise vorgelegen. Das ist ebenfalls ein Beleg dafür, dass die lange als undenkbar gegoltenen gemeinsamen Verteidigungsinstrumente der EU ihren Zweck erfüllen – was für eine Leistung!

Schrumpfende Investitionen

Das führt zu einem zweiten, besorgniserregenderen Punkt. Die Etablierung von Strukturen und Werkzeugen zur Kooperation ist zwar ein wichtiger Schritt nach vorne, jedoch nur der halbe Weg. Es wäre darüber hinaus notwendig, diese Instrumente vollständig zum Einsatz zu bringen, um konkrete Veränderungen zu erreichen. Darin liegt jedoch das Problem. Daten, die die EDA im Zuge der jährlichen Aktualisierung des „Defence Data Portal“ zuletzt gesammelt hat, scheinen die im ersten CARD-Bericht aufgezeigten Probleme zu bestätigen. Es scheint, als würden die europäischen Verteidigungsministerien ihre Fähigkeitenplanungen nach wie vor isoliert und ohne europäische Perspektive betreiben. Noch schlimmer ist, dass der Anteil an nationalen Verteidigungsausgaben der EU-Mitgliedsstaaten für Kooperation untereinander im Vergleich zu den vergangenen Jahren weiter zurückgeht, obwohl die Verteidigungsbudgets in ganz Europa ansteigen. Dies kann nicht als einmaliger Ausrutscher abgetan werden, da der für gemeinsame europäische Beschaffungsvorhaben vorgesehene budgetäre Anteil seit 2016 kontinuierlich abnimmt.

Österreich als positives Beispiel

Ehrlicherweise muss gesagt werden, dass Europa nach wie vor am Beginn steht. Die praktischen Auswirkungen der neuen Kooperationswerkzeuge und die von diesen gelieferten Resultate müssen sich erst zeigen und in den Daten und Statistiken der Verteidigungsausgaben widerspiegeln. Es ist offensichtlich, dass dies Zeit brauchen wird. Es besteht jedoch Grund zur Zuversicht, dass die im letztjährigen CARD-Bericht identifizierten mehr als 100 Kooperationsmöglichkeiten in den kommenden Monaten und Jahren viele neue, gemeinsame Projekte anregen werden. Außerdem werden die kürzlich gestarteten PESCO-Projekte, von denen sich viele noch in der anfänglichen Planungsphase befinden, in Hinkunft in die nationalen Verteidigungshaushalte als grenzüberschreitende Zusammenarbeit einfließen.

Hier ist das österreichische PESCO-Projekt „CBRN¹ – Surveillance as a Service“ (CBRN SaaS) als äußerst positives Beispiel hervorzuheben. Gemeinsam mit Frankreich, Kroatien, Slowenien und Ungarn hat Österreich dieses Projekt als „Lead Nation“ eingebracht und damit Führungsstärke und europäischen Geist gezeigt – insbesondere, als es die EDA darum ersucht hat, das Projekt als Agenturprojekt zu leiten, da dies anderen Staaten die Möglichkeit der Teilnahme bietet. CBRN SaaS hat ein sehr wichtiges Ziel: Die Entwicklung von Konzepten für das Kombinieren und Integrieren kommerzieller und militärischer Standardkomponenten in unbemannten Luft- und Bodenfahrzeuge, um chemische, biologische, radiologische und nukleare Bedrohungen aufzuspüren, zu identifizieren und diese in ein stets aktuelles Lagebild einzuspeisen.

In einem weiteren Schritt hat das Austrian Institute of Technology (AIT) im Jahr 2020 das Europäische Programm für industrielle Entwicklung (EDIDP) dazu genutzt, um das Projekt zu einem ABC-Aufklärungs- und Überwachungssystem (CBRN RSS) zu erweitern. Im Dezember 2021 wurde schließlich erneut die EDA als Projektleiterin angefragt. Auch wenn CBRN SaaS und CBRN RSS über verschiedene Kanäle implementiert wurden, sind sie komplementär und verfolgen dasselbe Ziel. Dieses Beispiel zeigt nicht nur, dass EU-Mitgliedsstaaten zusammenarbeiten sollten, sondern es zeigt auch auf, wie Synergien zwischen verschiedenen Akteuren und Instrumenten erreicht werden können.

Worten müssen Taten folgen

Die jüngsten Daten der EDA hinsichtlich der sinkenden Ausgaben für europäische Kooperation sollten als das gesehen werden, was sie sind: eine Erinnerung daran, dass Worten Taten folgen müssen. Europäische Verteidigungskooperation kann sich nicht in politischen Intentionen und gut durchdachten Strategiepapieren erschöpfen,

¹ Chemische, biologische, radiologische und nukleare Gefahren.

sondern muss konkret in der Qualität, Effizienz und Interoperabilität der Streitkräfte der EU-Mitgliedsstaaten und ihrer Verteidigungsfähigkeiten Eingang finden. Als Dreh- und Angelpunkt der EU für gemeinsame Verteidigungsforschung, Innovation und Fähigkeitenentwicklung wird die EDA auch weiterhin das Hauptaugenmerk sowohl auf Zusammenarbeit als auch auf operative Resultate legen.

Kernaussagen

- Vor dem Hintergrund des zu beschließenden Strategischen Kompasses der EU wird das Jahr 2022 wichtig für die europäische Verteidigung werden.
- Jetzt, da alle benötigten Instrumente für die Verteidigungszusammenarbeit in der EU gegeben sind, müssen diese genutzt werden.
- Die jüngsten Daten der EDA zeigen, dass die Mitgliedsstaaten bei der Fähigkeitenentwicklung immer noch nicht in ausreichendem Maß zusammenarbeiten. Im Gegenteil, die Zahlen sind rückläufig.
- Worten und Verpflichtungen im Sinne einer gemeinsamen europäischen Verteidigung müssen nun auch Taten folgen.



Bild: Triff/Shutterstock.com

Der Strategische Kompass der EU

Autor:
Stefan Alois Huber

Zusammenfassung

Die Initiative der Europäischen Union, den Strategischen Kompass als ein auf der ersten gemeinsamen Risikoanalyse aufbauendes politisches Dokument zu erstellen, eröffnet die Chance, historische Schwächen zu überwinden. Die Mitgliedsstaaten der Union (MS) haben sich mit strategischen Überlegungen und der Vorlage einer großen Zahl an Gedankenpapieren eingebracht. Der Kompass ist mehr als bloß ein weiteres strategisches Papier oder Konzept, er baut auf der Logik der Entwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) auf und fördert die Kohärenz der EU-Positionen, und er verstärkt den Druck auf die MS, ihre GSVP-Verpflichtungen zu erfüllen. Die MS bleiben Herren der GSVP, aber der Kompass als richtungweisender Prozess untermauert eine graduelle Verschiebung des Gravitationszentrums hin zur EU.

Verschiebung des Gravitationszentrums

Der Kompass steht in einer über Jahre verfolgten Weiterentwicklung nicht nur der GSVP, sondern auch der zunehmend sichtbaren strategischen Ausrichtung der EU-Institutionen. In dieser Hinsicht ergänzt der Kompass den Reigen an Initiativen, Programmen und Projekten der GSVP, die sich inhaltlich auf Impulse und Beiträge der MS stützen, gleichzeitig aber Ausdruck einer inneren Logik des Aufbaus eines sicherheits- und verteidigungspolitischen Gravitationszentrums auf EU-Ebene sind. Die MS werden bei den von ihnen selbst aufgestellten und eingegangenen Verpflichtungen begleitet. Das Netz an EU-Initiativen in der GSVP entwickelt sich daher entlang der von den MS selbst konzipierten Linien; die EU-Verwaltung stellt dafür ihre Kapazitäten und ihre Sachkompetenz zur Verfügung. Die überdurchschnittlich starke Präsenz von nationalen Experten und zeitlich Bediensteten (Temporary Agents) in den GSVP-Dienststellen sichert eine angemessene Berücksichtigung mitgliedstaatlicher Interessen. Die sensiblen Grenzen zwischen einer Verschiebung des Gravitationszentrums (oder der Gravitationszentren) hin zu den EU-Instanzen und einer schleichenden Zentralisierung werden weiter Beachtung finden.

Sicherheits- und verteidigungspolitische Dimension in Entscheidungen

Ein entscheidendes Kriterium für den Erfolg sicherheitspolitischer Initiativen liegt auf nationaler wie europäischer Ebene in der Überwindung institutioneller Hindernisse und Kompetenzfragen. Deshalb kommt dem Kompass als politischem Grundsatzdokument eine doppelte Innenwirkung sowie eine Außenwirkung zu.

Nach innen muss der Kompass gleichermaßen die inhaltliche Kohärenz zwischen den MS fördern wie die innere Kohärenz der Akteure auf EU-Ebene stärken. Sowohl auf nationaler als auch EU-Ebene gibt der Kompass einen Rahmen und Leitfaden vor, der die im „Integrated Approach“ bereits vorhandene sicherheits- und verteidigungspolitische Dimension systematisch und fundamental verstärkt. Den

Dienststellen der EU kommen in diesem Zusammenhang komplexe Aufgaben zu. Die sicherheits- und verteidigungspolitischen Aspekte können ja nur dann die strategische Handlungsfähigkeit erweitern und stärken, wenn es gelingt, sie – möglichst im Frühstadium – in die politischen und drittländerspezifischen Orientierungen und Dokumente einfließen zu lassen. Die hier schon deutlich erkennbaren Fortschritte werden wahrscheinlich – verstärkt durch jede Krise – vermehrt als Selbstverständlichkeit angesehen, ja sich als notwendige Ergänzung durchsetzen.

Die Außenwirkung des Kompasses wird umso überzeugender, je besser es den MS und EU-Institutionen gelingt, inhaltlich und in der strategischen Kommunikation die oben angeführte Kohärenz zu erreichen. Der Kompass unterstützt insofern das Herausbilden einer selbstbewussten Haltung, deren Glaubwürdigkeit wiederum vom inhaltlichen Gleichschritt der MS und dem erfolgreichen Einbinden und Darstellen der sicherheits- und verteidigungspolitischen Dimension abhängt. Es ist zu erwarten, dass der Kompass hier bereits sichtbare Entwicklungen fördert und beschleunigt.

Motivation für „langsame“ MS

Untätige oder in der Umsetzung ihrer Zusagen zögerliche MS fallen schnell auf, da Instrumente wie die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) oder der Koordinierte Jahresbericht zur Verteidigung (CARD) mit Klarheit und Transparenz den Ist-Zustand aufzeigen. Auch wenn sich z.B. der dritte PESCO-Bericht durch zurückhaltend positive Bewertung ausgezeichnet und geradezu pädagogischer Sprache bedient hat, lassen sich aus diesem Bericht sehr genau mangelnder Fortschritt und Problemfelder identifizieren sowie Unterschiede zwischen den teilnehmenden MS erkennen. Der Kompass kann als übergeordnetes und die diversen EU-Initiativen verbindendes Element seinem politischen Anspruch nur gerecht werden, wenn der Gruppendruck auf die langsameren Mitgliedsstaaten zunimmt. Dies verlangt nach einem starken Feld an zugkräftigen, in der Umsetzung der selbst gesteckten verteidigungspoliti-

schen Ziele erfolgreichen MS. Ein Kompass für MS mit verschiedenen Geschwindigkeiten könnte seine eigene Glaubwürdigkeit sukzessive untergraben.

Beginn eines Interessenausgleichs?

Die Rolle des Interessenausgleich ist in einem föderalen oder korporatistischen System unbestritten, um divergierende Interessen zu berücksichtigen und die Stärke der nationalen oder Sozialpartnerposition zu sichern. Auch beim Kompass werden verschiedenste nationale Interessen und Prioritäten eingebracht, die nicht bloß in Kompromissformeln aufgehen dürfen, sondern inhaltlich konvergieren sollten. Beispiele für Kompromissbereitschaft der MS gibt es viele, so wie auch für Misstöne oder abweichende Positionierungen. Inwieweit sich der Kompass als Instrument eines effektiven Interessenausgleichs eignet, ist noch offen. Die Voraussetzungen dafür hat er in Grundzügen bereits geschaffen, indem er eine Plattform für die Beratung der konkurrierenden Prioritäten bietet. Dies trägt zu einer verbesserten kollektiven Wahrnehmung und zu gegenseitigem Verständnis bei. Für einen echten Interessenausgleich bedarf es sicher noch mehr Zeit und einer Vertiefung des inhaltlichen Meinungsaustausches. Die bereits heute in bilateralen Formaten (Stabsgespräche, Treffen der verteidigungspolitischen Direktoren) und sicherheits- und verteidigungspolitischen Organisationen auf regionaler Ebene gepflegten Diskussionen können dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Kernaussagen

- Der Strategische Kompass bietet Anlass, die Kohärenz der EU-Position in den strategisch wichtigsten Fragen herauszuarbeiten.
- Er ist ein von den MS sehr aktiv wahrgenommener Prozess und als Methodologie sowie gruppodynamischer Ansatz bereits ein Zeichen einer besonderen Dynamik der GSVP.
- Er fördert das Einbringen der sicherheits- und verteidigungspolitischen Dimension in die Vorarbeiten, Diskussionen und Entscheidungsfindungen in der Union.
- Das Gravitationszentrum in der GSVP verschiebt sich tendenziell Richtung Brüssel, allerdings unter inhaltlicher Federführung der Mitgliedsstaaten.



Bild: olrat/Shutterstock.com

Herausforderungen für die französische EU-Ratspräsidentschaft

Zusammenfassung

In den vergangenen Jahren wurden bei der Stärkung der europäischen Verteidigung erhebliche Fortschritte erzielt. Das sich zusehends verschlechternde strategische Umfeld Europas verlangt allerdings nach einer mutigeren Antwort der EU. Misslingt es ihr, diese zu geben, läuft sie Gefahr, strategisch in die Bedeutungslosigkeit zu geraten. Für Frankreich ist die EU-Ratspräsidentschaft eine Gelegenheit, die Europäische Union zu unterstützen und ihren Zusammenhalt, speziell durch die Annahme des ambitionierten Strategischen Kompasses, zu verstärken.

Autorin:
Alice Guitton

Europa muss mehr tun, um strategisch relevant zu bleiben

Das strategische Umfeld Europas verschlechtert sich rapide. Zu nennen sind hier beispielhaft Terrorismus, ein sich zusehends verschärfender Wettbewerb zwischen den Großmächten, speziell im Mittelmeer offensiv agierende Regionalmächte, hybride Bedrohungen, eine zusehends infrage gestellte internationale Ordnung und eine immer instabiler werdende europäische Sicherheits- und Rüstungskontrollarchitektur. Die Liste an Herausforderungen für Europa wird immer länger. Jüngste Entwicklungen, vom Abzug aus Afghanistan bis zur Situation an den Grenzen Polens und Litauens, verdeutlichen zudem die Dringlichkeit der Lage.

Um diese Herausforderungen zu stemmen, muss Europa seinen Zusammenhalt verstärken. Während das transatlantische Band nach wie vor stark ist, verlagern sich US-amerikanische Prioritäten zusehends in den indopazifischen Raum. Die zunehmende Interventionsmüdigkeit der USA bedeutet außerdem, dass Europa für die Bewältigung dieser Herausforderungen in zunehmendem Maß Verantwortung übernehmen wird müssen. Sollte es Europa nicht gelingen, an den aktuellen Herausforderungen zu wachsen, läuft es Gefahr, strategisch in die Bedeutungslosigkeit zu geraten. Frankreich erachtet diese Möglichkeit als Risiko, wie die 2021 aktualisierte französische Sicherheitsstrategie verdeutlicht.

Auf solidem Grund aufbauen

Die beispiellosen Schritte der vergangenen Jahre haben ein solides Fundament geschaffen, auf dem es aufzubauen gilt. Der Start der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) bietet einen Rahmen, um den politischen Willen der Mitgliedsstaaten in konkrete Projekte zu gießen. Der Europäische Verteidigungsfonds (EDF) bedeutet einen Paradigmenwechsel: Zum ersten Mal wird mit zirka 8 Mrd. Euro eine industrielle und technologische Basis in Europa für die gemeinsame Verteidigung geschaffen.

Auf operativer Ebene werden Missionen und Operationen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) durch die Aufstockung der militärischen Planungs- und Durchführungsfähigkeiten effektiver. Die Europäische Friedensfazilität (EPF) hilft bei der Ausrüstung und Finanzierung von Partnertruppen, wodurch es auch zu einer Steigerung der Wirkung der EU-Ausbildungsmissionen und des Einflusses der EU in Krisengebieten kommt. Die Erprobung der „Coordinated Maritime Presence“ im Golf von Guinea hat das außenpolitische Portfolio der EU erweitert.

Diese Fortschritte wurden vor dem Hintergrund eines strategischen Erwachens Europas, das über den Rahmen der EU hinausgeht, erzielt. Die nationalen Verteidigungshaushalte sind während der letzten Jahre kontinuierlich angestiegen. Die europäischen Streitkräfte haben mittels ad-hoc-Formaten neue Operationen gestartet. Sieben Seestreitkräfte haben sich an der maritimen Überwachungsmission „Agenor/EMASOH“ im Arabisch-Persischen Golf beteiligt, während die Task Force Takuba gemeinsam mit zehn europäischen Partnern die mali-schen Streitkräfte berät. Weitere Partner sollen hinzukommen.

Die europäische Verteidigung einen Schritt voranbringen

Während seiner EU-Ratspräsidentschaft wird Frankreich gemeinsam mit Institutionen und Mitgliedsstaaten eine ambitionierte Vision der europäischen Verteidigung unterstützen. Um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, muss Europa zu einem globalen Akteur gemacht werden, der zu einem entschlossenen Auftreten im strategischen Wettbewerb in der Lage ist. Dies muss bewerkstelligt werden, indem der Union Instrumente gegeben werden, die zielgerichtetes Handeln ermöglichen. Die Vertiefung der EU-NATO-Kooperation wird ebenfalls ein wesentliches Element für mehr Sicherheit und strategische Stabilität im transatlantischen Raum sein.

Der Strategische Kompass wird ein wichtiges Instrument dafür sein, wesentliche europäische Sicherheitsinteressen zu definieren und fest-

zustellen, was für ihre Verteidigung benötigt wird. Wird er von den Mitgliedsstaaten angenommen, ist damit die politische Akzeptanz sichergestellt und der Kompass sollte in diesem Fall detailliert und präzise genug formuliert sein, um konkrete Ergebnisse zu liefern. Ein robuster „Follow-Up“-Mechanismus ist für eine garantierte Umsetzung ebenso wichtig.

Hinsichtlich des Krisenmanagements müssen die Europäerinnen und Europäer ihre Handlungsfähigkeit verbessern und dabei auf gemeinsame Erfahrungen in der Sahelzone, in Afghanistan, auf dem Westbalkan und im Mittelmeer aufbauen. Das heißt, dass notwendige kritische Fähigkeiten wie beispielsweise der Lufttransport, die Luftbetankung, ISR¹ und C2² entwickelt werden müssen. Das beinhaltet auch die Prüfung möglicher Synergien zwischen der GSVP und ad-hoc-Operationen von Mitgliedsstaaten. Art. 44 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) bietet den angemessenen Rahmen für die Betrauung der Durchführung einer Mission durch eine Gruppe von Mitgliedsstaaten und beinhaltet darüber hinaus interessante Möglichkeiten für ein flexibleres Vorgehen im Rahmen der GSVP. Schlussendlich sollte die EU speziell auch ihre Partner in Afrika durch Missionen besser unterstützen, die sowohl strukturelle als auch operative Zusammenarbeit abdecken.

Die EU muss auch ihre Fähigkeit des freien Handelns in zunehmend umkämpften Bereichen, wie beispielsweise den Domänen See, Luft, Weltraum und Cyber, bewahren. Der strategische Wettbewerb in diesen Bereichen ist zusehends durch den Versuch geprägt, den Zugang zu diesen Gemeinschaftsgütern zu beschränken oder zu verweigern. Damit werden die Regeln, auf denen die internationale Ordnung basiert, geschwächt. Die EU muss weiters danach streben, ein globaler Akteur zu sein. Die Umsetzung ihrer ambitionierten Strategie für den indopazifischen Raum wäre dafür ein guter Ausgangspunkt.

Hinsichtlich ihrer Fähigkeiten sollten die Europäerinnen und Europäer, deren Verteidigungsausgaben weiter steigen müssen, den EU-Fähig-

1 Intelligence, Surveillance, Reconnaissance – Nachrichtendienst, Überwachung und Aufklärung.

2 Command and Control – militärische Führung.

keitenentwicklungsprozess in vollen Zügen nutzen, um anspruchsvolle Projekte der neuen Generation zu entwickeln, strategische Abhängigkeiten zu reduzieren und Innovationen zu schaffen. Speziell die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) muss eine größere Rolle in Hinblick auf Innovationen spielen.

Der Strategische Kompass ist ebenfalls eine Gelegenheit, die Fähigkeiten der EU für den Umgang mit hybriden Bedrohungen zu stärken und ein robustes Instrumentarium zum Kampf gegen Cyberbedrohungen, „Lawfare“ und Desinformation zu entwickeln. Die Vertiefung und Operationalisierung der Beistandsklausel (Art. 42, Abs. 7 des Vertrags über Europäische Union) würde auch unsere Fähigkeit zur Unterstützung eines jeden Mitgliedsstaates verstärken.

Der Kompass ist ein einzigartiges Instrument zur Stärkung der europäischen Verteidigung. Da es sich allerdings um ein gemeinsames Bemühen handelt, braucht es das mutige Engagement eines jeden Mitgliedsstaates, um erfolgreich zu sein.

Kernaussagen

- In den vergangenen Jahren wurden sowohl im Rahmen der EU als auch mittels ad-hoc-Formaten Fortschritte hinsichtlich der Förderung der europäischen Verteidigung erzielt.
- In Hinblick auf die kontinuierliche Verschlechterung seines strategischen Umfelds riskiert Europa jedoch einen strategischen Bedeutungsverlust, speziell vor dem Hintergrund der Verlagerung der US-amerikanischen Interessen in den indopazifischen Raum.
- Für Europa wäre die Umsetzung der ambitionierten Strategie für den indopazifischen Raum ein guter Ausgangspunkt für das Streben nach einer globalen Rolle.
- Für Frankreich ist die EU-Ratspräsidentschaft eine Gelegenheit, Europa hinsichtlich des ambitionierten Strategischen Kompasses zu unterstützen.



Bild: commons.wikimedia.org/Ssolbergj

Aufgaben und Prioritäten des Vorsitzenden des EU-Militärausschusses

Autor:
Robert Brieger

Zusammenfassung

Der EU-Militärausschuss (EUMC) ist das höchste militärische Gremium der Europäischen Union. Der Chairman dieses Gremiums (CEUMC) wird für drei Jahre aus dem Kreis der Generalstabchefs der 27 EU-Staaten gewählt. Der CEUMC ist der oberste militärische Berater, Repräsentant, Konsensbilder und Kommunikator in der Europäischen Union. Bedeutung und Gewicht seiner Ratschläge basieren auf der Geschlossenheit der unter den Mitgliedsstaaten herbeigeführten gemeinsamen Position, die der CEUMC in weiterer Folge als kollektive militärische Sichtweise sowohl in Fragen der Strategie und Sicherheitspolitik als auch insbesondere in Einsatzfragen und

bei der militärischen Fähigkeitenentwicklung vertritt. Der Schlüssel für eine erfolgreiche Amtsführung ist eine breite und bestmögliche Vernetzung des Vorsitzenden und seines Kabinetts mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren des komplexen institutionellen Gefüges der EU. Dieses umfasst den Europäischen Auswärtigen Dienst, die Kommission, das Parlament sowie die nationalen Hauptstädte.

Reputationsgewinn für Österreich

Dass die Wahl auf den österreichischen Generalstabschef gefallen ist, stellt für den Autor persönlich den krönenden Höhepunkt einer erfüllten militärischen Karriere dar. Es ist aber auch als Zeichen der besonderen Anerkennung bisher erbrachter Leistungen Österreichs im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU zu werten. Die Ausübung dieser Funktion durch einen Vertreter eines kleineren, an keine exponierten nationalen Interessen gebundenen Landes, eröffnet die Möglichkeit, als ehrlicher Vermittler zwischen den Positionen der Mitgliedsstaaten aufzutreten und das gemeinsame europäische Interesse im Denken und Handeln in den Vordergrund zu stellen. Obwohl die Amtsführung nicht spezifisch auf den Nutzen für Österreich angelegt werden kann, birgt sie neben dem politischen Reputationsgewinn auch die Chance auf nationaler Ebene die Wahrnehmung der Bedeutung europäischer Verteidigungszusammenarbeit für die Sicherheit Österreichs weiter zu erhöhen.

Aufgabenstellung des CEUMC

Grundvoraussetzung für die Funktion eines CEUMC ist ein klares Verständnis der Rolle des Militärs im System der Europäischen Union. Die militärische Komponente der EU ist anders gestaltet als die Rolle des Militärs in den Einzelstaaten und der NATO. Sie umfasst in ihren strategischen Funktionalitäten beispielsweise keine Fragen der Abschreckung und Territorialverteidigung. Andererseits weist das Aufgabenspektrum der EU-Streitkräfte eine hohe Vielfalt an Einsatzmöglichkeiten auf. Das ist auf Verbindungen einer Vielzahl der EU zur

Verfügung stehenden nicht-militärischen Mittel zurückzuführen. So gesehen liegt die Militärkultur der EU der österreichischen strategischen Kultur mit seinem umfassenden Sicherheitsansatz und der traditionell eng ausgeprägten zivil-militärischen Zusammenarbeit sehr nahe. Diese Ausgangsbasis kann sich als durchaus positiv für eine erfolgreiche Amtsführung erweisen.

Durch den CEUMC sind nachstehende Aufgaben abzudecken:

- Erstellung von Führungsvorgaben und Weisungen in allen militärischen Belangen an den EU-Militärstab (EUMS),
- Leitung der in der Regel zweimal jährlich stattfindenden Treffen der Generalstabschefs der 27 Mitgliedsstaaten und wöchentlicher Koordinierungstreffen mit den jeweiligen militärischen Repräsentanten in Brüssel,
- Wahrnehmung der Funktion des Sprechers und Repräsentation des EUMC in den politischen Entscheidungsgremien der EU, wenn militärische Fragen erörtert werden,
- Ausübung der Funktion des militärischen Beraters des Hohen Repräsentanten für Außen- und Sicherheitspolitik und des Vizepräsidenten der EU-Kommission in allen militärischen Belangen,
- Teilnahme an Sitzungen des „Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees“ (PSK) auf Ebene der Botschafterinnen und Botschafter mit dem Recht, die militärischen Aspekte und Sichtweisen des EUMC zu vertreten,
- Erster Ansprechpartner für die Kommandeure der EU-Operationen und Einbringen operationeller Belange auf politischer Ebene,
- Sicherstellung einer engen Verbindung zur jeweiligen Ratspräsidentschaft und Unterstützung dieser bei der Umsetzung ihrer Vorhaben,
- Repräsentation des EUMC bei internationalen Treffen auf Ebene der Generalstabschefs in UN und NATO sowie bei internationalen Konferenzen wie beispielsweise der Münchner Sicherheitskonferenz, der Shangri-La Konferenz und anderer,
- Verbindung zu den Generalstabschefs von derzeitigen oder potenziellen Partnernationen, die zwar nicht Mitglieder der EU sind, sich aber an den Operationen und Missionen der EU beteiligen oder beteiligen wollen und

- Vermittlung der Grundsätze und Prinzipien der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik an interessierte Drittstaaten im Rahmen bilateraler Gespräche und Besuche.

Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben stehen dem CEUMC ein Kabinett mit rund 30 hochqualifizierten Stabsoffizieren aus fast allen EU-Mitgliedsstaaten sowie ein vom Bundesministerium für Landesverteidigung gestelltes administratives und organisatorisches Unterstützungsteam zur Verfügung.

Strategische Herausforderungen und Prioritätensetzungen

Die Funktionsübernahme erfolgt zu einem für die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik kritischen Zeitpunkt. Man ist zur Feststellung verleitet, dass die EU wieder einmal vor grundlegenden Fragen steht, die bislang nur unzureichend beantwortet wurden:

- Welche Rolle soll die EU auf globaler Ebene einnehmen?
- Wie will sie das spezifische europäische Gesellschafts- und Freiheitsmodell in der bestehenden, konfliktbehafteten Weltlage international wirksam vertreten?
- Welche Funktionen und Aufgaben soll das Militär bei der Bewältigung der vielfältigen Risiken wahrnehmen können?
- Inwieweit sind die Mitgliedsstaaten bereit, durch Bündelung ihrer Kräfte verloren gegangene Souveränität kollektiv auf europäischer Ebene wiederzugewinnen?

Die gute Nachricht ist, dass die Verteidigungsthematik innerhalb der EU an Bedeutung gewonnen hat. Mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO), dem Verteidigungsfonds (EDF) oder der jährlichen Überprüfung der Verteidigungsplanungen (CARD) wurden neue Instrumente zur Verbesserung der militärischen Handlungsfähigkeit geschaffen. Dieses Momentum sollte erhalten und für weitere Fortschritte genutzt werden. So hat Ratspräsident Michel das Jahr 2022 als „Jahr der Verteidigung“ ausgerufen und Frankreich

mit einer sehr ambitionierten verteidigungspolitischen Agenda die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Schlüsselfragen für den Fortschritt der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind der politische Wille zur Überwindung der Fragmentierung europäischer militärischer Kapazitäten und die Bereitschaft der Mitgliedsstaaten der EU auch die notwendigen personellen und materiellen Mittel zur Umsetzung gemeinsam gefasster Beschlüsse zur Verfügung zu stellen.

Die strategischen Rahmenbedingungen für die Funktionsperiode 2022 – 2025 gestalten sich als äußerst herausfordernd. In Hinblick auf die aktuellen militärischen Spannungen in Osteuropa stellen sich grundsätzliche Fragen hinsichtlich der zukünftigen Ausgestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur und welche strategischen Funktionalitäten und Leistungsfähigkeiten von europäischen Streitkräften zum Schutz der EU vor hybriden Bedrohungen erwartet werden können.

Zeitgleich sehen sich die laufenden EU-Einsätze zum Krisenmanagement in Afrika und am Westbalkan immer kritischeren regionalen und lokalen politischen Rahmenbedingungen ausgesetzt. Weiters treten mit dem Weltraum, dem indopazifischen Raum sowie dem weit gefassten Feld der Künstlichen Intelligenz gänzlich neue strategische Dimensionen in den Fokus europäischer Verteidigungspolitik. Darüber hinaus wird die Pandemie die unmittelbare Amtsführung zumindest am Beginn der Funktionsperiode beeinflussen. Ebenso wird sie längerfristige Auswirkungen auf die Rolle von europäischen Streitkräften als „strategische Handlungsreserve“ zur Krisenbewältigung und Steigerung der Resilienz innerhalb der EU haben.

Nach der Funktionsübernahme müssen die zu setzenden Hauptaugenmerke einerseits auf der langfristigen Perspektive und damit einem möglichen Abschluss des militärischen Kooperationsprozesses liegen. Andererseits braucht es aufgrund der kurzen dreijährigen Funktionsperiode Ziele, die sich in die bisherigen Entwicklungsstränge einfügen.

Vor dem Hintergrund der geostrategischen und integrationspolitischen Linien werden die strategischen Prioritäten des CEUMC nach der formalen Funktionsübernahme am 1. Juni 2022 zu definieren sein. Aus heutiger Sicht werden sie insbesondere die Umsetzung des Strategischen Kompasses, die erfolgreiche Fortführung der Krisenmanagement-Einsätze der EU, die Erstellung von strategischen Vorgaben für die militärische Fähigkeitenentwicklung mit besonderem Blick auf eine Erhöhung der raschen Krisenreaktionsfähigkeit, den Ausbau der europäischen strategischen Autonomie sowie die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Partnern, insbesondere der NATO, umfassen. In Bezug auf die EU-NATO-Kooperation gilt, dass eine verbesserte militärische Handlungsfähigkeit der EU auch für die NATO von Vorteil ist. Daher steht die Entwicklung einer europäischen Autonomie nicht im Widerspruch zur transatlantischen Sicherheitszusammenarbeit.

Als entscheidende Faktoren für eine erfolgreiche Amtsführung und die Bewältigung der skizzierten Aufgaben sind die Kriterien Zuverlässigkeit, Berechenbarkeit und eine gute Netzwerkbildung sowohl innerhalb des militärischen Bereichs, aber insbesondere auch zu den zivilen und politischen Teilen der EU-Strukturen unerlässlich. Darüber hinaus braucht es eine frühzeitige und bestmögliche Abstimmung der eigenen Vorhaben und Policy-Beiträgen mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren.

Auch wenn die Funktion des CEUMC ganz klar eine europäische ist, wird bei der Ausübung dieser herausfordernden und ehrenvollen Funktion eine spezifische österreichische Handschrift und Herangehensweise von Vorteil sein. Denn nicht zuletzt gehören die Fähigkeit zur beharrlichen Zielverfolgung und Pragmatismus in der Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren zur Grundausstattung eines gelernten österreichischen Offiziers.

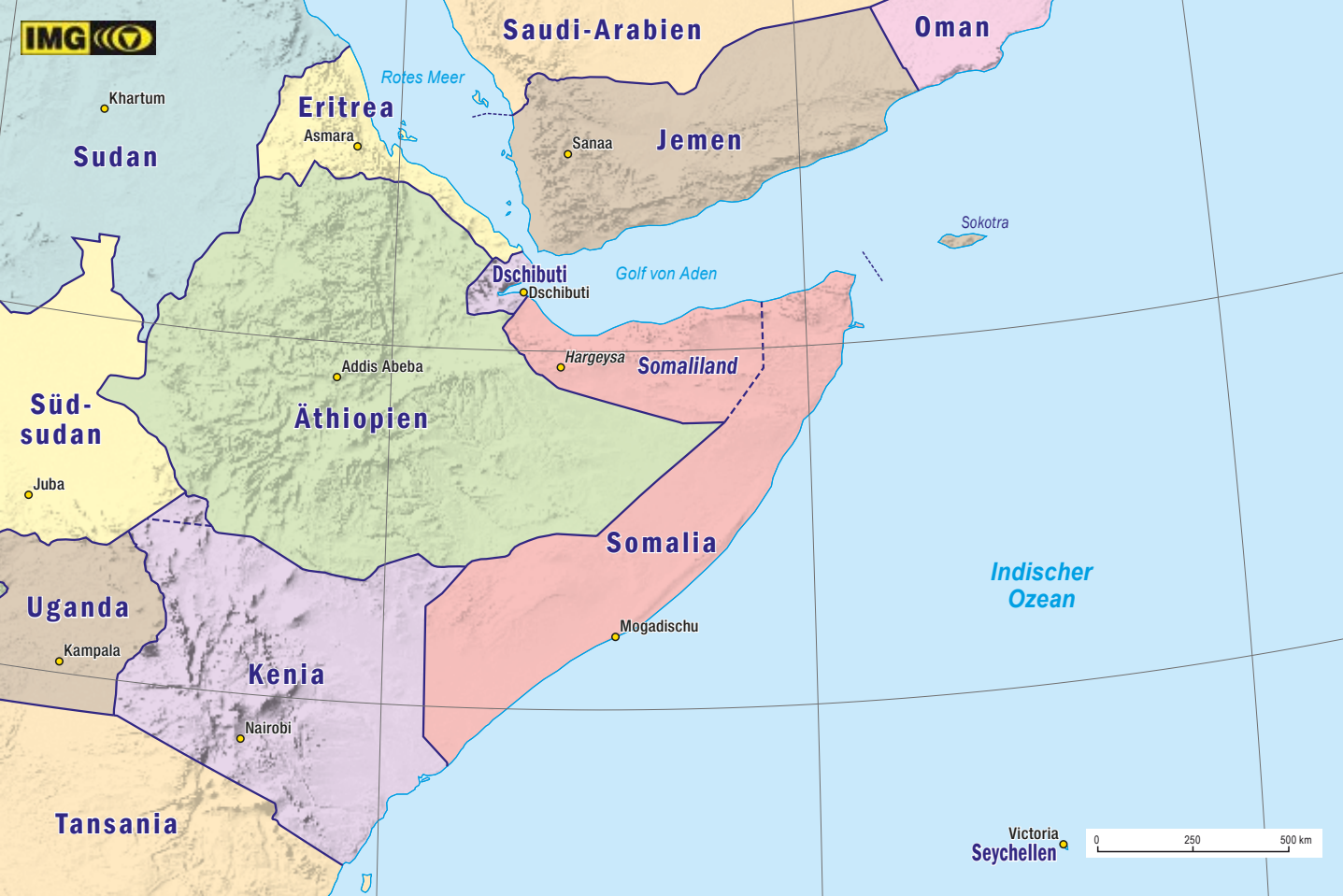
Kernaussagen

- Die Wahl zum Vorsitzenden des EU-Militärausschusses ist auch eine Anerkennung der bisher erbrachten Leistungen Österreichs in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU.
- Die Kernaufgaben des CEUMC beinhalten die Tätigkeiten als militärischer Berater, Vermittler, Kommunikator und Repräsentant innerhalb und außerhalb der EU.
- Die Funktionsübernahme erfolgt zu einem für die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik kritischen Zeitpunkt.
- Die ersten Prioritäten umfassen die Umsetzung des Strategischen Kompasses, die Weiterführung der Einsätze und Forcierung der europäischen militärischen Fähigkeitenentwicklung.

04



Regionale Brennpunkte und Herausforderungen europäischer Sicherheit



Umbrüche in Ostafrika

Autor:
Gerald Hainzl

Zusammenfassung

Terroristische Aktivitäten sowie Migration werden 2022 auf dem Niveau der vergangenen Jahre bleiben. In der Terrorismusbekämpfung könnten neue Wege beschritten werden. Die politische Instabilität wird die ganze Region durch die kommenden 18 Monate begleiten. Während im Sudan die Konsolidierungsphase weitergehen dürfte, wird der Bürgerkrieg für die Lage in Äthiopien im Jahr 2022 bestimmend sein. Wahlen in Kenia könnten wieder zu interethnischen Gewaltausbrüchen führen. Die EU sollte sich verstärkt in der Region engagieren, um nicht an Einfluss zu verlieren.

Terroristische Aktivitäten

Die Aktivitäten terroristischer Gruppierungen werden 2022 in der gesamten Region auf ähnlich hohem Niveau wie in der Vergangenheit bleiben. Besonders in Somalia wird die Terrormiliz al-Shabaab weiterhin von der politischen Instabilität und Uneinigkeit führender Politiker profitieren. Somalia wird damit der Hotspot terroristischer Aktivitäten bleiben.

Anschläge wie im November 2021 in Uganda sind auch 2022 zu erwarten. Weitere Veränderungen bei der Bekämpfung terroristischer Gruppen sind zu erwarten. So ist möglich, dass sich regionale Kooperationen verstärken und die Möglichkeit, Terroristen auch auf dem Staatsgebiet von Nachbarstaaten zu bekämpfen, stärker genutzt wird. Eine Vorreiterrolle spielten in diesem Zusammenhang Uganda und die Demokratische Republik Kongo (DRC) im Kampf gegen die Guerillaorganisation „Allied Democratic Forces“ (ADF), die in beiden Staaten aktiv ist. Nach den Anschlägen von Kampala stimmte der Präsident der DRC zu, dass die ADF auch auf kongolesischem Gebiet von Uganda militärisch bekämpft werden darf.

Die Situation in der Provinz Cabo Delgado in Mosambik könnte sich 2022 leicht entspannen. Mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft sollte sich die Sicherheitslage in Cabo Delgado verbessern. Zudem kann der Mozambique Humanitarian Response Plan der Vereinten Nationen die schlimmste humanitäre Katastrophe abwenden. Darüber hinaus sollten Ausbildungsprogramme wie die EU-Trainingsmission (EUTM Mozambique) die Fähigkeiten der mosambikanischen Streitkräfte langfristig verbessern.

Flucht und Migration innerhalb der Region

Migration wird innerhalb Ostafrikas auf ähnlichem Niveau bleiben wie bisher. Allerdings ist der Bürgerkrieg in Äthiopien die große Unbekannte. Je länger der Konflikt andauert und je mehr Menschen für einen längeren Zeitraum nicht in ihre Städte und Dörfer zurückkehren

können, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie sich permanent an ihren Zufluchtsorten niederlassen oder versuchen werden, in andere Gegenden weiterzuziehen. Das Gleiche gilt für Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten Äthiopiens, die erneut zur Flucht gezwungen sein könnten.

Beginn der politischen Konsolidierung im Sudan?

Der Rücktritt des vom Militär ab- und später wiedereingesetzten Premierministers Abdallah Hamdok wird die Krise im Sudan weiter verschärfen. Die politische Situation im Sudan bleibt auch 2022 äußerst angespannt und eine vollständige Machtübernahme durch das Militär wäre durchaus denkbar. Die Proteste von Opposition und Zivilgesellschaft für demokratische Teilhabe werden weitergehen, gleichzeitig wird der holprig verlaufende politische Konsolidierungsprozess fortgesetzt werden. Je näher die Wahlen 2023 rücken, umso leichter könnten allerdings innenpolitische Auseinandersetzungen wieder gewaltsam eskalieren. Gewaltsame Zusammenstöße sind im Jahr 2022 auch in Darfur zu erwarten.

Pattstellung in Äthiopien

Der Bürgerkrieg in Äthiopien wird sich in der ersten Hälfte des Jahres 2022 wahrscheinlich fortsetzen, da derzeit keine der Konfliktparteien, weder die Tigray People's Liberation Front (TPLF), die Oromo Liberation Army (OLA) und mit diesen verbündete Gruppen noch die Streitkräfte der Regierung einen militärischen Sieg erringen können. Der Rückzug der TPLF aus Amhara und Afar sowie die Ankündigung der äthiopischen Regierung, vorerst nicht weiter nach Tigray vorzustoßen, weisen auf eine mögliche Entspannung hin. In der ersten Hälfte des Jahres 2022 wird sich die Rhetorik der Konfliktparteien etwas mäßigen und Vermittlern die Möglichkeit bieten, nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Allerdings werden die hohen Verluste sowie gravierende Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten einen Aussöhnungsprozess erschweren. Das hohe Wirtschaftswachstum

der vergangenen Jahre wird 2022 aufgrund der Bürgerkriegssituation nicht zu erreichen sein.

Äthiopien hat aber nicht nur im Inneren Probleme, sondern steht auch vor außenpolitischen Herausforderungen. Der Konflikt mit Ägypten und dem Sudan über die Kontrolle der Wasserentnahme aus dem Great Ethiopian Renaissance Dam (GERD) ist zwar aufgrund des Bürgerkrieges in den Hintergrund getreten, schwelt allerdings nach wie vor. 2022 wird Ägypten möglicherweise eine Einigung mit Äthiopien erzielen und im Gegenzug seine Unterstützung für die TPLF aufgeben.

Wahlen in Kenia als Auslöser von Gewalt

In Kenia sind im Vorfeld der Wahlen 2022 gewaltsame Auseinandersetzungen entlang ethnischer Identitätsgrenzen zu befürchten. Wie bereits vor den letzten Wahlen bauen sich erneut interethnische Ressentiments auf und könnten sich im Umfeld der Wahlen wieder gewaltsam entladen. Dieser Situation wäre international stärker Beachtung zu schenken, da Kenia als stabilisierender Faktor sowohl in der Region als auch für seine Nachbarstaaten eine bedeutende Rolle spielen kann.

Konsequenzen für die EU und Österreich

Ostafrika wird auch 2022 äußerst instabil bleiben und nationale Streitkräfte werden nicht in der Lage sein, Sicherheit und Stabilität herzustellen. Die Konflikte am Horn von Afrika könnten in den kommenden Jahren zusätzliche Migrationsbewegungen auslösen. Daher liegt es im Interesse Österreichs und der EU, zu Stabilisierung und Rechtsstaatlichkeit der Region beizutragen, was wiederum Terrorismus und Migration reduzieren würde. Von besonderer Bedeutung wird es aber sein, europäische Interessen geltend zu machen, um nicht gegenüber geopolitischen und regionalen Akteuren weiter an Einfluss zu verlieren.

Kernaussagen

- Terrorismus und Migration werden auf einem ähnlichen Niveau wie 2021 bleiben.
- Die politische Konsolidierung im Sudan wird mit Höhen und Tiefen fortgesetzt.
- Ein Ende des Bürgerkriegs in Äthiopien wird nur schwer zu erreichen sein.
- Wahlen in Kenia könnten zu Gewaltausbrüchen führen.
- Die EU sollte sich engagieren, um ihre geopolitische Bedeutung zu behaupten.



Fragile Staatlichkeit in Westafrika

Zusammenfassung

Der Trend einer Demokratisierung (West-)Afrikas hat sich umgekehrt. Das Engagement der internationalen Gemeinschaft im Sahel hat bis dato noch keine Trendwende in Bezug auf die Sicherheitslage herbeigeführt. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass neue – bzw. im afrikanischen Kontext „alte“ – Mächte wie China oder Russland den Vereinigten Staaten und Frankreich ihren Einfluss im Sahel streitig machen. Der Ansatz der Europäischen Union hat sich bis dato nicht bewährt. Einzelne Mitgliedsstaaten versuchen mit eigenen Initiativen und Koalitionen aus willigen Staaten den Herausforderungen für äußere und innere Sicherheit entgegenzuwirken.

Autorin:
Melissa Mujanayi

Stabilität versus Demokratie

In jüngster Zeit hat Westafrika vier „Coups d'États“ erlebt: in Guinea und im Tschad 2021 sowie in Mali 2020 und 2021. Während die internationale Gemeinschaft Druck auf die Militärführer in Guinea und Mali ausübte, um eine rasche (Re-)Etablierung demokratischer Verhältnisse durchzusetzen, wurde der Staatsstreich im Tschad von den Nachbarstaaten tendenziell begrüßt. Sanktionen blieben aus und auch Frankreich und die USA billigten die Vorkommnisse. Grund war die vermeintliche politische Stabilität, die der Tschad in einer von Terrorismus und Konflikten geprägten Region gewährleisten würde. Das Fallbeispiel Libyen nach dem Sturz Muammar al-Gaddafis dürfte das moralische Pendel der internationalen Gemeinschaft wohl in Richtung „Stabilität“ statt „Demokratie“ ausschlagen haben lassen.

Es ist unwahrscheinlich, dass die Juntas in Westafrika den Weg zu einer demokratischen Regierung ebnen werden. Stattdessen werden sie versuchen, sich an der Macht zu halten. Generell ist das Risiko für einen Putsch in jenen Ländern weitaus größer, in denen das Militär im Laufe der Zeit stark politisiert wurde bzw. in der Vergangenheit interveniert hat. Gleichzeitig befördern schlechte Regierungsführung der regionalen Machthaber und umstrittene Verfassungsänderungen, die mitunter dritte Amtszeiten ermöglichen, die Fragilität dieser Staaten und machen Putsche erst möglich. Der Mangel an menschlicher Sicherheit führt zu Aufständen und dazu, dass Machtübernahmen durch das Militär von einem Teil der Bevölkerung als legitim wahrgenommen werden.

Das Versäumnis, undemokratisches Verhalten konsequent zu verurteilen, hat zu dem Eindruck geführt, dass die politischen und finanziellen Kosten dafür gesunken sind. Dies könnte andere Länder zusätzlich zu undemokratischen Schritten ermutigen.

Alte und neue Mächte

Aufgrund der vor allem französischen militärischen Präsenz im Norden Malis und des daraus resultierenden Drucks war in den letzten Jahren eine Verlagerung der terroristischen Aktivitäten Richtung Süden, ins „Dreiländereck“ der Staaten Burkina Faso, Mali und Niger zu beobachten. Eine Verbreitung bis in die westafrikanischen Küstenstaaten wird befürchtet. Die Neuorientierung der französischen und internationalen Kräfte in Richtung jenes Raumes wird allerdings nur dazu führen, dass terroristische Kräfte sich andernorts in der weitläufigen Sahelzone reorganisieren. Eine neuerliche Verschlechterung der Sicherheitslage im Norden Malis und an der Grenze zu Algerien ist deshalb wahrscheinlich.

Ende 2022 soll die Umstrukturierung der französischen Operation „Barkhane“ abgeschlossen sein. Die Truppen vor Ort sollen von 5.000 Soldatinnen und Soldaten auf etwa die Hälfte reduziert werden. Die Aufmerksamkeit dieser Kräfte wird sich vom Norden Malis auf das Dreiländereck und den dortigen Kampf gegen den Terrorismus verschieben. Frankreich wird auch weiterhin die Wirkung der eigens geschaffenen und europäisch geführten „Task Force Takuba“ führend beeinflussen.

Die Erfolge der „Barkhane“ waren eher taktischer denn strategischer Natur. Einzelne Führungspersönlichkeiten jihadistischer Gruppen konnten neutralisiert werden, dauerhafte Verbesserungen der Sicherheit oder der Kapazitäten der nationalen Streitkräfte blieben jedoch aus. Es ist unwahrscheinlich, dass jene Umstrukturierung etwas an dieser Bilanz ändert.

Der begrenzte Rückzug Frankreichs und die mangelnde Konzentration der USA auf die Sahelzone bieten Spielraum für ein stärkeres chinesisches und russisches Engagement. Das Hauptinteresse beider Staaten ist jedoch überwiegend ökonomisch. Zwar liegt der Verkauf von Rüstungsgütern in Westafrika in russischem Interesse – so ist Russland beispielsweise bereits seit 2010 Malis wichtigster Waffenlieferant – jedoch findet Afrika keinerlei Erwähnung in Russ-

lands Sicherheitsstrategie. Vielmehr ist die Diskreditierung westlicher Mächte und ihres Engagements in der Region ein strategisches Ziel. Seine Kontakte zur Wagner-Gruppe erlaubten es Mali, seine Verhandlungsposition gegenüber dem Westen zu stärken. Es ist unwahrscheinlich, dass Beijing oder Moskau Interesse daran haben, Paris und Washington ihren Einfluss im Sahel gänzlich streitig zu machen.

Äußere und innere Sicherheit in einer globalisierten Welt

Die westliche Sahelzone und das Tschadseebecken erlebten in den letzten Jahren den schnellsten Zuwachs an gewalttätigen extremistischen Aktivitäten in Afrika. Die Region ist ein Knotenpunkt für kriminelle Netzwerke und illegalen Handel. Aufgrund des Ressourcenmangels steigt die Gewalt innerhalb der dortigen Gesellschaften. Wegen der sich auf regionaler Ebene verschlechternden Umfeldbedingungen ist zu erwarten, dass ein wachsender Teil der westafrikanischen Migration nicht wie zuvor in der Region bleibt, sondern verstärkt Richtung Europa drängt.

In der Adressierung jener Herausforderungen stellte sich die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) bisher als rigide und schwerfällig dar. Der integrierte Ansatz wird nur mangelhaft umgesetzt, unter anderem aufgrund der mangelnden Koordinierung innerhalb der europäischen Institutionen sowie jener mit den einzelnen Mitgliedsstaaten.

Nach Frankreich hat auch Deutschland damit begonnen, seine Sicherheitsinvestitionen in der Region über die GSVP hinaus zu diversifizieren. Neben der Unterstützung der EU-Trainingsmission in Mali und der traditionellen Kooperation mit Ghana setzt man verstärkt auf bilaterale Unterstützungen von Niger und voraussichtlich Burkina Faso.

Insgesamt wird die Stabilisierung der Region davon abhängen, ob es gelingt, alle Instrumente der EU und ihrer Mitgliedsstaaten aufeinander auszurichten und mit anderen Partnern abzustimmen.

Kernaussagen

- Der Trend in Richtung einer Demokratisierung (West-)Afrikas hat sich nachhaltig umgedreht.
- Schlechte Regierungsführung befördert die Fragilität westafrikanischer Staaten.
- Wegen der sich verschlechternden Umfeldbedingungen in Westafrika ist ein Anstieg der Migration Richtung Europa zu erwarten.
- Das Engagement der internationalen Gemeinschaft im Sahel hat bis dato noch keine Trendwende in Bezug auf die Sicherheitslage herbeigeführt. Diesbezüglich ist eine bessere Koordination innerhalb der EU und mit Partnern unumgänglich.



Weiterbestehende Fragilität am Westbalkan

Autor:
Predrag Jureković

Zusammenfassung

Ungeachtet der gemeinsamen Herausforderungen – insbesondere bei Pandemiebekämpfung und EU-Integration – ist zu befürchten, dass auch das Jahr 2022 am Westbalkan (WB) durch regionale Spannungen gekennzeichnet sein wird. Die politischen Angriffe gegen die staatliche Einheit von Bosnien und Herzegowina müssen von der EU entschieden zurückgewiesen werden. Die regionale Fragilität unterstreicht die Notwendigkeit der Präsenz der multinationalen Militärverbände EUFOR in Bosnien und Herzegowina sowie KFOR im Kosovo.

Gemeinsame regionale Interessen

Ungeachtet weiterbestehender regionaler Konfliktfelder kommen auf die Staaten des WB 2022/23 umfassende regionale Herausforderungen zu, deren Bewältigung eigentlich ein gemeinsames Interesse sein sollte. So gilt es, das regionale Wirtschaftswachstum von durchschnittlich fünf Prozent des Jahres 2021 auch im Jahr 2022 aufrechtzuerhalten, proaktive Strategien gegen die Abwanderung gut ausgebildeter Bürgerinnen und Bürger auszuarbeiten sowie die besonders impfskeptische Bevölkerung am WB von der Sinnhaftigkeit der COVID-Schutzimpfung zu überzeugen. Gelingt Letzteres nicht, droht den Gesundheitssystemen in der Region 2022 mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Kollaps.

Auch die durch Schlepper weiterhin geförderte irreguläre Migration aus dem zentralasiatischen Raum, die teilweise über neue Balkanrouten verläuft, erfordert eine verstärkte regionale Zusammenarbeit. Regionale Kooperation ist auch notwendig, um für die Bevölkerungen das Maximum aus dem EU-Heranzführungsprogramm Instrument for Pre-accession Assistance herauszuholen (IPA III; WB und Türkei: 14,2 Mrd. Euro von 2021 bis 2027).

Allerdings waren in der jüngsten Vergangenheit die Entscheidungen eines Teils der WB-Politiker oftmals manipulativ, sie folgten autoritären sowie kleptokratischen Interessen. Vor diesem Hintergrund ist zu befürchten, dass am WB auch 2022 kooperative Politik mit hoher Wahrscheinlichkeit gegenüber nationalistischer und manipulativer Politik ins Hintertreffen geraten wird.

Schlüsseljahr für Bosnien und Herzegowina

Für Bosnien und Herzegowina (BiH) wird das Wahljahr 2022 entscheidend dafür sein, ob die innerstaatliche Dauerkrise wieder in konstruktivere Beziehungen transformiert werden kann oder ob der durch secessionistische Maßnahmen der Entität Republika Srpska (RS) zuletzt angeheizte innerstaatliche Konflikt auch sicherheitspolitisch

zur Herausforderung wird. Letzteres könnte insbesondere aus der 2021 schon angedrohten, aber (noch) nicht umgesetzten Gründung einer eigenen serbischen Armee auf bosnisch-herzegowinischem Territorium resultieren. Auch wenn ein solches Szenario – wegen erwartbarer negativer Reaktionen auf internationaler Seite – auch weiterhin wenig wahrscheinlich erscheint, besteht für die Friedenstruppe EUFOR im Rahmen ihres Kernmandats und in Kooperation mit der NATO die Notwendigkeit, auf alle sicherheitsgefährdenden Szenarien vorbereitet zu sein.

Konstruktive Politikerinnen und Politiker aus allen Volksgruppen BiHs, Bosniaken, Kroaten, Serben und „andere“, die bereit sind, zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger eine Balance zwischen Volksgruppen- und staatsbürgerlichen Interessen herzustellen, könnten durch die gesamtstaatlichen Wahlen im Oktober 2022 gestärkt werden. Die Voraussetzung dafür wäre, dass diese Wahlen überhaupt im Rahmen eines fairen Wettbewerbs stattfinden können. Eine Schlüsselrolle fällt in diesem Zusammenhang den westlichen Akteuren EU und USA sowie dem Hohen Repräsentanten zu, der, mandatiert durch den Peace Implementation Council, aber durch Russland und China infrage gestellt, über Sondervollmachten in BiH verfügt. Ohne die Option politischer und ökonomischer Sanktionen des Westens gegen bosnisch-herzegowinische Politikerinnen und Politiker mit eindeutig separatistischen und/oder kleptokratischen Interessen kann die politische Dauerkrise in BiH nicht beendet werden.

Für faire Wahlen ist außerdem ein Wahlgesetz notwendig, das die Akzeptanz aller Volksgruppen in BiH festschreibt, jedoch keine ethnische Segregation fördert und die Bürgerinnen und Bürger BiHs, die nicht zu den sogenannten „konstitutiven Volksgruppen“ gehören, – Bosniaken, Kroaten und Serben – nicht vom passiven Wahlrecht ausschließt.

Serbien und Kosovo

In den von der EU begleiteten Gesprächen zwischen Belgrad und Priština/Prishtina über die schrittweise Normalisierung der politischen Beziehungen sind vor der Abhaltung der serbischen Wahlen im Frühjahr 2022 (Präsidentschafts-, Parlaments- und Belgrader Kommunalwahl) keine Fortschritte zu erwarten. Das Misstrauen zwischen den politischen Führungen beider Länder ist groß. Polizeiliche bzw. militärische Machtdemonstrationen wie im Herbst 2021 sind entlang der Grenze des Nord-Kosovo zu Serbien auch 2022 auf beiden Seiten möglich. Für die Friedenstruppe KFOR unter NATO-Kommando bleibt der Nord-Kosovo deshalb ein sicherheitspolitisch instabiles Gebiet.

Im regionalen Kontext rufen kooperative Initiativen Belgrads wie die Initiative „Open Balkan“ wegen des gleichzeitig von serbischen Regierungspolitikern lancierten nationalistischen Konzepts „Srpski svet“ (Serbische Welt) bei Nachbarn mit serbischem Bevölkerungsanteil ablehnende Reaktionen hervor.

Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und die EU

Angesichts dieser Lage ist ein schnelles Vorankommen der potenziellen EU-Beitrittskandidaten BiH und Kosovo sowie des EU-Beitrittskandidaten Serbien im europäischen Integrationsprozess kurz- bis mittelfristig wenig wahrscheinlich. Umso wichtiger erscheint für die Stärkung der Glaubwürdigkeit der EU-Konsolidierungspolitik am WB, dass EU-interne Blockaden gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und vor allem dem pro-europäischen Musterbeispiel Nordmazedonien im Jahr 2022 beendet werden. Montenegro, ehemaliger regionaler Vorreiter im EU-Integrationsprozess, wird 2022 verstärkte Unterstützung der EU benötigen, um die gefährlichen Spannungen zwischen pro-montenegrinischen und pro-serbischen Parteien zu verringern.

Konsequenzen für die EU und Österreich

Ohne ein entschiedenes Handeln der EU gegen nationalistische, kleptokratische und autoritäre Politik könnte sich die Lage am Westbalkan 2022 von einer semi-konsolidierten Region hin zu einer Konfliktregion mit realen sicherheitspolitischen Risiken verschlechtern. Eine Aufstockung der Friedenstruppen, insbesondere in BiH, könnte bei einem Scheitern politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen notwendig werden.

Kernaussagen

- Die Präsenz von EUFOR ALTHEA und KFOR wird angesichts der angespannten regionalen Beziehungen an Bedeutung gewinnen.
- Die von Österreich unterstützte EU-Integrationspolitik muss demokratiepolitische und friedenspolitische Ziele am WB wieder in den Mittelpunkt stellen.
- EU-Sanktionen gegen destruktive WB-Akteure sollten bei destabilisierenden Politiken nicht mehr ausgeschlossen werden.
- Nordmazedonien sollte für seine proeuropäische und kooperative Politik im EU-Integrationsprozess besonders unterstützt werden.



Konflikte im postsowjetischen Raum

Der nachfolgende Beitrag gibt die Einschätzung des Autors Anfang Dezember 2021 wieder.

Zusammenfassung

Im Verlauf des Jahres 2021 hat sich die Gesamtlage im postsowjetischen Raum aus Sicht Österreichs und der EU deutlich verschlechtert – von Belarus über das Schwarze Meer bis in den Südkaukasus. Dieser Trend wird sich auch 2022 weiter fortsetzen. Eine Verschärfung des Konfliktes in der Ukraine war bereits zu Jahresende 2021 erkennbar. Die angespannten Beziehungen zu Belarus werden rund um das geplante Verfassungsreferendum im ersten Quartal 2022 erneut auf die Probe gestellt. Im Südkaukasus setzt sich die Neuordnung nach dem Konflikt um Berg-Karabach fort.

Autor:
Christoph Bilban

Geopolitische Plattengrenze

Der postsowjetische Raum bleibt eine geopolitische Plattengrenze im Wettbewerb um die regionale (teils auch globale) Hegemonie. Die EU setzt in Osteuropa und dem Südkaukasus weiterhin auf ihren werte-basierten Ansatz und das Prinzip des „More for More“ der europäischen Nachbarschaftspolitik. Demgegenüber will Russland die Region in der eigenen Einflussosphäre halten. Selbst die nur theoretische Möglichkeit einer NATO-Erweiterung um die Ukraine und Georgien wird für Präsident Putin eine rote Linie bleiben. Insbesondere für die EU bleibt diese Situation problematisch, da Russland nur die USA als Akteur in diesem geopolitischen Konflikt wahrnimmt. Daneben treten auch die Türkei und China verstärkt in Erscheinung. Ankara baut seine Allianz im Südkaukasus weiter aus, während China besonders in der Belarus-Krise auch eigene Interessen verfolgt. Zudem zeigen sich vermehrt Konfliktpotenziale in Zentralasien.

Ukraine

Der seit Juli 2020 bestehende Waffenstillstand im Donbas hat sich als nicht haltbar erwiesen. Die Sonderbeobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wird vor allem in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten immer wieder in ihrer Arbeit behindert. Die jüngste Verschärfung der Situation entlang der Kontaktlinie fällt zeitlich mit dem zweiten russischen Truppenaufmarsch ab November 2021 zusammen. Nach Berichten aus den USA und der Ukraine zog Russland etwa 100.000 Truppen entlang der russisch-ukrainischen Grenze zusammen. Die angespannte Lage birgt jedenfalls die Gefahr einer militärischen Eskalation, vor allem je länger sie andauert.

Im Bereich der politischen Konfliktbeilegung im Donbas zeichnet sich keine Verbesserung ab. Während die Regierung des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski an einer grundsätzlich friedlichen Lösung festhält, ist die Umsetzung des Abkommens von Minsk auch weiterhin innenpolitisch nicht durchsetzbar. Russland hingegen for-

dert nach wie vor einen für Kiev unmöglichen direkten Dialog mit den beiden separatistischen Regimen in Donezk und Luhansk.

Die Trilaterale Kontakte zwischen der OSZE, der Ukraine und Russland sowie das Normandie-Format (N4) mit Deutschland, Frankreich, der Ukraine und Russland konnten keine Fortschritte erreichen. Eine Wiederbelebung der N4-Gruppe im Jahr 2022 lässt keine Fortschritte erwarten. Auch ein direkter Dialog zwischen Moskau und Kiev ist de facto ausgeschlossen, insbesondere seit die Ukraine mit Gründung der Krim-Plattform 2021 die Rückkehr der Krim als Thema internationalisiert hat. Alle Versuche einer regionalen Konfliktbeilegung werden ohne gleichzeitige Lösung des übergeordneten Konflikts zwischen den USA und Russland wenig erfolgreich bleiben.

Belarus

Besondere Aufmerksamkeit gilt dem für Februar 2022 angesetzten Verfassungsreferendum in Belarus. Seit den Protesten 2020 kann sich der belarussische Machthaber Aleksandr Lukaschenka nur durch massive Repressionen und weitreichende finanzielle Unterstützung aus Russland an der Macht halten. Sein Versuch, die EU durch instrumentalisierte Migrantinnen und Migranten politisch zu erpressen, scheiterte und führte anstelle der Aufhebung zu einer Ausweitung der Sanktionen gegen Belarus. Lukaschenka wird immer mehr zum willfährigen Unterstützer des Kremls.

Armenien und Aserbaidschan

Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan birgt weiterhin das Risiko begrenzter, bewaffneter Auseinandersetzungen entlang der noch nicht festgelegten Grenze. Russland hat sich in dieser Frage als Vermittler positioniert. Maßgeblich für die weitere Entwicklung der Beziehungen wird die vereinbarte Öffnung von Transportrouten zwischen Aserbaidschan und der Exklave Nachitschewan sein. Das Bündnis zwischen Aserbaidschan und der Türkei wird sich weiter fes-

tigen. Der Druck auf Armenien, Zugeständnisse zu machen, steigt. Es gilt daher, besonders auf die innerarmenischen Spannungen zwischen Premierminister Nikol Paschinjan und möglichen revisionistischen Akteuren zu achten.

Der Waffenstillstand im Konflikt um die Region des ehemaligen Autonomen Gebietes Berg-Karabach wird durch die russischen Truppen und das gemeinsame russisch-türkische Monitoring-Zentrum weiter überwacht. Die bestimmende Frage für die politische Konfliktbeilegung bleibt dennoch der Status Berg-Karabachs und diese wird auch weiterhin ausgeklammert. Somit wird auch die Minsk-Gruppe der OSZE weiterhin keine Rolle spielen. Ebenso ist eine Erweiterung der Gruppe um die Türkei wenig wahrscheinlich. Die EU hingegen ist nun als vermittelnde Akteurin gefragt.

Georgien

In den Konflikten zwischen Georgien und den beiden abtrünnigen Gebieten in Abchasien und Südossetien ist keine Veränderung zu erwarten. Verhaftungen entlang der administrativen Grenzlinien wegen angeblicher „illegaler Grenzübertritte“ und auch die fortschreitende Landnahme durch stückweise Verschiebung von Grenzbefestigungen durch die beiden abtrünnigen Gebiete prägen den Konflikt. Nachdem jedoch Georgien selbst seine innenpolitische Situation nach zwei turbulenten Jahren stabilisieren muss, sind im Jahr 2022 keine Fortschritte in Richtung einer Lösung des Konfliktes zu erwarten.

Moldau

Im Konflikt um Transnistrien wird Moldau den Status Quo beibehalten. Transnistrien bleibt klar pro-russisch orientiert und Moskau kann den Konflikt jederzeit wieder anheizen. Moldau hingegen bleibt auf einem pro-westlichen Kurs, wobei für Präsidentin Maria Sandu und ihre Partei PAS aber die Umsetzung von Reformen im Kampf gegen

Korruption, Armut und zur Stärkung einer bereits vor der COVID-19-Pandemie schwächelnden Wirtschaft vorrangig ist.

Konfliktpotenziale in Zentralasien

Die Krise in Kasachstan nach einer plötzlichen Anhebung der Energiepreise zum Jahreswechsel 2021/22 unterstreicht die potenzielle Instabilität der Region. Neben latenten ethnischen Spannungen werden in Zukunft besonders ökologische Fragen zu Konflikten in der Region führen. Solche Konfliktpotenziale werden durch eine angespannte sozioökonomische Situation für die Mehrheit der Menschen verstärkt, die sich in plötzlichen Protesten gegen die Regime entladen, wie in Kasachstan geschehen. Angesichts der Rückkehr der Taliban in Afghanistan besteht die Gefahr der Ausbreitung islamistisch-extremistischer Akteure in Zentralasien, die auch durch Europa genauer beobachtet werden sollte.

Konsequenzen für die EU und Österreich

Die EU und auch Österreich werden im Jahr 2022 mit mehreren potenziellen Herausforderungen in Osteuropa und dem Südkaukasus konfrontiert sein. Die EU und Österreich können versuchen, in der Konfrontation mit Russland zu vermitteln. Das größte Risiko im Falle einer militärischen Eskalation der Ukraine-Krise bestünde für Österreich aktuell im Bereich der Versorgungssicherheit im Energiesektor.

Auch die Krise in Belarus stellt für die EU weiterhin eine große Herausforderung dar. Die Menschenrechtsverletzungen und Repressionen werden auch über das Verfassungsreferendum hinaus anhalten. Negative Rückwirkungen auf Österreichs Wirtschaftsinteressen sind nicht auszuschließen, dies zeigt etwa die Verhaftung des Pressesprechers von „A1 Belarus“. Weitere Sanktionen sind von Lukaschenkas Handlungen abhängig.

Im Südkaukasus und in Moldau können die EU und Österreich vor allem durch die Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen stabilisierend wirken. Die EU sollte jedenfalls ihre Initiativen zur Förderung des Dialogs im armenisch-aserbaidshischen Konflikt fortsetzen. Österreich kann sich in diesem Konflikt ebenfalls proaktiv als Ort für Gespräche anbieten, sei es auf Expertinnen- und Expertenebene oder auf informeller Ebene.

Kernaussagen

- Die Situation in der Region hat sich deutlich verschlechtert. Dieser Trend setzt sich fort.
- Der geopolitische Konflikt zwischen den USA und Russland bestimmt die Dynamik in der Ukraine-Krise.
- Der belarussische Machthaber Aleksandr Lukaschenka wird sich auch im Jahr 2022 an der Macht halten.
- Die Türkei hat sich als Akteur in der Region etabliert und spielt insbesondere im Südkaukasus eine wesentliche Rolle. Die EU kann eine Vermittlerrolle in diesem Konflikt übernehmen.
- Die EU und Österreich sollten im Einklang mit den Zielen der Östlichen Partnerschaft den Aufbau resilienter Staatlichkeit in der Region gezielt fördern.
- Zentralasien verdient verstärkt europäische Aufmerksamkeit und Unterstützung, beispielsweise um Resilienz gegen islamistischen Extremismus zu schaffen.



Iran vor neuen Herausforderungen

Zusammenfassung

Am 18. Juni 2021 wurde mit Ebrahim Raisi ein Vertreter des isolationistischen und gegenüber dem Westen kritischen Lagers zum Präsidenten der Islamischen Republik Iran gewählt. Während für die europäische Politik die Frage nach der Zukunft des Nuklearabkommens (JCPOA) mit dem Iran im Zentrum des politischen Interesses steht, muss Teheran seiner Nachbarschaft und der gesamten Nahostregion größere diplomatische und politische Aufmerksamkeit widmen. Einem für den Iran vorsichtig optimistischen Ausblick in Afghanistan steht großes Eskalationspotenzial im Irak und Syrien gegenüber. Dabei spielt das Verhältnis zu Saudi-Arabien eine zentrale Rolle.

Autor:
Walter Posch

Das Nuklearabkommen

Der neu gewählte iranische Präsident Ebrahim Raisi steht vor denselben Problemen wie sein Amtsvorgänger: die US-Sanktionspolitik beschleunigt den wirtschaftlichen Niedergang des Landes, ohne dass die Europäer dem etwas entgegensetzen würden. Dürre und COVID-19-Pandemie erschweren die wirtschaftliche und soziale Lage zusätzlich. Allerdings reicht dies nicht aus, um Teheran zu Konzessionen im Nuklearstreit zu bewegen. Denn aus iranischer Sicht müssen die USA, die das Nuklearabkommen von sich aus unilateral verlassen haben, diesem wieder offiziell beitreten – also indirekt ein Schuldeingeständnis ablegen. Dem sollte aus Teheraner Sicht, wie im Abkommen vorgesehen, die Aufhebung einer Reihe von US-Sanktionen folgen.

Dem wiederum hält nicht nur Washington entgegen, dass mittlerweile einige technische Aspekte des ursprünglichen Abkommens obsolet sind. Dazu gehören vor allem die Fortschritte Teherans in der Nuklearforschung. Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass die Regierung Raisi auf die Forderungen der internationalen Gemeinschaft ohne Weiteres eingehen wird. Immerhin zählte der neue Präsident zu den schärfsten Kritikern seines Amtsvorgängers Hassan Rouhani, den er bis vor Kurzem aufgrund seiner angeblichen Nachgiebigkeit kritisierte. Vor allem aber setzte sich bei den sicherheitspolitischen Eliten im Iran die Ansicht durch, dass die USA die Sanktionen jedenfalls aufrechterhalten werden, um weiterhin wirtschaftlich Druck auf den Iran auszuüben. Gleichzeitig hat die Furcht vor einem US-Militärschlag deutlich abgenommen. Mit ein Grund dafür ist die Situation in Afghanistan.

Afghanistan und die Konfessionsfrage

Die Art und Weise des Abzugs der USA aus Afghanistan überraschte Teheran ebenso wie die internationale Öffentlichkeit. Allerdings hatten die Iraner ihre Afghanistanpolitik nie zur Gänze an der Präsenz der Vereinigten Staaten in Kabul ausgerichtet, sondern die Situation vor Ort und ihre eigenen Interessen als Grundlage ihrer politischen Pla-

nungen definiert. Zu den iranischen Interessen gehören die Wasserfrage, die Probleme des Drogenschmuggels, der afghanischen Flüchtlinge im Iran und vor allem die Sorge um die afghanischen Schiiten.

Darüber hinaus beurteilte Teheran die Schwäche der US-gestützten afghanischen Regierung und den Machtzuwachs der Taliban realistisch und sah eine Möglichkeit, sich mit dem einstigen Erzfeind zu einigen. Eine während des Wahlkampfes 2021 von Raisi mit dem Führer der ostiranischen Sunniten Moulana Abdolhamid getroffene Übereinkunft erleichterte es den Taliban, sich den Schiiten im eigenen Land gegenüber tolerant zu zeigen. Vor allem aber beurteilten beide Seiten den sogenannten „Islamischen Staat“ als die größere Bedrohung als die jeweils andere Konfession.

Ein neues Gleichgewicht in der Region?

Obwohl sich konfessionelle Spannungen in der Region noch immer zum Teil gewaltsam entladen, haben sie viel von ihrer einstigen politisch-ideologischen Deutungshoheit verloren. So sind es beispielsweise vor allem schiitische Parteien, die dem iranischen Einfluss im Irak Grenzen setzen, was sowohl von den sunnitischen Eliten in der Region als auch vom Westen aufmerksam beobachtet wird. Dem folgen zwei wichtige Tendenzen: Erstens die langsame Rehabilitierung des mit Teheran verbündeten syrischen Regimes durch die sunnitischen Regionalmächte, die mit einer vorsichtigen Entspannung gegenüber dem Iran einhergeht. Zweitens die diplomatische Annäherung arabischer Staaten an Israel („Abraham-Abkommen“).

Wie sehr die Integration Israels in der Region bereits Realität ist, zeigen die iranischen Proteste, die im Verhältnis zu früher relativ zahnlos ausfielen. Ob diese beiden positiven Tendenzen sich 2022 zur politischen Realität manifestieren können, hängt davon ab, ob es dem Iran und Saudi-Arabien gelingen wird, ihr Verhältnis zueinander positiv zu gestalten und ein Gleichgewicht für die Region herzustellen. Der Schlüssel dafür liegt in der Stabilisierung des Irak, wo Teheran und Riyad ihre Kräfte bisher gegeneinander anstatt zugunsten des Lan-

des eingesetzt haben. Ein stabilisierter Irak würde sich unmittelbar positiv auf die Nachbarstaaten auswirken, allen voran Syrien, aber auch auf den Iran und Saudi-Arabien selbst.

Kurdenfrage und Kaukasus

Das Interesse des Iran an einer Deeskalation mit Saudi-Arabien ist auch anderen Herausforderungen geschuldet. Dazu gehören die geänderten Dynamiken sowohl in der Kurdenfrage als auch im Kaukasus. Bisher konnte Teheran von seiner langen Erfahrung in beiden Konfliktregionen zehren; in beiden Fällen ist es gelungen, Schaden von der Islamischen Republik abzuwenden. Doch die Kurdische Regionalregierung im Nordirak ist längst nicht mehr jene stabile Entität, in der Teheran seine Interessen bei Bedarf durchsetzen konnte. Ähnliches gilt für Nordsyrien, wo weder die Frage nach einer Unterstellung der von der „Kurdischen Arbeiterpartei“ (PKK) beherrschten Selbstverwaltung unter den Machtapparat Assads noch deren Verhältnis zu den USA gelöst ist. In jedem dieser Fälle ist 2022 mit einer Eskalation zu rechnen, die sich auf die innere Sicherheit in den iranischen Kurdengebieten auswirken wird.

Ähnliches gilt für Berg-Karabach, dessen Einnahme durch Aserbaidzhan mit türkischer Unterstützung zunächst keine direkte Bedrohung darstellt. Baku nahm diesen Erfolg jedoch zum Anlass, Teheran gegenüber selbstbewusster aufzutreten, was zu Spannungen an der Grenze führte. 2022 ist damit zu rechnen, dass beide Seiten die wunden Punkte des anderen auszunutzen versuchen werden: Baku wird die aserische Minderheit im Iran thematisieren, während Teheran islamistische Fundamentalisten im Nachbarland unterstützen wird.

Konsequenzen für die EU und Österreich

Jeder Versuch einer Eindämmung der identitären Konfessionskonflikte, die für einen großen Teil der Flüchtlingsströme verantwortlich sind, liegt sowohl im europäischen als auch im österreichischen

Interesse. Dabei spielt neben Afghanistan der Irak eine zentrale Rolle. Europa ist also gefordert, den sich akzentuierenden Willen Teherans und Riyads zur Deeskalation im Irak durch konkrete Maßnahmen zu fördern. Das könnte schon Mitte 2022 eine Neubeurteilung des europäischen Engagements im Irak zur Folge haben und zu verstärktem Engagement im Irak führen – etwa zum Ausbau vorhandener Missionen zur Sicherheitssektorreform.

Der Unterstützung einer potenziell positiven Entwicklung in der Region – der Annäherung Irans und Saudi-Arabiens – steht jedoch ein wahrscheinliches Scheitern im Bereich der Nuklearverhandlungen gegenüber. Europa und Österreich stehen im Jahr 2022 daher vor der Herausforderung, diesen Widerspruch aufzulösen. Dies sollte auf eine Art und Weise geschehen, die zunächst die positiven Aspekte der iranischen Außenpolitik stärkt. Gleichzeitig jedoch muss der Druck auf Teheran in der Nuklearfrage so vernünftig kalibriert werden, dass bei den Verhandlungen in Wien auf jene technischen und politischen Voraussetzungen eingegangen werden kann, die sich seit der Unterzeichnung des JCPOA im Jahr 2015 ergeben haben.

Kernaussagen

- Teheran ist militärisch und politisch überdehnt, aber voll handlungsfähig.
- Fortschritte in der Nuklearfrage sind kaum zu erwarten, da die prinzipiellen Lesarten des Problems zu weit auseinanderliegen und der Iran kein Vertrauen zu den USA hat.
- Der Konfessionskonflikt in der Region ist nicht mehr das hauptsächlich politische-ideologische Deutungsmuster. Die relativ moderate Haltung der Taliban und ihre Verständigung mit Teheran müssen als positiver Paradigmenwechsel verstanden werden.
- Im Irak wird sich weisen, ob 2022 eine saudisch-iranische Annäherung möglich sein wird.
- Die Kurdenfrage und die Probleme im Kaukasus stellen Teheran vor neue Herausforderungen, die sich direkt auf die innere Sicherheit des Landes auswirken.



Anhaltende Instabilität in Syrien und im Irak

Autor:
Guido Steinberg

Zusammenfassung

Syrien und der Irak werden auch im Jahr 2022 instabil bleiben. Nach den Wahlen im Irak im Oktober 2021 wird es Monate dauern, bis eine neue Regierung gebildet wird. In Syrien sitzt Präsident Bashar al-Assad zwar fest im Sattel, doch beherrscht er nur einen Teil des syrischen Staatsgebietes. Die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) operiert weiter im Untergrund und bleibt ein Risikofaktor. In beiden Ländern bleibt die Wirtschaftslage katastrophal, sodass Syrerinnen und Syrer sowie Irakerinnen und Iraker weiter in Richtung Europa fliehen werden.

Anhaltende Instabilität

Obwohl sich die Sicherheitslage in Syrien und dem Irak gegenüber den Jahren 2014 bis 2017 verbessert hat, werden beide Staaten im Jahr 2022 weiter instabil bleiben. In Syrien hat Präsident Assad seine Position gefestigt, doch beherrscht er nur etwa zwei Drittel des syrischen Staatsgebietes. Im Osten kontrollieren die syrischen Kurden weite Landstriche, im Norden und Nordwesten halten türkische Truppen Grenzgebiete besetzt. In der nordwestlichen Provinz Idlib dominiert die früher mit al-Qaida verbündete Organisation „Komitee zur Befreiung der Levante“ (HTS). Wahrscheinlich wird das syrische Militär mit russischer Unterstützung auch 2022 auf schrittweise kleinere Geländegewinne abzielen, um schlussendlich die Kontrolle über das Gebiet wiederzugewinnen.

Im Irak hat Bagdad zwar die Kontrolle über das gesamte Land, doch ist die Regierung instabil. Nach den Parlamentswahlen vom Oktober 2021 dürfte es Monate dauern, bis eine neue Regierung gebildet wird. Der eher prowestlich ausgerichtete Ministerpräsident Mustafa al-Kadhimi könnte im Amt bleiben. Dazu benötigt er aber die Unterstützung des populistischen schiitischen Predigers Muqtada as-Sadr, dessen irakisch-nationalistische Bewegung als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen ist. Doch selbst wenn eine solche Regierung 2022 gebildet werden sollte, wird es Bagdad nicht gelingen, die irantreuen schiitischen Milizen unter Kontrolle zu bringen, die einen Staat im Staate bilden.

(Noch) Kein Abzug der USA

Die rund 2.000 US-Truppen im Irak und ihre 900 Kameradinnen und Kameraden in Syrien werden voraussichtlich auch 2022 bleiben und verhindern, dass der Iran noch mächtiger wird. Zwar hat die Biden-Harris-Administration im Juli 2021 angekündigt, die US-„Kampftuppen“ bis Ende Dezember 2021 aus dem Irak abziehen zu wollen, doch zählt sie die dort stationierten Einheiten nicht als solche, sodass erwartet wird, dass sie vor Ort bleiben. In beiden Ländern

bekämpfen die US-Truppen den IS, der im Untergrund erstarkt ist und die innere Sicherheit in den sunnitisch besiedelten Gebieten bedroht.

Die Position der US-Truppen wird auch 2022 schwierig bleiben. Seit 2019 werden ihre Stützpunkte von den irantreuen Milizen im Irak mit Raketen beschossen, die einen Abzug der USA erzwingen wollten. Im Oktober 2021 attackierten die Milizen die US-Basis im syrischen Tanf sogar mit Drohnen; es soll sich um Vergeltung für israelische Angriffe auf iranische Ziele in Syrien gehandelt haben. Die Attacken der Milizen auf US-Ziele bergen das Risiko einer Eskalation. Sollte es 2022 nicht zu einem Abkommen über das iranische Atomprogramm kommen, wächst darüber hinaus die Gefahr einer Verschärfung der Lage zwischen Israel und dem Iran und vielleicht auch zwischen den USA und dem Iran. In diesem Fall würde auch der Konflikt zwischen den US-Truppen und ihren innerirakischen Gegnern gefährlicher.

Wirtschaftskrisen und Proteste

In beiden Ländern haben sich die Wirtschaftskrisen seit 2019 noch einmal deutlich verschärft, und eine Besserung ist nicht in Sicht. Dies gilt besonders für Syrien, wo ein Währungsverfall eingesetzt hat, der große Teile der Bevölkerung in den vom Regime kontrollierten Gebieten in Armut und Hunger treibt. Ohne ausländische Hilfe ist an wirtschaftliche Erholung und Wiederaufbau des zerstörten Landes nicht zu denken, doch Assads Verbündete Russland und der Iran haben selbst wirtschaftliche Probleme. Zwar gibt es Anzeichen, dass einige arabische Staaten eine Rehabilitierung Assads vorantreiben, doch bleiben nennenswerte Investitionen in Syrien bisher aus – was sich auch 2022 nicht ändern dürfte.

Im Irak führten grassierende Korruption und hohe Arbeitslosigkeit im Oktober 2019 zu Protesten, die sich auch gegen den iranischen Einfluss im Land wandten. Da sie ihren Ursprung im schiitischen Süden hatten, galten sie den Iranfreunden im Irak als besonders gefährlich. Sicherheitskräfte und Milizen schlugen die Proteste mit großer Brutalität nieder, rund 600 Menschen starben. In den folgenden Mona-

ten ermordeten irantreue Milizionäre weitere Anführer der Protestbewegung und andere Kritikerinnen und Kritiker. Alle Versuche der Regierung Kadhimi, die irregulären Einheiten unter Kontrolle zu bringen, scheiterten. Der Konflikt zwischen den Anhängern des Irans und seinen Gegnern wird auch 2022 ein Hauptthema der irakischen Politik bleiben.

Konsequenzen für Europa und Österreich

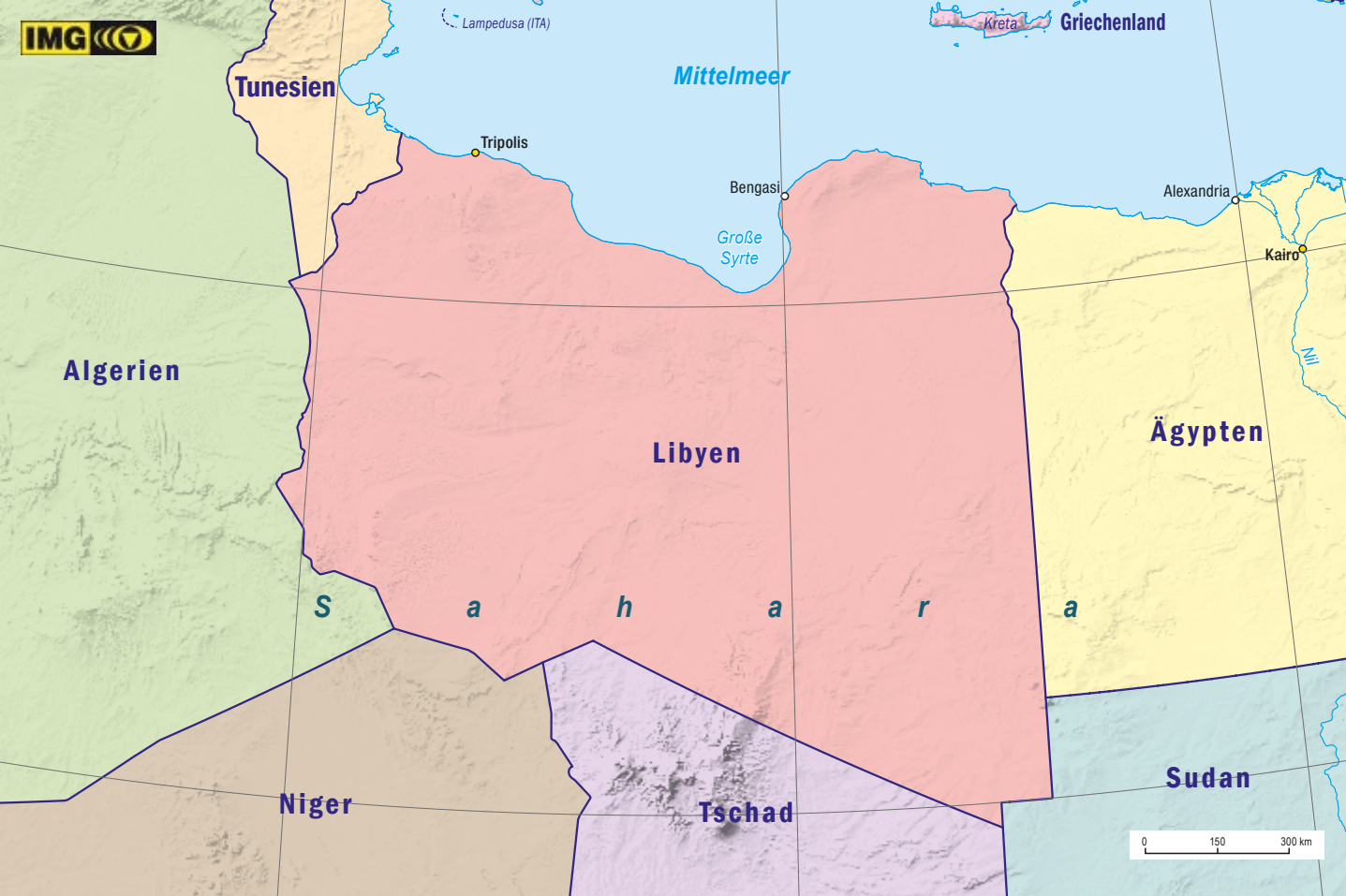
Die anhaltende Instabilität in Syrien und im Irak ist auch für Europa ein Problem, denn viele Syrerinnen und Syrer bzw. Irakerinnen und Iraker flüchten aus ihren Heimatländern. Die meisten von ihnen bleiben in der Türkei, doch die Europäische Union ist weiterhin ihr Fernziel.

Das Scheitern des syrischen Staates und die Schwäche des Irak begünstigen auch fortgesetzte Aktivitäten des IS. Da er in beiden Ländern im Untergrund operiert, wird er im Jahr 2022 eher ein nahöstliches Problem bleiben, doch auch ein rasches Erstarken und ein Ausgreifen auf die Nachbarländer sind möglich.

Sollten die USA ihre Truppen abziehen, stellt sich die Frage nach einer europäischen Reaktion. Die Umorientierung der US-amerikanischen Weltpolitik in Richtung Ostasien erfordert eine aktivere europäische Politik im Nahen Osten, will sie den von dort drohenden Gefahren begegnen. Bisher sind keine Initiativen in diese Richtung zu verzeichnen.

Kernaussagen

- Syrien und der Irak bleiben instabil und wichtige Ausgangs-orte von Fluchtbewegungen in Richtung Europa.
- In Syrien wird Bashar al-Assad auch künftig nur Teile des Landes kontrollieren.
- Im Irak wird die neue Regierung schwach und der iranische Einfluss groß bleiben.
- Die US-Truppen im Irak bleiben vorerst vor Ort und dämmen den „Islamischen Staat“ ein.



Aktuelle Herausforderungen in Libyen

Zusammenfassung

Die Ernennung der Übergangsregierung der Nationalen Einheit (GNU) im Frühjahr 2021, Libyens erster einheitlicher Exekutive seit 2014, nährte Hoffnungen, dass das Land sieben Jahre Bürgerkrieg hinter sich lassen und Ende des Jahres Wahlen abhalten könnte. Der enge Zeitplan der beabsichtigten Wahlgänge – die Präsidentschaftswahl sollte am 24. Dezember 2021 und Parlamentswahlen Anfang 2022 abgehalten werden – birgt jedoch auch das Risiko, dass die Wahlergebnisse erneut zu Gewalt führen könnten, zumal die Wahlgesetze umstritten sind.

Autorin:
Mary Fitzgerald

Versuche, kontroverse Kandidatinnen und Kandidaten wie beispielsweise den aktuellen Premierminister Abdulhamid Dabaiba, Kommandant Khalifa Haftar, der den Osten des Landes kontrolliert, oder auch Saif al-Islam Gaddafi mit juristischen Mitteln zu blockieren, zeigen, wie problematisch dieser Prozess geworden ist. Die Anfechtung der Wahlergebnisse durch juristische Mittel oder der Versuch, diese mit Gewalt abzuändern, könnte den politischen Fahrplan der Vereinten Nationen kippen und Libyen 2022 zurück in den Bürgerkrieg stürzen. Ein solches Szenario würde signifikante Herausforderungen für Europa bedeuten.

Mögliche Instabilität nach den Wahlen könnte ein politisches und sicherheitspolitisches Vakuum zur Folge haben, das im Land präsenten terroristischen Gruppen Möglichkeiten eröffnet. Des Weiteren könnte es zu einem Anstieg der Migration über das Mittelmeer kommen.

Politische Gewalt – weiterhin ein Risiko

Die langsamen Fortschritte hinsichtlich der Vereinheitlichung der Streitkräfte sowie die Entwaffnung der Milizen bedeuten, dass trotz des im Oktober 2020 vereinbarten Waffenstillstands weiterhin eine unbeständige Sicherheitslage besteht. Darüber hinaus ist Libyen nach wie vor militärisch, politisch und wirtschaftlich gespalten, was neben der Zusammenarbeit externer Akteure mit internen Gruppierungen den Bürgerkrieg seit 2014 vorangetrieben hat. Aufgrund dessen besteht weiterhin das Potenzial, dass die Bemühungen um eine Wiedervereinigung scheitern.

Im Vorfeld, aber auch infolge der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen könnte es zu Gewalt kommen, da verschiedene Interessensgruppen versuchen, sich für den ersten nationalen Urnengang seit 2014 bzw. der ersten Präsidentschaftswahl überhaupt zu positionieren. Im Allgemeinen ist die Sicherheitslage freien und fairen Wahlen nicht zuträglich, da speziell der von Kommandant Haftar kontrollierte Osten des Landes seit 2019 durch eine Serie an Attentaten erschüttert wird.

Im wahrscheinlichen Fall eines Scheiterns Haftars bei der Präsidentschaftswahl – insbesondere die Kandidatur von Saif al-Islam Gaddafi dürfte ihn zahlreiche Stimmen kosten – könnte er auf frühere Taktiken, wie militärische Eskalation oder Ölblockaden, zurückgreifen, um sich politisch durchzusetzen. Im Falle des Erfolgs der Kandidatur von Saif al-Islam Gaddafi könnte es im Westen des Landes zu gewaltsamen Protesten durch bewaffnete Gruppen kommen, die den Sohn des früheren Machthabers strikt ablehnen.

Multiple wirtschaftliche Probleme

Eine neunmonatige Blockade von Ölterminals und -feldern hat sich im Jahr 2020 dahingehend ausgewirkt, dass das vom Erdölexport abhängige Libyen seither mit der Überwindung eines seiner schlechtesten jährlichen Wirtschaftsergebnisse zu kämpfen hat. Die National Oil Corporation (NOC) war nicht in der Lage, das Ziel der Steigerung der Rohölproduktion auf 1,45 Millionen Barrel pro Tag zu erreichen. Das hängt auch mit anhaltenden Machtkämpfen zwischen dem Vorsitzenden der NOC, Mustafa Sanalla, und dem Ölminister der GNU, Mohammed Aoun, zusammen. Aoun hat sich für die Absetzung des NOC-Veteranen stark gemacht, worauf die Investoren verunsichert reagierten.

Die Zentralbank, seit 2014 infolge der weitläufigen nationalen Machtkämpfe gespalten, hat Schritte in Hinblick auf eine Wiedervereinigung gesetzt. Es bestehen jedoch weiterhin Spannungen, speziell hinsichtlich der Rolle des langjährigen Gouverneurs Sadiq al-Kabir. Streitigkeiten über das Management der Zentralbank werden die Implementierung umfassender Wirtschaftsreformen weiter behindern.

Die Wiederaufnahme der Ölförderung im Jahr 2021 trug zu einer Verbesserung des öffentlichen Haushalts bei, jedoch bleiben die Staatseinnahmen anfällig für inländische Schwankungen und globale Ölpreisschocks. Der Ausgleich des aktuellen Leistungsbilanzdefizits hat zu einer Verringerung des Drucks auf die libyschen Devisenreserven beigetragen, die Mitte 2020 auf unter 70 Mrd. US-Dollar

geschätzt wurden. Die Zentralbank versuchte daraufhin, den Markt während des Produktionsrückgangs mit Devisen zu versorgen.

Die Auslandsverschuldung Libyens ist eine der niedrigsten weltweit, sie wurde 2017 auf etwa 5,8 Prozent des BIP geschätzt. Allerdings hat die Inlandsverschuldung in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Der Großteil des libyschen Staatsfonds wurde seit Gaddafis Sturz durch UN-Sanktionen eingefroren. Dessen Vermögenswert betrug 2012 etwa 67 Mrd. US-Dollar. Ansuchen der libyschen Behörden bezüglich einer Aufhebung der Sanktionen wurden vonseiten der UN, die als Voraussetzung dafür eine stabile Regierung fordert, abgelehnt.

Die multiplen wirtschaftlichen Probleme Libyens wurden durch die Pandemie verschärft. Das Gesundheitssystem des Landes, das bereits vor dem Auftreten von COVID-19 kurz vor dem Zusammenbruch stand, hat Schwierigkeiten, den Anstieg der COVID-Infektionen zu bewältigen und benötigt massive Investitionen.

Premierminister Abdulhamid Dabaiba hat versucht, Libyen als ein für Unternehmen offenes Land zu präsentieren, aber es bestehen nach wie vor erhebliche Hürden in Hinblick auf Investitionen. Dabaiba hat seinen Fokus vor allem auf den Wiederaufbau gelegt, insbesondere auch auf die langjährige Stromkrise des Landes. Vorzeigbare Ergebnisse konnte er allerdings keine liefern, zumal ihm vom Parlament kein Budget bewilligt worden war.

Die fragile Sicherheitslage stellt eine substantielle Bedrohung für alle wirtschaftlichen Sektoren dar, speziell aber für die Öl- und Gasindustrie. Nach Jahren des Konfliktes ist die wichtige Energieinfrastruktur in einem desolaten Zustand und es sind erhebliche Investitionen notwendig. Weitere kritische Infrastruktur, wie beispielsweise der „Man-Made River“, der den Großteil der Bevölkerung mit Trinkwasser versorgt, ist ebenfalls in einem baufälligen Zustand und muss dringend saniert werden. Dies hat die UN dazu veranlasst, vor einem Zusammenbruch der Wasserversorgung zu warnen.

Terroristische Bedrohungen

Der Islamische Staat (IS) und al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM) sind weiterhin in Libyen präsent, wobei sich ihre Netzwerke speziell auf die südlichen und zentralen Regionen konzentrieren. Sowohl mit der Regierung in Tripolis verbündete als auch mit diesen rivalisierende Kräfte unter Khalifa Haftar haben im Jahr 2020 verschiedene hochrangige Personen festgenommen, darunter auch den Anführer des IS in Libyen, Abu Moaz al-Iraqi. Darüber hinaus haben sie Terrorzellen in zahlreichen Landesteilen zerschlagen, was zu einem Rückgang der Anschläge im vergangenen Jahr geführt hat.

Die Bedrohung durch den IS bleibt moderat. Er unterhält weiterhin Schläferzellen in Tripolis und anderen Küstenstädten, während AQIM als weitgehend ruhend gilt. Im Jahr 2021 hat sich der IS zu mehreren Anschlägen bekannt, von denen die meisten in der südwestlichen Region Fezzan stattfanden. Bei einem Anschlag in Fezzans Regionalhauptstadt Sebha wurden mehrere Sicherheitsbeamte getötet. Die Gruppe wird wahrscheinlich auch im Jahr 2022 eine Gefahr für Sicherheitseinrichtungen, speziell im Südwesten, bleiben.

Kernaussagen

- Libyens höchst umstrittene Wahlen im Dezember 2021 und im Frühjahr 2022 werden wahrscheinlich zu gewalttätigen Ausschreitungen und potenziell einer militärischen Eskalation führen. Damit besteht das Risiko eines neuerlichen Ausbrechens des Bürgerkrieges.
- Die Instabilität nach den Wahlen im Jahr 2022 könnten ein politisches und sicherheitspolitisches Vakuum erzeugen, das bereits im Land präsenten terroristischen Gruppen in die Hände spielt.
- Die Migrationsströme aus Libyen werden wahrscheinlich auf dem momentanen Niveau bleiben und könnten, sollte es nach den Wahlen zu Unruhen kommen, ansteigen.
- Anhaltende institutionelle Spaltungen, die sich durch eine Instabilität nach den Wahlen noch verschärfen könnten, werden wirtschaftliche Reformbemühungen erschweren.



Afghanistan

Der Fall Kabuls und die Machtverschiebungen in der Region

Zusammenfassung

Am 15. August 2021 haben die Taliban Kabul eingenommen und das „Islamische Emirat Afghanistan“ ausgerufen. Das bis dahin mit westlicher Unterstützung aufgebaute politische System Afghanistans ist kollabiert. Damit sind die seit 2001 andauernden Bemühungen der USA und anderer Akteure gescheitert, Afghanistan dauerhaft zu befrieden und die Gesellschaft gemäß westlichen Ordnungsvorstellungen umzugestalten. Eine Folge ist eine geopolitische Neuordnung der Region.

Autor:
Markus Kaim

Unabsehbare Entwicklung

Mit der Machtergreifung der Taliban sind alle Fixpunkte der internationalen Afghanistan-Politik der letzten 20 Jahre abhandengekommen – normativ, politisch und institutionell. Das Land befindet sich nunmehr in einer Phase des politischen Übergangs mit ungewissem Ausgang. Noch ist fraglich, ob es nicht doch eine Regierung der nationalen Einheit geben wird; noch ist nicht klar, wie islamisch geprägt die gesellschaftliche Ordnung sein wird; noch ist nicht deutlich erkennbar, wie das neue Regime mit den Repräsentantinnen und Repräsentanten der alten Ordnung umzugehen gedenkt.

Internationale Diplomatie

Parallel zum Wandel Afghanistans vollzieht auch die internationale Diplomatie einen Anpassungsprozess an die veränderten politischen Koordinaten – sowohl global als auch regional. Dabei taten sich westliche Regierungen zu Beginn schwer mit der Frage, ob man überhaupt mit der Taliban-Regierung verhandeln solle. Mittlerweile sprechen eine Reihe von ihnen, so z.B. Vertreter der USA und Deutschlands, ganz offen mit dieser über die weitere Evakuierung des lokalen Botschaftspersonals, notwendige humanitäre Hilfe und mögliche Entwicklungszusammenarbeit.

Die Bedeutung des Landes haben auch die beiden Großmächte erkannt, die der Region am nächsten liegen: China und Russland. Beide Länder verhalten sich zurzeit trotz der Häme und der Genugtuung über das US-amerikanische Scheitern in Afghanistan noch abwartend, haben aber bereits bei Besuchen von Delegationen der Taliban in Moskau und Beijing deutlich gemacht, dass sie ihre Interessen gewahrt sehen möchten. Primär sind diese insofern defensiv ausgerichtet, als sie verhindern wollen, dass der islamistische Extremismus nach Russland bzw. China vordringt. In welchem Umfang diese beiden Großmächte sich auch als Ordnungsmächte aktiv gestaltend in Afghanistan engagieren werden, bleibt abzuwarten.

Neue Bedeutung haben währenddessen die unmittelbaren Anrainer Afghanistans gewonnen. Kurzfristig kommt diesen eine zentrale Stellung bei der Evakuierung der verbliebenen Ortskräfte westlicher Botschaften zu, langfristig werden sie vor allem in migrationspolitischer Hinsicht große Aufmerksamkeit verdienen. Denn der weit überwiegende Teil der afghanischen Flüchtlinge, die das Land verlassen haben, wird erst einmal in den Nachbarländern Schutz und Hilfe suchen. Deren Fähigkeiten und Willen, Afghaninnen und Afghanen unterzubringen und zu versorgen wird – neben anderen Faktoren – maßgeblich darüber entscheiden, in welchem Umfang sich diese auf den Weg nach Europa machen.

Gleiches gilt für die Türkei, die gewillt zu sein scheint, sich bei Wiederinbetriebnahme des Flughafens Kabul zu engagieren. Dies ist unabdingbar, wenn dringend benötigte Güter schnell ins Land gelangen sollen. Die türkische Regierung scheint jedoch ihr Engagement darüber hinaus ausdehnen zu wollen. So hat Präsident Erdoğan bereits im Frühjahr 2021 versucht, Istanbul zum Schauplatz von Friedensverhandlungen zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung zu machen. Er könnte Afghanistan weiterhin dazu nutzen, sein außenpolitisches Profil zu schärfen.

Schließlich ist das diplomatische Gewicht Katars erheblich gestiegen, da Doha seit Langem enge Kontakte zu den Taliban unterhält und als Gastgeber der im September 2020 begonnenen innerafghanischen Gespräche fungiert hat. Katar nutzt diese Rolle geschickt, um seine Position als Vermittler zu festigen und auf der Landkarte der regionalen bzw. der internationalen Politik einen festen Platz einzunehmen. Bereits 2013 erlaubte Doha der Miliz mit Unterstützung der US-Regierung, ein Büro in Doha zu eröffnen. Durch diese spezielle Rolle konnte Katar auch seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und zur Europäischen Union intensivieren.

Konsequenzen und Optionen für die EU

Auch die EU dürfte die Kontakte Katars für anstehende Gespräche mit den Taliban nutzen wollen. Obgleich die fünf Leitprinzipien des Europäischen Rates vom September 2021 – sichere Ausreise für alle ausländischen und afghanischen Staatsangehörigen, die das Land verlassen möchten; Achtung der Menschenrechte, insbesondere der uneingeschränkten Wahrnehmung der Rechte von Frauen und Mädchen; Gewährung humanitärer Einsätze in Afghanistan; Verhinderung, dass Afghanistan als Basis für die Aufnahme, die Finanzierung oder den Export von Terrorismus in andere Länder dient; Bildung einer inklusiven und repräsentativen Regierung – für das zukünftige Engagement von der neuen Regierung in Kabul weitgehend ignoriert worden sind, hat eine Reihe von europäischen Regierungen bereits betont, dass es derzeit nicht um die Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der Taliban-Herrschaft gehe, sondern um die Notwendigkeit eines pragmatischen Austausches. Vor diesem Hintergrund wird bereits die Rückkehr europäischer Diplomaten nach Kabul zumindest nicht ausgeschlossen, sofern es politisch möglich ist und die Sicherheitslage dies zulassen sollte.

Dies mag für europäische Regierungen in normativer Hinsicht ein schwieriger Weg sein, aber ein solch an praktischen Fragen orientierter Dialog scheint in kurzfristiger Perspektive der einzige Weg zu sein, um ein Mindestmaß europäischer Gestaltungsmöglichkeiten in Afghanistan zu erhalten. In einer internationalen Ordnung, die in zunehmendem Maße von der Rivalität der Großmächte geprägt ist, kann es sich die EU nicht leisten, das Land und die Region einfach anderen Mächten zu überlassen. Auch wenn eine westliche Politik gegenüber Afghanistan jetzt von Grund auf neu entwickelt und formuliert werden muss, bestehen kaum Zweifel daran, dass das Land auch in Zukunft strategische Bedeutung haben wird.

Vier Themenfelder fallen in dieser Hinsicht unmittelbar ins Auge: Sicherheit, Terrorismus, Migration und Drogenanbau. Erstens hat der Islamische Staat Khorasan (IS-K) seit August 2021 eine Reihe von Terroranschlägen in Afghanistan verübt, die sich teilweise

gezielt gegen Taliban-Vertreter gerichtet haben, und damit deren Herrschaftsanspruch offen herausgefordert. Sollte die neue Regierung dieser Herausforderung nicht Herr werden, droht eine erneute Destabilisierung des Landes. Dies könnte zweitens die Gefahr erhöhen, dass von Afghanistan aus auch wieder Anschläge in westlichen Metropolen geplant und vorbereitet werden. Eine weitere Folge wäre drittens ein weiterer Anstieg des Migrationsdrucks aus Afghanistan auf regionale Anrainer und Europa – im Jahr 2020 befanden sich bereits 2,6 Mio. Afghaninnen und Afghanen auf der Flucht, und die Zahl ist im Jahr 2021 weiter gestiegen. Viertens wäre der militärische Erfolg der Taliban in Afghanistan ohne den Drogenhandel als wichtige Einnahmequelle kaum möglich gewesen. Mit dem Export von Opium haben die neuen Machthaber Millionen Dollar verdient. Abzuwarten bleibt, ob sich an dieser Praxis etwas ändern wird.

Kernaussagen

- Die Machtergreifung der Taliban hat erhebliche geopolitische Folgen für die internationale Politik.
- Alle relevanten Akteure sind jetzt gezwungen, ihre Beziehungen zu Kabul angesichts der veränderten Rahmenbedingungen neu zu justieren.
- Die EU-Mitglieder sollten ihren Kurs der pragmatischen Kooperation fortsetzen.
- Unklar erscheint zurzeit, welche Bedeutung sie dem Land bzw. der Region langfristig beimessen werden.



Entwicklungen im Nahen Osten und in Nordafrika

Autor:
Stephan Reiner

Zusammenfassung

Das Jahr 2022 wird für die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas (MENA) mit einer punktuellen und auch räumlich begrenzten vorsichtigen Konsolidierung einhergehen. Konflikte werden sich von klassisch militärischen Konflikten hin zu Konflikten entlang der konfessionellen, aber auch realpolitischen Bruchlinien transformieren. Hierbei werden Staaten verschiedene Mittel einsetzen, darunter die „Manövertaktik“, die „Allianzenbildung“ und die „wirtschaftliche Konfliktaustragung“.

Strategische Implikationen

Das Jahr 2022 wird für die MENA-Region mit einer punktuellen und räumlich begrenzten, vorsichtigen, jedoch überwiegend nur vermeintlichen Konsolidierung einhergehen. Diese Art der Konsolidierung wird aber weniger dem Umstand geschuldet sein, dass es zu einem Rückgang an bewaffneten Konflikten kommen wird – sei es aufgrund eines allgemeinen Ermüdungszustandes oder gesteigerter Interventionen durch die Internationale Gemeinschaft (IG). Die IG wird vielmehr die Transformation mancher Konflikte erwarten können. Diese werden von klassisch militärischen Konflikten verstärkt zu Konflikten entlang der konfessionellen, aber auch realpolitischen Bruchlinien transformiert und mit staatlich eingesetzten Mitteln ausgetragen werden – der „Manövertaktik“, der „Allianzenbildung“ und der „wirtschaftlichen“ also einer Art „sozioökonomisch fokussierten“ Konfliktaustragung. Die Konsolidierung wird auch weniger gesamtstaatlich als vielmehr in staatlichen Teilbereichen, also ausschließlich in abgegrenzten Räumen stattfinden.

Ein Beispiel für diese Entwicklungen stellt heute bereits der Libanon dar, ein Staat nahe der Zahlungsunfähigkeit und in anhaltendem Kriegszustand mit dem Staat Israel. Der Libanon dient unter anderem als Schauplatz des politischen und konfessionellen Ringens um regionale Einflussnahme zwischen überwiegend sunnitischen und schiitischen Akteuren. Darüber hinaus erschweren Partikularinteressen der einzelnen politischen Fraktionen in Kombination mit Korruption und Nepotismus die Umsetzung von Reformen. Die Bevölkerung reagiert darauf mit einer Hinwendung zu außerstaatlichen und teilweise kriminellen Strukturen, was ganz allgemein die Umsetzung von stabilisierenden politischen Reformen erschwert. Die libanesischen Konfliktcharakteristika lässt sich stellvertretend für eine Vielzahl von Konflikten in der MENA-Region heranziehen.

Diese Art der „Kriegsführung“ wird in der Region kurz- bis mittelfristig dominant werden. Dabei werden Akteure in der Region von Regional- und Globalmächten weiterhin finanziert, ideologisiert und mit Waffen und Ausrüstung versorgt. Weiters werden Söldnerinnen und Söldner

aber auch Aktivistinnen und Aktivisten sowie andere Gruppierungen rekrutiert und mobilisiert. Dies alles dient dazu, die Einflussnahme von Regional- und Globalmächten zu sichern.

Europas Dekarbonisierung

Die zunehmende Abschottungspolitik der EU-Mittelmeeranrainerstaaten und der politische Wille nach Dekarbonisierung der Wirtschaft des Euroraumes lässt insbesondere die nordafrikanischen Eliten nach neuen Allianzen suchen. Dies führt zu einer zunehmenden Hinwendung zum ostasiatischen Raum. Eine einheitliche europäische Linie im Umgang mit diesen Entwicklungen ist auch für 2022 nicht zu erwarten. Die europäische Dekarbonisierung führt in den Golfstaaten, anders als in Nordafrika, teilweise zu einem Anheben der Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen. Die Vereinigten Arabischen Emirate fokussieren etwa mit ihrer Wasserstoffindustrie auf Europa, die übrigen Staaten des Golfkooperationsraumes werden jedoch analog zu den Staaten Nordafrikas ihre Allianzen mit der Volksrepublik China vertiefen.

Zivilgesellschaft und Zukunftsperspektiven

Der zivilgesellschaftliche Wille nach Emanzipation von den traditionell repressiv agierenden und zumeist sunnitisch dominierten Herrschaftssystemen in der Region ist teilweise noch vorhanden, weicht in weiten Teilen jedoch einer breiten Resignation. Dies führt im Wahlverhalten zu einer teilweisen Abkehr von islamistischen Parteien, deren Problemlösungskompetenz durch vor allem jugendliche Wählerinnen und Wähler zunehmend infrage gestellt wird. Die Geduld der Jugend Nordafrikas wird weiterhin auf die Probe gestellt. Die vergleichsweise junge Bevölkerung der Region ist mit verschiedenen Problemen konfrontiert, etwa im Bildungs- und Arbeitsbereich. Hinzu kommen latente Arbeitsmarktkonkurrenz durch Migration und eine überwiegend auf Petrochemie-Export und Tourismus ausgelegte, zu wenig diversifizierte Wirtschaft. Diese ist von Klientelismus und von

Vetternwirtschaft geprägt. Diese frustrierte Jugend erwartet auch kurz- bis mittelfristig kein adäquates wirtschaftliches Arbeits- und Lebensumfeld.

Internationale Beziehungen

Alle Staaten der MENA-Region werden auch 2022 vom Ringen der USA, Russlands und Chinas um deren jeweilige Vormachtstellung in der Region geprägt sein. Hierbei zeigt die Regierung von US-Präsident Biden zwar den Willen, sich strategisch aus der Region zu nehmen, dies ist jedoch eine Zielsetzung, die aus realpolitischer Sicht auch 2022 unrealistisch bleiben wird. Die Alternative dazu würde die Zunahme an russischen und chinesischen Aktivitäten auf globaler Ebene und die Zunahme türkischer Initiativen in der MENA-Region darstellen.

Kernaussagen

- Bewaffnete Konflikte im Nahen Osten und in Nordafrika transformieren sich von klassisch militärischen Konflikten in Richtung „Manövertaktik“ mit „Allianzenbildung“ und einer Art der „wirtschaftlichen Konfliktaustragung“.
- Die Dekarbonisierungsstrategie der EU führt zu einer überwiegenden Hinwendung der MENA-Region in den ostasiatischen Wirtschaftsraum.
- Die strategische Rivalität der USA, Russlands und der Volksrepublik China bleibt aufrecht.
- Für Europa und damit auch für Österreich bedeuten die krisenhaften Entwicklungen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft auch weiterhin den Zwang zur politischen Reaktion. Das Migrationsaufkommen wird anhaltend hoch bleiben.



Bild: KeyFame/Shutterstock.com

Regionale Konflikte im europäischen Umfeld – Herausforderung für die Kohäsion der EU

Autor:
Günther Barnet

Zusammenfassung

Die Einzelbeiträge in diesem Sammelband über ausgewählte Konflikte im Umfeld der EU zeigen ein ähnliches Bild wie bereits im Jahr 2021. Die Gemeinschaft der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist massiv herausgefordert und damit überfordert, konsequent zu antworten. In Fragen der Konfliktbewältigung befindet sich die Union in einem Spannungsfeld zwischen idealistischen Vorstellungen und realistischer Handhabung und wird durch divergierende Interessenslagen innereuropäischer Staatengruppen in Bezug auf Regionalkonflikte geschwächt. Globale und regionale Mächte nutzen dies bewusst für ihre teils widerstreitenden Interessen aus, auch wenn deren Hand-

lungsfähigkeit ökonomisch noch unterhalb des europäischen Potenzials liegt. Selbst wenn einzelne Konfliktlagen 2022 eine gewisse Entspannung erfahren könnten, werden andere eskalieren oder sich verschärfen und die Gesamtstabilität in und um Europa weiter nachhaltig verschlechtern.

Analyse

Im Jahr 2021 sind dem Risikobild des Bundesministeriums für Landesverteidigung entsprechend neue bewaffnete Konflikte um Europa ausgebrochen, etwa in Äthiopien. Andere wurden kurzfristig angeheizt und weisen mittelfristig ein hohes Risiko zur Gewalteskalation und Regionalisierung auf, wie zum Beispiel der Konflikt in Afghanistan. Der Rückzug der USA und deren allgemein geringer werdende Bereitschaft zur militärischen Einflussnahme größeren und anhaltenden Ausmaßes abseits der sogenannten „Great Power Competition“ in einigen Regionen der europäischen Peripherie ist ein allgemeiner Trend. Dieser hat die EU nicht unvermutet, aber unvorbereitet getroffen.

Die Union hinkt den Entwicklungen hinterher und ist generell nicht in der Lage, die Konflikte in ihrem Umfeld effektiv und schon gar nicht militärisch zu adressieren. Sowohl das internationale, aber vor allem auch das europäische Krisen- und Konfliktmanagement scheinen anhand dieser Beispiele symptomatisch nicht zur transformatorischen Konfliktbewältigung in der Lage. Im besten Fall gelingt es, den Konflikt geografisch und in seiner Intensität einzudämmen; Im schlechteren Fall werden bewaffnete Konflikte in ihren Auswirkungen für Europa bloß zeitlich verzögert, ohne die gewonnene Zeitspanne für effektive Maßnahmen zu nutzen. Die Konsequenzen für die Menschen vor Ort treten immer weiter in den Hintergrund und dienen in den seltensten Fällen als Motiv für (humanitäre) Interventionen.

Die Verschärfung der globalen sozioökonomischen Ungleichheiten schreitet in den Regionen um Europa voran und wird neben anderen Trends auch 2022 Konflikte maßgeblich beeinflussen. Durch Maß-

nahmen im Zuge der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie, die vor allem den Einbruch von Tourismus und spezifischen Lieferketten nach sich gezogen haben, wird dies katalytisch verstärkt und treibt viele der Volkswirtschaften in den Krisenregionen in die Abwärtsspirale. Kennzeichnend dafür sind massive inflationäre Effekte mit exorbitanten Preissteigerungen vor allem bei Gütern des täglichen Bedarfs, die vielerorts zu politischen Gewaltausbrüchen unterschiedlichen Niveaus führen werden. Dies ist auch von Auseinandersetzungen um die generelle Verteilung von insbesondere Grund, Wasser und Energie geprägt und führt sowohl lokal als auch darüber hinaus zu bewaffneten Konflikten mit überregionalem Eskalationspotential.

Einerseits werden im Jahr 2022 hohe Energiepreise autoritäre Regierungen in ihren budgetären Möglichkeiten stärken. Zugleich werden diese bei gleichbleibend ungerechter Distribution der erzielten Einnahmen die Massen auf die Straße treiben. Beispielsweise in Libyen, wo der politische Ausgleich durch Wahlen immer unwahrscheinlicher wird, könnte dies zu vermehrten Auseinandersetzungen der vielfältigen Konfliktparteien um die Kontrolle der Erdöllagerstätten führen. Zugleich gehen in anderen, noch nicht erschlossenen Rohstoffförderregionen die europäischen Investitionsentscheidungen aufgrund verschiedenster Faktoren zurück. Sowohl der unmittelbare Abbau als auch die periphere Infrastruktur werden in zunehmendem Maße von kapitalstarken außereuropäischen Akteuren bestimmt. Dies prägt auch den ökonomischen und politischen Gestaltungsraum der Länder im Krisenbogen.

Fragile Staaten sind mit derartigen Entwicklungen tendenziell überfordert und reagieren autoritär. Dabei versagt zumeist die Abstützung auf ihren Sicherheitsapparat zur politischen Konfliktbewältigung. Die Hinzuziehung von staatlichen, parastaatlichen und „söldnerartigen“ Kräften sowie deren technologischer Wirkmittel von außerhalb schafft oft kurzfristig Veränderungen zugunsten der Regime, verschärft aber zumeist die Gemengelage dauerhaft und schafft neue Konfliktlinien mit überregionaler bzw. globaler Bedeutung. Diese Effekte werden im Jahr 2022 vermehrt zu beobachten sein.

Konsequenzen für Europa und Österreich

Der Anspruch zur globalen oder zumindest regionalen „Befriedung“ durch Konflikttransformation, Demokratisierung und Stärkung der Menschenrechte, wie er sich aus der geltenden Globalstrategie der EU aus 2016 ergeben würde, scheint für längere Zeit unrealistisch. Der erreichbare Maximalzustand ist 2022 und darüber hinaus die begrenzte Stabilisierung des Umfeldes und einzelner Konflikte, oft unter Inkaufnahme von „politischen Deals“ mit autoritären Regimen oder der faktischen Abwesenheit der Union und vieler ihrer Mitgliedsstaaten, wie etwa in Syrien.

Dabei treten auch völlig widersprüchliche Herangehensweisen zutage, wenn einige derartige Regime dennoch unterstützt werden, solange sie genügend Stabilität zeigen und damit als nützlich erscheinen – etwa bei der Eindämmung von Migrationsströmen nach Europa. Andere Regime werden mit dem Argument der mangelnden rechtsstaatlichen oder demokratischen Legitimierung mit Sanktionen belegt, was wiederum anderen Staaten Gestaltungsspielraum überlässt. Europa nimmt hieraus resultierende Nachteile In Kauf. Die jeweilige Interessenslage einzelner Gruppen von Mitgliedsstaaten ist vermehrt bestimmend für die Haltung der EU in den unterschiedlichen Konflikträumen. Oftmals ergeben sich daraus lediglich symbolische Maßnahmen geringer Wirkung, sofern sich kein Kompromiss innerhalb der Gemeinschaft für große und anspruchsvolle Lösungen erzielen lässt.

Die sogenannte „Energiewende“ wird Europas Position bezüglich der Herangehensweise an regionale Konflikte von Westafrika bis Osteuropa als widersprüchlich und widerstreitend bestimmen. Das Verhältnis insbesondere zum Gaslieferanten Russland wird auch davon bestimmt sein und die Konfliktlagen in Osteuropa und dem Schwarzmeer-Kaukasus-Raum mitbeeinflussen aber auch potenziell die Kohäsion der EU gefährden. Für Europa wird die voranschreitende Bindung von militärischen Kräften im Osten als „Gegendispositiv“ besonders negativ sein, da diese in anderen Regionen fehlen werden. Dies betrifft etwa den Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika (MENA) sowie Subsahara-Afrika.

Herausforderungen in den genannten Regionen werden tendenziell vielfältiger und mittelfristig als unüberwindbar erscheinen. Es ist zu erwarten, dass Regime in diesen Regionen mittels hybrider außenpolitischer Aggression die Festigung ihres Machtanspruches vorantreiben und auf begrenzte Gewaltprojektion setzen werden, wo immer sie sich davon einen Vorteil erhoffen. Dies, obwohl ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eigentlich die innere Konsolidierung erfordern würde. Hinzu kommt, dass die politisch-ökonomische Integration des Westbalkans in die EU trotz gegenläufiger Bekenntnisse vielfach unrealistisch bleibt. Die politischen Spannungen vor Ort und die vermehrte Destabilisierung von außen werden ebenso und allenfalls vermehrt militärische Kräfte binden, ohne damit die gewünschten Effekte zu erzielen.

Kernaussagen

- Die geringer werdende Bereitschaft der USA zur militärischen Einflussnahme größeren und anhaltenden Ausmaßes in den Regionen der europäischen Peripherie ist ein allgemeiner Trend, der die EU unvorbereitet getroffen hat.
- Die Verschärfung der globalen sozio-ökonomischen Ungleichheiten schreitet in den Regionen um Europa voran und wird die Konflikte auch im Jahr 2022 bestimmen.
- Auseinandersetzungen um die Verteilung von Ressourcen führen sowohl lokal als auch überregional zu Konflikten mit hohem Eskalationspotenzial. Fragile Staaten reagieren auf solche krisenhaften Entwicklungen zunehmend autoritär und unter Hinzuziehung von staatlichen, para-staatlichen und „söldnerartigen“ Kräften.
- Der erreichbare Maximalzustand 2022 und darüber hinaus ist die begrenzte Stabilisierung des europäischen Umfeldes und einzelner Konflikte.
- Die inkohärente Interessenlage einzelner Gruppen von EU-Mitgliedsstaaten ist vermehrt bestimmend für die Haltung der EU in den unterschiedlichen Konflikträumen.

- Die voranschreitende zusätzliche Stationierung von Kräften als „Gegendispositiv“ im Osten bindet militärische Kräfte zu Lasten anderer regionaler Herausforderungen und wirkt sich negativ auf die europäische Projektionsfähigkeit zur unmittelbaren Krisenbewältigung aus.

05



Herausforderungen für Österreichs Sicherheit



Bild: DeymosHR/Shutterstock.com

Hybride Konflikte – Mit unsichtbaren Mitteln

Autor:
Camillo Nemec

Zusammenfassung

Das zukünftige Konfliktbild hybrider Auseinandersetzungen stellt sich äußerst divers und komplex dar. Im Cyber- und Informationsraum sowie im Weltraum wird unter Einsatz modernster Technologien gearbeitet. Diese teils auch gewaltlosen Tätigkeiten erfolgen zumeist unterhalb der sicherheitspolitischen, öffentlichen oder rechtlichen Wahrnehmungsgrenze. Dies ermöglicht es Aggressoren, fehlende Attribuierungsmöglichkeiten und Regularien auszunutzen.

Brandbeschleuniger

Durch die dynamisch fortschreitende technologische Entwicklung und weiterer Globalisierungseffekte hat sich eine noch nie dagewesene Volatilität und Verletzlichkeit in unserer Gesellschaft etabliert. Die rasante Weiterentwicklung, auch bedingt durch die COVID-19-Pandemie und zunehmende Verfügbarkeit bzw. Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie trägt ihren Teil dazu bei. In diesem Zusammenhang sei lediglich auf die zunehmende Intensität der Nutzung Sozialer Medien verwiesen. Die Digitalisierung durchdringt immer mehr die einzelnen Lebensbereiche und sorgt somit für eine verstärkte Vernetzung.

The New Art of War

Diffus und unterschwellig, unter vornehmlicher Nutzung von nicht gewaltsamen und nicht klassischen militärischen Mitteln, wird die Hybridität in der Bedrohung zur neuen Normalität. Dabei kommt ein nahezu unerschöpfliches Aktivitätsspektrum zum Einsatz. Dieses umfasst neben der Steuerung und Manipulation von Informationen in Sozialen Medien und Enthüllungsplattformen mit schwer definierbarem Wahrheitsgehalt auch „Influencing“, die Schaffung von „Fake Communities“, die Nutzung der globalen Wirkung des Internets sowie Desinformationskampagnen. Der Fokus liegt dabei auf der Beeinflussung der öffentlichen Meinung, die sich in weiterer Folge auch auf Wahlergebnisse auswirken kann, auf der Uminterpretation von Fakten und der Destabilisierung politischer Entscheidungsträgerinnen und -träger. Dadurch sollen falsche Entschlüsse oder bestimmte Reaktionen provoziert werden. Für all diese Aktivitäten muss kein einziger Soldat eine geografische Grenze überschreiten.

All dies führt zu einem globalen Wettstreit politischer Systeme und nebulöser Akteure, der vorwiegend mittels strategischer Kommunikation ausgetragen wird und in dem es um die Gewinnung der Deutungshoheit mit Narrativen zur Beherrschung des politischen Diskurses geht. In dieser Situation existieren so gut wie keine Tabus

mehr. Die neuesten Waffen des hybriden Repertoires umfassen die Instrumentalisierung von Migrantinnen und Migranten, Finanzierung von Terrorismus, Cyberattacken, politische und wirtschaftliche Druckmittel wie beispielsweise im Energie- und Rohstoffsektor, sowie Drogenschmuggel. Weiters zeigen sich in Bezug auf die Pandemiebekämpfung und damit verbunden die Impfstoffdiplomatie, die Ausnutzung der Folgen des Klimawandels, „Lawfare“ sowie die immer öfter auftretende Eigeninterpretation der internationalen Rechtslage ebenfalls hybride Tendenzen. Diese Elemente unterliegen dadurch einem ständigen Wandel.

Hybride Kriegsführung ist die Kunst, seine Interessen oder Besitzansprüche unterschwellig, aber nachhaltig mit nahezu perfekter Orchestrierung auf mehreren Ebenen mittels verschiedenster Aktivitäten zu transportieren und durchzusetzen. „The New Art of War“ kann am besten mit dem aus dem internationalen Diskurs bekannten Ausdruck *„to win the war before the war“* beschrieben werden. Es ist davon auszugehen, dass hybride Bedrohungen, vor allem jene unterhalb der Wahrnehmungsschwelle, zukünftig an Qualität und Quantität zunehmen werden. Folglich werden die bestehenden Schwachstellen unserer Gesellschaft weiter vertieft werden.

Man sollte aber nicht dem Trugschluss unterliegen, dass der Einsatz konventioneller militärischer Mittel dadurch per se obsolet wäre. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass mittels eines perfekt aufeinander abgestimmten Einsatzes von hybriden und konventionellen Taktiken blitzartig territoriale Zugewinne erzielt oder schwer auflösbare militärische Konflikte initiiert werden können.

Wandlungsfähigkeit

Diese hybride Konfliktaustragung stellt Diplomatie, Sicherheitspolitik, Militär, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, aber vor allem die Demokratie und unsere regelbasierte Wertegesellschaft vor neue Herausforderungen. Das liegt an den vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten, die nicht dem eurozentristischen Denkansatz unterliegen.

Auf diese Art der Konfliktaustragung sind sowohl das staatliche als auch das internationale Krisen- und Konfliktmanagement, deren Strukturen, Bearbeitungs- und Entscheidungsfindungsprozesse bzw. deren gesetzliche Grundlagen nicht ausreichend vorbereitet. Es bedarf daher substanzieller Adaptierungen. Infolge der Verschmelzung von innerer und äußerer Sicherheit sowie ziviler und militärischer Aufgabenfelder hat der Bedarf an querschnittsübergreifender Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene ein noch nie dagewesenes Niveau erreicht.

Ein Denken in starren Zuständigkeiten ist obsolet, ein ganzheitlicher Ansatz unter Berücksichtigung nicht-konventioneller Szenarien ist erforderlich. Hybride Angriffe müssen einem holistischen Analyse- und Beurteilungsprozess unterzogen und rasche politische Entscheidungen bzw. konkrete sichtbare Maßnahmen zur Abschreckung herbeigeführt werden. Ein wesentlicher Faktor ist hierbei die Stärkung der gesamtstaatlichen und internationalen Resilienz, basierend auf einer komplementären Zusammenarbeit, eines offenen Informationsaustausches und verstärkter Kooperationen.

Langfristige strategische Herausforderung

Die EU hat die Bekämpfung hybrider Bedrohungen prominent auf der politischen Agenda und umfassend im Bearbeitungsprozess zum strategischen Kompass adressiert bzw. Strukturen und Instrumentarien zur Abschreckung hybrider Bedrohungen entwickelt, die vorwiegend militärische und nichtmilitärische Bearbeitungsprozesse zusammenführen sollen. Resilienz, Abschreckung, Aufklärung, verstärkter und offener Informationsaustausch, strategische Kommunikation, Einbindung der Thematik „Hybrid“ in den gesamten Planungs-, Übungs- und Einsatzyklus bzw. schnellere politische Entscheidungen und maßgeschneiderte Reaktionen sind hierbei wesentliche Zielsetzungen.

In Österreich ist eine zunehmende politische Sensibilität zur Begegnung hybrider Bedrohungen in Form der Intensivierung und Erfassung von Querschnittsmaterien in gesamtstaatlichen Arbeitsgruppen

unter anderem in den Bereichen Cyber, Schutz kritischer Infrastrukturen, Künstliche Intelligenz, Blackout oder in Form der Durchführung gesamtstaatlicher Übungen und Planspielen zu erkennen.

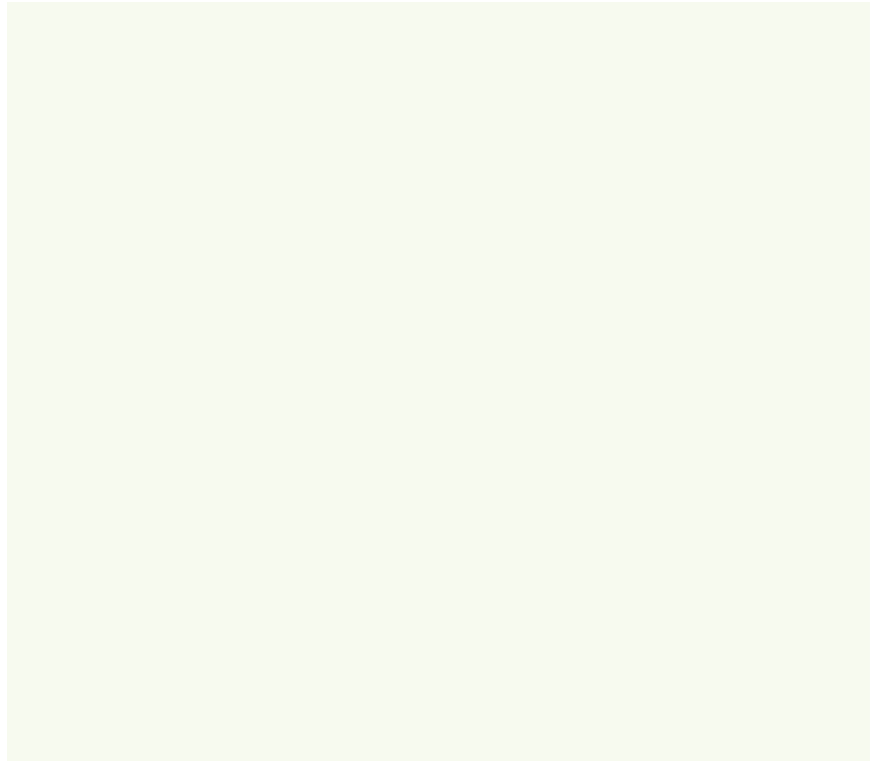




Bild: Liu zishan/Shutterstock.com

Emergente und Disruptive Technologien als Machtfaktor

Zusammenfassung

Emergente und Disruptive Technologien (EDT) werden zunehmend als geopolitisches Machtinstrument eingesetzt. Die rasanten Fortschritte im Bereich der Künstlichen Intelligenz, Bio- und Nanotechnologie sowie Neurowissenschaften führen für Staaten und Gesellschaften zu immensen ordnungspolitischen und ethischen Herausforderungen. Die fortgesetzte Technisierung des Menschen eröffnet neue Angriffsvektoren in hybriden Konflikten, denen nur durch ein gemeinsames, entschlossenes europäisches Auftreten begegnet werden kann. Die EU sollte ihre strategische Autonomie gerade angesichts des Technologiewettstreits zwischen den USA und China mit Nachdruck verfolgen.

Autor:
Daniel Wurm

Ausgangslage

EDT stehen im Fokus zahlreicher europäischer und internationaler Foren. Dabei werden neben den unbestrittenen Fortschritten und positiven Entwicklungen, etwa im medizinischen Bereich, auch immer mehr deren sicherheits- und verteidigungspolitische Konsequenzen thematisiert. Technologie wird so noch stärker zu einem geopolitischen Machtinstrument, das gezielt benutzt und sicherheitspolitisch aufgeladen wird.

Die NATO versucht mit ihren EDT-Strategien diesen Herausforderungen gerecht zu werden und durch gezielte Investitionen ihre Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen sowie ihre technologische Überlegenheit zu bewahren. Dazu wird 2022 ein multinational finanzierter Fonds in Höhe von einer Milliarde Euro eingerichtet.

Technologische Überlegenheit war lange Zeit ein maßgeblicher Faktor für den wirtschaftlichen und militärischen Erfolg der USA. Diese Vorherrschaft gerät jedoch vor allem durch China zunehmend unter Druck. Gerade der Dual-Use-Charakter zahlreicher emergenter Technologien, also deren Anwendungsmöglichkeit sowohl für zivile als auch militärische Zwecke wie Künstliche Intelligenz (KI) oder Biotechnologie befördert die Proliferation exklusiver Militärtechnologien und -güter, womit auch ein Machttransfer an nichtstaatliche Akteure einhergeht. Damit wird das staatliche Gewaltmonopol weiter herausgefordert, und es kommt zu einer Ausweitung der Konfliktzone in „zivile Domänen“, wie beispielsweise der Wirtschaft, dem Finanzsektor, dem Rechtsbereich oder auch dem gesellschaftlichen Zusammenleben bis hin zur Beeinflussung des Individuums.

Welche Entwicklungen sehen wir und was erwartet uns?

Künstliche Intelligenz gewinnt im militärischen Bereich an Bedeutung. So haben die USA eine prominent besetzte und wirkmächtige Nationale Kommission zu KI (NSCAI) eingesetzt. Diese will mit umfang-

reichen Empfehlungen, etwa einer Neuregelung der Exportkontrolle von Dual-Use-Gütern die US-Technologieüberlegenheit sicherstellen. Die meist einseitig durchgesetzten Exportbeschränkungen von Überwachungstechnologien (unter anderem mit KI-gestützter Gesichtserkennungssoftware) drängen Europa in Abhängigkeitsverhältnisse, aus denen man sich eigentlich durch eine zunehmende Förderung der eigenen strategischen Autonomie befreien wollte.

In einem weiteren strategischen Schlüsselfeld, der Biotechnologie, werden aktuell beeindruckende Fortschritte erzielt. So gelang es kürzlich mithilfe von KI, einen replikationsfähigen Bioroboter aus organischen Zellen herzustellen. Dieser soll aufgrund seiner Beschaffenheit und Größe in Zukunft für den Einsatz im Menschen geeignet sein, um medizinisch induzierte Dysfunktionen zu kompensieren.

Die Fähigkeit, mittels der Genschere CRISPR/Cas9¹ DNA zu editieren sowie Fortschritte in der Nanotechnologie und den Neurowissenschaften können als strategische „Wegbereiter“ für die weitere Technisierung des Menschen verstanden werden. Diese wecken hohe Erwartungen im militärischen Bereich und reichen von der verbesserten Akutversorgung verwundeter Soldaten am Gefechtsfeld bis hin zum Schutz vor dem intentionalen DNA-verändernden Einsatz der Genom-Editierung.

In den Neurowissenschaften wird weiter an Mensch-Gehirn-Schnittstellen geforscht, die mittlerweile über einen direkten therapeutischen Nutzen hinaus auf die Verbesserung der körperlichen und kognitiven Eigenschaften abzielen. Durch Gedankendekodierung mit Hilfe von KI ist es bereits möglich, Hirnaktivitäten in Text zu übersetzen und Geräte zu steuern. Auch wenn sich dies derzeit noch auf relativ einfachem Niveau bewegt, forschen nahezu alle relevanten Militärs und Tech-Konzerne intensiv daran, um eine neue Qualität in der Mensch-Maschine-Kooperation zu erreichen.

1 Eine Technik zur Genmanipulation.

Diese Entwicklungen befördern und beschleunigen das Zusammenwachsen von Mensch und Technik und schlagen die Brücke hin zur digital-virtuellen Welt. Dafür wird mittlerweile der Begriff „Metaversum“, der auf eine Realisierung des „Internet-of-Everything“ hinausläuft, verwendet. Damit werden die Anforderungen an die (Cyber- und Neuro-)Sicherheit dieser hochkritischen Systeme weiter steigen. Darüber hinaus berührt dies unmittelbar das Selbstverständnis und die Autonomie des Menschen und damit das Konzept der Subjektivität.

Konsequenzen für die EU und Österreich

Die „Bewaffnung“ zahlreicher ziviler Domänen kumuliert die Effekte des hohen Vernetzungs- und Abhängigkeitsgrades in nahezu allen Politikbereichen. Die EU stellt sich mit Instrumenten wie der Strategischen Vorausschau, großen Forschungsprogrammen, dem Europäischen Verteidigungsfonds und der Kooperation mit der NATO konzeptionell richtig auf. Entscheidend ist aber der gemeinsame politische Wille, sich international neben der Normensetzung auch durch Förderung der Innovationen zu positionieren und die im Strategischen Kompass formulierten Ambitionen tatsächlich zu realisieren. Für Österreich gäbe es hier gute Gelegenheiten, insbesondere durch die Unterstützung nationaler Forschungskonsortien in EU-Projekten, die vorhandenen Exzellenzbereiche (etwa in Quantentechnologie und Neurowissenschaften) international weiter auszubauen.

Dabei sind Investitionen in europäische Schlüsseltechnologiebereiche dringend erforderlich. Die französische Initiative „Scale-up Europe“ zur Verbesserung des Investitionsumfelds für Start-ups könnte bei glaubhafter Umsetzung den Abstand zu Asien (33 Mrd. US-Dollar 2020) und den USA (100 Mrd. US-Dollar) verringern. Als positives Beispiel können die Kooperationen im Halbleiterbereich dienen, in denen in den nächsten zwei Jahren bis zu 145 Mrd. Euro in die Wertschöpfungskette investiert werden sollen.

Die sukzessive Verschränkung der Wissenschaftsdisziplinen sowie Transzendierung der zivil-militärischen Domänen birgt das Risiko einer missbräuchlichen politischen Instrumentalisierung, Individualisierung von (Bio-)Waffen sowie Senkung der Schwelle des gewaltvollen Einsatzes in hybriden Konflikten. Darüber hinaus werden ethische und rechtliche Fragen nach der Notwendigkeit der Einhegung dieser Entwicklungen aufgeworfen. Dies darf jedoch nicht zu einseitigen europäischen Selbstbeschränkungen führen, die sich mittelfristig im geopolitischen Ringen als strategischer Bumerang erweisen könnten.

Disruptive Technologien werden sich rasch auf den Charakter von Konflikten auswirken und sind daher gesamtheitlich zu betrachten und auch im Bundesheer verstärkt durch Forschung und Entwicklung sowie einem ambitionierten Fähigkeitsaufbau in Kooperation mit den EU-Partnern abzubilden.

Kernaussagen

- Die raschen Fortschritte in den Schlüsselfeldern Künstliche Intelligenz, Bio- und Nanotechnologie sowie Neurowissenschaften eröffnen neue Angriffsvektoren in hybriden Konflikten.
- Die EU ist mit ihrem Instrumentarium konzeptionell und strukturell richtig aufgestellt – es fehlt (noch) der gemeinsame politische Wille zur strategischen Autonomie.
- Österreich sollte sich verstärkt in Forschungsprojekten der EU einbringen und damit die eigenen Exzellenzbereiche international ausbauen und festigen.
- Im Bundesheer wären EDT stärker bei der Fähigkeitsentwicklung zu berücksichtigen und durch Kooperationen zu fördern.



Bild: Prazis Images/Shutterstock.com

Terrorismus und Radikalisierung in Europa

Autorin:
Daniela Pisoiu

Zusammenfassung

Alle ideologischen Spektren in Europa wurden durch die COVID-19-Pandemie nachhaltig beeinflusst, wobei die extreme Rechte zweifellos Gewinnerin der Pandemie ist. Eine neue Entwicklung im Radikalisierungsbereich ist der rasche Übergang zur Gewaltanwendung von Personen, die bislang noch nicht derart stark radikalisiert waren. Während rechtsmotivierte Gewalt zunimmt, bleiben jihadistische Anschläge in Europa auf niedrigem Niveau. Die Bedrohungslage durch den globalen jihadistischen Terrorismus könnte sich in Zukunft allerdings zuspitzen.

Verstärkte Radikalisierung in Europa

Die COVID-19-Pandemie hat die Radikalisierung in allen ideologischen Spektren in Europa nachhaltig beeinflusst, jedoch auf unterschiedliche Weise. Gewinnerin der Pandemie ist zweifelsohne die extreme Rechte, die aus verschiedenen Verschwörungstheorien Kapital schlagen konnte, indem sie diese in ihre Propaganda integriert und damit einen viel größeren Kreis von Sympathisantinnen und Sympathisanten angesprochen hat. Die Pandemie und insbesondere Verschwörungstheorien haben dazu geführt, dass verschiedene Szenen ohne oder mit nur wenig Bezug zum Extremismus Akteurinnen und Akteure im Bereich der Radikalisierung hervorgebracht haben. Dies betrifft etwa Esoterikerinnen und Esoteriker verschiedener Art sowie Umwelt- und Tierschutzgruppen.

Eine besorgniserregende Entwicklung im rechtsextremen bzw. im sogenannten Querdenker-Spektrum ist der rasche Übergang zur Gewaltanwendung von Personen, die in ihrem Radikalisierungsprozess als bislang nicht so weit fortgeschritten eingestuft wurden. Ein Beispiel hierfür ist ein Vorfall im deutschen Idar-Oberstein, bei dem ein Mann einen Angestellten einer Tankstelle vorsätzlich erschossen hat. Nach einer ersten Aufforderung, eine Schutzmaske aufzusetzen, verließ der mutmaßliche Täter zwar die Tankstelle, um eine solche zu holen, setzte sie in der Tankstelle jedoch wieder ab. Als der Angestellte ihn erneut aufforderte, die Schutzmaske aufzusetzen, soll der mutmaßliche Täter diesen mit einem Kopfschuss getötet haben. Die Tat wurde auf Online-Kanälen der Querdenker- und rechtsextremen Bewegung gefeiert. Diese Art der raschen Radikalisierung von einzelnen Akteurinnen und Akteuren ist besonders schwer identifizierbar und noch schwerer zu verhindern. Auf breiterer Ebene wird sowohl eine Zunahme des Gewaltpotenzials im Rahmen von Massenprotesten als auch eine gesteigerte Konfrontation zwischen rechtsextremen und linksextremen Akteurinnen und Akteuren beobachtet.

Die jihadistische Radikalisierung geht trotz des Niedergangs von Daesh weiter, allerdings in einem vergleichsweise geringen Ausmaß. Zudem hat sie sich zunehmend auf Online-Medien verlagert. Jihadis-

tische Akteure profitieren von einer wachsenden salafistischen Subkultur, die nicht unbedingt mit den von Jihadisten gewählten Mitteln einverstanden ist, aber durchaus einige Grundideen im politischen und privaten Bereich teilt.

Jihadismus und Rechtsextremismus

Der Trend zu jihadistischen Angriffen auf niedrigem Niveau hält an. Bis zum Redaktionsschluss dieses Sammelbandes kam es in Europa zu neun jihadistischen Anschlägen, alle unter Einsatz kleiner und einfacher Waffen und einer glücklicherweise relativ geringen Opferzahl. Diese Entwicklung entspricht der Propaganda von Daesh, Sympathisantinnen und Sympathisanten mit keiner oder nur einer losen Zugehörigkeit zur Organisation dazu anzustiften, wahllos und mit Alltagsgegenständen Zivilistinnen und Zivilisten anzugreifen. Dieser Trend wird sich wahrscheinlich fortsetzen, insbesondere angesichts der Existenz einer breiter werdenden salafistischen Online-Jihad-Subkultur.

Die Anzahl rechtsextremer Terroranschläge ist nach wie vor geringer als jene der jihadistischen Angriffe, rechtsmotivierte Gewalt bzw. Kriminalität nehmen jedoch europaweit zu. Ein wichtiger Aspekt hierbei ist die Tatsache, dass rechtsextreme Akteurinnen und Akteure von einem Überangebot an Humanressourcen und Waffenarsenalen profitieren. Wie bereits in den Jahren zuvor kam es auch in diesem Jahr sowohl in Deutschland als auch in Österreich zur Aushebung zahlreicher Waffenarsenale. Zudem verfügen einige rechtsextreme Akteurinnen und Akteure über militärische Ausbildung. Das bedeutet, dass bei potenziellen rechtsextremen Terroranschlägen der menschliche Schaden schwerwiegender ausfallen könnte.

Terroranschläge und -trends in Europa

Globale Entwicklungen im Terrorismusbereich werden sich im nächsten Jahr auch auf Österreich und Europa auswirken. Während in der unmittelbaren Umgebung Europas terroristische Aktivitäten zum Stillstand kommen oder sogar zurückgehen, ist in weiter entfernten Regionen eine deutliche Zunahme terroristischer Gewalttaten zu verzeichnen. So ist es einzelnen nordafrikanischen Staaten wie Tunesien zwar gelungen, Terrorgruppen offenbar dauerhafter unter Kontrolle zu bringen. Dennoch keimen Aktivitäten von Daesh und al-Qaida auf dem afrikanischen Kontinent auf – insbesondere in der Sahelzone, trotz lokaler und westlicher Bemühungen zur Eindämmung dieser Bedrohung.

Das Wiedererstarken von al-Qaida wird vor allem durch die Rückeroberung Afghanistans durch die Taliban ermöglicht. Währenddessen verschärft sich dort die Konkurrenz mit dem lokalen Ableger von Daesh, was zur Zunahme terroristischer Gewalt führen wird. Obwohl sich diese Akteure hauptsächlich auf lokale Konflikte konzentrieren und lokale und regionale Ziele verfolgen, ist ein Übergreifen auf Europa nicht auszuschließen, insbesondere dann, wenn westliche Mächte als relevante Bedrohung wahrgenommen werden. Aus dieser Perspektive ist es ratsam, anstelle des direkten Engagements eine Strategie der Unterstützung und des Kapazitätenaufbaus lokaler Kräfte zu forcieren. Die Aktivitäten von Daesh in Syrien und im Irak wurden zwar drastisch reduziert, sind aber nicht ganz verschwunden. Für Europa ist hingegen relevanter, dass diverse Online-Angebote nach wie vor Anklang bei Sympathisantinnen und Sympathisanten in Europa finden.

Kernaussagen

- Die extreme Rechte hat die Pandemie besonders erfolgreich genutzt, indem sie bestehende Verschwörungstheorien erfolgreich in ihre Propaganda integrieren und dadurch ihren Sympathisantinnen- und Sympathisantenpool erweitern konnte.
- Einzelne Akteurinnen und Akteure – insbesondere jene, die sich schnell radikalieren – werden in Zukunft eine besondere Herausforderung darstellen.
- Im Bereich des jihadistischen Terrorismus bleibt der Trend relativ stabil, während rechtsmotivierte Gewalt und rechtsmotivierte Kriminalität zunehmen.
- Angesichts zunehmender terroristischer Aktivitäten in der Sahelzone wäre eine Strategie der Unterstützung und des Kapazitätenaufbaus lokaler Kräfte ratsam.



Bild: fongleon356/Shutterstock.com

Herausforderungen im und aus dem Cyberraum

Zusammenfassung

Eine zunehmende Anzahl an Bedrohungen verlagert sich in den virtuellen Raum. Im Cyberraum ist sowohl eine Zunahme als auch eine steigende Professionalisierung der Akteure zu erkennen. Nichtstaatliche Gruppen sind nicht nur Cyberkriminelle, sondern fungieren auch als „Proxies“ im Auftrag von Staaten und anderen Interessensgruppen. Dies führt zu geopolitischen Spannungen, die 2022 auch Österreich und die EU betreffen werden. Darüber hinaus erfordern neue Schwachstellen wie „Log4j“, die Zunahme von Cyberfällen und weitere Angriffsflächen durch neue Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI) umfassende und koordinierte Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene. Dem Bundesheer kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

Autor:
**Mathias
Humenberger**

Verlagerung in den virtuellen Raum

Das Jahr 2021 war von einem starken Anstieg an Cyberkriminalität, Spionage, Angriffen und weiteren Bedrohungen im und aus dem Cyberraum geprägt. Wie schon im Jahr 2020 führten die Folgen der Präventionsmaßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie weltweit zu multiplen Herausforderungen im Cybersicherheitsbereich. Der vermehrte Umstieg auf Homeoffice erhöhte die Vulnerabilitäten von Firmen und Einzelpersonen und führte zu einer deutlichen Verlagerung der Kriminalität in den virtuellen Raum. Vermehrt verwendete digitale Informationsquellen wie beispielsweise Soziale Medien vergrößerten die Eintrittsvektoren für Desinformation, daraus resultierten „Blasenbildung“ und gesellschaftliche Spaltung.

Die EU-Agentur für Cybersicherheit (ENISA) stufte Ransomware als größte Bedrohung im Jahr 2021 ein. Zahlreichen Hackergruppen gelang es durch Verschlüsselung von Datenservern oder Nichtverfügbarmachung von Internetdiensten, vorwiegend von Klein- und Mittelbetrieben Lösegeld („Ransom“) zu erpressen, das meist in Form von Bitcoin bezahlt werden musste. Die Angreifer schreckten dabei auch nicht vor Zielen wie Krankenhäusern, dem Gesundheitssystem generell und Betreibern kritischer Infrastrukturen zurück.

Neben der Cyberkriminalität verzeichneten 2021 auch politisch bzw. militärisch motivierte, unterschwellige Angriffe im Cyber- und Informationsraum einen Anstieg. Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen dabei zunehmend und der Cyberraum entwickelt sich weiter in Richtung eines Operationsraumes.

Die Zahl der „Angreifer“ im Cyberraum steigt kontinuierlich. Hinter den meisten Angriffen stecken profitorientierte Hackergruppen wie etwa DarkSide, die nicht nur zahlreicher, sondern auch professioneller werden. So legte DarkSide vergangenes Jahr unter anderem mit einem Ransomware-Angriff auf Colonial Pipeline die Gasversorgung in weiten Teilen der US-Ostküste lahm. Neben kriminellen Hackergruppen und „Hacktivists“, die aus ideologischen Gründen beispielsweise der Öffentlichkeit vorenthaltene Daten leaken, sind es aber vor

allem staatlich geduldete oder gar beauftragte Akteure, sogenannte „Proxys“, die für den größten geopolitischen Zündstoff sorgen.

Geopolitische Spannungen

Die wachsende Zahl von Ransomware-Angriffen auf kritische Ziele in den Vereinigten Staaten ist zu einem zentralen Punkt diplomatischer Spannungen zwischen den USA und Russland geworden. Moskau wird vorgeworfen, vielen Ransomware-Akteuren Unterschlupf zu bieten. Russland hingegen fühlt sich dafür nicht verantwortlich und sieht Aktivitäten im Cyberraum generell als Teil von „Informationskonfrontationen“, die sich aus dem Ringen zwischen Staaten um Einfluss in der Welt ergeben.

China, von allen Akteuren am meisten von digitaler Wirtschaft abhängig, hat in der Digitalisierung einen protektionistischen Zugang: Es steht international klar für die Nicht-Einmischung anderer Staaten im eigenen Cyberraum ein, erschwert durch Gesetze ausländischen Digital-Firmen den Zugang zum eigenen Markt und setzt auf Durchschlagskraft eigener Technologien aus dem Wirtschaftssektor (5G/6G) sowie auf eine neue Internetarchitektur („New IP“), die vom „Westen“ als Gefährdung der Freiheit des Internets betrachtet wird.

Künftige Bedrohungen

Auch im Jahr 2022 werden Cybervorfälle trotz verbesserter Sicherheitsmaßnahmen zunehmen. Die Verwendung digitaler Technologien wird weiter voranschreiten und neue Angriffsflächen entstehen lassen. So erwarten Expertinnen und Experten, dass 2022 bereits 30 Prozent der Cyberangriffe auf KI-Anwendungen gerichtet sein werden. Darüber hinaus entstehen durch die Nutzung von Cloud-Diensten, des Internet-of-Things (IoT) und die etwa in der Mobilität kommende Autonomisierung die größten absehbaren Cybersicherheitslücken, die es zu schließen gilt.

Bedrohungen aus dem Cyberraum werden geopolitische Spannungen im Jahr 2022 weiter erhöhen. Die größte Gefahr besteht darin, dass ein Cybervorfall, eventuell nicht beabsichtigt oder falsch zugeordnet, zu einem konventionellen militärischen Konflikt eskalieren könnte. Die zunehmende Verbreitung von (offensiven) Cyberfähigkeiten in Regionen mit bereits hohem Konfliktpotenzial könnte diese Befürchtung bald zur Realität werden lassen.

Konsequenzen für die EU und Österreich

Österreich ist 2022 von den genannten Entwicklungen in erster Linie direkt durch die erwartete Zunahme von Cybervorfällen betroffen. In einer Studie aus dem Jahr 2021 gaben bereits 60 Prozent der Unternehmen an, seit Beginn der Pandemie Opfer eines Cyberangriffs geworden zu sein. Großangelegte Ransomware-Angriffe wie jener im Juni 2021 auf „SalzburgMilch“ und das Einschleusen von Software zur (Wirtschafts-)Spionage werden sich weiter häufen. Insbesondere die kürzlich entdeckte Sicherheitslücke der Java Bibliothek „Log4j“ könnte böswilligen Akteuren Hintertüren öffnen und mittel- bis langfristig zu einer der kritischsten Angriffsflächen seit Jahren werden.

Neben Privatunternehmen betreffen diese Trends auch öffentliche Einrichtungen. Gerade im Rahmen hybrider Bedrohungen werden Cybersicherheitslücken gerne genutzt. Spionage wie beim Cyberangriff auf das Außenministerium 2020 und Sabotageakte bleiben als Bedrohungen bestehen. Die größte Aufmerksamkeit ist auf die eigene Handlungsfähigkeit und die Cybersicherheit kritischer Infrastruktur unter anderem im Gesundheitsbereich zu richten. Zudem wird die Einhegung von Online-Desinformation rund um COVID-19 weiter eine Herausforderung bleiben.

Darüber hinaus wird die EU vermehrt dem Druck der USA ausgesetzt sein, sich an kollektiven Handlungen gegen die (Cyber-)Bedrohungen seiner Großmachtrivalen zu beteiligen. Maßnahmen wie die Anti-Ransomware-Initiative, an der sich auch Österreich beteiligt, und die Gründung einer demokratischen „Allianz für die Zukunft des

Internets“ werden wahrscheinlich zu Schuldzuweisungen führen und Spannungen mit Russland und China erhöhen.

Neue Strategie

Österreich hat sich in der neuen Cybersicherheitsstrategie (ÖSCS 2021) zwei langfristige Ziele gesetzt: Eine stärkere Zusammenarbeit auf gesamtstaatlicher Ebene sowie die Intensivierung der Kooperation auf EU-Ebene. Eine umfassende nationale Zusammenarbeit zwischen Privatunternehmen und öffentlichen Einrichtungen, der Innen-, Außen- und Verteidigungspolitik sowie allen anderen Politikbereichen ist erforderlich, um die Cyberresilienz von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu erhöhen.

Dem Bundesheer kommt dabei eine wichtige Rolle bei Erkennung, Abhaltung, Abwehr und Rückverfolgung von Cyberangriffen zu. Die größten Herausforderungen liegen in der immer schwieriger werdenden Attribuierung von Angriffen zu einem Akteur, dem Einstufen einer potenziellen Souveränitätsverletzung und dem Ausbau der Cyberverteidigungsfähigkeiten in Zusammenarbeit mit EU-Partnern.

Kernaussagen

- Im Jahr 2021 sind Quantität und Qualität von Cyberangriffen weiter gestiegen.
- Auch im Jahr 2022 werden Cybervorfälle trotz verbesserter Sicherheitsmaßnahmen zunehmen, unter anderem aufgrund der Verwendung neuer Technologien wie KI und der Ausnutzung neuer Sicherheitslücken („Log4j“).
- Die EU und Österreich sind auch von geopolitischen Spannungen in der Digitalpolitik betroffen.
- Österreich will mit der ÖSCS 2021 die stärkere Zusammenarbeit auf gesamtstaatlicher sowie EU-Ebene forcieren.



Bild: Terelyuk/Shutterstock.com

Potenzielle Systemkrise Blackout

Der unterschätzte Lieferkettenkollaps

Autor:
Herbert Saurugg

Zusammenfassung

Das Risiko und die schwerwiegenden Folgen eines europaweiten Strom-, Infrastruktur- und Versorgungsausfalls („Blackout“) werden weiterhin unterschätzt. Einige Betrachtungen berufen sich auf die fehlende Evidenz und vernachlässigen dabei die steigende Fragilität, die in den vergangenen Monaten weiter zugenommen hat. In der Sicherheitspolitischen Jahresvorschau 2020 und 2021 wurden mögliche Auswirkungen eines Blackouts erörtert. Die getroffenen Aussagen sind weiterhin vollinhaltlich gültig. Zusätzlich wird das Szenario Strommangel („Strommangelbewirtschaftung“) realistischer, da die Kapazitäten für eine verlässliche Stromversorgung quer über Europa reduziert werden.

Zwei Großstörungen im Jahr 2021

Im Jahr 2021 kam es im europäischen Verbundsystem zu zwei Großstörungen, die zu weitreichenden Netzauftrennungen führten. Am 8. Jänner 2021 führte eine Überlastung in einem kroatischen Umspannwerk zum Ausfall von 14 Knotenpunkten quer über den Westbalkan. Am 24. Juli 2021 löste ein Flächenbrand unter einer Hochspannungsleitung in Frankreich eine Kaskadenreaktion aus, die zur Abtrennung der Iberischen Halbinsel vom kontinentaleuropäischen Verbundsystem führte. In Spanien und Portugal mussten rund zwei Millionen Kundinnen und Kunden vom Stromnetz getrennt werden, um ein Blackout auf der Iberischen Halbinsel zu verhindern. In beiden Fällen konnte die Großstörung nach etwa einer Stunde behoben werden, was eine hervorragende Leistung war. Am 17. Mai 2021 kam es zu einem weiteren schwerwiegenden Zwischenfall in Polen, der ebenfalls sehr gut bewältigt werden konnte.

In den letzten Jahrzehnten gab es jedoch nur drei weitere derartige Großstörungen. Daher sollte immer wieder die Aussage der europäischen Übertragungsnetzbetreiber im Abschlussbericht zum Blackout in der Türkei im Jahr 2015 – der dritten Großstörung – ins Bewusstsein gerufen werden:

“A large electric power system is the most complex existing man-made machine. Although the common expectation of the public in the economically advanced countries is that the electric supply should never be interrupted, there is, unfortunately, no collapse-free power system.”

Im Gegensatz zu vielen anderen Sektoren gibt es nach solchen Ereignissen einen umfassenden „Lessons-Learned-Prozess“. Dennoch gibt es keine hundertprozentige Sicherheit, wie auch immer wieder betont wird. In letzter Konsequenz geht es bei derartigen HILP-Events (High Impact Low Probability) nicht um den tatsächlichen Eintritt, sondern um das Schadenspotenzial. Die dadurch gebotene Vorsorge darf sich jedoch nicht nur auf den Stromsektor beschränken, sondern muss gesamtgesellschaftlich erfolgen.

Steigende Strompreise

Ab Sommer 2021 kam es zu massiven Preissteigerungen auf den europäischen Strommärkten, die sich auch im Jahr 2022 und darüber hinaus fortsetzen dürften. Während sich 2020 die Preisspanne noch zwischen 20 und 50 Euro pro Megawattstunde bewegte, stieg diese ab Herbst 2021 mit einer sehr hohen Volatilität auf 100 bis 300 Euro. Auslöser sind unter anderem deutlich gestiegene Gas-, Kohle- sowie CO₂-Preise und sinkende Produktionskapazitäten. Weitere Preissprünge sind mit der weiteren Abschaltung von deutschen Atom- und Kohlekraftwerken bis Ende 2022 zu erwarten, da die fehlende Leistung auch mit Gaskraftwerken ersetzt werden muss. Gleichzeitig waren die europäischen Gaslagerstätten bereits im Herbst 2021, insbesondere in Deutschland und Österreich, unterdurchschnittlich gefüllt.

Krisenpotenzial Gasversorgung

Mögliche Gasversorgungsprobleme könnten im Frühjahr 2022 zu erheblichen Versorgungsproblemen führen, da Gas vor allem in der Lebensmittelproduktion eine wichtige Rolle spielt. Zudem wird in Österreich im Winter sehr viel Strom aus Gaskraftwerken produziert. Dieses Problem könnte durch eine Eskalation der politischen Krise in Belarus oder der Ukraine zusätzlich verschärft werden. Die hohen und steigenden Energiepreise werden sich zudem auf die gesamte Wirtschaft und damit mittelfristig auch auf die Versorgung der Bevölkerung negativ auswirken. Auch die Inflation wird damit weiter angeheizt.

Unterschätzte Lieferkettenprobleme

2021 kam es durch unterschiedliche Ereignisse zu zahlreichen Lieferkettenproblemen. So mussten etwa durch eine Strommangellage in Texas im Februar 2021 mehrere Chipproduktionsanlagen den Betrieb einstellen. Der Wiederanlauf dauerte zum Teil mehrere Monate. In Asien kam es durch Wasserknappheit, die COVID-Pandemie oder durch Strommangellagen zu weitreichenden Lieferkettenunterbrechungen. Auch die Blockade des Suezkanals durch das Frachtschiff „Ever Given“ im März 2021 und der LKW-Fahrermangel in immer mehr Ländern führten zu Problemen in den Logistikketten.

Während die aktuellen Verwerfungen in den globalen Lieferketten durch Einzelereignisse ausgelöst wurden, würde es bei einem Blackout zu einem weitreichenden und chaotischen Ausfall der europäischen Produktionsanlagen und Lieferketten mit globalen Auswirkungen kommen.

Ableitungen

Aus heutiger Sicht ist nicht absehbar, wie lange der Wiederanlauf und die Resynchronisierung der Logistik nach einem Blackout dauern wird. Die Auswirkungen eines Blackouts auf die Grundversorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen wären jedoch katastrophal, und dessen längerfristige Folgen werden weitgehend unterschätzt.

Viele Blackout-Vorbereitungsmaßnahmen konzentrieren sich nach wie vor nur auf den Stromausfall (Stichwort: Notstromversorgung). Es wäre jedoch zwingend eine koordinierte Vorgangsweise zur Abfederung der erwartbaren und länger andauernden Versorgungsunterbrechungen erforderlich. Diese beginnt bei der Eigenbevorratung der Bevölkerung sowie bei der vorbereiteten und geordneten Abgabe von verderblichen Waren und dem Schutz der Verkaufseinrichtungen vor Zerstörungen und geht bis zu einer vorbereiteten Rationierung und Notversorgung.

Kernaussagen

- Das Risiko und die schwerwiegenden Folgen eines europäischen Strom-, Infrastruktur- und Versorgungsausfalls („Black-out“) werden weiterhin unterschätzt und auf die leichte Schulter genommen.
- Dabei geht es weniger um eine konkrete Vorhersage, die bei einem HILP-Event (High Impact Low Probability) nicht evidenzbasiert möglich ist, als um die schwerwiegenden Folgen, die eine gesamtgesellschaftliche Vorsorge gebieten.
- Ein Blackout hätte einen weitreichenden und chaotischen Ausfall der europäischen Produktionsanlagen und Lieferketten mit globalen Auswirkungen zur Folge.
- Eine koordinierte gesamtstaatliche Vorgangsweise zur Abfederung der zu erwartenden und länger andauernden Versorgungsunterbrechungen ist zwingend geboten.



Drohnen – Neue Gefahren für die Sicherheit?

Zusammenfassung

Unbemannte Luftfahrtsysteme (engl. Unmanned Aircraft System – UAS), die im alltäglichen Sprachgebrauch als Drohnen bezeichnet werden, gehören zu den bahnbrechendsten technischen Innovationen der letzten Jahre. Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie die Krisen in Libyen, Syrien und anderen Regionen belegen klar, wie sehr die Bedeutung der unbemannten Aufklärungs- und Waffensysteme in den letzten Jahren zugenommen hat. Angesichts der rasanten technologischen Entwicklung ist klar, dass der Stellenwert dieser Systeme weiter zunehmen wird.

Autor:
Christian Hütterer

Anhaltende Verbreitung von Drohnen

Der Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan im Herbst 2020 war die erste Auseinandersetzung zweier Staaten, bei der Drohnen das Geschehen prägten. Neben Medium-Altitude-Long-Endurance-Drohnen wie den Typen IAI „Heron“, Hermes 450 und TB2 „Bayraktar“ sowie kleineren taktischen Aufklärungsdrohnen kamen dabei auch sogenannte „Loitering Drones“ von den Typen „Harop“, Orbiter 1K und „Skystriker“ zum Einsatz – umgangssprachlich auch „Kamikaze-Drohnen“ genannt. Die Verwendung unbemannter Systeme und die Anpassung der Kriegsführung an diese wird als entscheidend für den raschen Erfolg Aserbaidschans angesehen.

Die Nutzung von unbemannten Systemen ist allerdings nicht nur auf Staaten beschränkt. Im Nahen Osten setzte als erster nichtstaatlicher Akteur der sogenannte „Islamische Staat“ (IS) Drohnen sowohl zur Aufklärung als auch als Waffen ein. Von dort aus verbreitete sich der Einsatz von unbemannten Systemen in viele andere Konfliktzonen wie den Jemen, Libyen und die Sahelzone. Der aus dem Jemen erfolgte Angriff der Huthi-Rebellen auf Ölproduktions- und Verarbeitungsanlagen im Landesinneren von Saudi-Arabien im September 2019 zeigt beispielhaft, wie sehr Drohnen das Operationsgebiet nichtstaatlicher Akteure ausdehnen.

Weiterentwicklung der Technologie

Die Weiterentwicklung unbemannter Systeme schreitet zügig voran. Derzeit stehen vor allem die Frage der Autonomie dieser Geräte sowie ihre koordinierte Verwendung in Form von Schwärmen im Mittelpunkt von Forschung und Entwicklung. Noch ungeklärt ist in diesem Zusammenhang der rechtliche Rahmen des Einsatzes von unbemannten Systemen. Hinzu kommt, dass bestehende völkerrechtliche Normen durch die Einsätze von Drohnen umgangen oder ignoriert werden können. Bereits jetzt ergeben sich durch den Einsatz von unbemannten Systemen viele rechtliche Graubereiche. Durch die wachsende

Bedeutung von Künstlicher Intelligenz und der steigenden Autonomie der Geräte wird diese Problematik noch akuter werden.

In Zusammenhang mit Autonomie geht es vor allem um die Frage, wie weit ein Mensch in die Entscheidungsfindung eingebunden werden muss bzw. wie sehr eine Maschine eigenständige Entscheidungen treffen darf oder sogar soll. Ein Bericht der Vereinten Nationen, wonach im März 2020 in Libyen erstmals eine Drohne autonom über einen Angriff entschieden haben soll, zeigt die Dringlichkeit, mit der eine Lösung für diese Problematik gefunden werden muss. In den diesbezüglichen Verhandlungen gehört Österreich zu jenen Staaten, die für die Verabschiedung eines rechtlich bindenden Instruments eintreten, um autonome Waffensysteme ohne ausreichende und effektive menschliche Kontrolle präventiv zu verbieten.

In Zusammenhang mit Drohnen stellen Dual-Use-Technologien ein weiteres Problem dar. Handelsübliche zivile Drohnen sind in vielen Fällen mit vergleichsweise geringen Modifikationen für bewaffnete Einsätze nutzbar zu machen. Nichtstaatliche Gewaltakteure erhalten dadurch einfachen Zugriff auf günstige und leicht einsetzbare Ausrüstung. Die Proliferation von UAS, günstige Preise und das breite Einsatzspektrum tragen dazu bei, dass sich Drohnen zu „Weapons of Choice“ von terroristischen Gruppierungen entwickeln könnten.

Sicherheitspolitische Konsequenzen

Die Produktionen und der Verkauf von Drohnen verändern letztlich geostrategische Gegebenheiten. So konnte die Türkei durch ihre stark wachsende Rüstungsindustrie und den Verkauf von Drohnen an Staaten wie etwa Qatar, Marokko, Polen und Aserbaidzhan sowie die Weitergabe an nichtstaatliche Akteure, etwa in Libyen, bedeutend an geopolitischem Einfluss gewinnen. Die USA, Israel, China und die Türkei sind derzeit die wichtigsten Produzenten von Drohnen.

Europa hinkt diesen Akteuren trotz mancher Bemühungen sowohl in der Entwicklung als auch beim Einsatz von Drohnen hinterher. Die

Intensität, mit der in Deutschland über die Anschaffung von bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr debattiert wurde, zeigt beispielhaft, wie politisch umstritten diese unbemannten Systeme in weiten Teilen Europas sind. Dennoch gibt es Bemühungen der Europäischen Union, den derzeitigen Rückstand aufzuholen. Mehrere Projekte, die im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit der EU (PESCO) beschlossen wurden, haben unbemannte Systeme bzw. deren Abwehr zum Inhalt.

Zuletzt ergibt sich durch die unbemannten Systeme ein weiteres Sicherheitsproblem: Drohnen wurden in Konflikten im Nahen und Mittleren Osten bereits als Waffen bei Terroranschlägen eingesetzt. Auch wenn eine Attacke mittels Drohne in Europa bislang ausgeblieben ist, stellt die leichte Verfügbarkeit und einfache Nutzung dieser Geräte ein zunehmendes Risiko dar. Bisher wurden Drohnen nur für aktionistische Proteste verwendet, wodurch Anfälligkeiten der Sicherheitsmaßnahmen sichtbar wurden. So ließen etwa in Deutschland Aktivistinnen und Aktivisten der Piratenpartei bei einer Wahlkampfveranstaltung eine Drohne nur wenige Meter von der damaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel entfernt absichtlich abstürzen. Weiters ist es der Umweltschutzorganisation Greenpeace gelungen, zu Demonstrationszwecken eine Rauchbombe auf dem Dach einer französischen Nuklearanlage zu deponieren.

Hyperschallwaffen

Neben den Drohnen gerieten zuletzt auch Hyperschallwaffen in den Fokus der medialen Aufmerksamkeit. Durch ihre sehr hohe Geschwindigkeit, die zumindest das Fünffache der Schallgeschwindigkeit beträgt, ihre niedrige Flugbahn und ihre Manövrierbarkeit verringern sie die Reaktionszeit der gegnerischen Luftabwehr und schaffen Möglichkeiten, um Abwehrsysteme zu überwinden.

Das Wettrüsten auf diesem Sektor ist bereits im Gange, wobei die Vereinigten Staaten, Russland und China an der Spitze der Entwicklung stehen. Während US-Hyperschallwaffen derzeit lediglich kon-

ventionelle Sprengköpfe tragen, können die russischen und chinesischen auch nuklear bestückt werden. Expertinnen bzw. Experten sind sich allerdings uneins, ob angesichts der zahlreichen technischen Herausforderungen (etwa die Sicherheit der Steuerungssysteme und die Notwendigkeit besonders resistenter Materialien) Hyperschallwaffen tatsächlich jene „Gamechanger“ sind, als die sie oft bezeichnet werden.

Trotz der Zweifel an der Effizienz dieser Waffen ist dennoch zu befürchten, dass allein schon durch die Weiterentwicklung dieser Systeme und die damit verbundene politische Rhetorik eine Spirale des Wettrüstens in Gang gesetzt wird. Der Wettlauf um einen technologischen Vorsprung könnte zu verstärktem Misstrauen und der Destabilisierung des internationalen Systems führen. In diesem Zusammenhang mehren sich Stimmen, die vertrauensbildende Maßnahmen und Rüstungskontrolle für Hyperschallwaffen fordern, um diese Logik zu durchbrechen.

Kernaussagen

- Zahlreiche Konflikte der letzten Jahre haben bewiesen, dass unbemannte Aufklärungs- und Waffensysteme zu essenziellen Teilen der modernen Kriegsführung geworden sind.
- Die Verbreitung von Drohnen schreitet voran. Da sie vergleichsweise günstig und leicht zu erwerben sind, werden sie nicht nur von staatlichen, sondern auch von zahlreichen nicht-staatlichen Akteuren eingesetzt.
- Drohnen erweitern den Aktionsradius nichtstaatlicher Akteure erheblich und können als Waffen in einem Terroranschlag eingesetzt werden. Zudem verändern die Produktion und Lieferung von Drohnen geostrategische Rahmenbedingungen.
- Auch die Entwicklung von Hyperschallwaffen schreitet rasant voran, es droht ein neues Wettrüsten zwischen den Großmächten.



Bild: M.Aurelius/Shutterstock.com

Wie friedlich und sicher ist der Weltraum noch?

Autor:
Wolfgang Manzl

Zusammenfassung

Die strategische Bedeutung des Weltraums zur Durchsetzung geopolitischer Machtansprüche wächst kontinuierlich. Die Dominanz im Weltraum ist ein entscheidender Faktor, um sich die Vorherrschaft in der Luft, zur See und im elektromagnetischen Feld zu sichern und so den Ausgang von Kriegen direkt beeinflussen zu können. Die Dynamik des Wettrüstens im All scheint unaufhaltsam. Die Möglichkeit der Doppelverwendung von Systemen, im Fachjargon als „Dual Use“ bezeichnet, wird zum fixen Bestandteil nationaler Strategien. Die stark wachsende zivile und militärische Abhängigkeit von Weltraumsystemen macht moderne Gesellschaften leichter verwundbar. Bei einem Ausfall dieser Systeme drohen enorme Schäden. Als Antwort

darauf entwickeln Weltraummächte offensive und defensive Fähigkeiten, um ihre Systeme zu schützen. Europa und die USA sehen sich dabei auch mit wachsenden militärischen Weltraumfähigkeiten Chinas und Russlands konfrontiert. Verbindliche internationale Regeln fehlen hingegen.

Wahrscheinlichste Risiken und Bedrohungen

Die globalen Weltraummächte haben die Bedeutung des Welt-raums für die moderne Kriegsführung erkannt und stehen sich bei der Entwicklung neuer Fähigkeiten rivalisierend gegenüber. Die wahr-scheinlichsten Bedrohungen bzw. Risiken werden Störungen des elektromagnetischen Feldes, Cyberangriffe, Konflikte durch Satellitenschwärme im erdnahen Orbit (LEO) und Weltraumschrott sein. Aus den beiden erstgenannten Risiken ergeben sich eine Fülle an hybriden Angriffsvektoren, die es ermöglichen, anonym in ein Satelliten-system einzudringen oder dieses zu kompromittieren, ohne die Schwelle eines bewaffneten Konfliktes zu überschreiten.

Durch das Senden von Störsignalen (Spoofing) an Globale Navigations-satellitensysteme (GNSS) können beispielsweise Satellitensignale manipuliert werden, wodurch der Empfänger falsche Standortdaten erhält. Russland etwa nutzt Spoofing in Konfliktregionen wie etwa der Ostukraine, auf der Halbinsel Krim und in Syrien.

Jährlich werden zigtausende Cyberangriffe auf Lieferketten und Datenströme zwischen Bodenstationen und Satelliten registriert. Die Kommerzialisierung der Raumfahrt, besser bekannt unter „New Space“, bietet Hackern breite Angriffsflächen, zumal „Security by Design“ von betreffenden Herstellern vernachlässigt wird.

Der Erdorbit wird zunehmend von Satellitenschwärmen übersät, wodurch Platzprobleme sowie erhöhte Kollisionsgefahr entstehen. Durch Zusammenstöße entsteht Schrott, der wiederum einen Dominoeffekt (Kessler-Syndrom) auslösen könnte.

Sicherheitsrelevante Ereignisse im Weltraum 2021

Am 9. Dezember 2021 hat China Satelliten vom Typ „Shijian-6“ ins All befördert. Diese haben Dual-Use-Charakter und können neben Forschungszwecken der elektronischen Kampfführung dienen. Russland hat am 15. November 2021 die Kollision einer neuen Rakete mit einem alten Satelliten und damit eine unkontrollierbare Trümmerwolke verursacht, die die Sicherheit im Weltraum auf Jahre hinaus bedrohen wird. Im Juli 2021 testete China ein atomwaffenfähiges orbitales Hyperschall-Gleitfahrzeug, das auf einer niedrigen Umlaufbahn die Erde umkreiste, und danach in der Nähe seines Zieles einschlug.

Internationale Entwicklungen und Technologien

Der Weltraum ist immer stärker durch „High Tech“ geprägt. Bei einer Reihe von kritischen Weltraumtechnologien wie Quanten-, Cyber- und Nanotechnologie sowie elektronischer Kriegsführung hat China dem „Westen“ gegenüber bereits einen Vorsprung, der sich aufgrund der wechselseitig verstärkenden Wirkung derartiger Technologien wahrscheinlich noch vergrößern wird.

Die Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen bemühen sich schon seit Jahrzehnten, den bestehenden Weltraumverträgen mehr Gewicht zu verleihen und sind mittels eines neuen Vertrages bestrebt, zu verhindern, dass der Weltraum zum Kriegsschauplatz wird. Die Initiative „Prevention of an Arms Race in Outer Space“ (PAROS) ist aber aufgrund der ablehnenden Haltung der USA ins Stocken geraten.

Europäische Union

Der globale Einfluss und das wirtschaftliche Ansehen der Europäischen Union sowie ihre Handlungsfreiheit hängen von einem sicheren,

geschützten und autonomen Zugang zum Weltraum ab. Das Thema „Weltraumsicherheit“ ist in der Europäischen Weltraumstrategie (2016) kaum präsent und sollte daher 2022 durch eine Sicherheits- und Verteidigungsdimension ergänzt werden und Impulse durch den Strategischen Kompass erhalten.

Die Europäische Weltraumagentur (ESA) wird gemäß ihrer Agenda 2025 das Thema Weltraumsicherheit als Priorität verfolgen. Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) wird mit ihren Projekten im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) und den Initiativen des Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) zur Sicherheit des Weltraums beitragen.

NATO

Die NATO hat mit ihrer 2019 angenommenen Weltraumstrategie den Weltraum zum eigenständigen Operationsgebiet deklariert. Auch die Anwendungsmöglichkeit von Artikel 5 wurde auf den Weltraum ausgeweitet. Für das Jahr 2022 ist der weitere Ausbau des Space Center im deutschen Ramstein und des Weltraumkompetenzzentrums im französischen Toulouse geplant.

USA

Der Weltraum ist fester Bestandteil der US-Verteidigungspolitik. Die rüstungspolitischen Initiativen seiner Kontrahenten haben die USA dazu veranlasst, ihre Vormachtstellung im All mit Weltraumstreitkräften abzusichern. Über die „Space Development Agency“ (SDA) sollen in Zukunft Weltraumsysteme der nächsten Generation schneller und kostengünstiger entwickelt werden. Ein Beispiel hierfür ist etwa ein satellitengestütztes Raketenfrühwarnsystem. Im Haushaltsvorschlag 2022 fordert das Pentagon folglich 15,3 Mrd. US-Dollar für Investitionen in die Raumfahrttechnologie. Die Raumfahrtbehörde NASA wird 2022 über ein Budget von ca. 24,8 Mrd. US-Dollar verfügen.

China

Auch Chinas militärische Bestrebungen im Weltall sind ungebrochen. China strebt mit einem aufeinander abgestimmten zivilen und militärischen Weltraumprogramm die Vormachtstellung im All an und möchte mit seinen eigenen Fähigkeiten die militärische Effektivität der USA begrenzen. China hat im Jahr 2021 Meilensteine in seinen Weltraumaktivitäten gesetzt. Dazu zählen unter anderem die Inbetriebnahme einer eigenen Weltraumstation, eine erfolgreiche Marsmission, eine Landung auf der erdabgewandten Seite des Mondes und die erfolgreiche Rückführung von Mondgestein.

Der Fünfjahresplan (2021–2025) der chinesischen „National Space Administration“ (CNSA) sieht als Prioritäten Mond- und erdnahe Asteroidenmissionen, den weiteren Ausbau seiner Raumstation und die Entwicklung von Schwerlastträgern sowie wiederverwendbare Raumtransportsysteme vor. Das jährliche Budget der CNSA wird auf etwa 15 Mrd. US-Dollar geschätzt.

Russland

Russland gerät mit seinem Weltraumprogramm aufgrund diverser Konfrontationen mit dem „Westen“ und mangels eigener Ressourcen und der schwächelnden Wirtschaft immer stärker unter Druck. Das Militär nimmt hinsichtlich der russischen Bestrebungen in Hinblick auf den Weltraum eine Schlüsselposition ein. Hier wird versucht, Dual-Use-Fähigkeiten bzw. -Kapazitäten zu nutzen.

Für 2022 wird Russland seine Weltraumausgaben um 557 Mio. US-Dollar kürzen und seiner Raumfahrtagentur Roskosmos ca. 2,9 Mrd. US-Dollar zur Verfügung stellen. Der Ausbau des Frühwarnsatellitensystems zur Erkennung von Raketenstarts (EKS), die satellitengestützten Bildaufklärungsprogramme (EMKA) sowie die elektronischen Kriegsführungssysteme sollen weiterentwickelt werden. Das „Global Navigation Satellite System“ (GLONASS) soll für den Einsatz von Hochpräzisionswaffen bei militärischen Operationen optimiert werden.

Ableitungen für Europa und die Europäische Union

Europas Herausforderungen bestehen darin, die sicherheits- und verteidigungspolitischen Initiativen auf nationaler, intergouvernementaler und supranationaler Ebene zu orchestrieren und auf europäische Ziele für Weltraumsicherheit auszurichten. Das Vorzeigeprojekt der Europäischen Kommission zum Weltraumverkehrsmanagement könnte dafür ein erster Ansatz sein.

Kernaussagen

- Die strategische Bedeutung des Weltraums steigt kontinuierlich an. Dominanz im Weltraum ist ein entscheidender Faktor zur Sicherung der Vorherrschaft in der Luft, zur See oder auch im elektromagnetischen Spektrum.
- Dual-Use-Verwendungsmöglichkeiten werden zu fixen Bestandteilen nationaler Weltraumstrategien.
- Europa und die USA sehen sich beim Ausbau von Weltraumtechnologien zusehends mit wachsenden Fähigkeiten Chinas und Russlands konfrontiert. Verbindliche internationale Regeln fehlen hingegen. Rivalitäten um die Dominanz im All beschleunigen das Wettrüsten.
- Europa ist gefordert, Initiativen auf nationaler, intergouvernementaler und supranationaler Ebene zu orchestrieren und auf europäische Ziele für Weltraumsicherheit auszurichten.



Mehr Geopolitik in Wirtschaftsfragen

Die Wahrung der Interessen Österreichs ist zentral

Autoren:
Gunter Deuber,
Stefan Lienhart

Zusammenfassung

Geo- und Machtpolitik prägen heute die Wirtschaftspraxis. Die handelsoffene EU und Österreich sind hier stark exponiert. Es gilt (Wirtschafts-)Interessen zu wahren und reaktionsfähig zu sein. Ein Rückbau der Verflechtungen der USA mit China, gekoppelt mit dem Bestreben der EU nach strategischer Souveränität, eröffnet aber auch Chancen.

Geopolitik und Wirtschaftspraxis

Kaum ein Monat vergeht ohne die Einführung geopolitisch begründeter Handelsschranken oder Wirtschaftssanktionen. Spannungen innerhalb der EU nehmen zu, in EU-Beitrittsstaaten und Ländern der Östlichen Partnerschaft sind immer mehr Friktionen erkennbar, teils geopolitisch genährt. Hier gibt es den treffenden Begriff des „Feuerings“ an der EU-Außengrenze.

Um im aktuellen Umfeld entscheidungs- und handlungsfähig zu sein, ist Risikomonitoring bzw. die Etablierung geordneter Frühwarnsysteme opportun, also die fortwährende Aggregation von Informationen wie beispielsweise Struktur- und Hochfrequenzdaten für Wirtschafts- und Finanzströme an einem Ort, etwa einem Gremium oder Ministerium. Zugleich gilt es, nationale Verletzlichkeiten im Lichte geoökonomischer Risiken zu analysieren. Wichtig ist dies in privatwirtschaftlichen Systemen mit viel verschlungeneren Strukturen als in staatszentrischen Ökonomien. Hier kann eine solche Informationsaggregation nur Gemeinschaftsaufgabe privater und öffentlicher Akteure sein.

Denn geoökonomische Konkurrenz verläuft entlang der Konfliktlinien zwischen westlichen und nicht-westlichen bzw. liberalen und staatszentrierten Systemen. Voraussetzung dafür ist, dass gestärkte Interaktion privater und öffentlicher Stellen nicht negativ bewertet oder mit unverhältnismäßigem Lobbying assoziiert wird. Basierend auf solchen Strukturen können dann Interessen auf EU-Ebene und international vertreten werden. Im Falle Österreichs gilt dies vor allem bei Wirtschaftsinteressen in Mittel- und Osteuropa (MOE). Zugleich könnten so Chancen genutzt werden, die durch geoökonomisch motivierte und an Resilienz interessierten Verlagerungsinvestitionen sowie durch Änderungen in den Lieferketten (auch nach Österreich oder MOE) entstehen.

Geoökonomische Konkurrenz verlangt ein ex-ante definiertes Set taktischer (Antwort-)Instrumentarien sowie Resilienzplanung. In Österreich und auf EU-Ebene wären Kanäle einzurichten, über die

auf geoökonomische Affronts reagiert wird. Das bedeutet, es muss definiert werden, in welchen Sektoren und Produktgruppen gegenüber welcher Ökonomie mit interventionistischen bzw. protektionistischen Schritten agiert werden kann. Beispiele für solche protektionistischen Maßnahmen wären etwa Zölle und andere Finanz- bzw. Handelsrestriktionen. Eigeninteressen wären mit dem Setzen deutlicher Signale auszubalancieren.

Im Bereich Waren- und Verkehrsfluss oder im Cyberraum könnte darüber hinaus partiell militärisch gestütztes Erwidern angezeigt sein. Zugleich wäre permanent Vorsorge für kriseninduzierte Engpässe zu treffen, um strategische Handlungsoptionen abzusichern – beispielsweise Rohstofflager, Abschirmung von Lieferketten oder Etablierung kurzfristiger Überbrückungskompensationen für Firmen. Eine solche Vorbereitung ist zentral, um die Akzeptanz von Staatsinterventionen in privatwirtschaftlichen Systemen zu sichern. Auch Abwehrmaßnahmen wie Schutzmechanismen bei Firmenübernahmen oder Direktinvestitionen wären zu schärfen.

Die Abwehr und das Management geoökonomischer Risiken überfordern einzelne Staaten, auch Österreich. Erfolgreich tätige heimische Firmen sind über Länder- und EU-Grenzen hinausgewachsen. Insofern ist beim Management geoökonomischer Chancen und Risiken permanente Interaktion nationaler und europäischer Akteure in sowohl privatem als auch öffentlichem Sektor erforderlich.

Geoökonomik und Machtpolitik

Auf Sicht von 12 bis 24 Monaten könnten folgende geoökonomische und machtpolitische Evolutionen für Österreich beachtenswert sein: Die USA dürften China determiniert begrenzen und hierbei auf Wirtschaftsinstrumente setzen; dies eventuell nur partiell mit der EU koordiniert. Chinesische Antworten sind nicht zu unterschätzen. Auch weitere Sanktionen der USA und EU gegenüber Belarus und eventuell Russland, geoökonomisch motiviert oder durch unerwünschte Entwicklungen in Belarus oder der Ukraine induziert, sind denkbar.

Gegenüber Russland erscheinen auch unilaterale oder „nur“ mit Großbritannien koordinierte Sanktionen der USA möglich. Österreichische (Wirtschafts-)Interessen stehen hier im Spannungsfeld eines neu zu findenden Gleichgewichtes zwischen USA, NATO, EU und Russland.

Friktionen zwischen Staaten des Westbalkan, eventuell mit Handelsblockaden sowie innerstaatliche Spannungen oder Spannungen aufgrund des Wirtschaftseinflusses Chinas in der Region sind ebenso zu bedenken. Hier ginge es darum, Investitionsalternativen zu gestalten und China in multilaterale Foren zu integrieren, beispielsweise in Hinblick auf Überschuldungsprobleme oder Investitionen in den Energiesektor. Ansteigende West-Ost-Friktionen innerhalb der EU können Wirtschaftsinteressen Österreichs ebenso tangieren. Hier wäre auf ein differenziertes Einwirken der EU hinzuarbeiten, ohne Ambitionen im Bereich Rechtsstaatlichkeit zu untergraben.

Zugleich gilt es, für Cyberrisiken gerüstet zu sein, die durch Aktivitäten in MOE schlagend werden können. Private sowie staatliche Akteure verfügen in diesem Bereich über substanzielle Fähigkeiten – etwa für Desinformationskampagnen einschließlich der Fähigkeit, Deepfakes zu erstellen, aber auch für Cyberoffensivaktivitäten. Weiters sollte die chronische Eigenkapitalschwäche der (mittelständischen) österreichischen Wirtschaft nicht zum Einstieg von geopolitisch wenig opportunen Akteuren führen. Dies erfordert die Stärkung von Alternativen, also nationalen oder EU-Kapitals. Zugleich gilt es, Chancen durch Verlagerungsinvestitionen zu nutzen bzw. österreichische Firmen bei Chancen in europäischen Lieferketten zu unterstützen. Dies betrifft beispielsweise Dual-Use-Güter; hier wäre der Europäische Verteidigungsfonds ein konkretes Förderungsinstrument.

Wirtschaftsausblick im Kontext der COVID-19-Krise

Aufbauend auf umfassender finanzieller und fiskalischer Unterstützung in den G7 und der EU – mit einem Fokus auf Modernisierung – sollte ein solider globaler Wachstums- und Investitionszyklus

die kommenden 12 bis 24 Monate prägen. Schon im Jahr 2020 und 2021 entwickelten sich die gesamtwirtschaftlichen Investitionen in Österreich deutlich favorabler als im Nachgang der globalen Finanzkrise. Weitere ökonomische Rücksetzer in der noch nicht überwundenen Pandemie sollten im Jahr 2022 bzw. im Winterhalbjahr 2022/23 lediglich zu kurzfristig wirksamen Konsumausfällen führen, während sich große Teile des Wirtschaftslebens und des produzierenden Gewerbes an Pandemiebedingungen angepasst haben. Länger andauernde Lieferkettenverspannungen sollten in dem skizzierten Wirtschaftsumfeld Verlagerungsinvestitionen mit dem Ziel der Lieferkettenresilienz begünstigen.

In Summe zeichnet sich ein neues globales Wachstums- und Inflationsgleichgewicht ab. In Europa und Österreich sind reale und nominale BIP-Zuwachsraten zu erwarten wie in den Jahren bzw. der Dekade vor der globalen Finanzkrise. Diese makroökonomischen Rahmenbedingungen sollten es erleichtern, die Bilanzen des öffentlichen Sektors ohne nachdrücklichste Sparanstrengungen zu sanieren. Zugleich sollten die Finanzierungsbedingungen der öffentlichen Hand am Kapitalmarkt weiterhin favorabel bleiben. Die akkumulierten Staatsanleihebestände in den Bilanzen führender Notenbanken inklusive der EZB werden auch bei Einstellung der Nettoneukäufe noch lange reinvestiert werden. Damit ist bis in die 2030er Jahre mit zinsdämpfenden Effekten zu rechnen. Die Kapitalmarktzinsen für stabilitätsorientierte Länder wie Österreich sollten damit strukturell unter der Inflationsrate verharren.

Kernaussagen

- Geoökonomische Friktionen mit Wirkung auf Österreich werden wahrscheinlich Wirtschaftsleben und Politik im Jahr 2022 und darüber hinaus prägen.
- Österreich muss wirtschaftliche sowie außen- und sicherheitspolitische Interessen definieren sowie passende Monitoring-, Reaktions- und Resilienzinstrumente konkretisieren.
- Permanente, proaktive und konstruktive Interaktionen zwischen privatem und öffentlichem Sektor in Österreich und auf EU-Ebene sind notwendig.
- Der Wirtschaftsausblick sollte die Konsolidierung der Staatsfinanzen ohne radikale Kürzungen, inklusive sicherheitsrelevanter Budgetposten, gestatten.



Bild: JK21/Shutterstock.com

Migration und Sicherheit

Autor:
Paul Collier

Zusammenfassung

Migrationspolitik muss sozial, politisch und ethisch nachhaltig gestaltet werden. Momentan folgt die Politik diesen Gesichtspunkten weder in Österreich noch im Schengen-Raum; dies wäre jedoch dringend notwendig. Keine Gesellschaft mit hohem Einkommen kann ihren sozialen Zusammenhalt sowie die für den sozialen Frieden erforderlichen Wohlfahrtssysteme aufrechterhalten, wenn ihre Grenzen de facto offen sind. Die Lösung für gefährliche Dynamiken offener Grenzen besteht darin, dass politische und sicherheitspolitische Entscheidungsträgerinnen bzw. -träger Maßnahmen setzen, die mittels ethisch akzeptabler Regeln eine klare Grenzpolitik ermöglichen.

Zur Problematik

Migrationspolitik muss sozial, politisch und ethisch gestaltet sein. Dies ist derzeit weder in Österreich noch im Schengen-Raum der Fall. Eine diesen Gesichtspunkten folgende Politik ist allerdings aufgrund von vier verschiedenen Belastungspunkten erforderlich.

Der erste Belastungspunkt wird durch die Globalisierung der Sozialen Medien in den letzten Jahren erzeugt. Durch diese sind Menschen in armen Ländern täglich direkt mit in reichen Ländern lebenden Verwandten und Freunden vernetzt. Die Diaspora bietet materielle Unterstützung für Migrantinnen und Migranten, ermutigt, was den Zielort betrifft und vermittelt einen voreingenommenen Informationsfluss in Bezug auf die Erfolgsaussichten. Daraus ergibt sich, dass selbst in funktionierenden Gesellschaften mit rapidem Wirtschaftswachstum, etwa in Ghana oder dem Senegal, junge Menschen zunehmend nach Europa wollen. Dies unterminiert allerdings das Wirtschaftswachstum und die Prosperität jener Gesellschaften.

Der zweite Belastungspunkt entsteht dadurch, dass viele arme Gesellschaften ihren Bürgerinnen und Bürgern nicht einmal hoffnungsvolle Aussichten bieten. Staaten wie Afghanistan, große Teile der Sahelzone sowie des Horns von Afrika zerfallen, wodurch der Migrationsdruck steigt. Drittens ergibt sich aus diesem Druck, nach Europa zu gelangen, eine kommerzielle Gelegenheit für professionelle Banden. Diese starten groß angelegte Operationen, da sie sich hohe finanzielle Gewinne versprechen. Schließlich zeigt sich, dass an Westeuropa angrenzende, diesem jedoch unfreundlich gesinnte Staaten, Migration mitunter erfolgreich als Druckmittel instrumentalisieren.

Polarisierende politische Dynamiken

Keine Gesellschaft mit hohem Einkommen kann den sozialen Zusammenhalt sowie die für den sozialen Frieden erforderlichen Wohlfahrtsysteme aufrechterhalten, wenn ihre Grenzen de facto offen sind. Die extrem großzügigen Wohlfahrtssysteme Europas hängen in hohem

Maße von der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger ab, Steuern zu bezahlen, die für deren Finanzierung notwendig sind. Das ebenfalls sehr hohe Niveau des sozialen Friedens in Europa hängt wiederum von der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger ab, Gesetze und Konventionen zu befolgen.

Durch die offenen Grenzen und die wachsende Zahl von Menschen aus dem Ausland macht sich die einheimische Bevölkerung zunehmend Sorgen über die steigende kulturelle Vielfalt oder konkurrierende Ansprüche in Bezug auf das Wohlfahrtssystem und reagiert zunehmend alarmiert. Dementsprechend werden zunehmend strengere Kontrollen gefordert. Dadurch entsteht wiederum eine Gegenreaktion jener, die weder aufgrund der kulturellen Vielfalt noch hinsichtlich der Verwässerung der Sozialleistungen besorgt sind. Die letztgenannte Gruppe, zumeist jünger und ökonomisch erfolgreich, beginnt die erste Gruppe als ethisch minderwertig zu verachten. Das wiederum resultiert in Verachtung der erstgenannten Gruppe gegenüber der zweiten, die sie als naiv und privilegiert ansieht. Durch diese gegenseitige Diffamierung wird der soziale Zusammenhalt weiter untergraben.

Ein Lösungsvorschlag

Die Lösung für diese Dynamik besteht darin, dass politische und sicherheitspolitische Akteure weitgehend ethisch akzeptierte Regeln anwenden und dadurch eine klare Grenzpolitik verfolgen. Eine Mehrheit jener Menschen, die sich alarmiert zeigen, muss dahingehend überzeugt werden, dass ein gewisses Maß an legaler Einwanderung auch zu ihrem Vorteil ist und dass die Gesellschaft eine Verpflichtung gegenüber jenen Menschen hat, die in ärmeren Gesellschaften leben und für die ein sicherer Zufluchtsort absolut notwendig ist. Weiters muss eine Mehrheit derjenigen, die sich aufgrund der Einwanderung nicht bedroht sehen, überzeugt werden, dass offene Grenzen kein Dauerzustand sein können und dass die Mehrheit der Menschen, die in ihren Heimatgesellschaften bleiben wollen, dadurch Schaden erleidet.

Des Weiteren müssen alle Kriterien für eine legale Einreise so angelegt werden, dass sie überprüft und nicht von potenziellen Migrantinnen und Migranten imitiert werden können. Solche Kriterien müssen darüber hinaus eine Antwort auf die potenzielle Umgehung der Grenzkontrollen bieten und die effektive Rückführung in sichere Herkunftsländer ermöglichen. Wenngleich wahrscheinlich anerkannt wird, dass eine Verpflichtung zur Hilfe von Menschen in ärmeren Ländern besteht, sollte sich auch bewusst gemacht werden, dass der effektivste Beitrag einer einkommensstarken Gesellschaft normalerweise darin besteht, Ländern in der Nähe von Konfliktgebieten finanzielle und geschäftliche Möglichkeiten zu bieten. In diesen Staaten finden etwa 85 Prozent der Flüchtlinge einen sicheren Zufluchtsort.

Akademische Basis für die oben genannten Punkte

Die wissenschaftliche Grundlage in Bezug auf Gegenseitigkeit innerhalb einer Gesellschaft begann mit der Arbeit der Nobelpreisträgerin Eleanor Ostrom über die notwendigen Bedingungen einer Gesellschaft, um den Druck egoistischen Handelns zu vermeiden und stattdessen Verpflichtungen gegenüber dem Gemeinwohl zu akzeptieren. Die erste von ihr identifizierte Bedingung war die „Begrenzung“ der Gesellschaft. Die Gesellschaft musste klare Regeln formulieren, wer ihr angehört und berechtigt ist, von wechselseitigen Verpflichtungen zu profitieren und wer nicht.

Eine Darstellung des aktuellen Forschungsstands ist „Das Ende der Gier“ von Paul Collier und John Kay aus dem Jahr 2021. Die ethische Grundlage für den Vorrang der gemeinsamen Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl hat der Moralphilosoph Michael Sandel in seinem Werk „Vom Ende des Gemeinwohls“ aus dem Jahr 2020 aufgezeigt. Diese ist in seinem Konzept der „kontributiven Gerechtigkeit“ zu finden. Neuere akademische Quellen betreffend die Flüchtlingshilfe in sicheren Drittstaaten finden sich in den Büchern „Gestrandet“ von Collier/Betts aus dem Jahr 2017 und „The Wealth of Refugees“ von Betts aus dem Jahr 2021.

Aussichten und Konsequenzen für Europa

Je länger die oben beschriebenen Prozesse andauern, desto gefährlicher wird die Situation. Die Einwanderung tendiert dazu, sich zu beschleunigen. Damit werden jene, die sich ohnehin bereits bedroht fühlen, noch stärker alarmiert, während jene, die rasche Einwanderung begrüßen, geringschätziger werden. Die Polarisierung tendiert also dazu, noch weiter zuzunehmen.

Die Implementierung der oben dargestellten möglichen Lösung würde wahrscheinlich einige Jahre in Anspruch nehmen. Zudem würde erst eine Einwanderungspolitik, die für eine Mehrheit in beiden Gruppen akzeptabel ist, nachhaltig sein. Einwanderungspolitik kann hingegen nicht politisch nachhaltig sein, wenn sie sich lediglich auf umstrittene juristische Interpretationen von Vertragstexten stützt, die von einer anderen Generation verfasst wurden. Immerhin sind diese auch auf die Lösung ganz anderer Probleme ausgelegt. In den nächsten 18 Monaten ist es also wahrscheinlich, dass die Dynamik der Polarisierung weiter zunehmen wird.

Kernaussagen

- Die gegenwärtigen Grenzpolitiken sind nicht nachhaltig.
- Diese führen zu weiteren polarisierenden inneren Dynamiken, die neue Gefahren mit sich bringen.
- Die Suche nach einem politischen Konsens ist wesentlich, wird aber Zeit brauchen.
- Die Dynamik der Polarisierung wird in den kommenden 18 Monaten wahrscheinlich weiter zunehmen.



Bild: Scharfsinn/Shutterstock.com

Klimawandel – Zeitalter der Resilienz und Anpassung

„Grüne“ Streitkräfte?

Zusammenfassung

In der internationalen Staatengemeinschaft ist mittlerweile ein grundsätzliches Bewusstsein dafür vorhanden, dass der anthropogen verursachte Klimawandel eine der bedeutendsten sicherheitspolitischen Bedrohungen unserer Zeit darstellt. Dieses Bewusstsein fehlt hingegen für die Tatsache, dass bereits jetzt akuter Handlungsbedarf gegeben ist. Dies betrifft auch die Streitkräfte und wie diese für die Gegenwart und Zukunft gerüstet sein sollten, um die Bevölkerung vor den vielen Unsicherheiten der Zukunft zu bewahren. Wie überwinden die Streitkräfte beispielsweise das Dilemma zwischen

Autorin:
Eva Widhalm

einer Zunahme nationaler Assistenzeinsätze und vorrangiger Aufrechterhaltung militärischer Befähigung zur Landesverteidigung? Richten sie sich reaktiv aus und bleiben damit von fossilen, endlichen Energieträgern abhängig? Oder werden sie proaktiv, also strategisch vorausschauend, autark, durchsetzungsfähig und resilient, um einen Beitrag zum Schutz unserer Bevölkerung, des Planeten und unserer Lebensgrundlagen zu leisten?

Status quo des Klimawandels und seine Folgen bis Ende des Jahrhunderts

Im „Worst-Case-Szenario“ ist bis zum Jahr 2100 mit einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur von mindestens 4,4 °C im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu rechnen. Werden alle bisherigen Versprechungen der Weltklimakonferenz in Glasgow (COP26) eingehalten, wäre eine Temperaturerhöhung von mindestens 1,8 °C zu erwarten. Derzeit liegt der Temperaturanstieg jedoch bereits bei 1,2 °C und eine Begrenzung unter 1,5 °C, wie im Pariser Klimaabkommen verankert, ist zur Abmilderung gravierender ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Folgen unabdingbar. Aufgrund der stetigen Erwärmung der Atmosphäre, der Ozeane und der Landflächen ist die Zunahme der Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen, Klimaextremen und Naturkatastrophen bereits eingetreten. Auch in Österreich macht sich der Klimawandel immer deutlicher bemerkbar und der Anstieg der Jahresdurchschnittstemperatur ist bereits mehr als doppelt so hoch wie die globale Erwärmung.

Sicherheitspolitische Auswirkungen für die EU und Österreich

Die massive Veränderung der globalen Umweltbedingungen bedroht auch den Frieden und die internationale Sicherheit sowie bereits im Jahr 2050 den Lebensraum von einer Milliarde Menschen. Der Klimawandel wird bereits jetzt zwar noch nicht als Ursache, jedoch als Konflikttreiber und Bedrohungsmultiplikator im Zusammenhang mit

Zerfalls- und Destabilisierungsprozessen von Staaten und Verschärfungen regionaler und internationaler Krisen und Konflikte gesehen. Wasser- und Nahrungsmittelknappheit wie im Nahen Osten, geopolitische Implikationen unter anderem der Energiewende, des Klimawandels in der Arktis und den dadurch verursachten Kampf um Ressourcen, Migration und Terrorismus sind nur ein paar der globalen sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels. Dies bedeutet für die EU und auch für Österreich unter anderem eine Destabilisierung des eurostrategischen Umfelds und negative Auswirkungen auf die Kritische Infrastruktur mit erhöhtem Blackout-Risiko, die Versorgungs- und die humanitäre Sicherheit.

„Game Changer of the Century“

Die Auswirkungen des Klimawandels sind auch für den Verteidigungssektor enorm und verlangen einen gesamtheitlichen Zugang zum Thema Sicherheit, der in Österreich grundsätzlich durch die Umfassende Landesverteidigung (ULV) gewährleistet ist. Die Streitkräfte werden bereits jetzt und auch in Zukunft zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels vermehrt zu Assistenzeinsätzen und Unterstützungsleistungen im Inland herangezogen. Explizit zu nennen wären hier unter anderem Katastrophenschutz, Grenzschutz und Pandemiebekämpfung. Die militärische Befähigung zur Landesverteidigung wäre jedoch aufgrund der zunehmend instabilen geopolitischen Lage jederzeit vorrangig zu gewährleisten. Zusätzlich sind vermehrte Einsätze im Ausland zur Stabilisierung des eurostrategischen Umfelds zu erwarten. Aufgrund mangelnder Ressourcen ergibt sich daraus zunehmend ein kritisches Spannungsfeld.

Eine weitere Herausforderung ergibt sich aus dem österreichischen Ziel der Klimaneutralität bis 2040. Der Verteidigungssektor ist global einer der größten CO₂-Emittenten und der größte öffentliche Grundeigentümer. Das Ziel der Klimaneutralität ist in der Verwaltung bzw. hinsichtlich des Betriebs der Kasernen im Inland durchaus erreichbar. Ist dies jedoch auch bereits im Einsatz bei Missionen, Operationen und Übungen denkbar? Umweltfreundliche Technologien wie „grü-

ner“ Wasserstoff oder synthetische Kraftstoffe sind noch in der Entwicklungsphase und damit für Einsätze derzeit noch ungeeignet.

Der Verteidigungssektor könnte die Abkehr von fossilen Energieträgern ohne Gefährdung des Einsatzes nur mit enormem Einsatz von Ressourcen in Innovation, Entwicklung und Forschung vorantreiben. Dadurch würde er auch eine Vorreiterrolle einnehmen, Innovationen für den Privatsektor anstoßen und einen wesentlichen Teil zum Klimaschutz beitragen. Hierzu sind jedoch massive weitere Investitionen in den Bereichen militärische Infrastruktur, Logistik, Gerätschaft und Ausrüstung erforderlich. Diese werden in Zukunft noch extremeren Wetter- und Klimaverhältnissen ausgesetzt sein, etwa durch Überschwemmungen von Militärbasen, extreme Hitze oder extreme Kälte in verschiedenen geografischen Räumen. Darüber hinaus sind vorausschauende Maßnahmen zur Anpassung wie etwa die Anwendung von Kühltechnologien erforderlich, um die Gesundheit der Soldatinnen und Soldaten zu schützen.

Zeitalter der Resilienz und Anpassung

Der Klimawandel ist für die nächsten Jahrzehnte nicht mehr aufzuhalten. Allerdings können sich Staaten auf dessen Folgen vorbereiten und die schlimmsten Auswirkungen durch Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität und zur Wiederherstellung der Ökosysteme abmildern. Aufgrund der Vielzahl an sicherheitspolitischen Bedrohungen ist es unumgänglich, strategische Autonomie, zivile und militärische Resilienz, militärische Autarkie und Energieeffizienz aufzubauen und Anpassungsmaßnahmen vorzunehmen. Die EU, die NATO, die Vereinten Nationen, die OSZE und Österreich haben dies bereits erkannt und in entsprechende Strategien einfließen lassen. Das betrifft unter anderem den „Green Deal“ der EU, den Strategischen Kompass und die Initiative „NATO 2030“.

Die Streitkräfte sind Teil dieser Lösung. Durch die Verwendung grüner Technologien werden beispielsweise sowohl Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern als auch Kosten reduziert. Auch die Sicher-

heit von Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz wird beispielsweise durch die Vermeidung vulnerabler Kraftstofftransporte durch unsichere Gebiete erhöht sowie im besten Fall die Notversorgung der eigenen Bevölkerung garantiert, zum Beispiel beim Ausfall Kritischer Infrastruktur.

Indem geopolitische Herausforderungen, Entwicklungen bestimmter regionaler Hotspots und Zusammenhänge mit anderen sicherheitspolitischen Bedrohungen frühzeitig aufgezeigt werden, könnte die strategische Vorausschau einschließlich der Etablierung von Frühwarnsystemen einen enormen strategischen Vorteil bringen. Dies betrifft etwa den Zusammenhang von Klimawandel mit hybriden Bedrohungen, Cyberbedrohungen, disruptiven und emergenten Technologien wie etwa Geoengineering oder der Verbreitung von Desinformation.

Verschiedene Ansätze bieten sich hier als mögliche Lösungen für klimainduzierte Herausforderungen an: Weltraumtechnologien (Space4Climate, Destination Earth), Künstliche Intelligenz (KI) unter Verwendung von Big Data, der Aufbau nachrichtendienstlicher Fähigkeiten, der Austausch von „best practices“ und Informationen mit gleichgesinnten Staaten, die Einbeziehung der Industrie und „Dual-Use“-Technologien sowie von Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Kernaussagen

- Der Klimawandel ist aktuell und andauernd.
- Grüne Technologien und Anpassungsmaßnahmen sind das Gebot der Stunde.
- Ohne Ressourcen für Forschung und Entwicklung gibt es keine grünen Streitkräfte.
- Strategische Vorausschau in Bezug auf sicherheitspolitische Auswirkungen des Klimawandels bringt enorme strategische Vorteile.



Bild: Lisa-S/Shutterstock.com

Natur- und technische Katastrophen

Autor:
Erwin Richter

Zusammenfassung

Naturkatastrophen treten infolge des Klimawandels immer häufiger auf. Auch einzelne, kleinräumige Schadensereignisse können weltweite Auswirkungen nach sich ziehen. Die moderne Gesellschaft muss sich auf komplexe Katastrophenereignisse einstellen. Präventionsmaßnahmen auf allen Ebenen sind notwendig und geboten. Durch adäquate Maßnahmenbündel können Resilienz gestärkt und Wiederaufbau optimiert werden. Die Vereinten Nationen und die Europäische Union verfolgen Strategien zu Prävention und Katastrophenschutz, in deren Umsetzung es einige Herausforderungen zu bewältigen gilt.

Ursachen und Auswirkungen

Die Anzahl der wetter- und klimaassoziierten Naturkatastrophen und der durch diese verursachten Schäden ist in den vergangenen Jahrzehnten angestiegen. Dies wird durch verschiedene Faktoren begünstigt, insbesondere Bevölkerungszunahme, steigender Lebensstandard mit wachsenden Wertbeständen, Bevölkerungskonzentration in Großstadträumen, insbesondere in gefährdeten Regionen sowie der Einfluss des Menschen auf Umwelt und Klima. Zwischen 2005 und 2015 fielen mehr als 700.000 Menschen Naturkatastrophen zum Opfer, mehr als 1,4 Millionen erlitten Verletzungen und geschätzte 23 Millionen wurden obdachlos.

Hinzu kommen vom Menschen verursachte technische Katastrophen, die zumeist auch die Umwelt signifikant und langfristig beeinträchtigen. Die wachsende Anzahl technologischer Einrichtungen sowie Industrien in Ballungsräumen prägt die „Risikogesellschaft“, deren Abhängigkeiten und Vulnerabilität zugenommen haben. Gleichzeitig ist deren Risikowahrnehmung hingegen gesunken.

Vorhersage, Frühwarnzeiten und Folgeschäden

Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Mitigation von Katastrophen werden im Rahmen des Katastrophenschutzes ergriffen. Die Zeitspanne, in der Katastrophen auftreten, reicht von Sekunden (etwa Erdbeben) bis zu Jahrzehnten (beispielsweise Desertifikation). Prognosemodelle werden zwar immer besser, letztendlich ist das Eintreten einer Vielzahl von Ereignissen allerdings nicht exakt vorhersagbar oder nur unter kürzesten Frühwarnzeiten möglich. Entstandene Schäden können darüber hinaus durch Kaskadeneffekte eine Vielzahl an Kollateral- und Folgeschäden verursachen, beispielsweise die Freisetzung von Gefahrstoffen, Hungersnöte, Seuchen, Systemausfälle, abrupte Unterbrechungen in Versorgungsketten, Migrationsbewegungen oder ökonomische Schäden.

In den letzten Jahren ist das Auftreten von wenig wahrscheinlichen Ereignissen mit schweren Auswirkungen (High Impact, Low Probability – HILP) in den Mittelpunkt der Risikobetrachtung gerückt. In einer Welt mit globalisierter Produktion und optimierten Versorgungsketten wirken sich einzelne, weit entfernte Ereignisse rasch und viele Bereiche erfassend bis zur internationalen Wahrnehmung aus und erfordern umfassende Strategien. Ein Beispiel für ein solches Ereignis wäre etwa die Blockade des Suezkanals durch das Frachtschiff „Ever Given“ im März 2021.

Resilienz: der Schlüssel zur Bewältigung von Katastrophen

Trotz getroffener Vorkehrungen verbleibt stets ein Restrisiko. Dabei ist es unmöglich, sich auf alle denkbaren Katastrophen vorzubereiten. Strategien zum Katastrophenmanagement basieren neuerdings auf normierten Prozessen, die darauf abzielen, Gefahren und damit verbundene Risiken systematisch zu erfassen, zu reduzieren und adäquate Ressourcen bereitstellen zu können.

Ziel ist dabei, in einer ausgewogenen Balance zwischen Risikoakzeptanz und Vorkehrungen, höchstmöglichen Schutz und Resilienz (Widerstandskraft) gegen die Auswirkungen der antizipierten Katastrophenereignisse zu schaffen. Dies erfordert von allen Ebenen hohe organisatorische Flexibilität sowie strukturelles, übergreifendes Denken und Lernen. Der Eigenvorsorge zur Resilienzstärkung im kleinsten Wirkungsbereich, also in einzelnen Haushalten sowie in lokalen Strukturen, kommt besondere Bedeutung zu.

Im Katastrophenfall ist rechtzeitige und bedarfsorientierte Hilfe unerlässlich. Je nach Ausmaß, Art und Dauer können militärische Mittel, Spezialeinsatzkräfte und internationale Hilfsorganisationen einen wichtigen Beitrag zur Katastrophenbewältigung darstellen. Eine integrative und aktive Rolle kommt dabei den Medien zu, indem diese zur Steigerung des Problembewusstseins und im Katastrophenfall zur Kommunikation zwischen Katastrophenmanagement und

Öffentlichkeit beitragen. Glaubwürdigkeit und Vertrauen in zuständige Behörden sind wesentliche Faktoren der Kommunikation geworden. Soziale Medien erreichen die betroffene Bevölkerung zwar zeitnah und direkt, sind allerdings auch mit dem Risiko verbunden, dass „Fake News“ rasch Verbreitung finden. Breit genutzte Technologien ermöglichen bessere Kommunikationsformen: So sollen bis Juni 2022 in den Mitgliedsstaaten der EU durch „Cell Broadcast Alerts“ (priorisierte Textnachrichten) die Nutzer in der Umgebung betroffener Regionen auf drohende Gefahren hingewiesen werden.

Handlungsprioritäten

Das seit 2001 in der Europäischen Union implementierte Katastrophenschutzverfahren gewährleistet einen praktischen und zeitnahen Beitrag zur Katastrophenprävention wie zur Bewältigung eingetretener Katastrophen und findet seine Umsetzung in den Mitgliedsstaaten. Zudem formulierte die dritte Weltkonferenz zur Reduzierung von Naturkatastrophen im Rahmen der Vereinten Nationen im japanischen Sendai im Jahr 2015 Handlungsprioritäten, die sinngemäß auch für Europa und Österreich gelten.

1. Das Katastrophenrisiko verstehen: Politik und Praxis des Katastrophenrisikomanagements müssen auf einem Verständnis des Risikos in all seinen Dimensionen basieren. Das betrifft Vulnerabilität, Kapazitäten, Exposition von Menschen und Vermögenswerten, Gefahrenmerkmale und Umwelt. Dieses Wissen muss nutzbringend zu Risikobewertung, Prävention und Mitigation sowie zu Planung und Durchführung geeigneter Maßnahmen zur Vorbereitung auf einen Katastrophenfall und wirksame Katastrophenhilfe eingesetzt werden.
2. Institutionen der Katastrophenvorsorge stärken, um das Katastrophenrisiko zu minimieren: Institutionen der Katastrophenvorsorge auf regionaler, nationaler und globaler Ebene haben große Bedeutung. Eine klare Vision, Pläne, Fachkompetenz, Leitlinien und Koordinierung in und zwischen den Sektoren sowie die Beteiligung der maßgeblichen Interessensträger sind Voraussetzung dafür,

Katastrophenrisiken zu minimieren. Es ist daher notwendig, die Institutionen der Katastrophenvorsorge hinsichtlich Prävention, Mitigation, Vorbereitung auf den Katastrophenfall, Hilfe, Wiederherstellung und Rehabilitation zu stärken und auf diese Weise die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Mechanismen und Institutionen zu fördern.

3. Stärkung der Resilienz durch Investition: Öffentliche und private Investitionen in Prävention und Mitigation durch organisatorische, strukturelle und bauliche Maßnahmen sind unerlässlich, um die wirtschaftliche, soziale, gesundheitsbezogene und kulturelle Resilienz von Personen, Gemeinwesen, Ländern und ihren Vermögenswerten sowie der Umwelt zu verbessern. Derartige Investitionen können Treiber von Innovation und Wachstum sein und Arbeitsplätze schaffen. Sie tragen dazu bei, Leben zu retten, Verluste zu verringern und stellen die wirksame Wiederherstellung nach dem Katastrophenfall sicher.
4. Die Vorbereitung auf den Katastrophenfall verbessern: Um wirksamer reagieren zu können und Wiederherstellung und Wiederaufbau zu optimieren, ist es notwendig, Vorbereitungen für die Reaktion auf den Katastrophenfall zu verbessern. Dies umfasst Maßnahmen vor dem Eintritt von Ereignissen, die Integration von Vorbereitungen in die Katastrophenvorsorge und das Vorhandensein von Kapazitäten zur wirksamen Hilfe und Wiederherstellung auf allen Ebenen.

Zu den Herausforderungen, die sich für die Republik Österreich ergeben, zählen unter anderem der weitere Ausbau der vorhandenen Kommunikations- und Informationssysteme, die Bereinigung der Kompetenzlage im Katastrophenschutzmanagement zur Gewährleistung einer rascheren und effizienten Reaktion und die Bereitstellung einer adäquaten Versorgung mit wichtigen Ressourcen. Zudem sollten die Einsatzorganisationen und der Zivilschutz gestärkt sowie die Eigenvorsorge und die Zusammenarbeit der für den Katastrophenschutz vorgesehenen Strukturen und Organisationen verbessert werden.

Kernaussagen

- Die Häufigkeit des Auftretens von komplexen Katastrophen, vor allem der wetter- und klimaassoziierten Naturkatastrophen, nimmt zu.
- In den letzten Jahren ist das Auftreten von wenig wahrscheinlichen Ereignissen mit schweren Auswirkungen (High Impact, Low Probability – HILP) in den Mittelpunkt der Risikobetrachtung gerückt.
- Präventionsmaßnahmen, zu denen das systematische Erfassen von Gefahren und Risiken, die Bereitstellung von Mitteln und die Stärkung relevanter Institutionen zählen, sind geboten.
- Die Resilienz (Widerstandskraft) gegen Schadensereignisse muss erhöht werden. Der Eigenvorsorge kommt dabei besondere Bedeutung zu.



Bild: Bumble Dee/Shutterstock.com

Militärmedizinische Konklusionen aus der Pandemie

Autorin:
Sylvia-Carolina
Sperandio

Zusammenfassung

Das Militärische Gesundheitswesen leistet bundesweit einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie. Das hochqualifizierte Sanitätspersonal wurde und wird einerseits ad hoc als „(Military) One Health System“, aber auch unter Abstützung auf ABC-Abwehr-, Logistik-, Luft- und andere militärische Kräfte zur Unterstützung des zivilen Gesundheitssystems in den Einsatz geschickt. Aufgrund drastischer Kürzungen basierend auf Rechnungshofberichten der Jahre 2009 und 2012 kann und konnte den Assistenzanforderungen von Bund und Ländern nicht entsprochen werden, als Backup für zivile Krankenhäuser zur Versorgung von COVID-Patientinnen

und Patienten zu fungieren. Dies betrifft vor allem den Bereich der Militärkrankenanstalten. Auf die Führungsexpertise des Militärischen Gesundheitswesens als „Governmental Organization“ wurde im Rahmen des medizinischen Pandemie-, Krisen- und Katastrophenmanagements nicht zurückgegriffen. Im Jänner 2022 begannen im Rahmen der gesamtstaatlichen COVID-Krisenkoordination „GECKO“ Planungen zur Erhöhung der Bettenkapazitäten im Österreichischen Bundesheer (ÖBH), um im Falle einer Überlastung der zivilen Krankenhäuser unterstützen zu können.

Zivil-militärische Zusammenarbeit

Die aktuelle Pandemie verdeutlicht einmal mehr, dass die Infektions- und Verbreitungsthematik keine Grenzen zwischen Militär und Zivil kennt. Das ÖBH ist dem Vorgehen der Bundesregierung verpflichtet. So ist und war es von Beginn der Pandemie an das Bestreben des Militärischen Gesundheitswesens, das seit nunmehr zwei Jahren täglich im COVID-Einsatz steht, den vom Gesundheitsministerium (BMSGPK) vorgegebenen Strategien im militärischen Rahmen weitestgehend zu entsprechen.

Anfängliche Fehlinterpretationen entstanden bei den Gesundheitsbehörden bezüglich der Kompetenz des BMLV im Rahmen von Absonderungsmaßnahmen und entsprechender Bescheid-Erstellung nach dem Epidemiegesetz. Eine Vereinheitlichung von landes- und bundesweiten Standards zur Umsetzung von Anordnungen der zuständigen zivilen Behörden würde die zivil-militärische Zusammenarbeit vereinfachen.

Strategische Personalreserve

Das Militärwesen ist aufgrund seiner Strukturen (zum Beispiel Kasernierung, hoher Anteil an junger Bevölkerung) und seiner Einsatzaufgaben in Bezug auf SARS-CoV-2 epidemiologisch betrachtet ein vulnerabler Teil der Gesellschaft und erfordert eine strikte Einhal-

tung der COVID-19-Maßnahmen. Den militärischen Organisationsstrukturen und disziplinierten Abläufen ist zu verdanken, dass es zu keinen vermehrten Clusterbildungen im Militärischen Gesundheitswesen kam. Weiters konnte das zivile Gesundheitssystem bundesweit durch Reduktion der Sanitätsversorgung der eigenen Truppe auf ein Mindestmaß unterstützt werden. So konnte eine strategische Personalreserve zum Betreiben von Test- und Impfstraßen wie auch eine unmittelbare Unterstützung ziviler Gesundheitseinrichtungen sichergestellt werden.

Expertise und gesamtstaatliche Überlegungen

Jedenfalls ist das Militärische Gesundheitswesen, das neben dem Sanitätsdienst auch den Veterinärdienst, das Pharmaziewesen und die klinische Psychologie in sich als eigenständige Waffengattung vereint, mehr als ein „(Military) One Health System“ zu betrachten. Die geballte Expertise der verbundenen Kräfte, also in Verbindung mit weiteren Waffengattungen, ist in der Republik Österreich einmalig und eröffnet die Möglichkeit, dass Einsatzszenarien nicht nur durch die bereitgestellten Arbeitskräfte, sondern auch durch hochqualifizierte Expertise autark bewältigt werden können.

Die hohen Qualifikationen der Gesundheitsberufsgruppen im ÖBH, die zur Gänze den zivilen entsprechen, gepaart mit der militärmedizinischen Ausbildung, haben sich als Erfolgsstrategie bewährt. Die derzeit noch gültigen Konzepte und Strukturen für den militärischen Sanitätsdienst sehen ausschließlich die Versorgung der eigenen Kräfte vor. Gesamtstaatliche Überlegungen zur Erhöhung der militärischen Sanitätskapazitäten wurden bereits angeregt und sollten nachdrücklich weiterverfolgt werden, um entsprechende sanitätsdienstliche Ressourcen vorhalten zu können – eine Investition, die sich in der COVID-Krise bezahlt gemacht hätte.

Materielle Autarkie und Synergie von Milizkräften

Aus Sicht der materiellen Autarkie im Pandemiefall ist auch die Bevorratung von Arzneimitteln sowie die Möglichkeit der Eigenproduktion in der Heeresapotheke ein unabdingbares Asset. Neu geschaffene gesetzliche Rahmenbedingungen im Apothekengesetz ermöglichen auch hier künftig eine Erweiterung der ressorteigenen Möglichkeiten, was eine gezielte Krisenunterstützung anderer Gesundheitsorganisationen vereinfacht.

Auch hat sich im Zuge des bisherigen Pandemieverlaufs im Rahmen des Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements (SKKM) gezeigt, dass es zweckmäßig wäre, gewisse Arzneimittel außerhalb der Handelskette in einem „Central Governmental Warehouse“ im Bereich des BMLV bereitzuhalten, um diese dann gezielt direkt an die Bedarfsträger zu übergeben. Um im Rahmen von Krisen eine entsprechende Resilienz zu gewährleisten, wird an dieser gesamtstaatlichen Krisenvorsorge bereits gearbeitet.

Im Rahmen der erstmaligen Teilmobilmachung der Miliz wurde das Sanitätspersonal ausgespart, um dieses nicht aus dem zivilen Gesundheitssystem abzuziehen. Dennoch sollte eine Synergie von Milizkräften im Sanitätsdienst in den weiteren Betrachtungen keineswegs außer Acht gelassen werden, zumal die gegenseitige organisatorische und planerische Expertise einen deutlichen Mehrwert in einem raschen und gezielten Katastrophenmanagement finden kann.

Auslandsmissionen und internationale Konzepte

Die „Force Health Protection“ im Auslandseinsatz stellte sich im internationalen Kontext anfangs als sehr herausfordernd dar. Letztlich hat der hohe Impfschutz der Truppe eine Beruhigung der Lage in den österreichischen Auslandsmissionen herbeigeführt. Dieser resultiert daraus, dass die COVID-Schutzimpfung im Rahmen der Auslands-tauglichkeit obligat vorausgesetzt wird.

Die internationale Zusammenarbeit mit anderen Streitkräften ist im Wesentlichen auf den Erfahrungsaustausch beschränkt, da bilaterale Unterstützungen nur punktuell möglich waren. Das heißt, dass die Bildung internationaler Einsatztruppen keine Rückfalloption zu einer autarken nationalen Pandemiebekämpfung darstellt. Jedenfalls sollten EU- bzw. weltweite zivil-militärische Konzepte wie HERA (Health Emergency Preparedness and Response Authority), Surveillance- und Detektion, Impf- und Arzneimittelvorbereitung sowie Isolationsbehandlungen analog installiert bzw. optimiert werden.

Kernaussagen

- Gesamtstaatliche Überlegungen zur Erhöhung der Fähigkeiten und der Ressourcen des Militärischen Gesundheitswesens als strategische Reserve sollten nachdrücklich weiterverfolgt werden.
- Ein schlagkräftiges COVID-19-Krisenmanagement erfordert entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen auf Bundes- und Länderebene, wie auch eine synergetische Erstellung von Krisen- und Katastrophenplänen.
- EU- bzw. internationale Konzepte für Surveillance- und Detektion, Impf- und Arzneimittelvorbereitung sowie Isolationsbehandlungen sollten nicht ausschließlich militärisch, sondern zivil-militärisch erstellt werden.
- Synergieeffekte mit dem Sanitätspersonal in der Miliz wären im Rahmen des SKKM zu nutzen.



Bild: PopTika/Shutterstock.com

Lehren und mögliche Ableitungen aus der COVID-19-Pandemie

Zusammenfassung

Die COVID-19-Pandemie hat Schwachstellen in verschiedenen Systemen aufgezeigt. Effektive Wissenschaft braucht Transparenz und Zugang zu qualitätsgesicherten Daten. Mithilfe dieser, interdisziplinärer Kooperation und dem Einsatz von Computersimulationen lassen sich die Entscheidungsgrundlagen der handelnden Akteurinnen und Akteure deutlich verbessern. Durch solch vorausschauende Planung lässt sich die Resilienz unserer hochgradig vernetzten Systeme nicht nur gegenüber der COVID-19-Pandemie steigern, sondern allgemein für zukünftige Krisen.

Autoren:
Niki Popper,
Štefan Emrich

Die Krise – eine erbarmungslose Lehrerin

So verheerend die Folgen der COVID-19-Pandemie der vergangenen zwei Jahre sind, aus systemischer Sicht haben sie auch „positive“ Effekte. Die Pandemie hat Missstände und Fehler schonungslos aufgezeigt. Nachdem man aus Fehlern bekanntlich lernen sollte, bietet sich also die Chance, diese aufzuarbeiten und zwar nicht nur als Reaktion auf die Pandemie selbst, sondern vorbeugend. Denn in einer zunehmend vernetzten und volatilen Welt können kleine Störungen durch unerwartete Kettenreaktionen unabsehbare Konsequenzen haben. Beispielsweise hat der Unfall des Containerschiffes „Ever Given“ während der Pandemie die Verletzlichkeit der globalen Produktions- und Logistikketten aufgezeigt.

Neben der omnipräsenten Pandemie sind diverse andere und teils auch komplexere Krisen bzw. Probleme in den Hintergrund geraten. Allein die direkten und kurzfristigen Auswirkungen der Klimakrise wie Starkniederschlag, Überschwemmungen, Dürren und Waldbrände stellen signifikante Risiken für die Bevölkerung dar. Auch die Infrastruktur, insbesondere Schienen, Straßen, Stromleitungen sowie die Rundfunk- und Mobilfunkinfrastruktur ist betroffen.

Wir wären daher gut beraten, unsere Systeme resilienter zu gestalten, Schwach- sowie Engstellen zu beseitigen und durch verbesserte Entscheidungsgrundlagen vorausschauende Planung zu ermöglichen.

Lehren aus der Krise

Eine scheinbare „Gewinnerin“ der COVID-19-Pandemie ist die Wissenschaft. Ob Statistikerinnen und Statistiker, Virologinnen und Virologen oder Medizinerinnen und Mediziner – ihnen wurde plötzlich vonseiten der Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie den Medien eine bislang ungekannte Aufmerksamkeit zuteil. Man möchte sagen, dass die Wissenschaft zeitweise beinahe verzweifelt angerufen wurde, als ob es in ihrer Hand läge, die Pandemie via Knopfdruck zu beenden. Dem ist natürlich nicht so.

Wozu Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Lage sind, ist Fakten zu recherchieren und zu sortieren, Erkenntnisse zu erarbeiten, Strategien zu evaluieren sowie Handlungsoptionen zu identifizieren. Es sind jedoch (gewählte) Entscheidungsträgerinnen bzw. -träger, die diese Optionen umzusetzen und zu verantworten haben, wobei auch widersprüchliche Interessen gegeneinander abgewogen werden müssen. Hierbei zeigten sich in der jüngsten Vergangenheit mindestens drei Schwachstellen, von denen sich unmittelbar Lehren für zukünftige Krisen ableiten lassen.

Erstens sind Informationen und Daten über systemrelevante Infrastruktur nicht oder nur unzureichend vorhanden oder werden aus strategischen Gründen nicht zugänglich gemacht. Potenziell lösbare Datenschutzherausforderungen stellt man sich teilweise gar nicht erst. Ohne belastbare Daten können jedoch keine wissenschaftlichen Erkenntnisse gewonnen werden. Hieraus entsteht ein Teufelskreis.

Zweitens offenbarte sich ein Vertrauensproblem durch Politik und Gesellschaft gegenüber der Wissenschaft. Wissenschaftliche Erkenntnisse sind nicht demokratisch, gesicherte Evidenz ist nicht verhandelbar und nicht kompromissfähig. Das Ignorieren unpopulärer oder unpassender Erkenntnisse macht diese nicht weniger richtig und bekämpft auch kein Virus.

Drittens gibt es einen guten Grund, warum es bei Krisen normalerweise nur einen Krisenstab gibt, der das Management übernimmt und koordiniert. Das COVID-19-Management hingegen hatte bis Jahresende 2021 sprichwörtlich viele Köche, die jeweils ihr eigenes Süppchen kochten. Dadurch liefen nicht nur vernünftige Maßnahmen ins Leere oder wurden verzögert, vor allem wurde auch die Glaubwürdigkeit der Entscheidungsträgerinnen und -träger in der Bevölkerung untergraben.

(K)Ein Blick in die Glaskugel

Computersimulationen sind lediglich ein Baustein zur Entscheidungsfindung bei einer Pandemie (und in vernetzten Systemen). Sie sind sozusagen eine Hilfswissenschaft, die ohne den Input der anderen Disziplinen, vor allem von Medizin bzw. Virologie und den notwendigen Daten und Informationen nicht arbeiten kann.

Simulationsmodelle versuchen, die Realität mit all ihren Zusammenhängen und Einflussfaktoren möglichst genau in einer virtuellen Umgebung am Computer abzubilden. Mithilfe dieses virtuellen Abbilds können sehr schnell hunderte unterschiedliche mögliche Realitäten, sogenannte Simulationsszenarien, und deren Einflüsse auf gewählte Zielgrößen berechnet und miteinander verglichen werden. Dabei sind klarerweise Randbedingungen und Unsicherheiten gegeben. So lässt sich menschliches Verhalten glücklicherweise bestenfalls abschätzen, aber nicht präzise vorhersagen. Dadurch sind Prognosen, die die Gesellschaft betreffen, deutlich schwerer zu treffen und letztlich auch ungenauer als jene von physikalischen Systemen, wie etwa dem Wetter.

Den vollständigen Mehrwert von Computersimulationen erkennt man erst, wenn die Fragestellung umgedreht wird: Anstelle von „*Wie wird sich die Pandemie (mittelfristig) entwickeln?*“, fragt man sich: „*Welche Maßnahmen wirken wie gut, wenn sich die Pandemie auf eine bestimmte Weise entwickelt?*“. Die Entscheidungsträgerinnen und -träger wechseln bei dieser Art der Fragestellung von einer passiven und abwartenden in eine aktive und gestaltende Rolle. Ihre Entscheidungsgrundlage wird somit verbessert, wodurch sich ein verbessertes Systemverständnis ergibt und damit die Resilienz des gesamten Systems erhöht werden kann.

Langzeitausblick hinsichtlich COVID-19

Bei einem möglichen Langzeitausblick auf Basis dieses verbesserten Systemverständnisses sind positive und negative Faktoren einzubeziehen. Auf den weiteren Pandemieverlauf positiv auswirken werden sich die sukzessive Immunisierung der Bevölkerung durch Genesung bzw. Impfung, die Impfstoffentwicklung und die gezogenen Erfahrungen, einschließlich erprobter Simulationsmodelle. Demgegenüber stehen als negative Punkte vor allem die rasche Abnahme der Immunität bei Impfung und Genesung, unbekannte und potenziell gefährliche Mutationen sowie Managementfehler.

In den Modellen ergibt sich daraus folgende Perspektive: Es kommt weiterhin zu saisonalen Wellen, die aber dank zunehmender Immunisierung weniger Einfluss auf das Gesundheitssystem haben werden. Dadurch können harte Maßnahmen zurückgenommen werden. Die beiden großen Unbekannten bleiben dabei nach wie vor das Management, insbesondere Koordination und Erfolg von Impfkampagnen sowie potenziell besorgniserregende Virusmutationen.

Konsequenzen für die EU und Österreich

Nach zwei Jahren Pandemie wissen wir deutlich mehr über die Funktionsweise des Virus, haben erprobte Planungswerkzeuge, wie unter anderem Simulationsmodelle, und verfügen vor allem über eine wirksame Impfung. Diesen Assets stehen jedoch Schwachstellen im System gegenüber.

Das Wort Pandemie impliziert die globale Natur des Ereignisses. Insofern sind in einer hochgradig vernetzten Welt rein lokale Lösungen lang- und mittelfristig zum Scheitern verurteilt, wie die rapide Verbreitung der Omikron-Variante eindrücklich gezeigt hat.

Subsumiert man die obigen Erkenntnisse und Lehren aus der Pandemie, so lassen sich relativ klar zwei konkrete Verbesserungspotenziale ausmachen:

1. Daten. Der Zugang zu heiklen Daten muss sicher und für die Wissenschaft möglich sein. Datenschutz darf hierbei nicht als Vorwand vorgeschoben werden. Um das zu gewährleisten, braucht es professionelle und koordinierte Datenverwaltung und Infrastruktur.
2. Koordination. Es bedarf einer koordinierten Umsetzung von Maßnahmen – sowohl innerstaatlich als auch international. Solange die globale Immunisierung nicht ausreichend hoch ist, ermöglicht man dem Virus damit einen großen Gestaltungsspielraum für neue Mutationen. Hierzu braucht es einerseits Vertrauen der Entscheidungsträgerinnen und -träger in wissenschaftliche Expertise und andererseits gesellschaftliches Vertrauen in die handelnden Akteurinnen und Akteure. Vertrauen lässt sich nicht erzwingen, sondern nur aufbauen. Neutrale, politisch nicht weisungsgebundene (wissenschaftliche) Institutionen können hier einen wertvollen Beitrag leisten, sofern man ihnen die Möglichkeit dazu bietet.

Zugegebenermaßen ist die Identifikation der Probleme deutlich einfacher als deren Behebung. Wie bereits oben erwähnt, würde diese jedoch nicht nur für den weiteren Pandemieverlauf hilfreich sein, sondern die Resilienz allgemein und langfristig erhöhen. Darauf gilt es hinzuarbeiten. Die Frage ist nämlich nicht, ob, sondern wann und wie die nächste Krise kommt.

Kernaussagen

- COVID-19 wird auch das Jahr 2022 prägen; die großen Unbekannten sind weitere mögliche Mutationen und die nationale und internationale Koordination der Maßnahmen.
- Ohne Transparenz und Zugang zu wichtigen Daten kann die Wissenschaft keine belastbaren Erkenntnisse liefern.
- Wissenschaftliche Erkenntnisse sind nicht immer opportun. Das Ignorieren unpopulärer Fakten bekämpft jedoch die Pandemie nicht.
- Simulationsmodelle (digitale Zwillinge) ermöglichen ein besseres Systemverständnis, steigern die Resilienz und verbessern Entscheidungsgrundlagen.

06



Zur Zukunft der europäischen Streitkräfte und des ÖBH



Zur Zukunft der europäischen Streitkräfte und des Österreichischen Bundesheeres

Autor:
Philipp Eder

Zusammenfassung

Viele der auch für Österreich relevanten Krisen sind nur in Zusammenarbeit mit anderen Staaten lösbar. Diese Herausforderung lässt sich nur durch die aktive Mitwirkung Österreichs an der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) beantworten. Wer auf die Solidarität anderer zählt und europäische Sicherheitspolitik mitgestalten will, muss auch selbst in der Lage sein, relevante Beiträge zu erbringen. Das neue Streitkräfteprofil „Unser Heer“ schafft dafür die Voraussetzungen.

Entwicklung europäischer Streitkräfte

Das Streben der EU nach strategischer Autonomie bzw. eigenen, von den USA unabhängigen militärischen Fähigkeiten, war bereits nach den Kriegen am Balkan, den NATO-Luftschlägen in Libyen, der Marginalisierung der NATO seitens des US-Präsidenten Donald Trump, dem Austritt Großbritanniens aus der EU und der Evakuierungsoperation aus Afghanistan gefordert worden.

Der „Helsinki-Headline-Goal“-Prozess sah ab 1999 die Bildung einer EU-Eingreiftruppe bis 2003 vor. Innerhalb von 60 Tagen sollten bis zu 60.000 Soldaten „Petersberg-Aufgaben“, also humanitäre Hilfe, Rettungseinsätze, friedenserhaltende Einsätze sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich friedensschaffender Maßnahmen, erfüllen können. Hierzu werden Planungsszenarien entwickelt, aus denen der „Bedarfskatalog“ an militärischen Fähigkeiten beurteilt wird. Darauf aufbauend stellt der „Fortschrittskatalog“ dar, welche erforderlichen neuen Fähigkeiten durch Mitgliedsstaaten entwickelt werden sollen. Offen verbleibende Fähigkeitslücken werden somit erkennbar und Prioritäten zu ihrer Beseitigung werden beschlossen.

Zur Zukunft der europäischen Streitkräfte

Der genannte Bedarfskatalog wird unverändert die Grundlage für die Bemühungen um die Weiterentwicklung europäischer militärischer Fähigkeiten sein. Der im Frühjahr 2022 zu verabschiedende Strategische Kompass sollte neue Dynamik in die Weiterentwicklung der europäischen Streitkräfte bringen.

Unbestritten bleibt die NATO für die konventionelle militärische Verteidigung des Bündnisgebietes verantwortlich. Unterhalb der konventionellen Kriegsschwelle lauert jedoch eine Reihe von hybriden Bedrohungen, die sowohl ziviles als auch militärisches Krisenmanagement erfordern. Verteidigungspolitik kann nicht mehr getrennt von anderen Bereichen wie Außenpolitik, Wirtschaftspolitik oder der Justiz behandelt werden. Instrumente der inneren und äußeren Sicher-

heit sind zu synchronisieren. Domänen wie der Cyberraum oder das Informationsumfeld sind zu Graubereichen des Rechts geworden. Propaganda, Desinformation, Terror, sogar Flüchtlinge werden eingesetzt, um den Zusammenhalt der Europäischen Union zu stören und ihn in weiterer Folge sprengen zu können.

Dagegen muss sich die Union – auch mit den Streitkräften ihrer Mitgliedsstaaten – im Verbund mit anderen Institutionen und der Zivilgesellschaft, wappnen. Österreich engagiert sich weiterhin, unter anderem im Rahmen der oben aufgezeigten Prozesse, in der Weiterentwicklung der GSVP.

Die Zukunft des Österreichischen Bundesheeres

Am 24. März 2021 entschied sich Bundesministerin Klaudia Tanner für ein neues Streitkräfteprofil – „Unser Heer“. Darin wird die Aufgabenerfüllung des Bundesheeres geografisch gedacht – von Österreich ausgehend über unsere Nachbarn und die Europäische Union mit ihren Außengrenzen hinaus bis zu Räumen außerhalb Europas, deren Sicherheitslage Auswirkungen auf Österreich hat. Im Gegensatz zur Ausrichtung gemäß der letzten großen Reform „ÖBH 2010“ erfolgt in Fortsetzung von ab 2014 eingeleiteten Maßnahmen jedoch eine prioritäre Hinwendung zum militärischen Schutz der Souveränität Österreichs.

Beim Streitkräfteprofil „Unser Heer“ liegt das Schwergewicht daher auf der militärischen Landesverteidigung in Österreich, hier speziell auf der Abwehr überwiegend nicht-konventionell vorgehender Gegner.

Zusätzliches Ziel sind Beiträge zur Umfeldstabilisierung Österreichs und der EU. Für den Bereich des internationalen Krisenmanagements ist eine Beitragsleistung entsprechend dem derzeitigen Rahmen vorgesehen. Eine qualitative Verbesserung soll insbesondere durch verstärkte europäische Kooperation erreicht werden. Militärische Beratung und Unterstützung werden neben den exekutiven und über-

wachenden Einsätzen zur gleichwertigen Aufgabe des Bundesheeres im internationalen Krisenmanagement. Ein quantitativ begrenzter, aber qualitativ hochwertiger militärischer Beitrag im Rahmen einer sich entwickelnden EU-Verteidigung kann geleistet werden, dieser beruht primär auf Kooperationsmodellen.

Die militärische Landesverteidigung zur Abwehr eines überwiegend konventionell vorgehenden Gegners erfolgt gemäß den verteidigungspolitischen Vorgaben auf Basis eines Rekonstruktionskerns sowie mit Kapazitäten, die für die Abwehr nicht-konventioneller Gegner vorgehalten werden. Darüber hinausgehende Fähigkeiten werden unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse des Gefechtsbildes der Zukunft im Bedarfsfall neu aufgebaut oder durch Inanspruchnahme von Fähigkeiten von Partnern sichergestellt.

Eine flächendeckende Luftraumsicherung erfolgt in einer gegenüber dem aktuellen Stand vertieften grenzüberschreitenden Kooperation mit Partnern unter Beachtung der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Zur Abwehr von Cyberbedrohungen und zur Verteidigung gegen Beeinflussung sowie Maßnahmen im Informationsumfeld werden neue Fähigkeiten aufgebaut.

Ableitungen für die EU und für Österreich

In Umsetzung der verteidigungspolitischen Vorgaben wird der militärische Fähigkeitszuwachs des Österreichischen Bundesheeres prioritär in folgenden Bereichen verfolgt:

- Antizipation, Früherkennung und Aufklärung,
- Abwehr von Cyberbedrohungen,
- Verteidigung gegen Beeinflussung sowie Maßnahmen im Informationsumfeld,
- Einsatzführung militärischer Kräfte im urbanen Umfeld,
- Nutzung von Drohen und Drohnenabwehr sowie
- Militärische Beratung und Unterstützung.

Der Fokus auf moderne und innovative Fähigkeiten, die sowohl in als auch außerhalb Österreichs zum Einsatz kommen können, gewährleistet die Interoperabilität mit Partner-Streitkräften.

Kernaussagen

- Viele der auch für Österreich relevanten Risiken und Krisen erfordern die aktive Mitwirkung Österreichs an der GSVP der Europäischen Union.
- Der Strategische Kompass der EU sollte neue Dynamik in die Weiterentwicklung der europäischen Streitkräfte bringen.
- Das neue Streitkräfteprofil „Unser Heer“ hat auch zum Ziel, dass das Österreichische Bundesheer weiterhin Beiträge zur Umfeldstabilisierung Österreichs und der EU leisten wird.
- Im neuen Streitkräfteprofil „Unser Heer“ werden mit Priorität zu entwickelnde Bereiche vorgegeben, die sowohl in als auch außerhalb Österreichs zum Einsatz kommen können.



Lehren aus dem Konflikt um Berg-Karabach

Zusammenfassung

Der Konflikt um die Region Berg-Karabach zeigt die Wirksamkeit von bewaffneten unbemannten Flugsystemen („Drohnen“) gegen schlecht koordinierte Gegner, die weder den Kampf der verbundenen Waffen beherrschen noch über eine integrierte Flugabwehr verfügen. Gleichzeitig unterstreicht der Konflikt die Wirksamkeit von Präzisionsmunition und die andauernde Bedeutung von gepanzerten Fahrzeugen auf dem modernen Gefechtsfeld sowie die Notwendigkeit von elektronischen Kampfmitteln.

Autor:
Franz-Stefan Gady

Analyse des Konfliktes

Der 44-tägige Krieg von September bis November 2020 um die Region Berg-Karabach war der erste konventionell und offen zwischen zwei Staaten Eurasiens geführte militärische Konflikt seit dem Kaukasuskrieg 2008. Der Konflikt wurde zwischen den Streitkräften Armeniens und der sogenannten Republik Arzach auf der einen sowie den Streitkräften Aserbaidschans und Söldnern aus Syrien und Libyen auf der anderen Seite ausgetragen. Aus dieser kurzen, aber relativ verlustreichen militärischen Auseinandersetzung – beide Seiten hatten jeweils über 3.000 Gefallene zu beklagen – lassen sich mehrere Schlussfolgerungen für europäische Streitkräfte ziehen.

Generelle Ableitungen

Erstens unterstreicht der Krieg, dass in zukünftigen konventionell geführten Konflikten mit erheblichen Verlusten an Menschen und Material zu rechnen ist. Zweitens belegt er die Wirksamkeit von Drohnen im Verbund mit Präzisionskampfmitteln für die moderne Kriegsführung, wie auch Beispiele aus anderen Konflikten in Libyen, Syrien oder der Ukraine veranschaulichen. Drittens hebt der Konflikt die relative Wirkungslosigkeit von nicht-integrierten Flugabwehrsystemen gegen Drohnen und sogenannte „Loitering Munition“ hervor.

Viertens widerlegt der Krieg die These, dass gepanzerte mobile Artillerie und Kampfpanzer keinen Platz auf dem modernen Gefechtsfeld hätten. In naher Zukunft wird es keine wirkliche Alternative zu gepanzerten Fahrzeugen in Bezug auf Mobilität, Feuerkraft und Personenschutz im Gefecht geben. Fünftens belegt er die Wichtigkeit von Informationsoperationen, um gleich von Anfang an ein vorteilhaftes Narrativ zum Kriegsgeschehen zu kreieren. Videoaufnahmen von Drohnen, die die Zerstörung gegnerischer Einheiten zeigen, spielten hier eine besonders wichtige Rolle.

Doktrinäre Ableitungen

Der Konflikt um Berg-Karabach zeigt nicht nur die anhaltende Bedeutung des Kampfes der verbundenen Waffen inklusive der Notwendigkeit von integrierten elektronischen Kampfmitteln. Er illustriert darüber hinaus die Notwendigkeit, einzelne Verbände auf taktischer Ebene in aufgelösten Formationen einzusetzen und sie mit mehr Entscheidungsautonomie auszustatten. Das Führen mit Auftrag auf Gruppenebene für zukünftige, militärische Operationen ist hier besonders hervorzuheben. Der Krieg zeigt aber auch, dass Dezentralisierung und das Auflösen einzelner Verbände in kleinere Formationen keine idealen Lösungen sind, wenn die Massierung von Kräften für notwendige offensive Operationen unumgänglich ist.

Strukturelle Ableitungen

Bezüglich der Heeresflugabwehreinheiten illustriert der Konflikt, dass diese die Operationen von Bodentruppen sichern sowie effektiv begleiten und damit eine wichtige Rolle in zukünftigen konventionellen oder hybriden Konflikten spielen werden. Darüber hinaus lässt sich vom Kriegsgeschehen ableiten, dass über die direkte Angliederung von Einheiten der elektronischen Kampfführung an Kampfverbände auf Bataillonsebene intensiv nachgedacht werden muss. Obwohl es bis dato nur bedingt Evidenz für offensive Operationen im Cyberraum während des Konfliktes um Berg-Karabach gibt, sollten europäische Streitkräfte ferner auch die Integration von Cyber- und elektronischen Kräften auf taktischer Ebene prüfen.

Konsequenzen

Für europäische Streitkräfte und das Österreichische Bundesheer ergeben sich insgesamt vier Konsequenzen.

Erstens ist die Beschaffung von bewaffneten Drohnen, die mit Präzisionsmunition ausgestattet sind, für die zukünftige militärische Einsatzfähigkeit europäischer Streitkräfte unumgänglich.

Zweitens sollten konventionelle Fähigkeiten wie zum Beispiel gepanzerte mobile Artillerie und Kampfpanzer zumindest im Kern erhalten bleiben. Derartige Fahrzeuge müssen jedoch vor Angriffen aus der Luft und dem elektromagnetischen Spektrum besser geschützt werden.

Drittens sollten offensive Fähigkeiten im Cyberraum gestärkt werden, um eigene Netzwerke proaktiv zu verteidigen, aber auch eigene Informationskriegsführung zu forcieren und Angriffe zu unterbinden. Dies kann aber nur mit starker nachrichtendienstlicher Fernmelde- und elektronischer Aufklärung funktionieren.

Viertens geht der doktrinäre Trend weltweit in Richtung vernetzter „Multi-Domain-Operationen“, also in Richtung einer beschleunigten, breiter integrierten Form des Kampfes verbundener Waffen. Das bedeutet die enge Integration von Teilstreitkräften und Fähigkeiten aus unterschiedlichen militärischen Domänen – an Land, in der Luft, zur See, im Weltraum, dem Cyberraum und dem gesamten elektromagnetischen Spektrum.

Aus diesem Grund wäre die Schaffung eines Multi-Domain-Bataillons im Österreichischen Bundesheer empfehlenswert. Jene Einheit würde aus Expertinnen und Experten im Bereich der taktischen Cyber- und Informationskriegsführung, des elektronischen Kampfes und der Fernmelde- und elektronischen Aufklärung bestehen. Nur unter dem Schutzschirm einer derartigen Einheit könnten Verbände des Bundesheeres im Ernstfall gegen konventionelle Kräfte oder auch hybride Gegner operieren.

Kernaussagen

- Die Beschaffung von bewaffneten Drohnen, die mit Präzisionsmunition ausgestattet sind, ist für die zukünftige militärische Einsatzfähigkeit europäischer Streitkräfte unumgänglich.
- Konventionelle Fähigkeiten wie etwa gepanzerte mobile Artillerie und Kampfpanzer müssen zumindest im Kern erhalten bleiben.
- Der doktrinäre Trend weltweit geht in Richtung vernetzte „Multi-Domain-Operationen“, eine beschleunigte, breiter integrierte Form des Kampfes verbundener Waffen.
- Die Schaffung eines Multi-Domain Bataillons im Österreichischen Bundesheer wäre zu erwägen.



Bild: Bundesheer/Daniel Trippolt

Militärstrategische Perspektiven

Autoren:
Rudolf Striedinger,
Bruno Günter
Hofbauer

Zusammenfassung

Die EU und mit ihr auch Österreich wird zunehmend in die Pflicht genommen, selbstständig auch für die militärische Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten sowie Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Die NATO ist für viele Staaten das primäre Instrument der Verteidigung, jedoch wird der EU eine zunehmend wichtige Rolle zukommen, will sie ihre Zukunft autonom bestimmen. Österreich besitzt hier eine Sonderstellung: einerseits durch den Status der immerwährenden Neutralität und andererseits aufgrund der Mitgliedschaft in der EU, jedoch nicht in der NATO.

Die Bedrohung

In einem künftigen Konflikt werden die Konfliktparteien darum bemüht sein, den offenen „herkömmlichen“ militärischen Konflikt zu vermeiden. Aggressive Handlungen sind somit in allen möglichen Feldern der Macht zu erwarten. Diese reichen von Beeinflussung und Erpressung in Politik und Wirtschaft über Cyberangriffe, Desinformationskampagnen bis zur Subversion. Ziel ist es dabei stets, das eigene Handeln zu verschleiern und eventuelle Verantwortung leugnen zu können sowie handstreichartig vollendete Tatsachen zu schaffen, bevor eine militärische Allianz, die Maßnahmen im Konsens beschließen muss, überhaupt zu einer Reaktion in der Lage ist.

Durch seine zentrale Lage in Europa ist davon auszugehen, dass Österreich im Falle eines Konfliktes an der Peripherie auch zum Angriffsziel wird – einen rückwärtigen Raum gibt es in künftigen Konflikten nicht mehr. Die Frage zur Verteidigung der Souveränität erreicht in der aktuellen Lage und angesichts der domänenübergreifenden Konfliktaustragung eine neue Dimension. Nicht nur die Aufrechterhaltung der territorialen Integrität am Boden und im Luftraum sind durch militärische Kräfte zu gewährleisten, sondern auch im Cyberraum und im Informationsumfeld muss defensiv und offensiv agiert werden können, um die Handlungsfähigkeit der Republik aufrecht zu erhalten.

Die Reaktion – Streitkräfteprofil „Unser Heer“

Die aktuellen und erwartbaren Bedrohungen vor Augen habend, ist das Österreichische Bundesheer (ÖBH) nicht auf einen selbstständigen Kampf gegen eine technologisch und kräftemäßig überlegene militärische Großmacht im konventionellen Kampf auszurichten. Auch wenn Bedrohungen, Krisen und Konflikte in Osteuropa, im östlichen Mittelmeer und am Westbalkan ernst genommen werden müssen, so scheint doch innerhalb des mittelfristigen Planungszeitraumes kein traditioneller, konventioneller Angriff auf Österreich bevorzugen. Österreich ist jedoch mit Gegnern konfrontiert, die hybride Konflikte

führen und deren Wirken sich nicht auf das militärische Handlungsfeld beschränken.

Das Bundesheer wird mit der Umsetzung des Streitkräfteprofils „Unser Heer“ auf diese Herausforderungen reagieren. Dabei wird die Abwehr eines hybrid agierenden, vorwiegend subkonventionellen Gegners, auch im Rahmen einer zu erneuernden „Umfassenden Landesverteidigung“ (ULV), für die weitere Entwicklung bestimmend sein.

Den Kern des ÖBH bilden einerseits die Landstreitkräfte für den Kampf gegen einen vorwiegend subkonventionell agierenden Gegner im Inland zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Republik und andererseits eine qualitativ hochwertige Beteiligung an Einsätzen im Ausland zur Stabilisierung bzw. als Kern einer sich allenfalls entwickelnden gemeinsamen Verteidigung der EU.

Das Bundesheer ist dazu zu befähigen, im Rahmen einer Schutzoperation den gleichzeitigen Kampf österreichweit gegen nicht-konventionelle Gegner zu Land, in der Luft, im Cyberraum und im Informationsumfeld mit dafür strukturierten und ausgestatteten Kräften zu führen. Vorwarnzeiten sind nicht mehr vorhanden. Die Bedrohung bedingt die Verfügbarkeit von Einsatzkräften im Inland, die sich aus rasch verfügbaren Reaktionskräften aller Teilstreitkräfte und Waffengattungen der präsenten Kräfte des ÖBH und unverzüglich einsetzbaren Elementen der Miliz zusammensetzen.

Den Kern der Reaktionskräfte bilden durchsetzungsfähige Aufklärungskräfte, Spezialeinsatzkräfte, infanteristische Kampftruppen und bei Bedarf mechanisierte Kräfte. Diese werden durch Luft-, Cyber- und Informationskräfte unterstützt. Um die nötige Durchhaltefähigkeit oder auch Reaktion auf Bedrohungen höherer Intensität zu gewährleisten, ist die Aufwuchsfähigkeit auf die volle Mobilmachungsstärke von 55.000 Soldatinnen und Soldaten unverzichtbar. Dazu ist in letzter Konsequenz die Vollausrüstung der Truppen des Bundesheeres unbedingt erforderlich.

Das Streitkräfteprofil definiert den organisatorischen Rahmen für Auslandseinsätze. Das Bundesheer legt hier das Schwergewicht auf Beitragsleistungen zu internationalen Stabilisierungsoperationen über das derzeitige Auslandsengagement hinaus. Der Fokus liegt hierbei auf einem durchsetzungsfähigen, verlegbaren kleinen Verband oder Spezialeinsatzkräften mit den wesentlichen Unterstützungselementen sowie dem Beitrag des „Combat Service Support Bataillons“ zu den EU-Battlegroups. Diese drei Kernelemente werden auch als österreichischer Beitrag in den EUFOR „Crisis Response Operation Core“ (EUFOR CROC) eingebracht. Das Bundesheer wäre zielgerichtet auf diese neue Ambition auszurichten, wobei eine Perspektive zumindest für die nächsten 10 bis 15 Jahre in die Beurteilung einbezogen werden muss.

In der Reaktion auf die Bedrohungen der Zukunft und die finanziellen Rahmenbedingungen wird es nötig sein, klare Prioritäten zu setzen. Dabei kommt der hohen Reaktionsfähigkeit und dem militärischen Lagebild in allen Domänen höchste Priorität zu. Folglich werden die Aufklärungsfähigkeiten auf allen Ebenen nachhaltig zu stärken sein. Das betrifft militärstrategische (nachrichtendienstliche), taktische und gefechtstechnische Aufklärung. Hinzu kommt ein gezielter Fähigkeitenaufbau der Cyber- und Informationskräfte, die bessere Befähigung zum Kampf im verbauten Gebiet für alle Teile des Bundesheeres und eine hochwertige Wirkung zur Abwehr von Drohnen und Luftfahrzeugen.

Die Umsetzung im Spannungsfeld der realen Gegebenheiten

Mit der Umsetzung des Streitkräfteprofils „Unser Heer“ wird in den nächsten Jahren eine grundsätzliche militärstrategische Neuausrichtung des Österreichischen Bundesheeres vollzogen. Dabei wird aber neben der dargestellten strategischen Ausrichtung und Weiterentwicklung immer auch ein Blick auf die bestehende und unmittelbar anstehende Aufgabenerfüllung des Heeres zu legen sein. Die Bewältigung aktueller und unmittelbar drohender Krisen wird vom

Bundesheer immer und jederzeit eingefordert werden – ihre Erfüllung ist unsere allererste Pflicht!

Kernaussagen

- Das Jahr 2022 bringt für Europa, die Europäische Union und damit untrennbar verbunden auch die Republik Österreich neue Herausforderungen, die sich auch auf die militärstrategische Ausrichtung des Bundesheeres auswirken werden.
- Die zunehmende Dynamik der Rahmenbedingungen in Europa erfordert auch eine Kursänderung für die Streitkräfte in Mitteleuropa. Österreich ist dadurch mittelbar und unmittelbar betroffen.
- Das im Jahr 2021 festgelegte Streitkräfteprofil „Unser Heer“ trägt aktuellen internationalen und nationalen Entwicklungen Rechnung und weist dem Bundesheer den Weg in das Jahr 2030.
- Aufgrund der Ressourcenlage des Bundesheeres wird dieser Weg in den kommenden Jahren durch klare Priorisierung und Sicherstellung der vordringlichsten Einsatzaufgaben des Heeres bestimmt werden.



Bild: ArtisticPhoto/Shutterstock.com

Kooperation als Grundprinzip der Verteidigungspolitik

Zusammenfassung

Österreich ist als ressourcenmäßig mittelgroßer zentraleuropäischer EU-Mitgliedsstaat aus strategischer Perspektive zur Kooperation mit seinen Partnern angehalten. Politische Absichten, die Notwendigkeit aufgrund der komplexen Sicherheitslage, aber auch die beschränkten Möglichkeiten zur autarken nationalen Strategieumsetzung machen Kooperation zu einem Grundsatz der aktuellen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Autoren:
Peter Vorhofer,
Matthias Resch

Kooperation als Absicht und Notwendigkeit

Die politische Absicht zur verstärkten bi-, multilateralen und internationalen Kooperation findet sich in „westlich“ geprägten nationalen Strategien in unterschiedlicher Ausprägung. Kooperation wird zumeist auch in Strategien internationaler und transnationaler Organisationen gefordert. Die nationalen Strategien unterscheiden sich inhaltlich vor allem bezüglich des sicherheitspolitischen Grundansatzes, der davon abhängt, ob ein Staat beispielsweise Teil eines (Verteidigungs-)Bündnisses, neutral, oder nicht neutral, aber allianzfrei ist.

Die internationalen und nationalen Strategien stellen die Grundlage für die Umsetzung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Kooperation der jeweiligen Staaten dar. Für Österreich sind die maßgeblichen internationalen Dokumente die „EU Global Strategy“ aus dem Jahr 2016 bzw. der Strategische Kompass als deren Umsetzungsdokument. Auf nationaler Ebene ist in diesem Zusammenhang die Österreichische Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2013 zu nennen. Letztere betont unter anderem die Notwendigkeit der „Erzielung von Synergieeffekten und Kostenoptimierungen in der militärischen Kapazitätenentwicklung“. In der Teilstrategie Verteidigungspolitik aus dem Jahr 2014 ist ausgeführt: *„Kooperation ist als Grundprinzip anzuwenden. Nationale Alleingänge sollen die Ausnahme darstellen. Kooperationen dienen der Steigerung, Erhaltung und Kompensation von Fähigkeiten“*. Auch das aktuelle Regierungsprogramm sieht eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) vor.

Basis für die Überlegungen zur verstärkten Kooperation ist die Analyse des sicherheitspolitischen Umfeldes, die im BMLV anhand des jährlichen Risikobildes erfolgt. Auf dieser Basis werden die verteidigungspolitischen Konklusionen zu den Streitkräfteprofil- bzw. Strukturvarianten abgeleitet. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen, die nicht mehr selbstständig national bewältigt werden können, ist eine verstärkte Zusammenarbeit notwendig. Diese ist daher auf absehbare Zeit als Grundprinzip der Verteidigungspolitik anzusehen.

Kooperation als Möglichkeit zur Umsetzung der nationalen Strategie

Neben der Unzweckmäßigkeit des Versuchs, aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen im nationalen Alleingang lösen zu wollen, ist ein weiterer Aspekt in Hinblick auf Kooperationen zu berücksichtigen. Politisch führende Staaten nutzen diese Zusammenarbeit auf bi-, multi- und internationaler Ebene neben der gemeinschaftlichen Zielerreichung auch zur Verwirklichung der eigenen strategischen Interessen. Dazu dient als langfristiges Mittel auch die Weiterentwicklung von Bündnissen in ihrem Sinne. Hybride Ansätze zur Verwirklichung der nationalen Strategie verstärken die Tendenz, auch in Bündnissen in verschiedenen Domänen zielgerichtet zu wirken.

Staaten mittleren Einflusses können durch geschicktes Platzieren ihrer Positionen bestimmte nationale Interessen zu solchen eines Kooperationsbündnisses machen. Daneben besteht die Möglichkeit, sich auf spezifische Fähigkeiten zu spezialisieren, sich mit diesen verstärkt einzubringen, und dafür in anderen Bereichen geringere Beiträge zu leisten.

Kleinere Staaten können ihre jeweiligen strategischen Interessen meist nicht selbstständig erreichen. Durch gezielte Kooperation im Rahmen eines Bündnisses haben sie jedoch die Möglichkeit, als zuverlässiger Beitragsleister einerseits ihre Interessen im Wesentlichen durchzusetzen und andererseits die begrenzten eigenen Mittel zielgerichtet einzusetzen.

Kooperationsausprägungen und deren Auswirkungen

Kooperationen weisen je nach Zweck unterschiedliche Beteiligungsgrade auf. Das Spektrum reicht von anlassbezogener Zusammenarbeit, beispielsweise zum Schutz einer internationalen Konferenz, über spezifische Zusammenarbeit zur Erreichung bestimmter Ziele, etwa die Nutzung derselben militärischen Fahrzeugflotte mit gemein-

samer logistischer Basis, bis hin zur vertieften strukturellen Kooperation in Bezug auf eine dauerhafte gemeinsame Zielerreichung wie zum Beispiel der gemeinsame Schutz des Luftraumes.

Bieten Kooperationen Chancen, etwa hinsichtlich der Möglichkeit zur Spezialisierung auf bestimmte Fähigkeitenbereiche, bergen sie allerdings auch das Risiko, in wesentlichen Bereichen in ein Abhängigkeitsverhältnis zu einem oder mehreren Partnern zu geraten. Trotz eines Bündnisses besteht die Gefahr, dass in Bedrohungsfällen nationale Interessen vor jene der Partnerschaft gestellt werden.

Kooperation kann außerdem aus reiner Rationalität entstehen: So kann etwa eine zur Landesverteidigung notwendige Luftraumüberwachung in Zentraleuropa heute kaum mehr ausschließlich mit nationalen Mitteln sichergestellt werden. Die zunehmende Komplexität sowie die steigenden Investitionskosten der Systeme führen bereits bei Staaten mittlerer Größe zur Notwendigkeit einer Zusammenarbeit, nicht zuletzt aufgrund einer überall ähnlichen budgetären und personellen Situation.

Kooperationen des BMLV

Trotz der angeführten Einschränkungen ist Kooperation heute ein Grundprinzip der Verteidigungspolitik. In diesem Sinne bedarf es einer aktiven Mitwirkung Österreichs an der Weiterentwicklung der GSVP und einer neu konzipierten nationalen Umfassenden Landesverteidigung (ULV). Es ist dabei erforderlich, sorgfältig abzuwägen, in welchen Bereichen das Österreichische Bundesheer (ÖBH) seine Stärken einbringen und wo es seine Schwächen ausgleichen kann. Kooperation muss zielgerichtet auf die Erfüllung verteidigungspolitischer Absichten wirken oder der militärischen Fähigkeitsentwicklung dienen. Das ÖBH trägt mit seinen Kooperationsprojekten im Ausland aktiv zur Stabilität in der Nachbarschaft bei und unterstützt ein Zusammenwachsen mit regionalen Partnern.

Aus nationalem Blickwinkel muss festgehalten werden, dass der Vertiefung der österreichischen Kooperationen aufgrund der verfassungsrechtlich verankerten Neutralität Grenzen gesetzt sind. Dies bedeutet jedoch nicht, dass eine Zusammenarbeit im Rahmen der EU oder NATO gänzlich ausgeschlossen wäre, im Gegenteil: Vor allem im Bereich der EU wird eine verstärkte Zusammenarbeit in der GSVP angestrebt und beispielsweise durch Kooperationen in der Ausbildung oder bei Beschaffungsvorgängen bereits durchgeführt.

Kooperation als Leitlinie in der verteidigungspolitischen Planung

Kooperation als Leitlinie in der verteidigungspolitischen Planung könnte langfristig zu einer Substitution von nationalen Fähigkeiten durch bi-, multilaterale oder internationale Elemente führen. Die jeweilige Intensität der Kooperation lässt dabei unterschiedliche Rollen und Mitteleinsätze zu. Theoretisch könnten nationale Fähigkeitsbereiche vollständig ausgelagert werden, jedoch lediglich unter der Inkaufnahme der oben genannten Risiken. Darüber hinaus bleibt die Notwendigkeit eines grundsätzlichen Ressourceneinsatzes auch bei ausgelagerten Teilbereichen zum Fähigkeitserhalt und Wissenstransfer bestehen. Kooperation erfordert immer einen Eigenaufwand. Insgesamt ist es realistischer, beim Eingehen von Kooperationen von einer Verschiebung des eigenen Ressourceneinsatzes anstatt von potenzieller Einsparung auszugehen.

Kernaussagen

- Aufgrund der komplexer werdenden Sicherheitslage, steigenden Systemkosten und gleichzeitigem Ressourcendruck sind Kooperationen in Europa zum verteidigungspolitischen Grundprinzip geworden.
- Nicht nur in nationalen Strategien, sondern auch in jenen der relevanten multi- bzw. internationalen Organisationen wird Kooperation als Notwendigkeit zur Verwirklichung eigener Absichten erkannt.
- Kooperationen des BMLV dienen entweder der Verwirklichung verteidigungspolitischer Absichten oder dem militärischen Fähigkeitenaufbau und -erhalt.
- Kooperationen erfordern immer einen eigenen Ressourceneinsatz und bergen das Risiko, in ein Abhängigkeitsverhältnis gegenüber einem Partner zu geraten. Vor allem in Krisenzeiten steht dieser vor dem Problem des Abwiegens eigener nationaler Interessen und seinen bi- und multilateralen Verpflichtungen. Je intensiver die Kooperation, umso größer die gegenseitige Abhängigkeit.



Bild: Bundesheer/Martin Maghörndl

Umfassende Landesverteidigung und Umfassende Sicherheitsvorsorge

Ungelöstes sicherheitspolitisches Spannungsfeld

Zusammenfassung

Seit 2001 befindet sich die verfassungskonforme Umfassende Landesverteidigung (ULV) mit einer konzeptlosen Umfassenden Sicherheitsvorsorge (USV) in einem ungelösten sicherheitspolitischen Spannungsfeld. Dieses Spannungsfeld gilt es – auch gegenüber der EU – aufzulösen.

Autor:
Wolfgang Baumann

Verankerung in der Verfassung

Am 10. Juni 1975 wurde nach umfangreichen, mehrjährigen Beratungen die Umfassende Landesverteidigung in der Verfassung verankert und mit Entschließung des Nationalrates die erste österreichische Verteidigungsdoktrin verabschiedet. Der gesetzliche Landesverteidigungsplan von 1985 regelte vor allem die detaillierte Umsetzung auf Bundes- und Landesebene bis in die Gemeinden und Schulen: zweifellos ein Meilenstein in der umfassenden Sicherheitspolitik Österreichs.

Nach 1989 und besonders mit dem Beitritt zur EU änderten sich Konfliktbild und vor allem der sicherheitspolitische Rahmen für das neutrale Österreich. Verteidigungsdoktrin und Landesverteidigungsplan wurden 2001 durch eine Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin – als Empfehlung an die Regierung – ersetzt. Darin beabsichtigte man neben der aktiven Mitwirkung Österreichs an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auch die Umfassende Sicherheitsvorsorge statt der Umfassenden Landesverteidigung zu implementieren.

ULV verliert an Stellenwert

Im folgenden Diskussionsprozess im Verfassungskonvent ab 2003 wurde der gesamtstaatliche Koordinierungs- und Fachstab für die Umfassende Landesverteidigung als gesamtstaatliche Koordinierungsstelle im Bundeskanzleramt im Wesentlichen aufgelöst. Verantwortung und Koordinierungskompetenzen wechselten teilweise in das Bundesministerium für Inneres. Die 2004 im Verfassungskonvent geforderte verfassungsmäßige Anpassung (USV statt ULV) wurde bis heute aufgrund fehlender Mehrheit nicht umgesetzt, obwohl in der Österreichischen Sicherheitsstrategie von 2013 die politische Absicht der USV nochmals betont wurde.

Auch wenn in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union seit 2009 zweifellos Fort-

schritte erzielt wurden, ist eine realistische EU-Verteidigung ohne die NATO weiterhin nicht erkennbar und auch von der NATO sowie den EU-Staaten in der NATO nicht beabsichtigt. Die Verteidigung der EU wird auf absehbare Zeit nur von der NATO wahrgenommen werden.

Sicherheits- und verteidigungspolitisches Dilemma

Die immerwährende Neutralität Österreichs – im Rahmen der EU – wirkt ausgehöhlt und gleichzeitig in der Bevölkerung einzementiert: ein sicherheits- und verteidigungspolitisches Dilemma. Fakt ist, Österreich hat ohne Bündnisbeitritt die nationale umfassende Verteidigung in den letzten Jahrzehnten nachweislich vernachlässigt. Dies geschah im unbegründeten Glauben, die EU und nicht die NATO würde in absehbarer Zukunft die Verteidigung der EU und somit auch Österreichs wahrnehmen.

Die Migrationskrise seit 2015 und die Pandemie seit 2020 zeigen bereits schmerzhaft auf, dass die EU in einer Krise keine nationalen Aufgaben zum Schutze der Bevölkerung wahrnimmt, da diese außerhalb deren Zuständigkeit liegen. Dies ist von vielen Mitgliedsstaaten auch so beabsichtigt und verbleibt somit in der souveränen Selbstverantwortung, wenn auch vernetzt im Rahmen von EU und NATO.

Gerade Krisen und Konflikte mit Auswirkungen auf oder in Österreich sind folglich zuallererst durch nationale Vorbereitungen, Kräfte und Mittel abzuwehren, natürlich in Solidarität mit der EU.

Ungelöstes sicherheitspolitisches Spannungsfeld

Bis 2001 ermöglichten die vier Säulen der Umfassenden Landesverteidigung mit ihren Lenkungsausschüssen und der klaren Zuständigkeit im Bundeskanzleramt eine robuste vernetzte Sicherheitspolitik im Bund gemeinsam mit den Ländern, Bezirken und Gemeinden. Es gab eine gesamtstaatliche Leitung, klare Strukturen, genormte Berichte, sichergestellte Mittel, überparteiliche Initiativen und klare

politische sowie behördliche Verantwortlichkeiten. Insgesamt führte das zu wesentlich mehr Sicherheit für die Bevölkerung.

Die USV ist wiederum seit 2001 im Wesentlichen über die Absichtserklärung noch nicht hinausgekommen. Bis heute gibt es kein verfügbares Konzept. Gleichzeitig wurden leider die umfassenden Strukturen der gesamtstaatlichen ULV seit über 20 Jahren schleichend und für die Allgemeinheit unzureichend nachvollziehbar reduziert.

Die Säulen der Umfassenden Landesverteidigung, also Wirtschaftliche, Geistige, Zivile und Militärische Landesverteidigung, hätten allerdings nur einem neuen USV-Konzept gegenübergestellt und diskutiert werden dürfen. Ein sofortiger Umstieg auf die USV bedingt nämlich durchaus die Bündnisverteidigung und folglich einen Beitritt zur NATO.

Diese wesentlichen Änderungen der Verteidigungsfähigkeit Österreichs müssten offen angesprochen und verantwortungsvoll umgesetzt werden – was nicht ausreichend passierte. Ein Bündnisbeitritt ist bis heute nicht erfolgt.

Eine Renaissance der ULV?

Solange es in der EU keine supranationale Kompetenz für eine gemeinsame Verteidigung unter Einbindung Österreichs gibt, muss die Republik verfassungskonform die gesamtstaatlichen nationalen Verteidigungsaufgaben unverändert alleine wahrnehmen können. Glaubhafte über die Militärische Landesverteidigung (MLV) hinausgehende Beiträge Österreichs für eine zukünftige EU-Bündnisverteidigung müssten erst zusätzlich geplant, budgetiert, beschafft, ausgebildet und formiert werden. Dies erscheint mit den derzeitigen budgetären Anstrengungen überwiegend aussichtslos.

Nur den Begriff „Landesverteidigung“ durch den durchaus weniger kontroversen Begriff „Sicherheit“ zu ersetzen, bringt weder umfassende gesamtstaatliche Wirkung noch ausreichenden Schutz bzw.

Resilienz für die Bevölkerung. Viel eher ist das Gegenteil der Fall: Wie 1985 erkannt, greift die Militärische Landesverteidigung für eine Gesamtverteidigung nicht weit genug. Die abgestuften Anlassfälle bedingen ein gesamtstaatliches Zusammenwirken bereits bei der Vorsorge und noch viel mehr in der Krise. Deswegen ist die ULV vom Verfassungsgesetzgeber als Staatszielbestimmung formuliert und wäre als Verfassungsauftrag durch sämtliche Staatsorgane unverändert umzusetzen. Die USV ist gut gemeint, aber leider noch immer überwiegend inhaltslos.

Die ULV hingegen ist heute für Frau Bundesministerin Klaudia Tanner unverändert relevant und nicht obsolet. Allerdings bedarf diese dringend einer inhaltlichen Aktualisierung. Gerade an der Landesverteidigungsakademie hat die ULV wieder einen hohen Stellenwert bekommen. Nur muss die ULV auch politisch dringend an die Sicherheitsstrukturen der EU angepasst werden.

Die nationalen sicherheits- und verteidigungspolitischen Aufgaben müssen dabei gesamtstaatlich und zuallererst eigenverantwortlich wahrgenommen werden. Darüber hinaus muss eine Abstimmung im Rahmen der EU erfolgen. Entsprechende für die Öffentlichkeit nachvollziehbare Umsetzungsschritte wären zu setzen.

Im November 2021 erfolgte erfreulicherweise national eine Regierungsinitiative für ein Krisensicherheitsgesetz in Österreich. Darin findet sich ebenso wie im aktuellen Regierungsprogramm ein Hinweis auf die Aufgaben im Rahmen der ULV. Somit ist ein wiederholter Startschuss für eine verteidigungs- und sicherheitspolitische Diskussion in Österreich gefallen.

Österreichs Sicherheitspolitik muss jedenfalls wieder handlungsfähiger werden

Diese Diskussion sollte vor allem im Gesamtverständnis der Umfassenden Landesverteidigung, der immerwährenden Neutralität und der Solidarität mit der EU geführt werden. Das Spannungsfeld ULV/USV gilt es auch gegenüber der EU endgültig aufzulösen. Österreichs Handlungsfähigkeit muss zunächst auf nationaler Ebene sichergestellt werden. Im Anschluss daran kann es mit seinen Nachbarn und der EU solidarisch sein.

Kernaussagen

- Die Umfassende Landesverteidigung ist in der österreichischen Bundesverfassung verankert und stellt eine Staatszielbestimmung dar.
- Die Umfassende Sicherheitsvorsorge ist hingegen im Wesentlichen eine politische Absichtserklärung.
- Die ULV bildet daher weiterhin die Grundlage für das eigenverantwortliche Handeln der Republik.
- Dabei muss die ULV inhaltlich aktualisiert und an die bestehenden Sicherheitsstrukturen der EU angepasst werden.



Bild: DR MANAGER/Shutterstock.com

Zur Zukunft der Verteidigungs- forschung in Österreich

Zusammenfassung

Das europäische Forschungs- und Innovationssystem steht durch Initiativen wie den Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) vor strukturellen Veränderungen, wodurch sich auch für den Innovationsstandort Österreich erhebliches Potenzial ergibt. Mit Blick auf das Ziel, die Fragmentierung der Verteidigungsfähigkeiten zu verringern, die Wettbewerbsfähigkeit der Verteidigungsindustrie der EU zu stärken und die Interoperabilität zu verbessern, gilt es, auch in Österreich entsprechende Voraussetzungen zu schaffen. Dazu müssen die nationalen und internationalen Instrumente fähigkeitsorientiert für das Österreichische Bundesheer (ÖBH) eingesetzt werden.

Autoren:
Christian Resch,
Florentin Schlager

Nationale Verteidigungsforschung

Forschung stellt für das Österreichische Bundesheer einen zentralen Faktor dar – sie ist nicht nur Treiber für die Innovationsfähigkeit der Organisation, sondern auch die notwendige Grundlage für die Streitkräfte- und Fähigkeitsentwicklung. Das bestehende System der nationalen Forschungsförderprogramme hat sich in vielen Bereichen bewährt und stellt ein maßgebliches Instrumentarium für Vernetzung und die Deckung des Wissens- und Forschungsbedarfes des Bundesheeres dar.

Neben dem zivilen Sicherheitsforschungsprogramm KIRAS mit einem Fördervolumen von 9,25 Mio. Euro für das Jahr 2022 deckt insbesondere das nationale Verteidigungsforschungsprogramm FORTE mit weiteren 5 Mio. Euro den spezifischen militärischen Bedarf für zukunftsrobuste Streitkräfte ab. Eine besondere Aufgabenstellung ist das Verständnis für neue Technologien und deren Anwendungen zu fördern, wozu Kooperationen mit österreichischen Forschungseinrichtungen weiter ausgebaut und neue Modelle der Zusammenarbeit mit Industrie und Wirtschaft entwickelt werden.

In den kommenden Jahren gilt es, die etablierten Marken KIRAS und insbesondere FORTE hin zu einer Vernetzungsplattform weiterzuentwickeln und Akteuren damit den Sprung auf die internationale Ebene zu ermöglichen, um den Wissens- und Forschungsbedarf für die Fähigkeitenentwicklung des Bundesheeres sicherzustellen. Dieser Bedarf wird in insgesamt 14 strategische Forschungs- und Technologiebereiche geclustert. Er umfasst unter anderem Themenbereiche wie Führungs- und Informationssysteme, Cybersicherheit und Verteidigung, ABC-Abwehr und Kampfmittelbeseitigung, Drohnenabwehr, Landsysteme und Robotik sowie sozialwissenschaftlich-polemologische Felder wie militärische Führung und Logistik, Sicherheitspolitik und Strategie oder Militärgeschichte.

Internationale Verteidigungsforschung

Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) ist seit 2014 das Herz der europäischen Kooperation im Bereich der Verteidigungsforschung. Die französische Präsidentschaft des Rates der EU hat angekündigt, einen Fokus auf die Weiterentwicklung der EDA im Rahmen des Strategischen Kompasses zu legen. Besonders die Innovationsfähigkeit Europas muss im Verteidigungsbereich gestärkt werden. Instrumente wie die Foreign-Direct-Investment-Verordnung können verhindern, dass europäisches Know-how abfließt, sowie innovative Start-Ups an US-amerikanische und chinesische Investorinnen bzw. Investoren verkauft werden. Neuen Ideen und innovativen Lösungen im Verteidigungsbereich muss jedoch besser der Boden bereitet werden. Durch den gemeinsamen Ausbau von Expertise, die Vernetzung und Entwicklung von kooperativen Forschungsprojekten der Mitgliedsstaaten, die Entsendung von nationalen Expertinnen und Experten und die Platzierung österreichischer Unternehmen in thematischen Netzwerken wird die EDA weiterhin wichtige Impulsgeberin bleiben.

Ein weiterer wesentlicher Fortschritt wurde mit der Implementierung des EDF und der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) erzielt. Diese schufen eine neue, relevante, konkrete, langfristige und potenziell weitreichende Kooperation im Bereich der Fähigkeitenentwicklung innerhalb der EU. Gleichzeitig repräsentiert der EDF einen Wendepunkt für die Verteidigungsforschung, da er zusätzliche, robuste Investitionen in die Verteidigungsindustrie ermöglicht und eine gestärkte, europäische Kooperation im Bereich der Forschung und Technologieentwicklung vorantreibt.

Mit der ersten Ausschreibung zum EDF betritt Europa gemeinsam neues Terrain. Erstmals in der Geschichte der EU stehen beträchtliche Steuermittel für den Verteidigungsbereich im Rahmen kompetitiver Ausschreibungen zur Verfügung. Österreich erarbeitet gemeinsam mit den europäischen Partnern und der Europäischen Kommission jährliche Arbeitsprogramme entlang konkreter Fähigkeitsinteressen. Konsortien mindestens dreier Entitäten aus mindestens drei Staaten können sich auf diese Ausschreibungen bewerben. Die grenzübergreifende Koope-

ration und der Wettbewerb zwischen Konsortien stehen also im Fokus. Das soll dazu beitragen, die starren Verhaltensmuster in der Beschaffungspolitik der Mitgliedsstaaten aufzubrechen und gleichzeitig wettbewerbsfähige Produkte für den Weltmarkt zu fördern. Der EDF bietet in seiner Struktur jedoch auch Platz für sogenannte disruptive und emergente Forschungsthemen. Diese weisen hohe Risiken auf, bieten aber auch große Gewinnaussichten (High Risk/High Reward). Dieses Risiko wäre für einzelne Mitgliedsstaaten allein nicht tragbar.

Österreich nutzt den EDF, um konsequent die nationalen Forschungsbemühungen auf europäischer Ebene fortzuführen und damit gewinnbringend für das Österreichische Bundesheer zu verwenden. Nicht jedes Thema eignet sich für die europäische Ebene und nicht immer ist es zielführend, kompetitiv auszuschreiben. Mit der EDA und FORTE hat Österreich aber zwei zusätzliche Instrumente zur Hand, die eine hervorragende Ergänzung zum EDF darstellen und direktere Zusammenarbeit erlauben. Finanziell große und langfristige Themen und Fähigkeiten mit besonderem „Impact“ für die europäische Fähigkeitslandschaft werden jedoch im EDF platziert werden müssen.

In Hinblick auf das „single set of experts“ und die begrenzten Mittel hierzulande ist eine Nutzung der vorgestellten nationalen und internationalen Instrumente unumgänglich. Eine besondere Chance für das Bundesheer ist dabei eine langfristige Fähigkeitenplanung und etwaige Überführung in Beschaffungsvorhaben. Die Zukunft der Verteidigungsforschung Österreichs liegt somit in der vorausschauenden Verknüpfung aus nationaler und internationaler Ebene.

Ausblick

Im Forschungsprogramm für das Jahr 2022 des Bundesministeriums für Landesverteidigung werden rund 250 Projekte aus der gesamten Förderlandschaft gelistet. Der EDF stellt dabei im ersten Arbeitsprogramm 1,2 Mrd. Euro in kompetitiven Ausschreibungen zur Verfügung. Das Projektportfolio der EDA im Bereich Forschung und Technologie für 2022 wird 27 Projekte im Umfang von 85 Mio. Euro umfas-

sen. Damit hat die Verteidigungsforschung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene eine beeindruckende Dynamik erfahren und für Österreich an Bedeutung gewonnen. Diese Dynamik wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen, denn im europäischen Verteidigungssektor gibt es im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation einen auffallenden Rückstand in der technologischen Entwicklung. Dazu kommt ein starkes Bedürfnis, die strategische und asymmetrische Abhängigkeit der Europäischen Union von externen Akteuren zu reduzieren.

Die EU muss in Verteidigungsforschung und technologische Innovation investieren und dazu Schlüsselbereiche identifizieren. Dabei kristallisieren sich jedoch auch neue Konfliktlinien zwischen Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen heraus, die Fragen nach geteilten Zuständigkeiten und Spill-Over-Effekten aufwerfen. Forschung muss dabei nicht nur emergente Entwicklungen und Trends erkennen, um zukünftige Schlüsseltechnologien für das Österreichische Bundesheer nutzbar zu machen, sondern auch innovative Lösungen für kurzfristige Bedarfe anbieten können. Die kommenden Jahre werden daher davon geprägt sein, diese Ebenen in Hinblick auf begrenzte Ressourcen und Kapazitäten synergetisch zu verknüpfen, um den konkreten Bedarf mit passenden Mitteln zu erforschen und zu entwickeln.

Kernaussagen

- Forschung und Entwicklung müssen als wichtiger Bestandteil der strategischen Autonomie Europas verstanden werden.
- Die kommenden drei Präsidentschaften des Rates der EU werden maßgebliche Impulse für eine Weiterentwicklung der europäischen Verteidigungsforschung setzen.
- Die nächsten Jahre werden davon geprägt sein, den European Defence Fund zur Fähigkeitenentwicklung zu nutzen und synergetisch in die bestehende Forschungslandschaft einzubetten.
- Zur Verringerung technologischer Abhängigkeiten ist es essenziell, den Eintritt österreichischer Akteure zu ermöglichen.

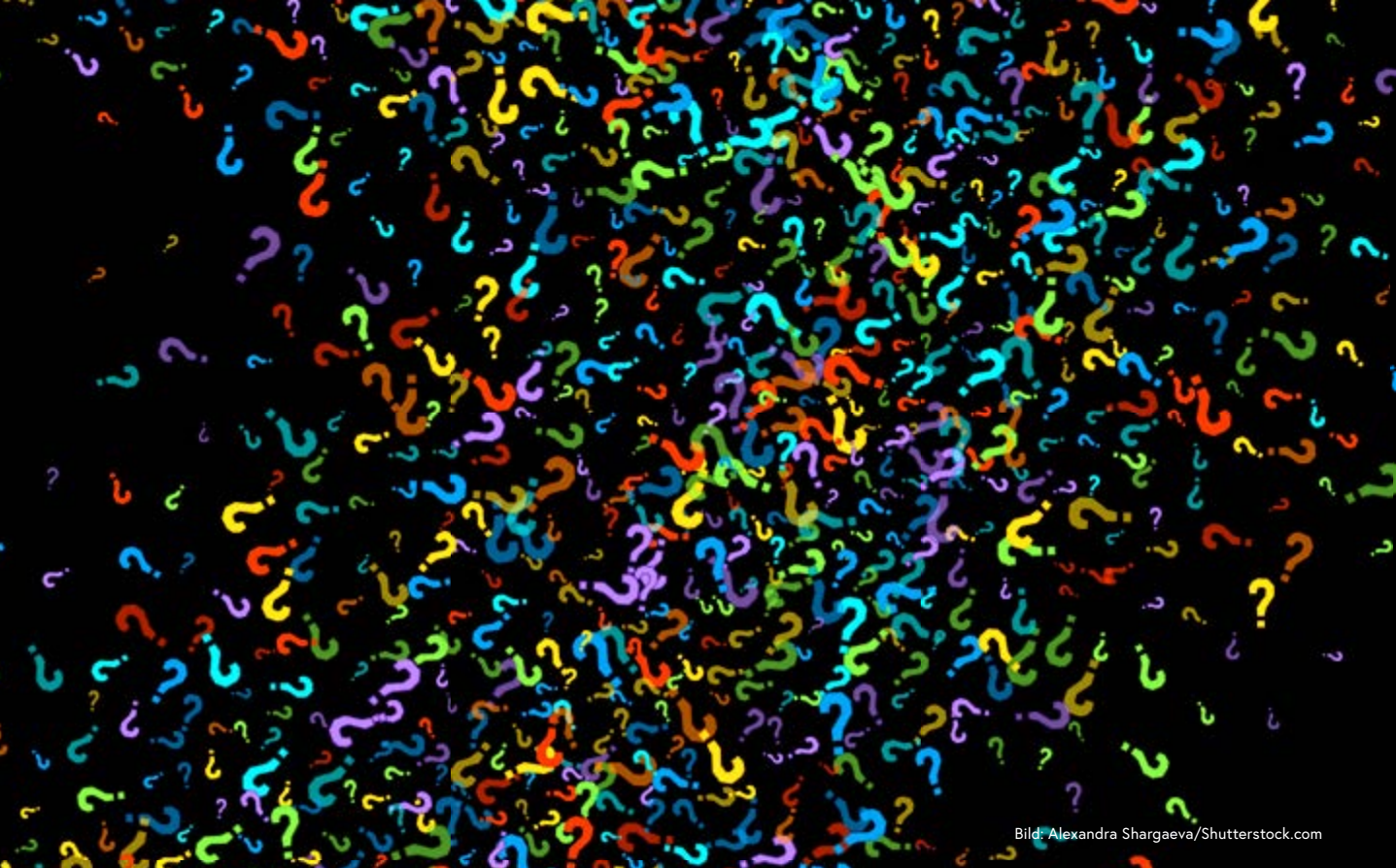


Bild: Alexandra Shargaeva/Shutterstock.com

Sicherheitspolitisches Lagebild der österreichischen Bevölkerung

Autor:
Stefan Rakowsky

Zusammenfassung

Die externen Meinungsumfragen zum sicherheitspolitischen Meinungsbild der österreichischen Bevölkerung im Frühsommer 2021 lassen einzelne Trends erkennen. So kommt es etwa zu einer zunehmenden Polarisierung und Extremisierung von Bevölkerungsteilen, was ein großes nationales Sicherheitsrisiko darstellt. Das Verhältnis zu den USA hat sich entspannt, während jenes zu Russland kritischer betrachtet wird. Die Notwendigkeit einer verstärkten geistigen (und zivilen) Landesverteidigung ist angesichts der Bedrohungswahrnehmung weiterhin evident.

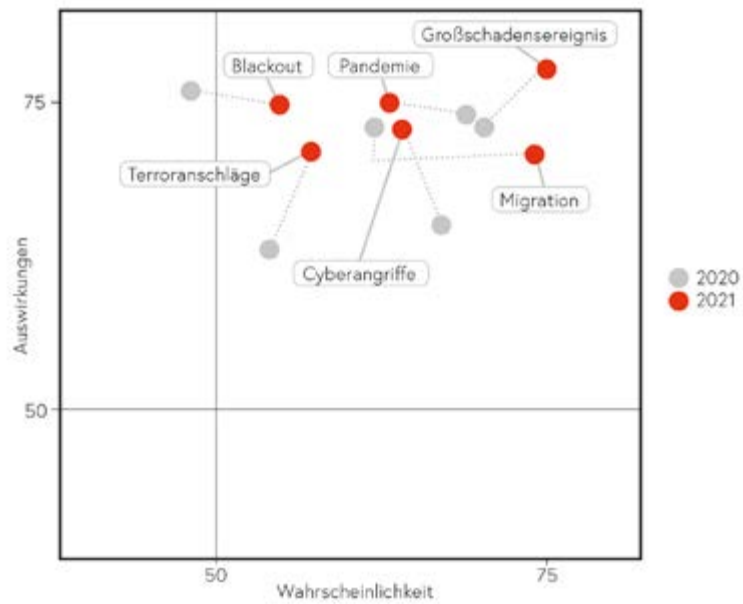
Bedrohungswahrnehmung der Bevölkerung

Nach einem leichten Einbruch gegen Ende 2019 und Mitte 2020 hat sich die Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage durch die österreichische Bevölkerung wieder auf den Stand von Sommer 2019 eingependelt. 16 % empfinden die weltweite Sicherheitslage als sicher und 36 % als unsicher, während der Rest unentschlossen ist. Die Sicherheitslage Europas wird wesentlich positiver eingeschätzt – 52 % empfinden diese als sicher und 16 % als unsicher. Knapp drei Viertel beurteilen die Sicherheitslage Österreichs als sicher, und auch das persönliche Sicherheitsempfinden hat wieder das Niveau vor der COVID-Pandemie erreicht: 79 % fühlen sich sehr oder eher sicher. Wie auch in den vergangenen Jahren ist das persönliche Sicherheitsempfinden der weiblichen Bevölkerung weniger positiv ausgeprägt als jenes der männlichen Bevölkerung.

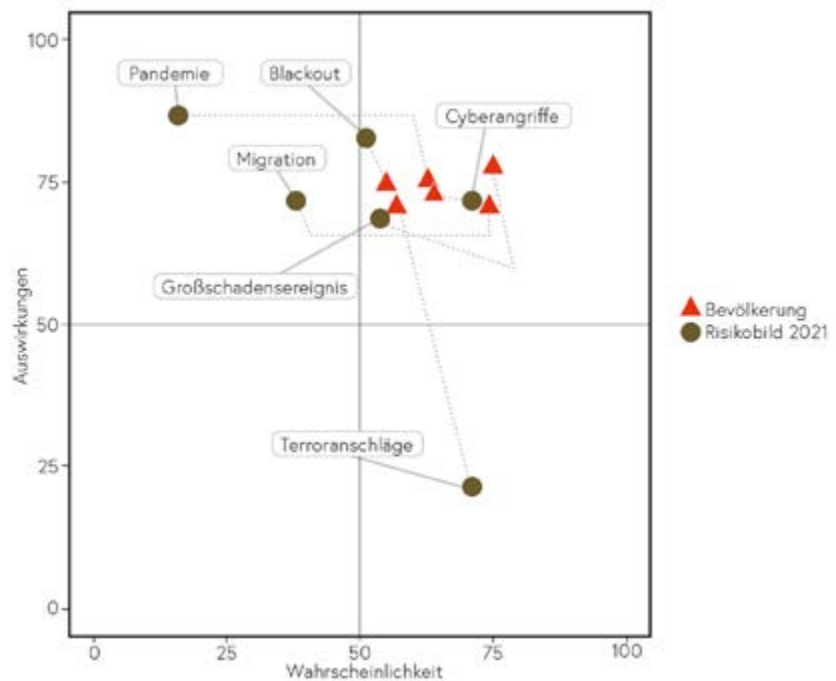
Das Bedrohungsempfinden durch unterschiedliche Auslöser hat sich im letzten Jahr verändert. Die Angst vor steigenden Preisen, vor der Verbreitung von Falschinformationen oder einem Störfall in einem Atomkraftwerk ist gestiegen, während der von 2019 auf 2020 wahrgenommene Zuwachs des Bedrohungsempfindens durch eine Pandemie wieder etwas abgeklungen ist. Die wesentlichen sicherheitspolitischen Bedrohungen im Vergleich 2020 und 2021 sind in Grafik 1 dargestellt.

Migration als sicherheitspolitisches Risiko wird durch die Bevölkerung zwar als deutlich wahrscheinlicher beurteilt, jedoch mit etwas geringeren Auswirkungen. Ebenso werden Terroranschläge, Blackout oder Großschadensereignisse als wahrscheinlicher beurteilt als noch vor einem Jahr. Als weniger wahrscheinlich werden Cyberangriffe oder Pandemien beurteilt, dafür jedoch mit teils sehr viel größeren Auswirkungen.

Stellt man die Sicht der Expertinnen bzw. Experten jener der österreichischen Bevölkerung gegenüber, ergeben sich durchaus große Abweichungen, wie Grafik 2 verdeutlicht.



Grafik 1: Bedrohungswahrnehmung 2020 und 2021 im Vergleich. Auf der X-Achse wird die beurteilte Eintrittswahrscheinlichkeit und auf der Y-Achse werden die beurteilten Auswirkungen auf die österreichische Bevölkerung dargestellt; der Fokus wird nur auf den kritischsten Quadranten gelegt.



Grafik 2: Bedrohungswahrnehmung von Bevölkerung und Expertinnen bzw. Experten im Vergleich.

Auf den ersten Blick wird deutlich, dass die Bevölkerungsmeinung wenig differenziert ist – hier liegen die Beurteilungen der Auswirkungen und Eintrittswahrscheinlichkeiten recht eng beisammen. Generell beurteilt die Bevölkerung den Eintritt der sicherheitspolitisch relevanten Vorfälle als wahrscheinlicher (Ausnahmen Terroranschläge und Cyberangriffe). Dies mag auf eine geringere Sachkenntnis zurückzuführen sein.

Verhältnis zur Europäischen Union

Etwa zwei Drittel der Befragten stimmen dem Erfordernis einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eher oder völlig zu. Im Laufe der letzten zwei Jahre ist die Zustimmung zu einer gemeinsamen europäischen Armee und dem vorrangig gemeinsamen Engagement Österreichs mit den Staaten der EU allerdings geringer geworden. Demgegenüber steht die weiterhin hohe Zustimmung zur Neutralität (60 % stimmen völlig und weitere 16 % eher zu).

Auch im Bereich der Streitkräfteorganisation lassen sich ähnliche Trends feststellen. 14 % der Bevölkerung präferieren eine gemeinsame europäische Armee anstelle nationaler Streitkräfte (konstant über die letzten zwei Jahre), 22 % bevorzugen eine dauerhafte europäische Armee parallel zu nationalen Streitkräften (leichter Rückgang) und 38 % meinen, es sollte weiterhin nur nationale Streitkräfte geben, die im europäischen Rahmen eng zusammenarbeiten. Dieser bereits im vergangenen Jahr evidente Trend der Entsolidarisierung zeigt sich allerdings nicht nur bei sicherheitspolitischen Themen, sondern betrifft auch andere Lebensbereiche wie beispielsweise Gesundheit oder Finanzen.

Verhältnis zu anderen sicherheitspolitisch relevanten Staaten

Das Verhältnis zu Russland wurde in den letzten Jahren immer kritischer betrachtet. Vor allem die Sorge vor einem neuen Kalten Krieg zwischen Russland und den USA hat zugenommen. Im Gegensatz dazu hat sich das Verhältnis zu den USA sehr stark verbessert. Die Vereinigten Staaten sollten nach Meinung der österreichischen Bevölkerung (wieder) in die Verteidigung Europas eingebunden werden, und mit dem neuen Präsidenten Joe Biden wird den USA auch vermehrt Zuverlässigkeit zugeschrieben. Nur gut ein Viertel der österreichischen Bevölkerung ist der Meinung, dass Österreich seine wirtschaftlichen Beziehungen zu China einschränken soll. 24 % – etwas weniger als 2020 – sehen keine Bedrohung in der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Polarisierung und Fragmentierung der Gesellschaft

Die COVID-Pandemie hat zu einem verstärkten Auseinanderdriften von Teilen der österreichischen Bevölkerung geführt. Nahezu unveröhnlich stehen sich mittlerweile Impfbefürworter und -gegner gegenüber. Die Pandemie führte im Gegenzug allerdings auch zu völlig neuen Allianzen, wenn beispielsweise Impfgegner – vom rechtsnationalen bis hin zum linksliberalen Lager – gemeinsam ihrem Unmut Luft machen. Wie das Austria Corona Panel Project (ACPP) herausgefunden hat, hat sich der Anteil der nicht-impfbereiten Österreicherinnen und Österreicher auf 14,5 % reduziert. Außerdem hat sich der Anteil der Impfpflichtgegnerinnen und -gegnern weiter reduziert. Der Anteil an Impfverweigerinnen und -verweigern ist unter FPÖ- sowie Nichtwählerinnen und -wählern besonders hoch und bei NEOS-, ÖVP- und Grünwählerinnen und -wählern am geringsten.

Politische Herausforderungen

Die undifferenzierte Bedrohungswahrnehmung der österreichischen Bevölkerung fußt zu wesentlichen Teilen auf geringem Kenntnisstand. Um ein adäquates (Vorsorge-) Verhalten der Österreicherinnen und Österreicher zu sichern, müssen die Bemühungen im Sinne der geistigen und zivilen Landesverteidigung (also von zwei der vier Säulen der Umfassenden Landesverteidigung) weiter vorangetrieben werden.

Auch das Verhältnis zu Europa ist vom Trend der Entsolidarisierung betroffen. Diesem muss in den nächsten Jahren verstärkt entgegen gewirkt werden, um die europäische Integration nicht auszubremsen.

Die gesellschaftliche Polarisierung wird weiter zunehmen. Diese Fragmentierung und in Teilbereichen sogar Extremisierung birgt große sicherheitspolitische Gefahren für Österreich und Europa, weswegen diesem Trend entschieden entgegengetreten werden muss.

Kernaussagen

- Die Bedrohungswahrnehmung hat sich in den letzten Jahren leicht verändert, wobei Blackout, Pandemie, Großschadensereignisse, Terroranschläge, Migration und Cyberangriffe als wesentlich beurteilt werden.
- Der Trend der Entsolidarisierung setzt sich ungebremst fort und führt zu einer Bedrohung der EU und Österreichs.
- Die Beziehung zu den USA unter dem neuen US-Präsidenten Joe Biden wird als deutlich entspannter wahrgenommen.
- Die zunehmende Polarisierung und Extremisierung von Bevölkerungsteilen führt zu einem großen nationalen Sicherheitsrisiko.



Bild: Bundesheer/Gunter Pusch

Entwicklungstendenzen im internationalen Krisenmanagement

Autor:
Ronald Vartok

Zusammenfassung

Die globale sicherheitspolitische Lage zeichnet auch für das Jahr 2022 erneut ein düsteres Bild. Eine Trendumkehr ist nicht erkennbar, weshalb der Befähigung zum internationalen Krisenmanagement hohe Bedeutung beigemessen werden muss. Da sicherheitspolitische Bedrohungen für die EU auch entsprechende gravierende Auswirkungen für jeden einzelnen Mitgliedsstaat generieren, gelangte man zu der gemeinsamen Einsicht, dass sich die EU dringend als effizienter Security Provider etablieren muss. Österreich hat sich klar zur Ausformung der EU als globaler Security Provider bekannt und setzt mit dem eingeleiteten Bundesheer-Reformprozess „Unser Heer“ einen entscheidenden Schritt, um auch weiterhin als verlässlicher Beitragsleister im internationalen Krisenmanagement zu gelten.

Zunehmend konfrontative Umfeld-Destabilisierung

Nahezu alle Trendfaktoren verweisen auf eine signifikante Verschlechterung der globalen Sicherheitslage und damit auch auf das sicherheitspolitische Umfeld der EU. Nicht nur, dass bereits vorhandene Krisenregionen mittlerweile nicht mehr in zufriedenstellender Weise beherrscht werden können, sondern sie erfahren stattdessen eine stetige Verschärfung. Beispielhaft zu nennen wären hier etwa die Sahelzone, Mosambik, Libyen, Afghanistan nach Abzug der NATO oder auch die anhaltende Konfrontation in der Ostukraine.

Die EU als sicherheitspolitischer Akteur

Um auch im sicherheitspolitischen Konnex als globaler Akteur in Form eines Security Providers zu reüssieren und auch als solcher glaubhaft wahrgenommen zu werden, hat die EU die Stärkung der strategischen Autonomie als klare Ambition definiert. Im Anlassfall rasch Krisenreaktionselemente zum Einsatz zu bringen, um in Regionen ihres geostrategischen Interesses direkten Einfluss auf allfällige Krisen zu nehmen, stellt ein entscheidendes Merkmal sicherheitspolitisch effizienter Akteure dar.

Nachdem 2020 der dringende Bedarf nach einer Konkretisierung des in der EU-Globalstrategie aus dem Jahr 2016 definierten Ambitionsniveaus der GSVP artikuliert worden war, wurde in Folge jener Prozess eingeleitet, welcher aktuell als „Strategischer Kompass“ die sicherheitspolitische Entwicklungsdebatte in der EU dominiert. Dem Krisenmanagement wird hierbei eine herausragende Rolle zugeordnet.

Koalition der Willigen

Staaten weisen unterschiedliche Bedrohungsperzeptionen und davon abgeleitet gesamtstaatliche Sicherheitsinteressen auf. Ungeachtet der nationalen Perzeption bezüglich des Ausmaßes der jeweiligen Krise bleiben diese Risiken dennoch virulent und erfordern im Anlassfall ein gemeinsames Vorgehen aller EU-Mitgliedsstaaten. Eine entsprechende Ambition vorausgesetzt, vermag sich die EU nur dann als glaubhafter sicherheitspolitischer Akteur etablieren, wenn auch das essenzielle Teilsegment der militärischen Krisenreaktion verfügbar ist und letztendlich der politische Wille zu dessen Einsatz sichergestellt wird.

Das Respektieren des besonderen Charakters der Sicherheitspolitik einzelner Mitgliedsstaaten stellt auch weiterhin eine entscheidende Determinante der GSVP dar. Durch Anbieten einer Opt-out-Position wird es den Mitgliedsstaaten ermöglicht, den einstimmigen Beschluss zum Einsatz militärischer Kräfte in Krisenregionen aufgrund nationalstaatlicher Beurteilungen nicht verhindern zu müssen. Das Prinzip der Herausbildung einer „Koalition der Willigen“ wird somit zukünftig an Gewicht gewinnen.

Rasche Reaktionsfähigkeit

Dynamische Entwicklungen erfordern zwangsläufig die Befähigung, auf diese in angemessener Form und in der gebotenen Geschwindigkeit reagieren zu können. Da sie gravierende Reaktionsfähigkeitsdefizite erkannt hat, hat die EU konkrete Prozesse eingeleitet, um den Herausforderungen strukturierter und effizienter begegnen zu können.

So wird das Konzept der EU-Battlegroups derzeit einem Evaluierungsprozess unterzogen. Diesen als rasch verfügbare „Entry Forces“ konzipierten Elementen haftet der Ruf der Fehlkonstruktion an. Weder wurden sie bislang je eingesetzt, noch sind die erforderlichen Nachfolgekräfte im Anlassfall überhaupt gesichert verfügbar. Die aktuel-

len Finanzierungsregelungen des Einsatzes einer EU-Battlegroup tun ihr Übriges dazu, dem Konzept mit Skepsis zu begegnen. Die Finanzierung stützt sich nämlich mit Masse auf jene Nationen ab, die im Anlassfall dieses Krisenreaktionselement stellen. Der Evaluierungsprozess ist somit gefordert, durch klare Attraktivierungsmaßnahmen dem Konzept „Battlegroup“ wieder jene Bedeutung zukommen zu lassen, wie es seiner Grundidee entspricht.

Militärische Analyse führt unweigerlich zu der Erkenntnis, dass eine „First Entry Force“ in Form einer EU-Battlegroup mit einer Stärke von bis zu 1.500 Soldatinnen und Soldaten in etlichen Szenarien nicht adäquat sein wird. Insbesondere ergeben sich bei komplexen Aufträgen in Hinblick auf Durchhaltefähigkeit bzw. auf erforderliche Stärken bei Fortbestand oder Verschlechterung der Krise vor Ort Herausforderungen.

In Konsequenz stellt die Herausbildung einer „Rapid Deployment Capacity“ ein explizites Schwergewicht im Strategischen Kompass dar. Hierbei wird ein Umfang von 5.000 bis 6.000 Soldatinnen und Soldaten für dieses zukünftige Reaktionselement angestrebt. Auch hier gilt: Eine erfolgreiche Umsetzung dieser gemeinsam beschlossenen Ambition kann letzten Endes ausschließlich durch generelle Akzeptanz, Vertrauen in die Effizienz dieses Krisenreaktionselements, Beisteuern von nationalen Elementen und den politischen Willen, dieses zum Einsatz zu bringen, gewährleistet werden.

Der Blick voraus

Im November 2021 hat Österreich in der Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel ein klares Bekenntnis zur Stärkung der EU als Security Provider abgegeben. In diesem Zusammenhang wird auch die Einrichtung einer EU-Eingreiftruppe unterstützt. Das Österreichische Bundesheer ist somit aufgerufen, den politischen Vorgaben zu entsprechen. Hierzu wären eine abgeleitete Ambition sowie die hierfür erforderlichen Umsetzungsmaßnahmen festzulegen. Die in Form des Streitkräfteprofils „Unser Heer“ erfolgte Bestim-

mung der weiteren Ausrichtung des Bundesheeres gibt hierbei durchaus Anlass zum Optimismus.

So wird hierbei auch dem internationalen Krisenmanagement eine entsprechend hohe Bedeutung zugewiesen. In Zukunft soll diesem Aspekt Rechnung getragen werden – neben der Aufrechterhaltung der permanenten Beitragsleistung in ausländischen Krisenregionen auch durch das Vorhalten zusätzlicher Einsatzelemente. Diese Kräfte werden im PESCO-Projekt „EUFOR Crisis Response Operation Core“ (EUFOR CROC) angemeldet.

Dem Bundesheer ist bewusst, dass Fähigkeitenentwicklung nicht mehr allein durch nationalstaatliche Bemühungen gewährleistet werden kann. Vielmehr wäre die Kooperation mit Partnern zu forcieren, um Synergieeffekte und Kostenoptimierungen zu erzielen. Auch die Spezialisierung erfährt eine stete Akzentuierung. Aktuell finden sich Staaten zusammen, um in spezifischen PESCO-Projekten Fähigkeiten zu entwickeln, die seitens der EU als militärisches Defizit erkannt wurden. So sollen vorhandene Fähigkeitslücken geschlossen werden.

Dieses Prinzip wird jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn jene Staaten, die gemeinsam Fähigkeiten entwickelt haben, diese im Anlassfall auch für Krisenmanagementmaßnahmen der EU zur Verfügung stellen. Es wird somit ein gesamtstaatliches Verständnis vorausgesetzt, bei welchem dem Solidaritätsgedanken eine hohe Wertigkeit eingeräumt wird.

Das Österreichische Bundesheer hat den entscheidenden Prozess eingeleitet, um auch weiterhin als verlässlicher Partner im internationalen Krisenmanagement zu gelten – neben der Fähigkeit zur Bewältigung innerstaatlicher Aufgaben bzw. Szenarien, insbesondere hybride Bedrohungen.

Kernaussagen

- Die internationale Sicherheitslage ist auch 2022 als äußerst fragil einzustufen und zeichnet sich zudem durch hohe Volatilität und Dynamik aus.
- Österreich bekennt sich zur aktiven Teilnahme an Krisenmanagementmaßnahmen der EU, wobei nationalstaatliche Sicherheitsinteressen jeweils berücksichtigt werden können.
- Der aktuell laufende Prozess des Strategischen Kompasses verfolgt die Absicht, die Ambition der EU umzusetzen, sich verstärkt als Security Provider zu etablieren. Eine erhöhte strategische Autonomie gilt hierbei als die wesentliche Zielsetzung dieser Entwicklung.
- Der im Bundesheer eingeleitete Reformprozess „Unser Heer“ zielt darauf ab, nicht nur der jeweiligen innerstaatlichen Bedarfslage gerecht zu werden, sondern auch entsprechende Kräfte grundsätzlich für das internationale Krisenmanagement vorzuhalten. Hierdurch bleibt das stets hochgehaltene Prinzip der solidarischen Beitragsleistung auch weiterhin glaubhaft gewährleistet.

Autorinnen und Autoren

Mag. **Günther Barnet**, geboren 1967, ist Angehöriger der Generaldirektion Verteidigungspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Neben der Tätigkeit zur Koordinierung gesamtstaatlicher sicherheitspolitischer Planungen leitet er seit 2012 eine Projektgruppe für regionale Sicherheitskooperationen. Darüber hinaus ist er Milizoffizier der Spezialeinsatzkräfte des Österreichischen Bundesheeres.

Mag. Dr. **Wolfgang Baumann**, geboren 1966, ist sicherheitspolitischer Berater an der Landesverteidigungsakademie in Wien. Von 2018 bis 2019 war er Generalsekretär des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Davor war er in verschiedenen Führungspositionen des Österreichischen Bundesheeres tätig, etwa im Kommando für Internationale Einsätze und im Heeresnachrichtenamt.

Christoph Bilban, MA, geboren 1991, ist Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie in Wien. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen unter anderem die Konflikte im postsowjetischen Raum und die Außen- und Sicherheitspolitik der Russischen Föderation.

General Mag. **Robert Brieger**, geboren 1956, ist seit Juli 2018 Generalstabschef des Österreichischen Bundesheeres und wird ab Juni 2022 Vorsitzender des EU-Militärausschusses (CEUMC). Seit 2010 war er in verschiedenen Leitungsfunktionen des Bundesministeriums für Landesverteidigung im In- und Ausland für die militärstrategische Führung, Planung und Vorbereitung von Auslandseinsätzen verantwortlich. Er war maßgeblich am Transformationsprozess des Bundesheeres sowie an der Ausarbeitung und Umsetzung der Streitkräfteplanung ÖBH 2010 beteiligt.

Sir **Paul Collier**, MA DPhil, geboren 1949, ist Professor für Wirtschaft und Politik an der Oxford University und Professor am St. Antony's College sowie Gastprofessor an der Sciences Po Paris und Direktor des International Growth Centre. Von 1998 bis 2003 war er Direktor der Forschungs- und Entwicklungsabteilung der Weltbank. Im Jahr 2014 wurde er aufgrund seiner Verdienste um die Förderung von Forschung und politischen Veränderungen in Afrika geadelt.

Dipl.-Vw. (FH) **Gunter Deuber**, MA, geboren 1977, ist Leiter des Bereichs Volkswirtschaft und Finanzmarktanalyse in der Raiffeisen Bank International AG (Raiffeisen Research) in Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen die Analyse der österreichischen Volkswirtschaft, der wichtigsten Wirtschaftspartner Österreichs in Mittel- und Osteuropa, internationale (Finanz-)Sanktionsregimes und globale Wirtschafts- und Handelsfragen.

Brigadier Mag. **Philipp Eder**, geboren 1968, ist Leiter der Abteilung Militärstrategie des Generalstabes im Österreichischen Bundesheer. Davor war er unter anderem Kommandant des ersten österreichischen Kontingents der International Stability and Assistance Force (ISAF) in Kabul, Afghanistan, Kommandant des Panzergrenadierbataillons 35, Leiter des Instituts für Höhere Militärische Führung der Landesverteidigungsakademie sowie Projektleiter des Strategischen Führungslehrgangs der Bundesregierung.

DI Dr. **Štefan Emrich**, Jahrgang 1981, ist Simulationsforscher, Data Scientist und Wissenschaftskommunikator. Seit seiner Promotion 2013 arbeitet er als Freelancer unter anderem für das International Peace Institute, die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung, das King Abdullah bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue (KAICIID), sowie die Forschungsplattform „Decision Support for Health Policy and Planning“ (DEXHELPP).

Dr. **Werner Fasslabend**, geboren 1944, ist Präsident des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) und war von 1990 bis 2000 Bundesminister für Landesverteidigung. Von 2000 bis 2002 übte er das Amt des Dritten Präsidenten des Nationalrates aus.

Dr. **Daniel Fiott**, geboren 1982, ist sicherheits- und verteidigungspolitischer Redakteur am EU Institute for Security Studies. Seine berufliche Karriere umfasst verschiedene Stationen in der Wissenschaft mit Schwerpunkt auf europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Er ist derzeit Gastprofessor an der Freien Universität Brüssel und der Brussels School of International Studies der University of Kent.

Mary Fitzgerald, geboren 1976, ist Forscherin am Middle East Institute in Washington, DC und wissenschaftliche Mitarbeiterin am International Centre for the Study of Radicalisation am Londoner King's College. Seit über einem Jahrzehnt umfasst ihr Forschungsschwerpunkt Libyen. Zudem arbeitete sie als Beraterin für verschiedene internationale Organisationen im Bereich Friedenssicherung und Zivilgesellschaft in Libyen.

Generalmajor Dr. **Johann Frank**, MAS, geboren 1969, ist Leiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie in Wien und designierter Kabinettsdirektor des EU-Militärausschusses. Von 2014 bis 2020 war er Verteidigungspolitischer Direktor im Bundesministerium für Landesverteidigung. Er war beratendes Mitglied im Nationalen Sicherheitsrat der Republik Österreich und ist Mitglied der Wissenschaftskommission beim BMLV. Er ist Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen zur europäischen und österreichischen Sicherheitspolitik.

Dr. **Franz-Stefan Gady**, geboren 1982, ist Politikberater und Militäranalyst am International Institute for Strategic Studies (IISS) in London. Er berät Regierungen und Streitkräfte in Europa und den Vereinigten Staaten zu den Themen Strukturreform, organisatorische und doktrinerne Weiterentwicklung sowie der Zukunft des Krieges.

Botschafter **Thomas Greminger**, geboren 1961, ist seit 2021 Direktor des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik (GCSP). Davor war er von Juli 2017 bis Juli 2020 Generalsekretär der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Seine diplomatische Karriere begann er im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten. Er ist Verfasser zahlreicher Publikationen zu Militärgeschichte, Konfliktmanagement, Friedenserhaltung, Entwicklung und Menschenrechten.

Alice Guitton, MA, geboren 1977, ist Generaldirektorin für Internationale Beziehungen und Strategie im französischen Verteidigungsministerium. Die Karrierediplomatin diente zuvor als Ständige Vertreterin Frankreichs zur Genfer Abrüstungskonferenz, stellvertretende Ständige Vertreterin bei der NATO und als Mitglied des Kabinetts der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton.

Dr. **Gerald Hainzl**, geboren 1970, ist seit 2004 Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie in Wien. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen unter anderem Konflikte in Afrika, lokale, regionale und internationale Konfliktlösungsmechanismen und afrikanische Sicherheitspolitik sowie deren Institutionen.

Univ.-Prof. Mag. Dr. **Reinhard Heinisch**, geboren 1963, ist Professor für österreichische Politik im internationalen Vergleich an der Universität Salzburg und Leiter des dortigen Fachbereichs. Von 1994 bis 2009 arbeitete er an der University of Pittsburgh, zuletzt als Professor für Politikwissenschaft, und ist dort nach wie vor Mitglied des European Studies Centers. Seit 2014 unterrichtet er regelmäßig zu den Themen amerikanisch-europäisch-chinesischer Beziehungen an der Renmin University of China in Beijing. Er ist Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen zu Vergleichen politischer Systeme und der Demokratie. Er ist Träger des Wissenschaftspreises der Margaretha-Lupac-Stiftung des österreichischen Parlaments.

Generalmajor Mag. **Bruno Günter Hofbauer**, geboren 1967, ist Überleitungsverantwortlicher der Direktion Fähigkeiten und Grundsatzplanung sowie Fähigkeitsdirektor des Österreichischen Bundesheeres. Zuvor war er Leiter der Generalstabsabteilung und Kommandant der 3. Panzergrenadierbrigade.

Dr. **Christian Hütterer**, geboren 1974, ist stellvertretender Leiter der Abteilung Globale Entwicklung, Informationsaufbereitung und Organisation der Parlamentsdirektion. Er ist seit 2001 im Dienst EU und Internationales der Parlamentsdirektion tätig, zuletzt von 2014 bis 2020 als Leiter des Verbindungsbüros der Parlamentsdirektion in Brüssel.

MMag. **Stefan Alois Huber**, geboren 1964, ist leitender Beamter des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD). Seit 2021 ist er zum Bundesministerium für Landesverteidigung als Berater des Verteidigungspolitischen Direktors abgestellt. Er ist seit 1997 Beamter in verschiedenen Leitungsfunktionen der Europäischen Kommission und des EAD, unter anderem in Japan und Afghanistan.

Mathias Humenberger, BA M.A.I.S., geboren 1993, ist Referent in der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Er studierte Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck sowie am französischen Institut d'Etudes Politiques in Grenoble und hält einen Masterabschluss an der Diplomatischen Akademie Wien.

Dr. **Predrag Jureković**, geboren 1969, ist Leiter des Referats Konfliktanalyse im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie in Wien. Er ist zudem österreichischer Co-Chair in der Studiengruppe Regional Stability in South East Europe des Partnership for Peace Consortium of Defence Academies and Security Studies Institutes.

Dr. **Markus Kaim**, geboren 1968, ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Er war von 2019 bis 2020 Helmut-Schmidt-Fellow beim German Marshall Fund of the United States in Washington, DC, und ist Lehrbeauftragter an der Universität Zürich, der Hertie School of Governance in Berlin, und der Bucerius Law School in Hamburg.

Dr. **Arnold H. Kammel**, geboren 1981, ist seit 2019 Kabinettschef und zudem seit 2020 Überleitungsverantwortlicher der Generaldirektion Verteidigungspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung in Wien. Von 2018 bis 2019 war er Berater im Kabinett des Bundesministers für EU, Kunst, Kultur und Medien im Bundeskanzleramt. Davor war er von 2004 bis 2018 Research Fellow, Generalsekretär und Direktor des Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES). Er nahm zahlreiche Lehrtätigkeiten wahr und ist Mitglied in verschiedenen wissenschaftlichen Gesellschaften.

Mag. **Michael Karnitschnig**, MA, geboren 1974, ist seit 2019 Direktor für Außenbeziehungen im Generalsekretariat der Europäischen Kommission. Davor war er unter anderem Kabinettschef von Kommissar Johannes Hahn (2014 – 2019), politischer Berater und Sprecher von Präsident José Manuel Barroso (2010 – 2014) sowie Mitglied des Kabinetts und Redenschreiber von Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner (2004 – 2010). Vor seinem Eintritt in die Kommission Anfang 2000 war er im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten in Wien tätig.

Mag. Dr. **Elisabeth Kornfeind**, geboren 1967, ist seit 2017 österreichische Botschafterin in Belgien und bei der NATO. Davor war sie als Abteilungsleiterin im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten für EU-Koordination und EU-Wirtschaftsfragen zuständig. Ihr Eintritt in den diplomatischen Dienst erfolgte 1993 als Expertin im Völkerrechtsbüro, danach führten sie ihre Verwendungen nach New York (VN), London und Budapest.

MMag. Stefan Lienhart, MA, geboren 1981, ist Mitarbeiter der Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG. Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen die Strukturierung von Projektfinanzierungen, unter anderem im Infrastrukturbereich. Davor war er in börsennotierten Banken und im Bundesministerium für Finanzen als Berater tätig.

Dr. **Gerhard Mangott**, geboren 1966, ist Universitätsprofessor für Internationale Beziehungen an der Universität Innsbruck und Lektor an der Diplomatischen Akademie Wien. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen unter anderem die Außenpolitik Russlands und der USA, strategische Rüstungskontrolle und nukleare Non-Proliferation sowie die Energiesicherheit der EU im Gassektor.

Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Dr. **Wolfgang Manzl**, MBA, geboren 1962, ist seit 2005 Referent der Abteilung für Verteidigungspolitik und Strategie. Er ist Absolvent der FH Salzburg, der Universität Linz, der Universität Wien sowie der Theresianischen Militärakademie. 1996 befand er sich im Auslandseinsatz bei IFOR in Bosnien und Herzegowina.

Professor Dr. **Herfried Münkler**, geboren 1951, war von 1992 bis 2018 Inhaber des Lehrstuhls für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Ideengeschichte der Frühen Neuzeit, Theorie und Geschichte des Krieges sowie Politische Kultur-Forschung.

Melissa Mujanayi, MA, geboren 1985, ist Referentin für Afrika in der Direktion Verteidigungspolitik und Internationale Beziehungen des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Ihre Arbeitsschwerpunkte umfassen sicherheitspolitische Kooperationen mit afrikanischen Partnerländern und die gesamtstaatliche Koordinierung des Nexus Sicherheit und Entwicklung. Aufgrund ihres akademischen und beruflichen Schwerpunkts auf Human Security und Gender wurde sie 2019 als Gender and Human Rights Advisor in die EU-Trainingsmission in Mali entsandt.

Oberst Mag. **Camillo Nemeč**, geboren 1965, ist Leiter des Referats Verteidigungspolitik in der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Nach Auslandseinsätzen bei UNDOF, UNIKOM und ISAF war er von 2004 bis 2012 im Kabinett des Bundesministers für Landesverteidigung und von 2013 bis 2019 in der Militärvertretung Brüssel tätig.

Dr. **Daniela PISOIU**, geboren 1981, ist seit 2015 Forscherin am Österreichischen Institut für Internationale Politik (OIIP) in Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen unter anderem die Themen Radikalisierung, Terrorismus und Rechtsextremismus in Europa. Sie ist Verfasserin mehrerer einschlägiger Publikationen und führte zahlreiche Feldforschungen in Österreich, Deutschland und Frankreich durch.

DI Dr. **Niki Popper**, geboren 1974, ist Simulationsforscher, Hochschul-lehrer, Koordinator des „Centre for Computational Complex Systems“ (TU Wien) und Unternehmer. Seit 2014 ist er Vorsitzender der Forschungsplattform Decision Support for Health Policy and Planning (DEXHELPP), zur effizienten und sicheren Nutzung von Daten für die Entscheidungsfindung in Gesundheitssystemen. Er ist Angehöriger des Prognosekonsortiums des Gesundheitsministeriums, des COVID-19 Future Operations Clearing Board des BKA, des Fachausschusses „COVID-19-Beraterstab“ des Obersten Sanitätsrates (OSR), sowie der „gesamtstaatlichen Covid-Krisenkoordination“ (GECKO) an.

Mag. Dr. **Walter Posch**, geboren 1966, ist Orientalist und seit 2000 Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie in Wien. Von 2004 bis 2009 war er am European Union Institute for Strategic Studies (EUISS) in Paris und von 2010 bis 2014 an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin tätig. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen unter anderem sicherheitspolitische Probleme der Türkei, des Irak und des Iran sowie die Kurdenfrage. Zahlreiche Forschungsaufenthalte führten ihn in die Türkei, den Irak, Iran und in die autonomen Kurdengebiete des Irak.

Oberst Mag. **Stefan Rakowsky**, MSc, PhD, geboren 1973, ist Forscher und Leiter des Hauptreferates Innere und Soziale Lage in der Abteilung Zielgruppenkommunikation des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Seine sozialwissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte umfassen unter anderem die Bereiche Integration, Führungspsychologie sowie die Schnittstelle zwischen Militär und Gesellschaft.

Oberst **Stephan Reiner**, MA, geboren 1975, ist seit 2019 Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie in Wien. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika mit Fokus auf die Arabische Halbinsel. Zahlreiche Forschungsaufenthalte führten ihn in die Golfstaaten und nach Ägypten.

Oberstleutnant Mag. (FH) **Christian Resch**, MEng., geboren 1983, ist Referent für europäische und internationale Forschungsprogramme im Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV). Davor war er seit 2016 in der Abteilung Wissenschaft, Forschung und Entwicklung des BMLV als Forschungsmanager für ABC-Abwehr und C-IED zuständig. Er ist Mitglied im Science and Technology Advisory Board der Vereinten Nationen, sowie mehreren Expertengremien der EU-Kommission.

Major des Generalstabdienstes Mag. (FH) **Matthias Resch**, PhD, geboren 1984, ist seit 2021 in der Direktion Verteidigungspolitik und Internationale Beziehungen des Bundesministeriums für Landesverteidigung tätig. Zuvor war er Leiter der Planungsabteilung der 3. Jägerbrigade. Er absolvierte mehrere Auslandseinsätze am Balkan und in Afrika. Major Resch hält ein Doktorat in Interdisciplinary Legal Studies der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien.

Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes **Erwin Richter**, MA, geboren 1962, ist Leiter des Referats Höhere Fachausbildung am ABC-Abwehrzentrum des Österreichischen Bundesheeres. Er beschäftigt sich mit der Analyse des ABC-Bedrohungsbildes und ist Chefredakteur der wissenschaftlichen Schriftenreihe des ABC-Abwehrzentrums.

Herbert Saurugg, MSc, geboren 1974, ist internationaler Blackout- und Krisenvorsorgeexperte und Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Krisenvorsorge (GfKV). Bis 2012 war er Berufsoffizier des Österreichischen Bundesheeres im Bereich IKT-Sicherheit. Er ist Verfasser zahlreicher Fachpublikationen zum Thema eines europäischen Strom-, Infrastruktur- sowie Versorgungsausfalls („Blackout“).

Florentin Schlager, BA, geboren 1991, ist seit 2019 Referent für internationales Forschungsmanagement in der Abteilung Wissenschaft, Forschung und Entwicklung des Bundesministeriums für Landesverteidigung. In diesem Zusammenhang nimmt er die Aufgaben als Ansprechpartner für die Europäische Verteidigungsagentur und den Europäischen Verteidigungsfonds wahr. Davor war er im Bundeskanzleramt sowie bei der Münchner Sicherheitskonferenz tätig.

Jiří Šedivý, Ph.D, geboren 1963, ist seit 2020 Chief Executive der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA). Zuvor war er Verteidigungsminister der Tschechischen Republik, stellvertretender Verteidigungsminister, stellvertretender NATO-Generalsekretär für Verteidigungspolitik und Planung sowie Ständiger Vertreter der Tschechischen Republik bei der NATO. Zudem diente er als stellvertretender Europaminister und Sonderbeauftragter für Resilienz des tschechischen Außenministeriums.

Brigadier Dr. Dr. **Sylvia-Carolina Sperandio**, MBA, geboren 1966, ist seit 2017 Leiterin des Militärischen Gesundheitswesens und Heeres-sanitätschefin des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Als Expertin des UN Disaster Assessment Coordination Teams und des European Civil Protection Teams war sie weltweit in Krisenregionen zur Humanitären Katastrophenhilfe im Einsatz.

Dr. **Guido Steinberg**, geboren 1968, ist Islamwissenschaftler und Forscher an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen unter anderem die Geschichte und Politik des Vorderen Orients und islamistischen Terrorismus.

Generalmajor Mag. **Rudolf Striedinger**, geboren 1961, ist stellvertretender Generalstabschef des Österreichischen Bundesheeres und seit Dezember 2021 Leiter der gesamtstaatlichen COVID-Krisenkoordination „GECKO“. Im Zuge der Organisationsreform der Zentralstelle und der obersten militärischen Führung übt er eine führende Funktion aus. Zuvor war er Stabschef der Frau Bundesministerin, Militärkommandant von Niederösterreich und Leiter des Abwehramtes.

Brigadier Mag. **Ronald Vartok**, geboren 1966, ist seit August 2021 Leiter der Abteilung Militärpolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Zuvor war er von 2015 bis 2021 stellvertretender Leiter dieser Abteilung.

Mag. Dr. **Doris Vogl**, geboren 1961, ist Forscherin am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie in Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen unter anderem China, Strategiekonzepte der Volksrepublik China, Human Security in Krisengebieten und europäische Sicherheitspolitik. Sie ist Mitherausgeberin zahlreicher Fachpublikationen und war in verschiedenen GSVP- und OSZE-Missionen tätig.

Brigadier Ing. Dr. **Peter Vorhofer**, geboren 1967, ist Überleitungsverantwortlicher der Direktion Verteidigungspolitik und Internationale Beziehungen und Leiter der Abteilung Militärdiplomatie des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Zuvor war er sicherheitspolitischer Berater des Bundesministers für Landesverteidigung und Leiter des Instituts für militärische Führung an der Theresianischen Militärakademie. Er hatte zudem führende Positionen bei EUFOR ALTHEA in Bosnien und Herzegowina inne.

Mag. **Eva Widhalm**, MA, geboren 1981, ist in der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie des Bundesministeriums für Landesverteidigung tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte umfassen unter anderem das Thema Klimawandel und Verteidigung. Zuvor war sie in der Rechtsberatung im NGO-Bereich und als juristische Mitarbeiterin beim Asylgerichtshof tätig. Sie ist Absolventin der Universität Graz und der Université de Montréal.

Obersteutnant des höheren militärfachlichen Dienstes Mag. (FH) **Daniel Wurm**, MA, geboren 1980, ist Referent in der Generaldirektion Verteidigungspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen unter anderem sicherheits- und verteidigungspolitische Auswirkungen von technologischen Entwicklungen und hybriden Bedrohungen.

ISBN: 978-3-903359-37-6